Mittwoch, 25. Januar 1984 - D *

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 21 - 4.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11 Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 6,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Kohl in Israel: Nach einem Besuch in der Gedenkstätte Yad Vashem führte der Kanzler am Nachmittag erste Gespräche mit Ministerpräsident Shamir. Das zentrale Interesse der israelischen Öffentlichkeit richtet sich darauf, wie sich Kohl zu einer eventuellen Lieferung deutschen Militärmaterials an Saudi-Arabien einläßt. (S. 1 und 3)

Aus Haft entlassen: Die beiden seit über einem Monat inhaftierten Mitglieder der Ostberliner Gruppe „Frauen für den Frieden", Bärbel Bohley und Ulrike Poppe, sind nach Angaben ihrer Familien freigelassen worden.

Abgefangen: Der schwedische Zoll hat eine Sendung moderner technischer Ausrüstungen aus den USA abgefangen, die für die „DDR" oder ein Land des Ostblocks bestimmt waren. Die Behörden überprüfen, ob es sich dabei um militärisch verwendbares Gerät handelt.

Vorreiterrolle: Das rot-grüne Bündnis von SPD und Grünen in Hessen solle eine Vorreiterrolle für andere Länder spielen, erklärt der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der Unionsfraktion, Otto Zink.

NATO-Vorschlag: Als erste Staatengruppe haben die 16 NATO-Mitglieder auf der Stockholmer Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung (KVAE) ihren Vorschlag zur Verminderung der Gefahr eines Überraschungsangriffs vorgelegt.

Moskau gesprächsbereit: Der sowjetische Staats- und Parteichef Andropow hat auf den Appell von US-Präsident Reagan reagiert und ebenfalls seine Dialog-Bereitschaft bekundet. Die Gespräche müßten „ehrenhaft" sein und sich auf konkrete Vereinbarungen richten, heißt es in einem „Prawda"-Interview.

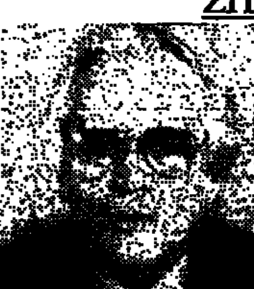
Bundeswehr: Die Kommandierenden Generale der Bundeswehr hätten „erkannt", daß Verteidigungsminister Wörner im Fall Kießling habe handeln müssen, erklärt Generalinspekteur Altenburg. (S. 1)

Bischofskonferenz: Die Bischöfe fordern eine „fundamentale Neuorientierung" der Katholischen Jungen Gemeinde (KJG), die – durch ihre Öffnung für die kommunistisch unterwanderte „Friedensbewegung" – das Vertrauen der Bischöfe mißbraucht habe.

Urteil: Demonstranten, die gewalttätige Ausschreitungen passiv in Kauf nehmen, nicht aber selber aktiv teilnehmen, können nicht für den gesamten entstandenen Sachschaden haftbar gemacht werden, entscheidet der Bundesgerichtshof. (S. 5)

Heute: Bundeskanzler Kohl setzt seinen Besuch in Israel fort. – Bericht Präsident Reagans zur Lage der Nation. – Chinesisch-britische Gespräche über die Zukunft Hongkongs gehen weiter. – IG Bau berät über Tarifforderungen.

ZITAT DES TAGES



„Wir leben nicht in einem Überwachungsstaat"

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Reinhold Baumann (S. 1 und 6)

FOTO: POLY-PRESS

WIRTSCHAFT

Schwäche überwunden: Die Wirtschaft befinde sich wieder auf einem „Wachstumspfad", erklärt Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff gegenüber den Tarifparteien im Gespräch über den Jahreswirtschaftsbericht. Auch der DGB teilt die Hoffnung des Ministers auf einen realen Anstieg des Bruttosozialprodukts um 2,5 Prozent. (S. 1)

Rekord-Investition: Im Rahmen des „größten Investitionsprogramms der Firmengeschichte" werde die Adam Opel AG in den nächsten fünf Jahren 7,4 Milliarden Mark investieren, kündigt Vorstandschef Beickler an.

Stromverbrauch: Plus 3,3 Prozent aus dem öffentlichen Netz auf 322 Milliarden Kilowattstunden im vergangenen Jahr.

Unruhe in Frankreich: Werftarbeiter demonstrieren gegen Kapazitätsabbau in Paris; Bauern blockieren die Eisenbahnlinien in die Bretagne.

Börse: Unsicherheit der Anleger führte durchweg zu Kurseinbußen bei den Standardwerten. Auch der Rentenmarkt gab nach. WELT-Aktienindex 155,9 (157,2). Dollarmittelkurs 2,8274 (2,8155) Mark. Goldpreis pro Feinunze 365,10 (371,35) Dollar.

KULTUR

Streit um Glas: Mit einer 32 Meter hohen Glaspyramide im Innenhof des Louvre will der amerikanische Architekt Ieon Ming Pei den Zugang zu dem Kunstmuseum verschönern. Jetzt berät die oberste französische Denkmalskommission, ob sich das Vorhaben mit der historischen Fassade verträgt.

Architekturmuseum: Das erste deutsche Spezialmuseum für diesen Sektor soll im Mai am Frankfurter Museumsufer eröffnet werden. Es ist Teil eines Gesamtkonzepts, das neben dem historischen Städel ein Post-, Film-, Völkerkunde- und ein jüdisches Museum in der „Kulturmeile" am Main vorsieht.

SPORT

Motorsport: Nach den ersten Sonderprüfungen der Rallye Monte Carlo führen bereits drei Audi-Werkteams. Walter Röhrl liegt auf Platz zwei hinter dem Schweden Blomqvist. (S. 16)

Fußball: Der Deutsche Fußball-Bund gibt für 300 000 Mark eine Marktforschungs-Analyse in Auftrag. Er will feststellen lassen, „was an der Ware Fußball mißfällt".

AUS ALLER WELT

Anfrage: Im Hessischen Landtag macht der CDU-Abgeordnete Rösler auf einen makabren Handel mit Embryonal-Gewebe aus „Abtreibungsabfällen" für die Kosmetikherstellung aufmerksam. (S. 20)

Magneten gegen Krebs: Eine internationale Expertengruppe hat mit mikroskopisch kleinen Magneten Krebszellen aus erkranktem Knochenmark gelöst. Die Methode, an der neben Medizinern auch Techniker beteiligt waren, wurde in der angesehenen britischen Fachzeitschrift „Lancet" veröffentlicht.

Wetter: Weitgehend niederschlagsfrei; im Osten und im Alpenraum noch Schneefall. Kalt.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser um Verständnis bei Verzögerung der Zeitungszustellung.

Kohl würdigt Israel als „eine bestimmende Macht" in Nahost

Der Kanzler weicht in Jerusalem der Waffen-Frage nicht aus

BERNT CONRAD, Jerusalem

Der israelische Premierminister Yitzhak Shamir hat Bundeskanzler Helmut Kohl gestern in Jerusalem auf die Gefahren hingewiesen, die sich für den jüdischen Staat aus Waffenlieferungen an Saudi-Arabien ergeben könnten. Saudi-Arabien sei, was das Verhältnis zu Israel betreffe, keineswegs ein gemäßigter Staat, sondern betrachte sich als im Kriegszustand mit den Juden. Alle Waffen, die an Saudi-Arabien geliefert würden, könnten gegen Israel benutzt werden, sei es durch die PLO oder auf andere Weise, sagte Shamir in einem ersten, zweieinhalbstündigen Gespräch mit Kohl.

Damit schnitt der Gastgeber gleich zu Beginn des fünftägigen Kanzlerbesuches in Israel das Jerusalem sehr bedrückende Thema des geplanten deutsch-saudischen Rüstungsgeschäfts an. Auch Kohl legte nach Angaben des Bonner Regierungssprechers Boenisch Wert darauf, das Problem der Waffenlieferungen so bald wie möglich und so offen wie möglich mit Shamir zu erörtern. Dabei legte er eingehend die Bonner Argumente für eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Riad im Interesse einer Stabilisierung im Nahen Osten dar, die nach seiner Auffassung keinen Schaden für Israel mit sich bringen würde. Shamir erläuterte ebenso ausführlich und sehr eindringlich die Befürchtungen seines Landes.

Zu einer Annäherung der Standpunkte ist es offensichtlich bisher nicht gekommen. Der Meinungsaustausch soll heute morgen fortgesetzt

SEITE 3:
Weitere Beiträge

werden. Der israelische Regierungssprecher betonte jedoch ausdrücklich, daß die Diskussion, an der nur noch je ein Berater teilgenommen haben, „in guter und freundschaftlicher Atmosphäre" verlaufen sei.

In dieser Weise sollten sie auch weitergehen, hieß es. Möglicherweise werde man bis zum Abschluß des Besuches am Sonntag, um mehr Zeit für den Meinungsaustausch zu gewinnen, sogar noch ein zusätzliches Treffen einlegen.

Diese Auskünfte deuteten darauf hin, daß Shamir zwar seinen Widerstand gegen deutsch-saudische Waffengeschäfte aufgeben wird, aber nach Möglichkeit verhindern will, daß die in seiner Sicht sehr wichtigen und für Israel nützlichen Beziehungen zu Bonn dadurch Schaden nehmen.

Dies ergab sich auch aus einer Tischrede des Premierministers beim Festbankett am gestrigen Abend. Dabei erklärte Shamir: „Es liegt uns viel daran, die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland fortzuführen und sie auf wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Ebene zu vertiefen und den politischen Dialog zu intensivieren. Es ist wichtig, daß das deutsche Volk und seine Führungskräfte die Vergangenheit nicht vergessen, es ist aber auch wichtig, daß sie sich in der Gegenwart und in der Zukunft darum bemühen, unsere Besorgnis und unser Streben nach Frieden und Sicherheit näher kennenzulernen. Bessser verstehen heißt mehr Rücksicht nehmen und heißt auch engere Freundschaft."

Diese Rede, die weder auf das deutsch-saudische Waffengeschäft noch auf die in Israel ebenfalls heftig kritisierte „Legalisierung" der Hiag (Hilfsgemeinschaft der ehemaligen Waffen-SS-Angehörigen) in der Bundesrepublik Bezug nahm, wurde auf deutscher Seite sehr positiv aufgenommen. Kohl dankte ausdrücklich für die „freundlichen Worte" und

■ Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Der Motor läuft

PETER GILLIES

Die Wörter „Aufschwung" und „Wende" sind weidlich ausgewrungen. Politisch haben sie jeden Saft gelassen, weil beide in die Welt der Tatsachen wechselten. Die Bundesregierung rechnet für dieses Jahr mit einem realen Wachstum von 2,5 Prozent – das ist viel, weil es die Vorjahresrate verdoppelt, und es ist zuwenig, um rasch die Vollbeschäftigung herbeizuführen.

Mit dieser Schätzung bewegt sich die Regierung an der Vorsicht-Grenze; sie mag sich wohl gern übertreffen lassen, was nicht wenige Auguren für möglich halten. Für das „Fundament der Belebung" gibt es Indizien: beachtliche Exporterfolge, ungebrochene Kauflust, moderate Preissteigerungen, eine solid-positive Leistungsbilanz, steigendes Investitionsvertrauen.

Nimmt man die Wende am Arbeitsmarkt hinzu, darf ohne Übertreibung festgestellt werden, daß die konjunkturellen Erfolge eine Beachtlichkeit aufweisen, die vor Jahresfrist fast als Traumkonstellation galt. Der Wirtschaftsmotor ist gestartet, läuft aber noch niedertourig.

Die Versessenheit auf statistisch Greifbares bringt es mit sich, daß zweierlei oft übersehen wird: Eine Volkswirtschaft bewegt sich nie im Gleichschritt, und ihr Wachstum ist keine schicksalhafte Größe, die in Ministerien ersonnen wird. Vielmehr gibt es stets Vorreiter und Nachzügler, zur gleichen Zeit Investitionsrekorde und Massenentlassungen.

Wachstum ist das Ergebnis aller Anstrengungen einer Volkswirtschaft, nicht ihre Voraussetzung. Wenn gewagt und eingesetzt, geforscht und investiert wird, wenn der Blick auf die Zukunft gerichtet ist, die Technik als Chance und nicht als fünfte Hölle des Menschen begriffen wird, wenn kostensenkend gearbeitet wird – am Ende winkten hohes Wachstum und damit Wohlstand. Eine Volkswirtschaft hat es also selbst in der Hand, beides zu verdoppeln oder zu verringern.

Es gibt, so meinen Spötter, zwei unumstößliche Wahrheiten: 1. Die 35-Stunden-Woche schafft Millionen Arbeitsplätze. 2. Die Erde ist eine Scheibe. In der Tarifpolitik jedoch sind Unumstößlichkeiten stets hinderlich. So kommt es vor allem auf die Lohnrunde an, ob es gelingt, wieder eine Organisation der Vollbeschäftigung zu formen. Möglich ist sie.

Bonn stellt sich auf Wachstum ein

Lambsdorff bespricht Grunddaten des Jahreswirtschaftsberichts mit Tarifpartnern

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Sicherung des längerfristigen wirtschaftlichen Aufschwungs bleibt das Hauptziel der Konjunktur- und Wachstumspolitik der Bundesregierung. Dafür sei es notwendig, wie Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff in seinen Gesprächen in den beiden vergangenen Tagen mit den Gewerkschaften, den Spitzen der deutschen Wirtschaft und dem Deutschen Beamtenbund zur Vorbereitung des Jahreswirtschaftsberichts 1984 deutlich gemacht hat, die Konsolidierung der Haushalte und die Politik der Vertrauensstabilisierung fortzusetzen. Der gute Verlauf des Jahres 1983 sei ein Beweis für die Richtigkeit dieser Politik, auch zur Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Für 1984 rechnet der Minister mit höheren Wachstumsraten.

Die deutsche Wirtschaft hat 1983 eine langanhaltende Schwächephase eindeutig überwunden. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sei seit nunmehr einem Jahr wieder auf einen Wachstumspfad eingeschwenkt. Seien belebende Impulse zunächst allein von der Binnennachfrage gekommen, so trage inzwischen auch der Export wieder zum Wachstum bei. „Die Aufwärtsentwicklung steht damit nunmehr auf einem relativ breiten Fundament", betonte Lambsdorff.

Zur Untermauerung wies der Minister darauf hin, daß sich das Geschäftsklima in der Industrie (Ifo-Test) bis zuletzt in beträchtlichem Tempo gebessert habe. Die Auslandsnachfrage habe im Oktober/November bereits um 13,5 Prozent höher als ein Jahr zuvor gelegen. Die Inlandsaufträge hätten um sieben Prozent angezogen. Die Bauaufträge hätten bereits seit Anfang 1982 laufend expandiert. Der private Verbrauch habe sich nach einem deutlichen Anstieg in der ersten Jahreshälfte 1983 auf dem hohen Niveau stabilisiert. Die Kapazitäten in der Industrie seien merklich besser ausgelastet. Die Industrieproduktion habe im Oktober/November immerhin um fünf Prozent über dem Vorjahresstand gelegen.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion sei im Jahresdurchschnitt 1983 zwar nur um real 1,2 Prozent gestiegen, nachdem sie 1982 noch um 1,1 Prozent abgenommen habe. Dahinter verberge sich jedoch eine wesentlich dynamischere Entwicklung im Jahresverlauf. Ende 1983 habe das reale Bruttosozialprodukt bereits um 2,5 Prozent höher gelegen als ein Jahr zuvor.

Die Ausgangsposition für 1984 sei damit erheblich günstiger als vor Jahresfrist. Als offizielle Wachstumsprojektion der Bundesregierung nennt der Jahreswirtschaftsbericht, der am 1. Februar vom Bundeskabinett verabschiedet werden soll, einen Anstieg des realen Bruttosozialprodukts um rund 2,5 Prozent im Jahresdurchschnitt. Mit diesen Überlegungen bewegt sich das Wirtschaftsministerium auf einer mittleren Linie. Die Prognosen der professionellen Konjunkturforscher bewegen sich gegenwärtig in einem Spektrum von zwei bis drei Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte im Jahresverlauf weiter abnehmen. Im vergangenen Jahr habe sie zwar um 425 000 auf 2,26 Millionen im Jahresdurchschnitt zugenommen.

● Fortsetzung Seite 8

Wörner findet Rückhalt bei den Generalen

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner hat offensichtlich die Unterstützung der Kommandierenden Generale der Bundeswehr für seine Entscheidung vom 8. Dezember letzten Jahres gefunden, den Stellvertreter des NATO-Oberbefehlshabers Europa, General Kießling, wegen Sicherheitsbedenken vorzeitig in den Ruhestand zu versetzen. Dies ergibt sich aus einer Erklärung des Generalinspekteurs, der gemeinsam mit dem Minister auf der Hardthöhe die mehr als 30 ranghöchsten Offiziere der Bundeswehr über die Umstände der Pensionierung Kießlings unterrichtete. In der Generalsbesprechung herrschte auch Übereinstimmung darüber, daß Kießling rehabilitiert werden müsse, „wenn die laufenden Untersuchungen entsprechende Erkenntnisse erbringen" sollten.

In der Erklärung von General Altenburg heißt es, es habe Übereinstimmung geherrscht, Schaden von der Bundeswehr abzuwenden und die Person des Generals a. D. zu schützen. Die Kommandierenden Generale hätten erkannt, daß der Minister aufgrund der am 8. Dezember vorliegenden Unterlagen „entscheiden mußte". Damit schlossen sich die Offiziere Wörners Darstellung an.

Unterdessen haben die Fraktionen von CDU/CSU und SPD ihre Beweisanträge für das parlamentarische Untersuchungsverfahren in der „Affäre Kießling" verabschiedet und zeitgerecht dem Verteidigungsausschuß zugeleitet.

Seite 2: Durchleuchter

MAD vernichtet halbe Million Karteikarten

E. N., Bonn

Auf Veranlassung des Bundesbeauftragten für den Datenschutz, Reinhold Baumann, sind beim Militärischen Abschirmdienst (MAD) rund 500 000 Karteikarten vernichtet worden. Sie gehörten zu einer „manuellen Nebenkartei", die teilweise deckungsgleich mit der automatisierten Personenzentraldatei war. Dies gab Baumann anläßlich der Veröffentlichung des 6. Tätigkeitsberichtes seines Amtes in Bonn bekannt.

Dem MAD sind in dem rund 70 Druckseiten umfassenden Bericht, der als Bundestagsdrucksache 10/877 erschien, nur 60 Zeilen gewidmet. Dort heißt es: „Der MAD steht den aus dem Datenschutzrecht entstehenden Anforderungen sehr aufgeschlossen gegenüber und versucht, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen." Das Amt für Sicherheit der Bundeswehr und die Zentrale des MAD hätten die aufgrund des Prüfberichtes von 1982 „als berechtigt anerkannten Einzelbeanstandungen inzwischen zum größten Teil ausgeräumt", an der Bereinigung der restlichen Fälle werde gearbeitet.

Vor der Übermittlung von Daten an andere Sicherheitsbehörden werde jetzt eine „Zuständigkeits- und Rechtmäßigkeitskontrolle" durchgeführt, betonte Baumann. Was hier nicht mehr oder überhaupt nicht gespeichert sein dürfe, werde demnach gelöscht und nicht mehr übermittelt. „Der MAD ist ein Muster an datenschutzrechtlicher Observanz, was nicht heißt, daß da schon alles in Ordnung ist", betonte er.

Seite 6: Kritik

Reagan hält Moskau Vertragsbruch vor

„Kreml erwies sich durch 7 Verstöße gegen Rüstungskontrollabkommen als unzuverlässig"

D. SCHULZ/DW. Washington

Präsident Reagan hat seine Vorwürfe gegen die Sowjetunion jetzt öffentlich belegt, in mindestens sieben Fällen gegen die Bestimmungen von Rüstungskontrollvereinbarungen verstoßen zu haben. Diese Verstöße, so erklärte der US-Präsident, stellten die „Zuverlässigkeit der Sowjetunion als Vertragspartner" in Frage. Das vertragswidrige Verhalten Moskaus verringerte darüber hinaus die Chancen, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen „konstruktiv zu verbessern".

Die Beschuldigungen sind in einem Bericht enthalten, den Reagan in der vorigen Woche dem amerikanischen Kongreß übermittelt hat. Der Bericht zählt insgesamt sieben Fälle erwiesener oder vermuteter sowjetischer Vertragsverstöße auf:

- Die Sowjetunion verstieß gegen die aus den Jahren 1925 und 1972 stammenden internationalen Abmachungen über das Verbot der Anwendung chemischer Kampfmittel, als sie ihren Verbündeten in Laos und Kambodscha Toxine und andere chemische Waffen lieferte und selbst in Afghanistan chemische Kampfmittel einsetzte.
- Die Sowjetunion hielt 1981 militärische Manöver ab, ohne die Westmächte vorher zu informieren, wie es die 1975 unterzeichnete Schlußakte von Helsinki vorsieht.
- Die Sowjetunion errichtete in Sibirien ein zur Raketenabwehr verwendbares Radarsystem und verstieß damit gegen den amerikanisch-sowjetischen Vertrag zur Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) aus dem Jahre 1972.
- Die Sowjetunion verschlüsselte Funkmeßdaten bei Raketenversuchen und verstieß damit gegen die Bestimmungen des 1979 unterzeichneten (aber dann vom US-Senat nicht ratifizierten) SALT-II-Vertrages.
- Die Sowjetunion erprobte mehr als die eine vertraglich erlaubte neue Interkontinentalrakete und verstieß damit gegen die Bestimmungen des SALT-II-Vertrages.
- Die Sowjetunion stellte die vom SALT-II-Vertrag verbotene SS-16-Rakete in Dienst.
- Die Sowjetunion brachte bei unterirdischen Tests Atomsprengsätze zur Explosion, die die vertraglich vorgesehene Grenze von 150 Kilotonnen überschritten.

Die letzten drei Punkte werden als „wahrscheinliche Verstöße" aufgeführt. Präsident Reagan erklärte, die USA würden weiterhin die Sowjetunion zur Einhaltung der getroffenen Rüstungskontrollvereinbarungen anhalten.

Reagans Vorwürfe wurden gestern abend von der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur Tass als „Fälschung" und „schmutzige Verleumdung" zurückgewiesen. Es werde lediglich damit das Ziel verfolgt, „das internationale Klima noch mehr zu vergiften".

US-Abrüstungsexperten rechnen zudem mit einer Retourkutsche der Sowjetunion. Die von Reagan angeordnete Entwicklung eines Systems zur Abwehr feindlicher Interkontinentalraketen verstoße bei Vollzug gegen den ABM-Vertrag von 1972. Da die USA zwei neue Interkontinentalraketen entwickeln, die „MX" und die „Midgetman", setzen sie sich selbst dem Vorwurf aus, gegen den SALT-II-Vertrag zu verstoßen.

In seinem Schulwesen hat China noch viel nachzuholen

Wirtschaftsreformen gefährden die Grundschulausbildung

rtr, Peking

In China galt während der Kulturrevolution Bildung als „reaktionär" – heute ist die Förderung der Schulen und Universitäten ein wichtiges Ziel der chinesischen Führung. Die Teilnehmer der ersten Konferenz für Bildungsplanung, die vor kurzem in Shanghai tagte, gaben vor allem der Kulturrevolution von 1966 bis 1976 die Schuld an den gewaltigen Problemen, denen die Schulen und Universitäten heute gegenüberstehen.

Von den 200 Millionen Schülern besuchen heute rund 80 Prozent eine Grundschule. Erziehungsminister He Dongchang nannte das Ziel, bis 1990 den allgemeinen Schulbesuch zu verwirklichen, „schwierig, aber nicht unmöglich". Er hoffe, daß bis dahin 80 bis 95 Prozent der Jugendlichen einen Grundschulabschluß erwerben.

Nachteilig wirken sich dafür die jüngsten Wirtschaftsreformen aus. Sie haben vor allem die ländliche Bevölkerung davon abgehalten, ihre Kinder zur Schule zu schicken. Seit die Arbeit nach dem Leistungsprinzip bezahlt wird, ist vielen Eltern die zusätzliche Arbeitskraft der Kinder wichtiger als deren Schulbesuch.

Nach den Statistiken ist die Zahl der Kinder, die eine Grundschule besuchen, in den vergangenen Jahren gesunken. Auch haben viele der schlechtbezahlten Lehrer ihre Stellen in den Dörfern verlassen, um in der Landwirtschaft oder in ländlichen Industriebetrieben zu arbeiten.

Das höhere Bildungssystem hat sich dagegen heute von den Schäden weitgehend erholt. Mit 1,14 Millionen Studenten besuchen aber nur 0,6 Prozent aller Schüler die Hochschule.

China wendet weniger als zehn Prozent des Haushalts für Bildung auf. Kritisch äußerte sich Liu Da, Präsident der führenden Pekinger technischen Universität Qinghua: „Wenn es um die Zuteilung von Geld geht, wird die Bildung nach meiner Erfahrung immer vernachlässigt."

Der Vorschlag, Schulen aus lokalen Mitteln zu finanzieren, ist politisch umstritten. Einige Regierungsvertreter betrachten ihn als zu kapitalistisch, andere sehen darin für wohlhabende Bauern die Möglichkeit, in die Ausbildung und berufliche Zukunft ihrer Kinder zu investieren.

Anwalt Vogel: Koalition der Vernunft

Überraschende Erklärung im SFB / Freikauf der Flüchtlinge bestritten

H. R. KARUTZ, Berlin

SED-Generalsekretär Erich Honecker hat gestern nach einer turnusmäßigen Sitzung des SED-Politbüros durch seinen Vertrauten, Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, die „politische Ebene" des Asyl-Dramas betonen lassen. Der positive Ausgang sei, so sagte Vogel, in einer überraschenden Stellungnahme über den Sender Freies Berlin, auf eine „Koalition der Vernunft" in beiden deutschen Staaten zurückzuführen. Berichte, die westliche Seite habe Zahlungen in üblicher Höhe der Freikaufprämien zugesagt, wurden von Vogel bestritten.

In West-Berlin ist Vogels Erklärung als Indiz dafür gewertet worden, daß Ost-Berlin eine Wiederholung des Vorfalles mit seinem guten Ausgang ausschließen und die Besonderheit der Lösung in der gegenwärtigen politischen Lage betonen wolle.

Nach Informationen der WELT sind wegen der Flüchtlinge möglicherweise keine direkten und unmittelbaren Zahlungsvereinbarungen getroffen worden. Ihre Fälle würden jedoch in den beiderseitigen Listen vermerkt und entsprechend berücksichtigt werden.

Inzwischen wurden weitere Details des Hergangs bekannt: Danach bat die amerikanische Seite erst in der Nacht zum Samstag bei der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin telefonisch um Amtshilfe. Vogel selbst sei auf Bitten Honeckers aus dem Urlaub heraus nach Ost-Berlin geholt worden. Die Übereinkunft über die Ausreise sei zwischen den Flüchtlingen, Vogel und amerikanischen Beamten ausgehandelt worden.

Die Flüchtlinge hielten sich vor ihrer Ausreise im Auto-Konvoi außerhalb der Botschaft in Ost-Berlin auf. Sie waren offenbar durch einen zweiten Ausgang der Botschaft nach draußen gebracht worden. Staatssekretär Hans Otto Bräutigam sei erst dort – vermutlich in Vogels Kanzlei – zu den „DDR"-Bewohnern gestoßen.

Ost-Berlin selbst habe in Bonn „heftig gedrängt" und eine zügige Übereinkunft erbeten, die Vogel innerhalb kurzer Zeit dank seiner guten Kontakte bis ins Kanzleramt hinein zuwege gebracht habe.



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Durchleuchter

Von Rüdiger Moniac

Das öffentliche Mißverständnis über die Arbeitsweise unserer Geheimdienste tritt im Zusammenhang mit den Querelen um den Militärischen Abschirmdienst (MAD) immer deutlicher zutage.

Einerseits akzeptiert man seine Aufgabe, die darin gesehen wird, die Bundeswehr vor Sabotage, Unterwanderung, Zersetzung und Spionage zu schützen. Andererseits aber mokiert man sich darüber, wenn der Dienst diese Aufgabe ernst nimmt und sich dazu die erforderlichen Informationen besorgt.

Diese Feststellung gilt gewiß unabhängig von der Frage, ob der MAD die Sammlung von Informationen nun exzessiv betrieben hat oder nicht.

Es scheint, die Kritik am MAD im Lichte des Bekanntwerdens der „Datenbank Zersetzung" wird von interessierter Seite absichtsvoll überzogen. Sie übersieht offensichtlich, daß die Prüfung durch den früheren Datenschutzbeauftragten Bull beim MAD keineswegs auf Verstocktheit getroffen ist. Der Dienst zeigt sich im Gegenteil bereit, diese Datenbank zu entrümpeln und in ihr nur solche Informationen über Personen und Vorgänge zu speichern, die heute noch für die Abwehr der Zersetzung der Bundeswehr bedeutsam erscheinen.

Als viel fragwürdiger müssen Praktiken gewertet werden, die internen Überprüfungsvorgänge in den Diensten, hier speziell beim MAD, an die Öffentlichkeit zu lancieren. Die MAD-Angehörigen sehen sich vom eigenen Dienstherrn bloßgestellt.

Nicht anders dürfte wirken, was ihnen wohl in den allernächsten Tagen im Zusammenhang mit der „Affäre Kießling" ins Haus steht: daß der MAD offensichtlich auf Wunsch des Verteidigungsministeriums selbst von einer Art Kommission unabhängiger Fachleute und reputierlicher Persönlichkeiten auf die vielfältigste Weise „durchleuchtet" wird.

Die Zielsetzung dieser Operation ist positiv zu veranschlagen. Allerdings fragt es sich, ob die richtige Methode angewandt wird. Statt einer solchen Überprüfung des MAD sollte die Hardthöhe endlich beginnen, für den Dienst die richtigen und gut ausgebildeten Offiziere an dessen Spitze zu setzen, also Personalpolitik zu betreiben, die diesen Namen verdient.

Stiller Vermittler

Von Manfred Neuber

Der Vatikan vermag zum Frieden auf Erden beizutragen. Dank päpstlicher Vermittlung haben Argentinien und Chile in ihrem Territorialstreit um den Beagle-Kanal einen feierlichen Gewaltverzicht erklärt sowie „unverbrüchlichen Frieden und fortwährende Freundschaft" gelobt.

Das ist ein rühmlicher Beitrag zur Vertrauensbildung in Südamerika. Es bedurfte dazu keiner Mammut-Konferenz mit Fensterreden; der Erfolg basiert auf den Vorzügen stiller Diplomatie. Solcherart Schlichtung wird heute zu selten praktiziert. Der Papst könnte da Nachhilfe geben.

Vielleicht wird er auf dem „katholischen Kontinent" schon bald wieder in der Vermittlerrolle benötigt werden. In Venezuela gingen die Wahlen ohne die befürchtete Zuspitzung des Grenzkonfliktes mit Guyana noch einmal vorüber, während das Verhältnis zwischen Ecuador und Peru aus gleichem Grunde gerade wieder äußerst gespannt ist; denn Ecuador wählt am 29. Januar.

Wahlkampagnen in südlichen Ländern bringen es mit sich, daß offene Rechnungen präsentiert, die nationalen Gefühle aufgeputscht und von Demagogen mißbraucht werden. So anachronistisch hundert Jahre alte Grenzstreitigkeiten auch anmuten, steht es den Europäern nicht an, tiefverwurzelte Wünsche ganzer Nationen (wie die Wiedererlangung der Falkland-Inseln durch Argentinien) mit Spott abzutun.

Um der Verständigung und des Friedens willen ist der argentinische Präsident bei der Beagle-Einigung über den Schatten seiner Militärs gesprungen. Buenos Aires akzeptiert die Souveränität Chiles über drei kleine Inseln am östlichen Ausgang der Wasserstraße nahe Kap Hoorn, die Chile einen Zugang zum Atlantik und einen größeren Anspruch in der Antarktis sichern.

Engstirniges Territorial-Denken fördert keine Reichtümer in jener menschenfeindlichen Region. Nur mit gemeinsamen Anstrengungen können die Meeres- und Bodenschätze gewonnen werden. Der Vatikan schaffte eine gute Voraussetzung zum Wohle der betroffenen Völker, indem er diese Gewässer zur „Zone des Friedens" erklärte.

Bald für die Katz

Von Uwe Bahnsen

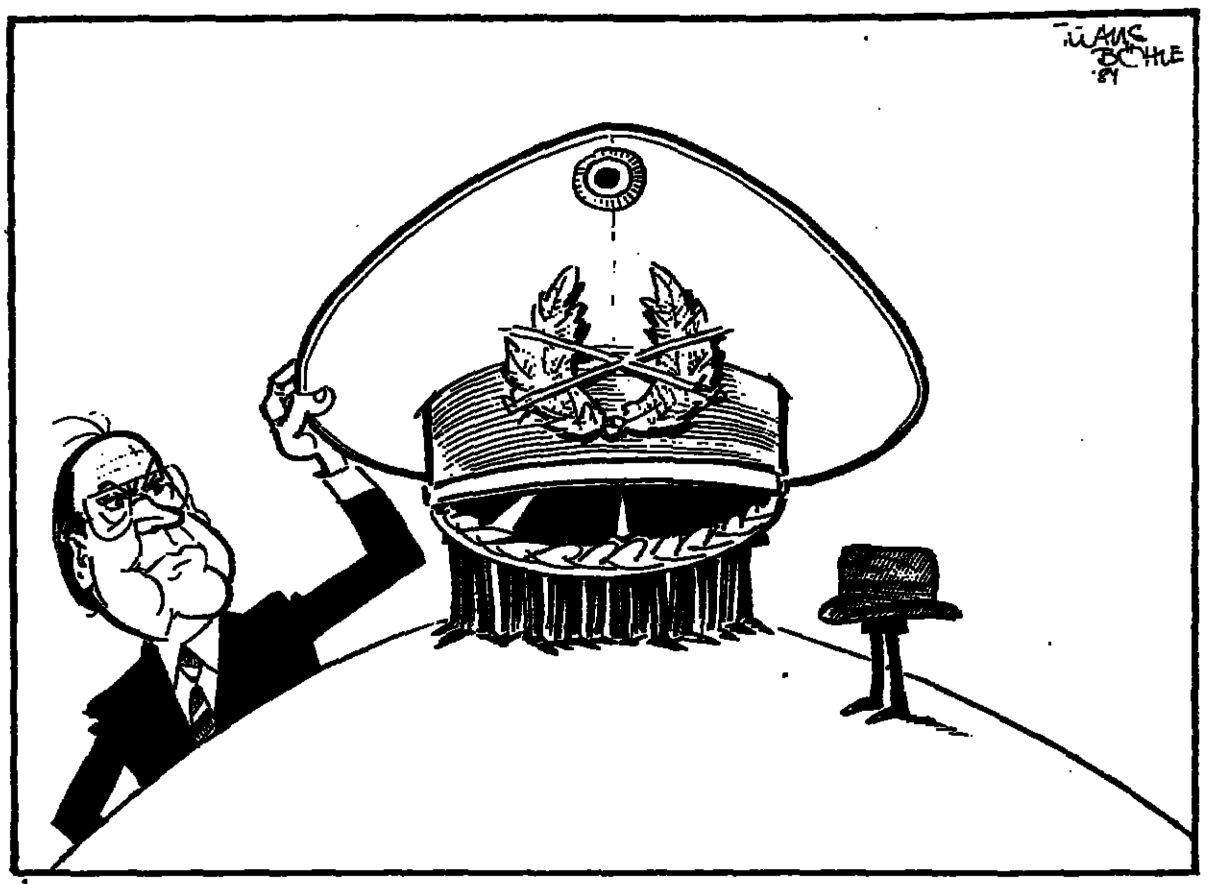
Der Mitmensch und Nachbar als „Hilfsorgan", nein, als Büttel des Fiskus – normalerweise gehört eine solche Vorstellung in die Kategorie der karnevalistischen Übertreibungen. Ausgerechnet in Hamburg aber, der Freien und Hansestadt mit langer liberaler Tradition, ist so etwas jetzt zum „Verwaltungshandeln" geworden: Die Pleite im Haushalt macht's möglich.

Allen Hamburger Haus- und Grundstückseigentümern ist mit den neuen Grundsteuerbescheiden auch ein Fragebogen auf rosa Papier zugegangen. Absender: Die „Hundesteuerstelle" des Finanzamtes Hamburg-Nord. Die Empfänger dieses Vordrucks sollen besagter Stelle nun mitteilen, wer auf dem ihnen gehörigen Grundstück wieviele Hunde hält. Der Fiskus möchte es etwas einfacher haben bei dem mühseligen Geschäft, die auf den doppelten Satz erhöhte Hundesteuer zu kassieren.

Eine Bürokratie tut im allgemeinen nichts, ohne sich zuvor eine juristische Deckung für das zu besorgen, was sie vorhat und dem Bürger zumuten will – so auch hier: Das städtische Hundesteuergesetz verlange eine solche Mitwirkung von den Grundeigentümern, die Abgabenordnung übrigens auch, und die gelte „bundesweit".

Nun ist es nicht schwierig, der Verwaltung aus beiden Gesetzestexten die Fadenscheinigkeit dieser Begründung nachzuweisen. Wichtiger aber ist, den Anfängen zu wehren: Hier beginnt der Schnüffelstaat. Heute soll der Grundsteuerzahler auf den Hund seines Mieters oder Miteigentümers kommen. Morgen wird man ihm womöglich zumuten, überschlägig die Gäste nachzuzählen, die in die Kneipe unten in seinem Hause gehen – zwecks besserer Kontrolle darüber, ob der Gastronom die Getränkesteuer ehrlich entrichtet. Der möglichen Weiterungen gibt es viele.

Taufrisch erreicht uns eben die Mitteilung der SPD-Bürgerschaftsfraktion, mit dem „Prüfungsvorschlag" einer Katzensteuer habe man sich nicht befaßt. Vorgelegen hat er aber offenkundig schon.



Alles unter einem Hut? ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Krankbeter

Von Herbert Kremp

Du liebe Güte, wird sich mancher sagen, was ist das für eine Republik? Da werden Computer-Listen der deutschen Rüstungsvorhaben in einem Straßengraben gefunden. Da wird in Berlin Buch geführt über Lehrer, die zur Unterweisung ihrer Schüler im Friedensleben Aktionen gegen die Nachrüstung unternahmen. Und da greift der Militärische Abschirmdienst (MAD) brutal ins Sanktuarium der Kulturnation und erfaßt selbst Schriftsteller und Rhetoren in einer Datenbank, sofern diese einmal gegen die Sicherheitspolitik des Staates zu Felde gezogen sind.

Wenn ein Herr vom anderen Stern die Bundesrepublik besucht, braucht er nur die Abendnachrichten beider Fernsehprogramme und die Morgennachrichten einer beliebigen Zeitung wahrzunehmen, um die ganze Tiefe unseres Jammertales zu ermessen. Wenn sich dann jemand untersteht, auf die steiflich sich reckende Pflanze des Wirtschaftswachstums hinzuweisen, wird er sofort belehrt (hier wird immer belehrt), daß die Verfilzung des privaten Großkapitals mit der Politik, wie sie in dem vor Gericht zu stellenden Wirtschaftsminister personifiziert sei, den eigentlich alles überdeckenden Skandal darstelle. Mehr sei zur Wirtschaft im allgemeinen und im besonderen nicht zu sagen, schließt die Belehrung.

Das ist aber keineswegs alles über unsere schöne neue Republik. Wer das Radiogerät einschaltet, erfährt nach der Eingangsnachricht über Nicaragua oder den neuesten umweltzerstörenden Dioxin-Fall (wir sind ja schon alle vergiftet) die letzten Erkenntnisse, die der Fall des angeblich homosexuellen Generals Kießling bietet. Die Publizistik bedauert zusammen mit den Politikern natürlich den schweren Schaden, der durch den wochenlangen Reigen für die Armee, den Staat, die NATO und den Rest der Welt entstanden ist. Doch hört der Herr vom anderen Stern aus Ton und Vortrag der Klage heraus, wie eng auf dem kleinen Erdfleck Bundesrepublik Recherche und Voyeurismus zusammengewachsen sind. Es gibt dort, vermutet er, offenbar Leute, denen das, was sie so sorgenvoll ausbreiten, einen erheblichen Lustgewinn vermittelt.

Nein, das ist keine Satire, sondern ein politisches Röntgenbild. Der Herr vom anderen Stern hat nach nur wenigen Besuchstagen den Eindruck, daß die negative Nachricht sich in der Bundesrepublik einer erheblichen, fast geheimnisvollen Vorliebe erfreut. Sie ist eine Form des Seelenluxus und wird gleichsam wie Boutiquen-Ware gehandelt. Sie steht unter dem Schutz des moralischen Abschirmdienstes. Diese Moral legitimiert ihre Verbraucher und erfreut den, der sie hat. Da die Bundesrepublik im Anschluß an die Nachrüstung nicht sofort den von zahlreichen Theologen vorausgemeldeten Atomtod gefunden hat, wird sie wohl (es kann eigentlich nicht anders sein) an ihrer inneren Fäulnis zugrunde gehen. Muß Moral das Ende der Unmoral nicht nach Kräften befördern? Die gebührende Antwort geben von Tag zu Tag hochmögende Kommentatoren nach der Methode Oswald Spengler × 1984. Festgegossene Überschrift: Der Untergang der Bundesrepublik.

Die Fehler und Verfehlungen der Politik beim Namen zu nennen und Konsequenzen beispielsweise aus den Tölpeleien der Generals-Affäre zu fordern, ist eine Sache und zwar eine richtige. Aber den über alle Maßen geschmackswidrigen Fall mit allen anderen Problemfällen der Republik zu vermengen und zum innersten Wesen, zur Schicksalshefe des immerhin freien Teils Deutschlands zu erklären, ist eine andere Sache, die allgemeinschädliche. Diejenigen, die sich ihr weihen, wissen genau, daß sie Unwahrheit verbreiten. Ihre Moral ist Heuchelei, ein frommer Spruch, um krankzubeten. Wenn sie sagen, die Republik sei ein Sumpf, dann wünschen sie in Wirklichkeit, daß es so sei. Dieses Ende ihrer Glaubwürdigkeit ist aber nichts anderes als der Anfang ihrer Politik.



Geschmackswidriger Fall: General Günter Kießling FOTO: DPA

Denn um sie geht es, der Voyeurismus ist nur eine Methode der Verführung, der Propaganda. Die Negativ-Magazine, die jede Woche aus gegebenem oder ungegebenem Anlaß die Nekrose der Bundesrepublik diagnostizieren, haben nichts anderes im Sinn als die gegenwärtig amtierende Regierung, die zum anhaltenden Entsetzen eines Teils der deutschen Intellektuellen und ihrer Recherche-Gendarmerie keine linke mehr ist. Man muß nur genau hinhören, um herauszufinden, was der Herr vom anderen Stern kurz nach Ankunft bemerkt: Helmut Kohl ist für alle, die hier alles anders machen wollen, ein arger Schicksalsschlag, eine anstößige, weil auf der Dummheit der Wählermehrheit beruhende Erscheinung. Sie muß beseitigt werden.

Die Bundesregierung bietet Angriffsfläche. Nicht ihre Schicklichkeit, ihre Ungeschicklichkeit steht zur Debatte. Die Kabarettreife des Falles Kießling zum Beispiel, die angestrengter amtlicher Bemühung zu verdanken ist. Da der Bundeskanzler tiefer durchatmet als andere und nachts gut schläft, beweist der Fall in den Augen derjenigen, die aus diesem Anlaß den allgemeinen „Sumpf" vermessen, seine mangelnde Sensibilität oder seine Führungsschwäche. Ließe er nun Wörner (und, bitte, dann auch gleich Lambsdorff) den Hut nehmen, würde es sich um nichts anderes als eine verkrampfte Kompensation der Führungsschwäche (also wieder um Schwäche) oder um das erzwungene Eingeständnis der ersten großen Niederlage handeln. Der Kanzler stünde dann, wohin er gehörte, nämlich am Anfang seines Endes.

Politische Tagträume? Der Herr vom anderen Stern, der sich in wenigen Tagen Einblick in die deutschen Verhältnisse verschaffen konnte, verabschiedet sich mit dem Gefühl, bei einer etwas hysterischen Gesellschaft zu Tisch gewesen zu sein. Dabei leben diese Leute doch alle ganz gut, bei allen großen und kleinen Fehlern, sagt er sich, und ihr Staat ist gar nicht so übel. Warum sind sie nur so verliebt in ihre Depressionen?

IM GESPRÄCH Eva-Maria Lemke

Jüngste in der Runde

Von Winfried Wessendorf

Sie wird heute in die Runde der Landesminister und Senatoren aufgenommen und damit bundesweit die Jüngste sein: Eva-Maria Lemke. Bremens SPD-Fraktion, die über die absolute Mehrheit in der Bürgerschaft verfügt, will die 35jährige Genossin zur Umweltsenatorin wählen. Anschließend findet die Vereidigung statt. Die langjährige Sprecherin der Deputation für Umweltschutz tritt damit den Posten an, der für Hede Lütjen vorgesehen war. Die 45jährige Bürgerschaftsabgeordnete war am 29. Dezember nach schwerer Krankheit gestorben.

Bürgermeister Hans Koschnick (SPD) hatte nach den Bürgerschaftswahlen im Herbst vergangenen Jahres den Senat neu zugeschnitten und ein eigenes Ressort Umweltschutz gebildet. Dieser Bereich war bislang dem Senator für Gesundheit zugeordnet. Nur Parteiräson hielt Gesundheitssenator Herbert Brückner (SPD) im Amte. Doch mußte Präsident Koschnick ein altes Wahlversprechen einlösen, eine Frau in den Senat zu nehmen.

Aber auch in der SPD gab es Krach wegen des neuen Ressorts. Es ging um die Kompetenz. Die einen wollten es mit mehr, die anderen mit weniger Einfluß ausgestattet sehen. Eva-Maria Lemke selbst kündigte an, nicht für ein „Alibi-Ressort" zur Verfügung zu stehen. Worauf sich die Genossen zu einem Kompromiß bequemten: Künftig gehören zum Umweltressort das Wasserwirtschaftsamt und die Pflanzenbeschau. Gerangel gibt es noch über den Einfluß auf das Gartenbau- und Gewerbeaufsichtsamt. Frau Lemke: „Da müssen noch Abstimmungsmodalitäten getroffen werden." Außerdem will „Evi" Lemke die Abtrennung des Referats Jagden und Forsten vom Wirtschaftsressort erreichen: „Dann hat das Umweltschutzressort erst die von mir gewünschte Querschnittsfunktion."



Will dem Senat Ideen liefern: Eva-Maria Lemke FOTO: DIE WELT

Den unruhigen Zeiten sieht die gebürtige Hamburgerin gelassen entgegen. Auch zu Hause muß sie sich umstellen. Die Hausfrau wohnt zusammen mit ihrem Sohn Christoph (7). Die ehemalige Vorstandssekretärin des Hamburger AStA: „Morgens bringe ich ihn in die Schule, nachmittags wird sich künftig eine nette Erzieherin um ihn kümmern." 1971 übersiedelte sie von der Elbe an die Weser. Damals trat sie in die Bremer SPD ein. Den ersten Sprung in der Parteikarriere tat „Evi", als sie fünf Jahre später Vorsitzende des Ortsvereins Peterswerder wurde. „Als erstes", meinte Frau Lemke selbstbewußt, „muß ich nach der Wahl als Senatorin meine Ideen in der Senatsrunde durchsetzen."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Das Blatt schreibt zur Israel-Reise Helmut Kohls:

In der arabischen Region die Rahmenbedingungen für Israels Sicherheit verbessern zu helfen, ist wahrscheinlich ein nützlicherer deutscher Beitrag als jede direkte materielle Unterstützung Israels. Das erfordert einerseits, die deutsche Politik mit dem westlichen Verbündeten abzustimmen, andererseits angemessene Rücksicht auch auf andere Momente im arabisch-israelischen Raum zu nehmen: Die Unsicherheiten am Persischen Golf, die Agonie des Libanon unter der Überlast seiner inneren und ihm von außen aufgebürdeten Konflikte, und die Beteiligung sowjetischer Waffen an alledem.

JERUSALEM POST

Hier heißt es zu Kohl:

Der Besuch des Bundeskanzlers wird von der deutschen Absicht, Waffen an Saudi-Arabien zu verkaufen, überschattet. Man kann von der Bundesrepublik nicht verlangen, alle Aspekte israelischer Politik zu schlukken, aber Deutschland sollte sehr vorsichtig mit allem sein, was Israels Sicherheit gefährden könnte. Kohl hat erklärt, er sei der erste Bundeskanzler, der zur Nachkriegsgeneration gehöre. Das ist gut, aber es darf kein Vorwand sein, sich aus der historischen Verantwortung zu stehlen.

HAARETZ

Die israelische Zeitung merkt zur Kohl-Visite an:

Israel hat immer erklärt, daß es die junge Generation in Deutschland nicht für die Verbrechen der Väter verantwortlich machen will, aber das heißt nicht, daß das deutsche Volk die Erinnerung an den Holocaust aus seinem Gedächtnis streichen kann. Man muß eine Brücke bauen, die den Abgrund zwischen beiden Völkern überbrückt, aber die Deutschen, die darüber gehen, müssen einen Blick nach unten werfen. Der Verkauf von Waffen an Saudi-Arabien läßt sich nicht vereinbaren mit der besonderen Verantwortung, die die Deutschen für das jüdische Volk zu haben behaupten. Israel widersetzt sich auch Transaktionen dieser Art seitens der Vereinigten Staaten und Frankreich, meint aber, ein Verkauf dieser Waffen seitens der Deutschen wäre ein Verbrechen.

Neue Zürcher Zeitung

Das Blatt befaßt sich mit der raschen Abschiebung der sechs in die US-Botschaft geflüchteten „DDR"-Bürger:

Die schnelle Einigung mit den Amerikanern über die Abschiebung der Flüchtlinge nach West-Berlin spricht ... dafür, daß die DDR nicht nur einen diplomatischen Konflikt mit der westlichen Großmacht vermeiden wollte, sondern vor allem aus innenpolitischen Gründen den Vorfall möglichst umgehend vom Tisch haben wollte.

Basler Zeitung

Das Blatt vergleicht König Hassan von Marokko mit dem Schah:

Marokko ist ... mit dem Iran des Schahs zu vergleichen. Beide Regimes orientierten sich am Westen, unterschätzten die religiösen Gefühle des Volkes und waren unfähig zur Selbstkritik. Hassan verhält sich auch in der Krise streng paternalistisch ... Die Vorenthaltung aller Information ist ein weiteres Zeichen seines Stils. Die mißliche soziale Lage, die fehlende Aufklärung und die Verstöße des Herrschers gegen den Islam ergeben für die noch schwach organisierten muselmanischen Integristen einen geeigneten Nährboden zur Agitation ... Marokko ist als gemäßigte islamische Nation und wegen seiner geostrategischen Lage für Washington eine wichtige Bastion.

Mittelamerika: Der Weg zum Frieden ist noch weit

Mehr als Hoffnungen und Konzepte hat bislang niemand anzubieten / Von Werner Thomas

Bereits dieser Januar hat die Welt daran erinnert, daß Mittelamerika neben dem Nahen Osten die gefährlichste Krisenregion bleibt. Die Entwicklungen der letzten Zeit demonstrierten, wie schnell in diesem Gebiet Klimaveränderungen möglich sind und wie explosiv die Situation deshalb ist.

Dabei hatte das Jahr durchaus hoffnungsvoll begonnen: In Panama unterzeichneten die fünf Aussenminister Mittelamerikas (Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua) das erste konkrete Aktionsprogramm, seit sich die sogenannten Contadora-Staaten (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela) um eine friedliche Lösung des Konfliktes bemühen. Man will einmal alle fremden Militärberater nach Hause schicken, das Prinzip der Nichteinmischung respektieren und die Unterstützung für Guerrilla-Organisationen stoppen. Die Minister gelobten schließlich die Garantie der Menschenrechte und freie Wahlen. Sie bildeten drei Kommissionen, die bis Ende April weitere Studien und Empfehlungen präsentieren sollen.

Nicaraguas Außenminister Miguel d'Escoto sprach von dem „wichtigsten Schritt seit dem Beginn des Contadora-Prozesses". Sein honduranischer Kollege Edgardo Paz Barnica, der bei solchen Konferenzen gewöhnlich die Rolle des Rivalen spielte, lobte: „Ein fundamentaler Fortschritt". Die Herren gratulierten sich per Handschlag und Umarmung.

Drei Tage später überreichte die Kissinger-Kommission Präsident Reagan ihre Vorschläge für eine langfristige Mittelamerika-Strategie und schon verdrängten wieder die unterschiedlichen Meinungen und Interessen die Solidaritäts-Gesten von Panama. Der salvadorianische Präsident Alvaro Magana: „Ein guter Bericht. Wir sind zufrieden." Der nicaraguanische Junta-Vertreter Sergio Ramirez: „Ein zum Scheitern verurteiltes Dokument. Es reflektiert nicht die Realitäten Mittelamerikas."

Die Realitäten werden in Washington allerdings anders gesehen als in Managua. Die Kommission warnte vor einer „direkten Bedrohung" der amerikanischen Sicherheitsinteressen durch die Sowjetunion und Kuba. Bei den Briefings durch amerikanische Geheimdienstvertreter erfuhren die Mitglieder Näheres über die Aktivitäten der 2000 bis 3000 Militärberater und die Kommandozentrale der salvadorianischen Guerrilla in Managua. Der Managua-Besuch, bei dem die sandinistischen Comandantes antiamerikanische Demonstrationen organisiert hatten und rüde Lektionen erteilten, hat auch die liberalen Vertreter der Kommission nachdenklich gestimmt.

Daß die Kommission eine weitere CIA-Unterstützung der konterrevolutionären Brigaden („Contras") empfahl, ist bemerkenswerter als der Vorschlag einer massiven wirtschaftlichen Hilfe (acht Milliarden Dollar) in den nächsten fünf Jahren. Präsident Reagan erhielt damit die Rückendeckung für einen heftig kritisierten Aspekt seiner Mittelamerika-Politik. Überhaupt konnte der Präsident mit dem Report zufrieden sein, was er auch zum Ausdruck brachte: „Großartig".

Nur: werden die Sandinisten unter einem wachsenden militärischen Druck ihren marxistischen Kurs korrigieren, ihre engen Bindungen zu Kuba lösen, mit den „Contras" verhandeln und tatsächlich freie Wahlen durchführen? Die meisten diplomatischen Beobachter dieser Region glauben nicht daran. Genausowenig sind Verhandlungen zwischen der salvadorianischen Regierung und der marxistischen Guerrilla-Bewegung Farabundo Marti (FMLN) in Sicht.

Der 24. März ist ein Schlüsseldatum. An diesem Tag soll die salvadorianische Bevölkerung einen neuen Präsidenten und ein Parlament wählen. Die FMLN-Rebellen, die in den letzten Wochen erstaunliche militärische Erfolge erzielten, wollen alles tun, um diesen Urnengang zu verhindern. Washington erwartet wiederum von diesem Ereignis die Wende in dem Konflikt. Die US-Diplomaten in San Salvador blicken den Wahlen allerdings nervös entgegen. Einer dieser Männer fragte: „Was passiert, wenn Roberto d'Aubuisson gewinnt?" Roberto d'Aubuisson, der Rechtsaußen unter den fünf Kandidaten, hat neben dem Christdemokraten José Napoleon Duarte die besten Chancen. Ein Sieg des früheren Geheimdienstmajors würde die gesamte Salvador-Rechnung der Reagan-Regierung durcheinanderbringen.

Die zweite Januar-Woche, die mit einem Außenminister-Treffen begonnen hatte, das optimistischere Akzente sezte, ging mit einem alarmierenden Todesfall zuende: Sandinistische Soladten töteten den ersten Amerikaner, Jeffrey C. Schwab, einen Hubschrauber-Piloten. Präsident Reagan sprach von einer „großen Tragödie" und verurteilte das Vorgehen Nicaraguas als „rücksichtslosen Akt". Der honduranische Präsident Roberto Suazo Cordova beschuldigte die Comandantes eines „brutalen Mordes". Der Zwischenfall bestärkte die Reagan-Regierung in ihrer Absicht, die amerikanisch-honduranischen Manöver fortzusetzen. Seit Juli werden in Honduras militärische Übungen durchgeführt. Das Manöver „große Kiefer zwei" wird im März abgeschlossen. Anfang Juni soll „große Kiefer drei" folgen.

Kür der Karossen - beliebtes Spiel mit Tradition

Zum dritten Mal hintereinander erhielt auch für 1984 ein deutsches Auto die Auszeichnung „World car of the year". 47 Juroren aus 20 Ländern in fünf Kontinenten entschieden sich mit Mehrheit für den Mercedes 190 E.

Von HEINZ HORRMANN

Ungläubiges Staunen spiegelt sich in den sonst so unbewegten Gesichtern der japanischen Stimmenzähler. Die Stapel der grünen Stimmkarten werden in der Redaktion des „Motor Magazin", Tokio, der größten asiatischen Fachzeitschrift, noch einmal durchgezählt. Am Ergebnis ändert sich nichts: 86 Punkte für den Mercedes aus der Bundesrepublik, vier Zähler weniger hat der Honda.

Damit fiel die internationalste der automobilen Auszeichnungen an das Stuttgarter Unternehmen, das bei den nationalen Titelvergaben leer ausgegangen war.

Beim „Goldenen Lenkrad" beispielsweise, organisiert von „Bild am Sonntag", zogen die 21 Juroren aus sieben Ländern in der „Großen Klasse" den Audi 200 Turbo und den BMW 524 Turbo Diesel vor. Bei der Wahl „Auto des Jahres", ebenfalls von einer internationalen Fachjury durchgeführt, aber nur in einer einzigen Fahrzeugklasse unabhängig von Hubraum und Preis, siegte der Fiat Uno.

An Begründungen mangelte es nirgendwo. Fiat wurde beispielsweise die „modernste und funktionellste Lösung des Kleinstwagens aufgrund eines so angenehmen Designs und des Verhältnisses Abmessungen und Nutzraum" attestiert. Sowohl beim Fiat als auch bei den Modellen, die in drei Klassen mit dem „Goldenen Lenkrad" ausgezeichnet wurden, sprach die Jury von pragmatischen und intelligenten Konzepten.

Kritiker sprechen von einer Inflation der Titel

Weltweit mehren sich von Jahr zu Jahr die Autowahlen und Trophäen. Kritiker sprechen bereits von einer wahren Titelinflation. So sammelte BMW unter anderem neben den genannten Superlativen einen Technologiepreis, einen „Goldenen Helm" und Audi Preise in Amerika und in Südafrika. Volvos „F 10 Intercooler" wurde zum Lkw des Jahres 1984 erkoren und die neue wassergekühlte Vierzylindermaschine K 100 RS der Bayerischen Motorenwerke zum „Motorrad des Jahres".

Alle Titel zu verzeichnen lohnt sich nicht. Viele Prädikate, von Interessengruppen und Zeitschriften vergeben, nützen im Gegensatz zu den großen repräsentativen Wahlen nicht einmal der Markenwerbung. Mal sind oder waren es kleine Großserienwagen, mal exzentrische Konstruktionen, mal Entwürfe, die schließlich gar nicht gebaut wurden. Es gibt auch Preisträger, die das Publikum später spärlich oder gar nicht kauft. Und selbst die zuvor angeführten Grand Prix, die weltweit zu Reklamezwecken genutzt werden, muß man differenziert beurteilen.

Bei den preisgekrönten Autos des Jahres handelt es sich nämlich durchweg um neue Modelle auf dem Markt, die ihre Gebrauchstüchtigkeit, Zuverlässigkeit und schließlich den daraus resultierenden Erfolg in der Alltagspraxis erst beweisen müssen. Ein endgültiges Urteil könnte somit erst ein oder zwei Jahre später gefällt werden, doch dann sind sie bereits von neuen Konstruktionen in den Schatten gestellt.

Die Wiedergeburt des „Made in Germany"

So sollte man die Wahlen und Beurteilungen, die von den Werbechefs so begrüßt werden, in erster Linie als interessante Spielereien einstufen. Mit nicht mehr und nicht weniger Bedeutung, wie sie beispielsweise der Wahl „Mann des Jahres" beigemessen wird.

Dieses Spiel mit Superlativen und Prämierungen ist fast so alt wie die Automobilproduktion selbst. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg wurde ein „Grand Prix" an Modellneuheiten verliehen. In den 20er und 30er Jahren existierten bereits etliche Schönheitskonkurrenzen, bei denen es aber ausschließlich um die Linienführung und die Gestaltung der Karosserie ging. Nach dem Zweiten Weltkrieg erfand ein holländisches Fachblatt „Das Auto des Jahres", das inzwischen so viele Nachfolger gefunden hat.

Eine Sonderstellung im Kreis dieser Aktionen muß man aus deutscher Sicht sicherlich der „World car of the year"-Auszeichnung einräumen. Sie findet unter japanischer Regie und mit einer Mehrheit japanischer Juroren statt.

Auch wenn man den knappen Mercedes-Sieg im Land der härtesten Automobilkonkurrenz einmal unberücksichtigt läßt, wird mit dem Gesamtergebnis, das drei deutsche Fabrikate unterschiedlichster Konzepte unter den ersten sechs zeigt, auch eine objektive Anerkennung für Deutschlands Autoindustrie deutlich.

Nachdem sich in den 70er Jahren hier im Lande die Hysterie über die marktbedrohende Flut preiswerter japanischer Fahrzeuge gelegt hatte, wurde in deutschen Unternehmen die Herausforderung mit herausragender Technik, exzellenten Autos von hoher Qualität und kostensenkenden Maßnahmen gekontert. Die heute weltweit gelobten Modelle sind die Konzeptprodukte von damals. Zumindest für die Bestätigung der Wiedergeburt des Markenzeichens „Made in Germany" in der Autobranche ist dieser Wettbewerb unumstritten geeignet.



„World car of the year '84": Der Mercedes 190 E FOTO: POLY-PRESS

Nach zehn Jahren ist mit Helmut Kohl wieder ein deutscher Kanzler zu Gast in Israel



New York, 14. März 1960: Im „Waldorf Astoria" kommt es zur ersten Begegnung Ben Gurion–Adenauer FOTO: AP

„. . . damit sie sich nie wiederholt"

Von GEORG SCHRÖDER

Am 14. März 1960 sprachen Konrad Adenauer und der israelische Ministerpräsident Ben Gurion fast zwei Stunden miteinander in den Räumen des Bundeskanzlers im New Yorker Hotel „Waldorf Astoria". Diese Aussprache zwischen den hochbetagten Staatsmännern war mehr als eine Sensation, es war ein historisches Ereignis bei der Suche beider, eine in die Zukunft weisende Zusammenarbeit zu finden.

Das Treffen bestimmte in den folgenden Jahren das deutsch-israelische Verhältnis und vertiefte die wechselseitige Hochschätzung beider Politiker. Ein Ausdruck dafür war später die Teilnahme Ben Gurions an der Bonner Trauerfeier für Konrad Adenauer. Im Anschluß an das Treffen gaben die beiden Regierungschefs kurze, aber bedeutungsvolle Erklärungen ab. Adenauer sagte: „Ich bin tief bewegt über diese Zusammenkunft mit Ministerpräsident Ben Gurion. Seit langem bewundere ich seine Qualitäten als Staatsmann und seine Ausdauer als Chefarchitekt eines modernen Israel und dessen bewundernswerter Entwicklung." Unter Hinweis auf schon geleistete Entschädigungen an die Opfer des Nazismus versicherte Adenauer, daß die gegenseitige Zusammenarbeit und Unterstützung auch künftig Früchte tragen werde.

Ben Gurion erklärte, daß er erfreut sei, sich mit Adenauer getroffen zu haben. „Mein Volk kann seine Vergangenheit nicht vergessen. Aber wir erinnern uns der Vergangenheit, nicht um darüber zu brüten, sondern damit sie sich nie wiederholt." Er habe in der Knesset, dem Parlament, schon gesagt, das Deutschland von heute sei nicht das von gestern. Nach seinem Treffen mit Adenauer habe er nun die Gewißheit, daß sein Urteil richtig sei.

Für das Verhältnis zu Israel hofft der Kanzler auf die Jugend

Stehen die Deutschen zwischen Israel und den Arabern? Ein Entweder-Oder akzeptiert Bundeskanzler Kohl nicht. Da ist zwar das Gefühl der Verpflichtung gegenüber dem jüdischen Volk. Doch da ist auch vorsichtige Distanz in Fragen konkreter Politik.

Von MANFRED SCHELL

„Geschichte soll nicht das Gedächtnis beschweren, sondern den Verstand erleuchten." Dieser Satz von Gotthold Ephraim Lessing, in der Besinnung auf die gemeinsamen ethischen Grundlagen der großen Religionen formuliert, hat aktuelle Bedeutung für das Verhältnis zwischen Deutschen und Juden. Bundeskanzler Helmut Kohl, der bei Kriegsende gerade 15 Jahre alt war, sieht, wenn man seine bisherigen Erklärungen dazu bewertet, darin eine Art „Handlungsanweisung" für die künftige Gestaltung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel.

Kohl möchte insbesondere in der Jugend das Verständnis „füreinander" wachhalten und sogar ein „Gefühl der Zusammengehörigkeit" entwickeln, das auf gemeinsamen Wertvorstellungen beruht. Dies sind nach seiner Auffassung die Lehren, die aus der Vergangenheit gezogen werden sollten. Als historisch denkender Mann ist Kohl sich dieser Vergangenheit bewußt. Keine Minute, so hat er einmal gesagt, vergesse er, wie in deutschem Namen das „Gesicht des Menschen" geschändet worden sei. Eine Abkehr von dieser Verantwortung gibt es für Kohl nicht, aber er möchte in dieser Vergangenheit auch nicht steckenbleiben. Vor allem die Jugend sollte die Geste Israels zur Versöhnung, die Ben Gurion große Kraft abverlangte, aufnehmen und weitertragen.

Die prinzipiell freundschaftliche Einstellung Kohls gegenüber Israel wird allerdings häufig durch die offizielle Nahost-Politik Bonns überlagert. Nicht selten wurde deshalb in den letzten Monaten die Frage gestellt: Stehen die Deutschen zwischen den Israelis und den Arabern? Für Kohl gibt es ein Denken in der Kategorie des „Entweder-Oder" nicht.

Seine Nahost-Politik ist auf drei Kernelemente aufgebaut: 1. Die Anerkennung des Rechts Israels auf eine Existenz in anerkannten und gesicherten Grenzen, 2. Das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und 3. Verzicht aller Parteien auf Gewalt. Das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, auch das hat Kohl offenkundig mit Blick auf die inzwischen zerfallene PLO und deren Finanziers gesagt, dürfe nicht „mit Gewalt" durchgesetzt werden.

Diese Positionen hat der Kanzler auch bei seinen offiziellen Besuchen in Jordanien, Ägypten und in Saudi-Arabien im Oktober letzten Jahres bezogen. Aber, und auch dies gehört zu Kohls nahostpolitischer Gesamtschau, er hat in gleichem Atemzug die „forcierte" Siedlungspolitik Israels am Westufer des Jordan verurteilt. Kohl hat – indirekt – auch den Rückzug israelischer Truppen aus Libanon verlangt.

Friede, so hat Kohl andererseits den arabischen Regierungen ins Stammbuch geschrieben, sei nicht möglich „ohne oder gegen Israel". Israel sei heute eine „bestimmende Macht im Nahen Osten". Aber Kohl hat immer hinzugefügt, und er wird dies auch gegenüber seinen israelischen Gastgebern tun, Friede sei auch nicht möglich „ohne oder gegen die arabische Seite".

Offensichtlich ist, daß Kohl nicht in die Rolle des Fürsprechers der einen oder anderen Konfliktpartei im Nahen Osten hineingezogen werden möchte, auch deshalb nicht, weil er den tatsächlichen Einfluß Bonns realistischerweise niedrig einstuft. Die politischen Führer in der arabischen Welt, König Hussein, Ägyptens Präsident Mubarak und auch König Fahd von Saudi-Arabien, haben versucht, Kohl für ihre Interessen zu gewinnen. Natürlich kennen auch sie die Einflußmöglichkeiten Bonns, aber sie haben immer wieder auf das gute persönliche Verhältnis des Kanzlers zu Präsident Reagan verwiesen. Hier versuchten sie, den Hebel anzusetzen. Kohl lief Gefahr, „vereinnahmt" zu werden; und es kam sicherlich nicht von ungefähr, daß König Hussein ihm seine aktuellsten Überlegungen für eine Konfliktlösung unterbreitete.

Ob es Kohl gelungen ist, den saudischen König zu bewegen, Ägyptens Bemühen gegenüber Israel im arabischen Lager Anerkennung, auf lange Sicht vielleicht auch Unterstützung zu verschaffen, ist bislang nicht auszumachen. Der Kanzler betrachtet jedenfalls die Saudis ebenfalls als Stabilitätsfaktor im Nahen Osten. Die Paradewaffe „Leopard 2" hat Kohl dem saudischen König verweigert. Er mußte hier eine schwierige Situation meistern, die ihm sein Amtsvorgänger Helmut Schmidt hinterlassen hatte. Aber er hat dem König die Lieferung von „Defensivwaffen" in Aussicht gestellt, was immer darunter zu verstehen sein mag.

Je besser die Waffen, je größer wird der Druck

Bonn ist bereit, Saudi-Arabien Defensivwaffen zu liefern. Experten aus Riad haben sich in der Bundesrepublik über das Angebot informiert, aber noch keine Wunschliste vorgelegt. Wie ein Schatten liegt das mögliche Waffengeschäft über dem Kohl-Besuch in Israel.

Von RÜDIGER MONIAC

Es sind nicht nur die arabischen Staaten, allen voran Saudi-Arabien, die großes Verlangen nach Rüstungsprodukten aus deutschen Werken haben. Der Ruf von der Qualität deutscher Waffen wird weltweit vernommen und löst immer wieder Nachfrage aus. Die Bundesrepublik Deutschland hat in den meisten Fällen die kalte Schulter gezeigt, so daß sie in der Liste der Waffenexporteure hinter den USA, der Sowjetunion, Frankreich und Großbritannien lediglich den fünften Rang einnimmt.

Diese Position zu halten wird der Bonner Regierung in den letzten Jahren immer schwerer gemacht. Obwohl sich die Bundesrepublik die wahrscheinlich schärfsten Exportbeschränkungen für Rüstungsgüter auferlegte, die es überhaupt im Vergleich zu anderen Staaten gibt, wird der Druck auf Bonn von der Seite befreundeter Länder und solcher, die mit uns intensive Handelsbeziehungen unterhalten, immer stärker.

Dieser Erkenntnis konnte sich auch der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt im April 1981 nicht entziehen, als er in Riad am Hofe des saudischen Herrschers einen Besuch machte. Seit dieser Zeit steht die Bundesrepublik unter dem Eindruck, ihre Beziehungen mit Saudi-Arabien nur dadurch auf dem beiderseits gewollten hohen Niveau zu halten, daß sie dem Drängen des Ölstaates nach Ausrüstung seiner Armee mit deutschen wehrtechnischen Produkten nachgibt.

Öl ist das Schlüsselwort für diese Beziehungen. Die Bundesrepublik erhält einen großen Teil der Energie in Form von Rohöl aus der Region um den Persischen Golf und damit auch aus Saudi-Arabien. Schmidt, der sich dessen natürlich sehr bewußt war, sagte den Saudis damals offensichtlich in sehr verklausulierter Form zu, auch die Frage von deutschen Waffenlieferungen ernsthaft zu prüfen.

Bekannt wurde diese Bereitschaft des damaligen deutschen Regierungschefs freilich erst viele Monate später. Sie bewegt die öffentliche Diskussion seit nunmehr zwei Jahren. Sie wurde stark belebt, als Schmidts Nachfolger Helmut Kohl letzten Oktober eine Reihe arabischer Länder besuchte und bei dieser Gelegenheit die saudischen Wünsche sehr konkret positiv beschied. Kohls Formel lautete, denkbar seien Lieferungen von Waffen und Ausrüstung an die Saudis, die für die Verteidigung des Landes geeignet seien. Offiziell wurde dabei ausgeschlossen, Bonn werde den Export des bei den Saudis besonders begehrten Panzers „Leopard 2" zulassen.

Seit Bekanntwerden der Zusage des neuen deutschen Regierungschefs an Riad hat Israel seine Kritik daran immer mehr verschärft und verdeutlicht. Ministerpräsident Shamir ließ in den letzten Tagen vor Beginn der Kanzler-Reise nach Israel keine Gelegenheit aus, deutschen Korrespondenten gegenüber mit allem Nachdruck zu bedeuten, daß Waffen aus der Bundesrepublik an Saudi-Arabien, einem Land, das sich mit Israel im „Heiligen Krieg" befindlich betrachte, für seine Regierung nicht hinnehmbar seien.

Kohls Besuch in Riad hatte inzwischen konkrete Folgen. Ende letzten Jahres hielt sich eine saudische Delegation in der Bundesrepublik auf, um sich bei deutschen wehrtechnischen Unternehmen eingehend nach der jeweils verfügbaren Produktpalette zu erkundigen. Die Delegation, angeführt von zwei Generalmajoren, war rund zwei Wochen auf Rundreise und ließ fast keine größere Fabrik für Armee-Ausrüstungen zwischen Hamburg und München aus.

In Bayern sahen die Saudis bei MBB alles von Panzerabwehrraketen bis zum Hubschrauber des Typs Bo 105, der im deutschen Heer zur Panzerbekämpfung benutzt wird. Bei Krauss-Maffei stand neben dem „Leopard 1"-Panzer auch sein modernerer Bruder mit der ungewöhnlich ausbaufähigen Glattrohrkanone vom Kaliber 120 mm auf dem Besichtigungsprogramm, dazu der Flugabwehrpanzer „Gepard" und ein ähnliches Waffensystem auf Rädern mit der Bezeichnung „Wildcat", mit dem die Firma bei nicht ganz so zahlungskräftigen Kunden auf Vertragsabschlüsse hofft. In anderen Städten begutachteten die Saudis Radargeräte, Feuerleitanlagen und Munition der verschiedensten Kaliber.

Nach der intensiven Besichtigungstour erschienen sie zum Schluß bei Staatssekretär Lothar Ruehl im Bundesverteidigungsministerium, um zu fragen, wie die Chancen stünden, von den gesehenen Produkten auch eine Anzahl kaufen zu können. Der Staatssekretär konnte der Delegation nichts Zufriedenstellendes mitteilen. Denn für die Genehmigung von Rüstungsexporten ist nicht die Bonner Hardthöhe zuständig. Dieses heikle Gebiet deutscher Außen- und Sicherheitspolitik fällt unmittelbar in die Gesamtverantwortung der Bundesregierung. Entschieden werden Anträge auf Waffenlieferungen deutscher Unternehmen ins Ausland von einem Kabinettsausschuß der Bundesregierung.

Seit die saudische Delegation nach Hause gereist ist – das war kurz vor Weihnachten –, hat die Bundesregierung aus Riad nichts vernommen, was auf die baldige Präsentation einer regelrechten „Kaufliste" schließen ließe. In Bonn wird erwartet, daß Riad abwarten will, mit welchen Ergebnissen die Israel-Reise von Helmut Kohl zu Ende gehen wird.

Das darf nicht wahr werden . . .

Von AXEL SPRINGER

„Wie viele Juden werden diesmal von deutschen Waffen getötet?" lautet die Überschrift einer Anzeige in der „New York Times".

Eine jüdische Organisation appelliert darin an Bundeskanzler Kohl, keine Panzer an Saudi-Arabien zu verkaufen. Die Anzeige ist mit „American Survivors of the Holocaust" (Amerikanische Überlebende des Holocaust) gezeichnet.

In der Anzeige wird darauf aufmerksam gemacht, daß Saudi-Arabien wie Hitler einen „Heiligen Krieg" gegen die Juden erklärt hat und die syrischen Waffenkäufe in der Sowjetunion finanziert.

Nun will die Bundesrepublik Deutschland diesem Land modernste Waffen im Wert von ca. 14 Milliarden Mark liefern. Das kann doch nicht wahr sein, meinen die amerikanischen Überlebenden der Hitlerschen Politik. Das darf nicht wahr werden, meine ich.

KOMMENTAR AUS DER „BILD"-ZEITUNG VOM 24. 1. 1984

Rüstungslisten lagen im Straßengraben

rmc./DW. **Bonn**

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner soll dem Verteidigungsausschuß des Bundestages heute über die in einem Straßengraben in der Eifel gefundenen Listen mit Rüstungsprogrammen der Bundeswehr berichten. Wörner wurde dazu gestern von dem Ausschuß-Vorsitzenden Alfred Biehle aufgefordert. Gleichzeitig bestätigte das Bundesverteidigungsministerium, daß es sich bei den gefundenen Computerlisten um Unterlagen des Koblenzer Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung handelt.

In einem vorab veröffentlichten Beitrag hatte die Hamburger Illustrierte „Stern" gestern berichtet, daß Computerlisten, auf denen angeblich das Rüstungsprogramm der Bundeswehr nahezu vollständig verzeichnet ist, im vergangenen Oktober in einem Straßengraben in Mayen in der Eifel gefunden wurden. Die 441 Seiten der als „Bestandsliste 1107 a" gekennzeichneten Unterlagen enthielten das nahezu vollständige Rüstungsprogramm der Bundeswehr. 3087 militärische Einzelprojekte für Heer, Luftwaffe und Marine im Gesamtwert von 60 Milliarden Mark seien aufgeführt. Auch die Rüstungsplanung bis 1986 habe den Unterlagen entnommen werden können. Die Listen enthielten Rüstungsanschaffungen aus acht von 23 Einzelkapiteln des Verteidigungshaushalts. Daraus ließen sich Stückzahlen, Einkaufspreise und geplante Einkäufe von U-Booten, Fregatten, Kampfflugzeugen, Panzern und Raketen ablesen. Die Listen waren, wie es hieß, zusammen mit anderem Material zur Altpapierverwertung in einer Mayener Papierfabrik bestimmt gewesen. Es sei nicht geklärt, wie das Material in den Straßengraben gekommen ist.

In Bonn hieß es, das Verteidigungsministerium untersuche die Angelegenheit derzeit. Die Listen gehören zu einem Teil von Arbeitspapieren, die im Koblenzer Bundesamt für den „internen Gebrauch" bestimmt seien. Mit ihnen werde kontrolliert, wie sich der Finanzabfluß für die Beschaffung gestaltet.

Während das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung betonte, die Unterlagen seien nicht sicherheitsrelevant, sprach der wehrpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Erwin Horn, von einem „sicherheitspolitischen Skandal".

Schiller, ein Schwabe in Sachsen und Thüringen

Zeitschrift soll Schülern deutsche Frage nahebringen

XING-HU KUO, **Stuttgart**

Die Schulen Baden-Württembergs haben in diesen Tagen die erste Nummer einer ungewöhnlichen und bundesweit bisher einmaligen Zeitschrift bekommen: auf der Titelseite ein Bild von Friedrich Schiller, umrahmt von zwei Zeichnungen. Die eine zeigt Stuttgart im Jahre 1762, die andere Weimar um 1800. Der Titel dieses ersten Heftes verdeutlicht, worum es geht: „Schiller – ein Schwabe in Sachsen und Thüringen". Die neue Zeitschrift, geplant sind jährlich drei Nummern im Umfang von etwa 40 Seiten im DIN-A4-Format, wird von der Landeszentrale für politische Bildung in Stuttgart herausgegeben. Sie will nämlich den Lehrern des Landes helfen, die „deutsche Frage im Unterricht" – so heißt auch die Schriftenreihe, lebendig und sachgerecht zu gestalten.

Werner Fichter, für Öffentlichkeitsarbeit in der Landeszentrale zuständig, berichtete in einem WELT-Gespräch, daß bereits das erste Heft gerade unter den Lehrern auf eine „sehr starke positive Resonanz gestoßen" sei. Die Landeszentrale habe sogar „massenhaft nachgeliefert", obwohl von jedem Heft 23 000 Exemplare an alle Schulen im Südwesten, mit Ausnahme der Grundschulen, verteilt werden, und zwar kostenlos.

Drei Geldgeber

Die nicht geringen Kosten für dieses Projekt, das bis 1989 laufen soll, teilen sich drei „Quellen": die Robert-Bosch-Stiftung, die schon seit geraumer Zeit eine historische Forschung zu diesem Thema finanzierte. Unter Leitung von Professor Jung vom Studienseminar für Schulpädagogik in Esslingen wurde zur Stärkung des Geschichtsbewußtseins gerade der jungen Generation in der Bundesrepublik die kulturellen, wirtschaftlichen, ideengeschichtlichen und politischen Zusammenhänge zwischen dem deutschen Südwesten und den Gebieten in Mitteldeutschland für Unterrichtszwecke aller Schularten erforscht. Die Ergebnisse dieser Forschung fließen jetzt in die Zeitschriftenreihe. Auch die Landeszentrale und das Stuttgarter Kultusministerium beteiligen sich an der Finanzierung der Zeitschrift.

Eine Anregung von Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder (CDU), die deutsche Frage im Unterricht der Schulen des Landes intensiver als bisher zu behandeln – nicht zuletzt aufgrund von sehr mangelhaften Kenntnissen vieler Schüler in der Frage der deutschen Teilung und Nation – hat ebenfalls wesentlich zum Entstehen der Schriftenreihe beigetragen.

Die Zeitschrift, die sich in erster Linie an Lehrer der Fächer Deutsch, Geschichte und Politik wendet, entspricht deshalb völlig dem Rahmen der Lehrplanrevision in Baden-Württemberg: denn die „deutsche Frage im Unterricht" gehört zu den zwölf fächerübergreifenden Themen, denen ein besonderer Stellenwert eingeräumt wird.

Gemeinsamkeiten

Bereits zum 17. Juni 1983 – dem 30. Jahrestag des Arbeiteraufstandes in Ost-Berlin – hatte das Stuttgarter Kultusministerium das Buch „Deutschland – die geteilte Nation" an die Schulen des Landes kostenlos verschickt. Ziel der neuen Zeitschrift ist es, vor allem an Hand der früheren Geschichte dem Schüler „das Wissen und das Gefühl der Gemeinsamkeiten, zum Beispiel in Geschichte, Sprache und Kultur, und das Bewußtsein des Anspruchs auf Einheit der deutschen Nation zu vermitteln", heißt es zur ersten Ausgabe dieser Schriftenreihe.

Siegfried Schiele, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, schrieb in seinem Vorwort zum ersten Heft: „Nation setzt ein Zusammengehörig-sein-Wollen voraus, dieses entsteht aus dem Bewußtsein bestehender Gemeinsamkeiten." Die neue Zeitschrift soll auch dazu dienen, Fahrten in die „DDR" vorzubereiten: „Warum nicht einmal nach Sachsen und Thüringen auf den Spuren Schillers?", so der Direktor der Landeszentrale.

Im ersten Heft wird erläutert, daß Schillers Verhältnis zu seinem „Vaterland Württemberg zwiespältig und ambivalent" gewesen sei. Obwohl ein echter Schwabe „mit großer Anhänglichkeit" zu diesem Volksstamm zog es den jungen Dichter doch nach Leipzig, Jena und Weimar, also nach Sachsen und Thüringen. Vor allem Weimar wirkte wie ein Magnet auf Schiller, denn dort befand sich damals die „geistige und literarische Metropole". Im Gegensatz zum provinziellen, vom frommen Pietismus etwas beengten schwäbischen Württemberg.

Bischöfe drohen mit Entzug von „katholisch"

AP, **Würzburg/Bonn**

Der Ständige Rat der Deutschen Bischofskonferenz hat die Katholische Junge Gemeinde (KJG) zu einer „fundamentalen Neuorientierung" aufgefordert. In einer gestern verbreiteten Erklärung hieß es, der kirchen- und gesellschaftspolitische Kurs der KJG sei eine „untragbare Fehlentwicklung". Außerdem habe die Bundesleitung der KJG „das Vertrauen der Bischöfe mißbraucht".

Falls sich die Führungsgremien der KJG weiterhin uneinsichtig zeigten, könne man ihr, so Rudolf Hammerschmidt, der Sprecher der Deutschen Bischofskonferenz, als „letzte Konsequenz" die Bezeichnung „katholisch" entziehen. Gleichzeitig betonte Hammerschmidt, die Kritik der Kirchenführung richte sich nicht allein gegen das „song-buch 2", sondern die Probleme der KJG lägen „sehr viel tiefer". Mit Mißfallen beobachte die Deutsche Bischofskonferenz auch die Zusammenarbeit der KJG mit der gegen die Amtskirche ausgerichteten „Initiative Kirche von unten".

Der Verkauf des umstrittenen „song-buch 2" mit Liedern aus der Friedensbewegung wurde bereits in der vergangenen Woche von der Bundesleitung des katholischen Jugendverbandes eingestellt. Der frühere Sprecher der Deutschen Bischofskonferenz, Otto Neisinger, hatte zu dem Liederbuch erklärt, in ihm werde „kommunistische Ideologie nicht klammheimlich, sondern ungetarnt und ganz offen nahegelegt".

Hamburgs Grundsätze für Mediengesetz

HERBERT SCHÜTTE, **Hamburg**

Mit der Zielsetzung „nicht abwehren, sondern gestalten" will Hamburg sein Landesmediengesetz auf den Weg bringen. Das SPD-regierte Bundesland will wie Bayern unter einem öffentlich-rechtlichen Dach die Gestaltung selbständigen Programmanbietern überantworten, wobei die Meinungsvielfalt ebenso garantiert werden soll wie der Schutz vor einem Verdrängungswettbewerb zu Lasten von Zeitung und Zeitschriften. Bürgermeister Klaus von Dohnanyi kündigte gestern verstärkte Bemühungen um eine bundesweite Regelung unter öffentlich-rechtlichem Dach an. Zudem strebt er eine intensive Abstimmung mit Schleswig-Holstein und Niedersachsen an, die Partner des NDR-Staatsvertrages.

Strauß spricht von „Mittelweg"

Bayerische Staatsregierung stellt Entwurf für ein neues Mediengesetz vor

PETER SCHMALZ, **München**

Schon der Titel des Gesetzentwurfes, den das bayerische Kabinett gestern billigte und der im Freistaat das Tor zu einer neuen Medienwelt aufstoßen soll, ist von beachtlicher Langatmigkeit: „Entwurf eines Gesetzes über die Erprobung und Entwicklung neuer Rundfunkangebote und anderer Mediendienste in Bayern" steht über den 39 Artikeln. Doch auch der Inhalt ist weit komplizierter, als dies in den Entwürfen anderer Bundesländer erkennbar ist.

Der scheinbare Bürokratismus aber wird verursacht durch die bayerische Verfassung, die nach Artikel 111a zwingend vorschreibt, Rundfunk- und Fernsehveranstaltungen ausschließlich in öffentlich-rechtlicher Verantwortung zu betreiben. Während andere Länder wie Schleswig-Holstein oder Niedersachsen planen, Programmanbietern Lizenzen zu vergeben und ihnen damit auch weitgehend die Verantwortung über ihr Programm zu überlassen, sieht sich die bayerische Regierung gezwungen, eine eigene öffentlich-rechtliche Anstalt zu gründen, mit der, wie Ministerpräsident Franz Josef Strauß gestern erklärte, „ein Mittelweg" beschritten wird, „zwischen den Vorstellungen rückhaltloser Privatbefürworter und den Verfechtern der reinen öffentlich-rechtlichen Lehre in dem Sinne, daß nur den bestehenden öffentlich-rechtlichen Anstalten alle neuen Nutzungsmöglichkeiten und alle neuen Techniken zugeführt werden müssen". So wird es künftig neben dem Bayerischen Rundfunk, dessen Kompetenzen nicht erweitert wurden, eine „Landeszentrale für Neue Medien" geben, die mit 20 bis 30 Mitarbeitern allem, was unter dem Begriff „Neue Medien" unterzuordnen ist, ein verfassungsrechtlich sicheres Dach geben soll.

Strauß konstatierte „Regelungsbedarf" wie „Eilbedürftigkeit": ersteres wegen der Versuche des Bundespostministers, die Rundfunkhoheit der Länder auszuhöhlen, zweitens wegen der rasch fortschreitenden Technik.

Nun ist der CSU-Vorsitzende keineswegs ein Befürworter beliebig vermehrten Fernsehkonsums, weshalb er sich gestern bei der Erläuterung des Gesetzentwurfes vor der Presse zu der Klarstellung genötigt sah: „Damit ich nicht falsch verstanden werde: Ich bin für eine intensive Diskussion der anstehenden Entwicklung, und ich bin dafür, daß diese schwierige und uns alle in allen Lebensbereichen betreffende Entwicklung sehr sorgfältig analysiert und daß Fehlentwicklungen frühzeitig begegnet wird." Die Staatsregierung nehme die Gefahren dieser Entwicklung ebenso ernst wie auch die Chancen, die medien- und wirtschaftspolitisch darin liegen. Als einzige Antwort auf diese Herausforderung der Zukunft nur zu fordern, alles beim alten zu lassen, sei verfehlt, meinte Strauß.

Und so ist das bayerische Modell konzipiert: Unter der Aufsicht der Landeszentrale werden im Land örtliche Kabelgesellschaften in privatrechtlicher Form entstehen, die lokale Programme organisieren sollen. Die Tätigkeit privater Anbieter wird ausdrücklich angeregt: „Jeder kann den Kabelgesellschaften Rundfunkprogramme und -sendungen anbieten, ausgenommen staatliche Stellen."

Die Programmverantwortung aber liegt bei der Landeszentrale, der ein Präsident vorsteht und die kontrolliert wird von einer dem Rundfunkrat adäquaten „Versammlung", die nach ersten CSU-Überlegungen personell klein gehalten werden sollte, inzwischen aber mit 69 Mitgliedern aus gesellschaftspolitisch relevanten Gruppen (wie Parteien, Gewerkschaften und Verbände) den Rundfunkrat um 20 übertrifft. Sie haben darauf zu achten, daß die Sendungen nach Programmgrundsätzen gestaltet sind, die „in dieser Form noch nie zuvor formuliert wurden", wie der Leiter der Staatskanzlei, Staatssekretär Edmund Stoiber, gestern meinte. Dem Gremium wird es an Aufsichtsarbeit kaum mangeln, fordert der Entwurf doch sogar, „Entstellungen durch Verkürzung oder Verzerrung der Sachverhalte sind zu unterlassen". Und welcher Politiker wird seine Rede nicht entstellt sehen, wenn von 120 Minuten 118 nicht gesendet wurden?

Frau Laurien will hart bleiben

1200 Lehrer, die an „Friedens-Aktionen" beteiligt waren, wehren sich gegen Aktennotiz

hrk, **Berlin**

Die Mitbewerberin um das Amt des Regierenden Bürgermeisters, Schulsenatorin Hanna-Renate Laurien, liegt in heftigen juristischen Auseinandersetzungen mit rund 1200 Lehrern, die während der Anti-Raketen-Aktionen im Herbst 1983 an Schulstreiks und anderen rechtswidrigen Aktionen beteiligt waren, die jetzt zu dienstrechtlichen Maßnahmen führen sollen. Darauf beharrt die Senatorin.

Der komplizierte Aufbau der Berliner Verwaltung verhindert jedoch einen ministeriellen Zugriff „von oben". Berlins Pädagogen unterliegen der Zuständigkeit der zwölf Bezirksämter. Der seit Jahrzehnten gepflegte Parteien-Proporz zwischen SPD und CDU führt dazu, daß eine Reihe von Volksbildungsstadträten der jeweils entgegengesetzten politischen Couleur des jeweiligen Senators angehören. So sind sieben der 12 Stadträte Sozialdemokraten, die mit dem Ermittlungstempo der Senatorin in Sachen „Friedens-Aktionen" nicht mithalten wollen.

Zum Eklat zwischen Haupt- und Bezirksverwaltungen kam es jetzt, als sich die SPD-Stadträte von Schöneberg (dort hat Frau Laurien ihre CDU-Heimat) und Neukölln strikt weigerten, sogenannte „Sachverhaltsfeststellungen" über Streikaktionen von Lehrern in die Personalakten aufzunehmen. Diese Eintragungen hätten zwar keinen „wertenden Charakter" gehabt und wären ohne disziplinarische Folgewirkungen geblieben, aber: Bei Beförderungen und Verbeamtungen wären diese Notizen durchaus von Belang gewesen. Beispielsweise könnten Lehrer mit derartigen Aktenvermerken keine „überdurchschnittlichen" Beurteilungen erwarten.

Während verschiedene SPD-Stadträte „rechtliche Bedenken" anmeldeten und auch aus Kreisen der Verwaltungsrichter Kritik laut wurde, beharrte Frau Laurien auf ihrem Standpunkt: „Nach höchstrichterlicher Rechtsprechung sind alle einen Beamten betreffenden wichtigen Vorgänge zu den Personalakten zu nehmen".

Zugleich hielt sie den betroffenen Lehrern vor, nun anscheinend Angst vor der eigenen Courage zu bekommen: „Ich verstehe die ganze Aufregung nicht. Denn vor ihren Streikaktionen haben dieselben Lehrer erklärt, daß sie einen Verstoß gegen dienstliche Anordnungen und die Folgen bewußt in Kauf nehmen."

Frau Laurien will sich jedoch vorerst mit der pädagogischen Provinz nicht weiter anlegen. Sie möchte die zwölf Bezirksbürgermeister, die zugleich Disziplinarvorgesetzte der Stadträte sind, an ihr politisches Portepée fassen – und das sind in zehn von 12 Fällen eben CDU-Politiker.

Fruchtet auch deren Einfluß auf das Kollegium nichts, bekommt Frau Lauriens früherer Widersacher in der Amtsbewerbung den Schwarzen Peter zugeschoben – Eberhard Diepgen. Denn in einer Erklärung schrieb die Senatorin: „Das letzte Wort habe schließlich nicht ich, sondern der Regierende Bürgermeister, wenn Dienstpflichtverletzungen nicht in angemessenem Zeitraum ausgeräumt werden."

Das kleinste Bundesland steht vor seiner Existenzfrage

Von WINFR. WESSENDORF

Der Kunstpreis der Böttcherstraße wird 1984 nicht verliehen. „Er ist nicht mehr zu finanzieren. Die bisher an der Finanzierung beteiligten Unternehmen haben in der Vergangenheit die Erfahrung gesammelt, daß die Werbewirksamkeit des Kunstpreises äußerst gering ist." Kaffee Hag und im vergangenen Jahr auch die Bremer Spielbank waren an dem mit 15 000 Mark dotierten Kunstpreis beteiligt, der dem Schöpfer der Böttcherstraße, Ludwig Roselius d. Ä., gewidmet ist.

Dieser Schock traf die bremische Wirtschaft tief. Die Nachricht symbolisiert das Ende jahrhundertlangen Reichtums einer Hansestadt, die durch die Fesseln einer verfilzten SPD-Herrschaft langsam aber sicher lahmgelegt wird. Warnte der Chef der größten Bremer Oppositionspartei CDU, Bernd Neumann: „Jedem muß klar sein, daß die Entwicklung der nächsten Jahre darüber entscheiden wird, ob die Existenz dieses Bundeslandes aufrechterhalten werden kann."

Die SPD-Hochburg jubelte, als sie kürzlich das regionale Sonderprogramm für Bremen an Land zog. Damit wurde Bremen Stadt für die nächsten vier Jahre Fördergebiet im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW). Der Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung (BAW), der dem Wirtschaftsressort zugeordnet ist, schrieb: „Nachdem 1981 einige Ruhrgebietsstädte über das Stahl-Standorte-Programm eine allerdings zeitlich und finanziell begrenzte Förderung im Rahmen der GRW erhalten hatten, ist mit dem Sonderprogramm für Bremen ein weiterer Schritt getan, daß große Industriestandorte mit veralteter Industriestruktur eine gleichwertige Förderung erhalten wie ländliche Problemregionen."

Der Hintergrund gibt freilich zu denken; denn das GRW-Sonderprogramm muß mit insgesamt 400 Millionen Mark für den Zeitraum 1984 bis 1987 veranschlagt werden. Das meint jedenfalls der BAW. Von dieser Summe muß Bremen allerdings selbst einen beträchtlichen Batzen dazutun. Und das bei leeren Staatskassen. Die Eröffnungsvorlage des Landes und der Stadtgemeinde Bremen weist bei Gesamtausgaben von 4,5 Milliarden Mark eine Deckungslücke von 250 Millionen Mark aus, obwohl für 520 Millionen Mark neue Schulden aufgenommen werden sollen.

Das GRW-Sonderprogramm sieht allerdings vor, daß Haushaltsmittel für den Ausbau der sogenannten wirtschaftsnahen Infrastruktur eingesetzt werden. In den nächsten vier Jahren sollen dafür 160 Millionen Mark bereitstehen. Eine Hälfte muß



Landesbericht Bremen

der Bund zahlen, fünfzig Prozent das Land. Der Bund zahlt aber nur, wenn das Land die Mittel bereithält.

Und da sieht es düster aus. Bislang konnten sich die Ressorts nicht einigen. Die bereitzustellende große Summe steht noch in den Sternen. Der Präsident des Senats, Bürgermeister Hans Koschnick (SPD), muß auf mahnende Hinweise seiner Ärzte am 13. Januar einen langen Kuraufenthalt antreten. Sein Sttellvertreter ist der Finanzsenator, Bürgermeister Moritz Thape (SPD), und der sperrt sich generell angesichts des schlaffen Portefeuilles gegen Ausgaben.

Der Kern des Sonderprogramms ist eine Investitionszulage von 8,75 Prozent der zu investierenden Kosten. Der BAW bemerkt dazu: „Gefördert werden hauptsächlich Betriebe des verarbeitenden Gewerbes, die ihre Produkte vorwiegend überregional absetzen. Betriebe der Werft- und Stahlindustrie können nur gefördert werden, wenn sie auf branchenfremde Produkte umstellen." Für die Investitionszulage seien etwa 200 Millionen Mark anzusetzen, meinen die BAW-Forscher. Da dieses Geld von den Ertragsteuern abgeschrieben wird, schwächt es weiter den maroden Bremer Staatshaushalt.

Das kleinste Bundesland, das so in der Klemme sitzt, lockt potentielle betriebliche Ansiedler, weiter mit einem sogenannten Investitionszuschuß, das heißt, daß aus Landesmitteln die Investitionszulage um 6,25 Prozent auf maximal 15 Prozent aufgestockt werden kann. Allerdings besteht im Gegensatz zur Investitionszulage hierauf kein Rechtsanspruch. Für die Umstrukturierung von Betrieben kann der Zuschuß sogar auf zehn Prozent angehoben werden. „Um den notwendigen Strukturwandel in Bremen einzuleiten, müssen für den Zuschuß noch einmal 40 Millionen Mark angesetzt werden", heißt es in der Analyse des BRW.

Dieter Porschen vom BRW warnt am Ende seiner Analyse: „Eine Erhöhung der Gewerbesteuer würde die Investitionsförderung allerdings kompensieren." Koschnick sagte indes am Schluß seiner Regierungserklärung am 7. Dezember 1983: „Wir werden auch um eine Erhöhung von Steuern, insbesondere der Hebesätze bei der Gewerbe- und Grundsteuer, im Laufe der Legislaturperiode nicht herumkommen." Zur Zeit liegt Bremen mit der Gewerbesteuer bei 400 Prozent. Das entspricht einem Mittelplatz unter den elf Großstädten (Berlin nicht einbezogen) über 500 000 Einwohner. Bei dem Bremer Gewerbesteueraufkommen von rund 400 000 Millionen Mark pro Jahr brächte jede Erhöhung um ein Prozent nur eine Million Mark in die Kassen. „Dagegen wiegt der Abschreckungseffekt für potentielle Ansiedler viel mehr", stöhnt man in der Bremer Privatwirtschaft.

Nichtsdestotrotz hat das Land Bremen inzwischen auf Ergängungszuweisung geklagt (siehe WELT vom 4. Jan.). 100 000 Millionen Mark will das kleinste Bundesland dabei kassieren. Baden-Württemberg müßte dann den größten Batzen davon, etwa zwei Drittel, zahlen. Und die 100 000 Millionen Mark wären nicht zweckgebunden. Schimpft der stellvertretende Bremer CDU-Fraktionsvorsitzende Günter Klein: „Dann können die Genossen beispielsweise das Geld in den Ausbau ihres bundesweit ungeliebten Schulsystems stecken. Dann kommt erst recht keiner mehr nach Bremen."

Iran von USA zu „terroristischem Staat“ erklärt

AP, Washington

Die USA haben Iran offiziell zu einem „terroristischen Staat“ erklärt und damit auf eine Stufe mit Syrien, Kuba, Libyen und Südjemen gestellt. Die Klassifizierung bedeutet, daß Exporte nach Iran größtmöglichen Einschränkungen unterworfen sind. Der Schritt wird in Washington jedoch als weitgehend symbolisch betrachtet, da Iran ohnehin keine militärisch relevanten Güter mehr aus den USA bezieht.

Ein Regierungsbeamter erklärte, die amerikanische Hoffnung sei enttäuscht worden, die Beziehungen zwischen beiden Staaten würden sich nach dem Ende der Geiselaffäre 1981 verbessern. Statt dessen wird hinter einer Zahl von Terroranschlägen auf amerikanische Einrichtungen in Libanon, bei denen mehr als 240 Amerikaner ums Leben kamen, iranische Drahtzieherschaft vermutet. Der Sprecher des Außenamtes in Washington, John Hughes, sagte, die amerikanischen Ölimporte aus Iran blieben von dem Schritt unberührt.

Auch Pym stellt sich gegen Thatcher

dpa, London

Nach dem lautstarken Protest des früheren Premierministers Edward Heath und der Kritik des ehemaligen Ministers Sir Jan Gilmore hat sich gestern auch der ehemalige britische Außenminister Francis Pym demonstrativ gegen die konservative Regierung von Premierministerin Margaret Thatcher gestellt. Bei einer namentlichen Abstimmung im Unterhaus über ein Gesetz zur Durchsetzung von Sparmaßnahmen der Regierung bei den britischen Kommunen blieb der frühere Verteidigungsminister und ehemalige Fraktionsvorsitzende der Tories am Montag kurz vor Mitternacht demonstrativ auf seiner Abgeordnetenbank sitzen. Mit ihm verweigerten zwölf weitere Konservative der Regierung ihre Stimme.

Obwohl der Protest nichts an der Mehrheit von 129 Stimmen für die Regierungspartei ändern konnte, wurde die Demonstration des gemäßigten Pym von Beobachtern als peinlich für Frau Thatcher und ihre Minister eingeschätzt, die gewöhnlich mit 100prozentiger Unterstützung ihrer Fraktion rechnen können.

Heath hatte mit der gesamten Opposition bereits zuvor gegen die Gesetzespläne der Premierministerin gestimmt und erklärt, er lasse sich nicht zum „Lakaien“ von Frau Thatcher machen. Mit ihm stimmten unter anderem drei frühere Minister gegen den Entwurf, der zu einer weiteren drastischen Zentralisierung der britischen Politik führen dürfte.

Wieder Verhaftungen in Tunesien

dpa, Tunis

Die tunesische Regierung hat in den vergangenen Tagen eine Reihe von aktiven Mitgliedern radikal islamischer Bewegungen verhaften lassen. Zwei Wochen nach den blutigen Unruhen, bei denen nach amtlichen Angaben rund 80, nach Schätzungen mindestens 120 Menschen ums Leben kamen, wurden mehrere vorübergehend inhaftierte Teilnehmer der Erhebungen erneut festgenommen. Nach den gestern in Tunis bekannt gewordenen Schätzungen wurden mindestens 30 Personen inhaftiert.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Lage der Nation mit Silberstreifen

Von TH. KIELINGER

Vom Weißen Haus betrachtet, sieht die Lage der amerikanischen Nation, über die Präsident Reagan vor dem Kongreß heute abend referieren wird, gefestigt und stabiler aus als vor vier Jahren unter Carters Präsidentschaft. Dennoch sind acht Herausforderer der demokratischen Partei angetreten, das Land vom Gegenteil zu überzeugen. Ihre Argumente: Das von der Reagan-Administration verursachte Haushaltsdefizit von 200 Milliarden Dollar gefährde die Erholung der amerikanischen Wirtschaft – und des Welthandels – und Präsident Reagans „hard line“ in der Außenpolitik verschärfe die Probleme in Zentralamerika, im Nahen Osten und in den Beziehungen mit Moskau.

Ronald Reagan wird in seiner „State of the Union Message“ heute abend im wesentlichen auf der Analyse seiner ostpolitischen Grundsatzrede vom vergangenen Montag aufbauen, erweitert um die positive Darstellung der amerikanischen Wirtschaft. Demnach ist die Welt und sind die USA „ein sicherer Ort“ geworden, weil die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Abschreckung in den letzten drei Jahren wiederhergestellt werden konnte.

Diese Sicht der Weltlage ist tief in das Credo der Reagan-Administration eingraviert. In einem 36 Seiten



USA

umfassenden Rückblick „auf drei Jahre Erfolge“, schreibt das Weiße Haus, die Beziehungen zur Sowjetunion seien „stabiler und friedlicher“ geworden. Dieser Interpretation wird heftig von allen widersprochen, die mit dem Hinweis auf die unterbrochenen Gespräche über die atomare Abrüstung eine Phase gesteigerter Gefahren für den Frieden zu erkennen glauben.

„Friede“, „verhandeln“, „Dialog“ – diese drei Vokabeln werden auch in der Rede zur Lage der Nation wieder eine zentrale Rolle spielen. Nicht von ungefähr folgt vier Tage nach dem Auftritt vor dem Kongreß Reagans offizielle Bekanntgabe, daß er als Kandidat für eine zweite Amtszeit zur Verfügung stehen werde. Das Wahljahr wirft auf die „State of the Union“-Rede seinen Schatten und macht sie praktisch zu einer programmatischen Verkündigung über die Themen, mit denen der Präsident seinen Wahlkampf wird bestreiten wollen.

Nach den Untersuchungen seiner demoskopischen Berater herrscht in den USA in bezug auf die Weltlage eine nicht ganz so positive Einstellung, wie der Präsident sie an den Tag legt. Er muß daher der Friedensthematik besondere Aufmerksamkeit widmen, schon allein deshalb, weil die Opposition ihn zum Kandidaten einer Politik des Risikos stempeln will. Im Weißen Haus ist man nicht ganz glücklich darüber, daß die konziliantere Tonart, die der Präsident in diesen Wochen gegenüber Moskau an den Tag legt, allenthalben als „Wahlkampftaktik“ behandelt wird. Die Berater halten dagegen, Reagan habe nie eine andere Priorität als den Dialog und die Sicherung größerer Stabilität in der Welt verfolgt; die Stärkung der Verteidigung sei nur ein Mittel auf dem Weg dahin.

Konkret kann diese Administration in den Beziehungen zur anderen Supermacht auf wenig Fortschritte verweisen – weniger als alle anderen US-Regierungen seit Präsident Kennedy. Reagan verläßt sich mithin ganz auf die Wirkung seines Arguments, mit dem Wiederaufbau amerikanischer Stärke dem Frieden am besten gedient zu haben. Es ist bisher nicht einmal klar, ob die wichtige Prämisse seiner Politik (mit neu gezeigter Stärke könne man die Sowjets besser zu konkreten Abrüstungsverhandlungen bringen) sich tatsächlich auszahlt.

Immerhin erwähnt das Weiße Haus mit einigem Beweisstolz den Wiederbeginn der MBFR-Verhandlungen in Wien am 16. März. Das hat aber in der breiten Bevölkerung für sich noch keine Wirkung. Erst wenn Moskau sich zur Rückkehr zu den Verhandlungen über die Nuklearwaffen bereit erklären würde, schlüge das als Erfolg für Reagans Politik zu Buche. Ob der Kreml gerade diesem Präsidenten ein solches Wahlgeschenk machen will, ist jedoch sehr fraglich.

Unter den übrigen außenpolitischen „trouble spots“ steht Libanon an vorderster Stelle. Fast alle Beobachter gehen heute davon aus, daß der Präsident bis zum Wahldatum (6. November) – wenn nicht früher, etwa bis zum Parteikongreß der Republikaner im August – die US-Truppen aus Libanon abgezogen haben wird. Dabei kann sich bisher noch *niemand vorstellen, wie das vor sich* gehen kann, ohne daß die amerikanische Politik in Nahost schweren Schaden erleidet.

Reagan selbst gibt in allen seinen offiziellen Äußerungen nicht die leiseste Andeutung, daß er auch nur die Absicht habe, die Marines unter dem Druck der öffentlichen Meinung abzuziehen. Viel wird davon abhängen, wie der Kongreß in den kommenden Wochen diese Frage behandelt.

Vor zwei Jahren bat der Präsident den Kongreß in seiner Rede zur Lage der Nation um Mitarbeit, Überparteilichkeit beim Anpacken der nationalen Fragen. Im vorigen Jahr – unter dem Eindruck der Rezession – sprach er offen von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Immerhin sei Amerika, so sagte er damals, bereits „auf dem Wege der Besserung“. Heute wird er die erfolgreiche Gesundung der Wirtschaft ins Zentrum seines Stabilitätsbeweises rücken.

Vergleicht man die Zahlen der letzten vier Jahre, so hat die Reagan-Regierung in der Tat Beachtliches vorzuweisen: Die Inflation ist von 13,3 Prozent 1979 und 12,4 Prozent 1980 auf 3,2 Prozent zwischen November 1982 und November 1983 gesunken. Die Zinsrate (Prime Rate) fiel von 21,5 Prozent im Januar 1981 auf heute 11 Prozent – eine weniger bedeutsame Leistung, wenn man bedenkt, wie hoch nach wie vor die Realverzinsung ist. Auf dem Arbeitslosensektor hat sich die Ziffer innerhalb von zwölf Monaten von 10,7 Prozent auf 8,2 Prozent zurückbewegt – 4 Millionen neue Arbeitsplätze wurden im Jahre 1983 hinzugewonnen. Die Wirtschaft erlebte eine Jahreswachstumsrate von etwa 4,5 Prozent.

Dem steht ein Defizit von historischen Proportionen gegenüber. Kritiker nennen den Aufschwung der US-Wirtschaft daher auch lediglich „geborgt“.

Im Wahljahr rechnet niemand in den USA damit, daß irgend etwas mit dem Loch in der Haushaltskasse geschieht. Reagan wird sich standhaft weigern, für das neue Budget, das am 1. Februar vorgelegt wird, Steuererhöhungen vorzuschlagen, die auch von vielen seiner Freunde gefordert werden. Statt dessen will er den Kongreß zu weiteren Ausgabenstreichungen bewegen – ein aussichtsloses Unterfangen, wie selbst Budget-Direktor Stockman in einem Interview zugab.

Demonstranten nicht für alle Schäden haftbar

AP/rtr, Karlsruhe

Teilnehmer an einer unfriedlichen Demonstration können nicht für alle dabei entstandenen Schäden zivilrechtlich haftbar gemacht werden. Mit dieser Entscheidung hat der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe gestern das sogenannte Grohnde-Urteil des Oberlandesgerichts Celle aufgehoben. Dieses Gericht hatte auf eine Klage des Landes Niedersachsen 12 Teilnehmer einer Großdemonstration vom März 1977 gegen den Bau des Kernkraftwerks Grohnde gemeinsam für den vom Land eingeklagten Schaden in Höhe von 234 000 Mark haftbar gemacht.

Kern der BGH-Entscheidung war die Frage, unter welchen Voraussetzungen die Teilnehmer einer Großdemonstration für Schäden durch gewalttätige Ausschreitungen einzustehen haben. Die Vorinstanz hatte gemeinschaftliches Handeln angenommen, nachdem die Demonstranten sich in dem Ziel einig gewesen seien, das Gelände gewaltsam zu besetzen. Demonstranten, die sich diesem Plan angeschlossen hätten, seien daher gesamtschuldnerisch für den Schaden haftbar.

Dieser Auffassung widersprach der BGH: Der Teilnehmer – sofern es sich nicht um einen „Rädelsführer“ handele – an einer Großdemonstration könne nur für die Folgen solcher Gewalttätigkeiten haftbar gemacht werden, die er räumlich und zeitlich überblikken könne. Überdies müsse er durch einen deutlichen Tatbeitrag hervorgetreten sein. Hierzu sei mehr als die bloße Äußerung einer Gesinnung oder das Verharren unter Mitdemonstranten, selbst wenn ein Teil von ihnen Gewalt ausübe, erforderlich. (Aktenzeichen: VI ZR 37/82)

Moskau wußte immer schon Bescheid

In Norwegen wird die größte Spionageaffäre der Nachkriegszeit aufgerollt

REINER GATERMANN, Oslo

Für die Norweger gibt es keinen Zweifel: Mit der Festnahme des Leiters der Presseabteilung im Osloer Außenministerium, Arne Treholt (41), wurde die größte Spionageaffäre der Nachkriegszeit aufgerollt. Während sich der Verdächtigte bei den Verhören sehr aussagefreudig zeigt und Ministerpräsident Kaare Willoch feststellt, „diese Affäre ist eine Belastung für unsere Beziehungen zur Sowjetunion“, teilte die sowjetische Botschaft in Oslo mit, das Ganze sei eine von der norwegischen Sicherheitspolizei inszenierte Geschichte, um die Sowjetunion zu diskreditieren.

Nach einer Kabinettssitzung erklärte Kaare Willoch: „Unserem Land ist Schaden zugefügt worden. Wie groß er ist, läßt sich bisher noch nicht feststellen. Die Sowjetunion muß die volle Verantwortung für die Verschlechterung der Beziehungen tragen.“ Außenminister Svenn Stray war bisher nicht bereit, etwas darüber zu sagen, ob die Entlarvung Treholts auch Folgen für in Oslo akkreditierte sowjetische Diplomaten haben wird.

Zukunftsträchtiger Kontakt

Aus dem, was bisher bekannt wurde, ergibt sich folgendes Bild: Arne Treholt gehörte Ende der sechziger Jahre zur aufrührerischen Jugend am linken Flügel der Sozialdemokraten. Besonders engagiert war er in Aktionen und Demonstrationen gegen die griechische Militärjunta. Aus dieser Zeit stammen seine freundschaftlichen Beziehungen zum jetzigen griechischen Ministerpräsidenten Papandreou. Damals fiel er offenbar auch sowjetischen Diplomaten in Oslo auf, die damit beschäftigt waren, zukunftsträchtige Kontakte zu knüpfen.

Seine berufliche Karriere begann er bei der sozialdemokratischen Zeitung „Arbeiderbladet“, bevor er zu Jens Evensen stieß, der zunächst Handelsminister und später Minister für Meeresrecht war. Als Evensen am Wochenende von der Entlarvung seines früheren engen Mitarbeiters hörte, brach er seine Afrikareise ab. Bei seiner Ankunft in Oslo sagte er: „Ich bin nicht in der Lage, etwas zu sagen; er war für mich wie ein Sohn.“

Aufgrund seiner Beamtenkarriere und seiner politischen Kontakte – vor allem in der Sozialdemokratie – herrscht in Oslo die Auffassung vor, daß Treholt in der Lage gewesen ist, der Sowjetunion sehr breit gestreutes Material anzubieten. Die Sicherheitspolizei war schon 1977 bei der Enttarnung der Sowjet-Spionin Gunvor Galtung-Haavik, die als Sekretärin an der norwegischen Botschaft in Moskau tätig war, der Überzeugung, daß zentral in der Staatsverwaltung ein weiterer wichtiger KGB-Agent sitzen muß.

Von den norwegisch-sowjetischen Verhandlungen über die Aufteilung der Barentssee, an denen Treholt als Staatssekretär von Jens Evensen teilnahm, berichtete schon damals ein Delegationsmitglied: „Wir hatten den Eindruck, daß die Gegenseite ungewöhnlich gut auf unsere Vorschläge vorbereitet war.“ Heute räumt Kaare Willoch, der damals in der Opposition heftig das „Grauzonen-Abkommen“ kritisierte, ein: „Wir müssen davon ausgehen, daß die Sowjetunion auf beiden Seiten des Verhandlungstisches saß.“

Bisher ist nicht bekannt, wann sich der Verdacht gegen Treholt verdichtete. Vereinzelt ist zu hören, das sei Ende der siebziger Jahre geschehen, als er Botschaftsrat bei der norwegischen UN-Delegation war, und daß 1982/83 sein Eintritt in die Kriegshochschule von höchster Stelle genehmigt worden war, um ihn in Sicherheit zu wiegen und mehr über seine Agententätigkeit zu erfahren.

KGB in Wien getroffen

Aus dem gleichen Grunde soll er noch zum Jahreswechsel 1983/84 zum Chef der Presseabteilung des Außenministeriums ernannt worden sein. Schließlich habe man noch den Besuch von US-Außenminister Shultz in Oslo abwarten wollen, bevor man zugriff. Shultz verließ Oslo am Donnerstag vergangener Woche. Am Freitag wurde Treholt auf dem Flugplatz verhaftet. Seiner Frau, einer bekannte Fernsehjournalistin, hatte er gesagt, dienstlich nach Paris zu fliegen; tatsächlich hatte er aber für Wien gebucht. Dort und in Helsinki hat er hauptsächlich seinen KGB-Kontaktmann, der früher in Oslo stationiert war, getroffen.

Als Tatmotiv werden fast ausschließlich wirtschaftliche und keine ideologischen Gründe genannt. Sozialdemokratische Zeitungen schrieben jedoch, Treholt habe in der Tschechoslowakei ein uneheliches Kind und sei deswegen erpreßbar gewesen. Bekannt ist seine Vorliebe für Pferde-Toto; andererseits soll er kein auffallend ausschweifendes Leben geführt haben. Der verdächtigte Spion selbst zeigt sich nach seiner Verhaftung sehr kooperationswillig. Bisher hat er bereits einen 70 Seiten umfassenden Bericht über sein Doppelleben verfaßt.

„Trend zur Demokratie wird stärker“

Washington sieht Zeichen der Ermutigung in Mittel- und Südamerika / Kuba verweigert Dialog

MANFRED NEUBER, Bonn

Die US-Außenpolitik gegenüber Mittelamerika ist gleichermaßen am Sicherheitsinteresse der Vereinigten Staaten und an der Wahrung der Menschenrechte ausgerichtet. Das erklärte der Unterstaatssekretär für interamerikanische Angelegenheiten, Langhorne A. Motley, am Montagabend. Seine Regierung habe nicht die Absicht, über die Achtung der Menschenrechte öffentliche Zeugnisse auszustellen.

Motley bescheinigte jedoch El Salvador allmähliche Fortschritte „unter sehr schwierigen Wirtschaftsbedingungen und in einer sehr ernsten Kriegsatmosphäre“. Seit 1979 sei ein Rückgang der Morde durch die „Todeskommandos“ zu verzeichnen; es gelinge der Regierung, den Terror einzuschränken und die Schuldigen ins Ausland abzuschieben oder zur Rechenschaft zu ziehen.

Als ermutigend für die Entwicklung in El Salvador sah er die für den März geplanten Wahlen an. Sie würden „ebenso repräsentativ und ehrlich verlaufen“ wie vor zwei Jahren. Entschieden widersprach der maßgebliche Vertreter des State Department einer Suggestivfrage, Washington werde nur ein bestimmter Wahlausgang genehm sein.

In einer Fernseh-Pressekonferenz über Satellit mit Journalisten in sieben westeuropäischen Städten sagte der US-Diplomat, bis vor kurzem Botschafter in Brasilien, die für 1985 in Nicaragua versprochenen Wahlen könnten zu einer Verbesserung in den Beziehungen zwischen beiden Ländern führen. Motley befürchtete aber, daß die Sandinisten einen großen Teil der Bevölkerung ausschließen wollen und die Wahlen damit zu einer Farce machen werden.

Nach Auffassung des Unterstaatssekretärs zeichnet sich in ganz Lateinamerika ein Trend zu demokratischen Verhältnissen ab. Er wies auf die jüngsten Wahlen in Argentinien und Venezuela hin, und er erwähnte in diesem Zusammenhang bevorstehende Wahlentscheide in Ecuador, El Salvador, Uruguay und Brasilien.

Die feste Haltung der Reagan-Administration in Mittelamerika begründete Motley mit dem strategischen Interesse der USA, ein Übergreifen des Aufruhrs auf das Nachbarland Mexiko zu verhindern. Auf die gemeinsamen Manöver mit Streitkräften mittelamerikanischer Republiken angesprochen, stellte er fest, die Vereinigten Staaten hätten nicht vor, einen ständigen Stützpunkt – etwa in Hondura – einzurichten.

Über verschiedene Kanäle habe sich Washington bemüht, mit Kuba ins Gespräch über die Situation in Mittelamerika zu kommen. „Die wissen jetzt, worauf es uns ankommt, wenn es zu ernsthaften Verhandlungen kommen soll“, sagte Motley. Bisher habe Havana stets mit Propagandamanövern reagiert.

Der Unterstaatssekretär bezifferte die Kubaner in Nicaragua auf „wahrscheinlich mehr als 8000, wovon wenigstens 2000 Militärberater sind“. Außerdem seien noch 2000 Instrukteure aus der „DDR“, Bulgarien, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion im Lande – „nicht wie angenommen in der Landwirtschaft, sondern im Einsatz des Militärs und der Staatssicherheit“. Managuas Mitteilung über die Abreise Tausender Kubaner korrigierte er mit dem Hinweis, es handele sich um einen Austauch in der Ferienzeit.

Zur Rolle der katholischen Kirche bei den Bemühungen um Frieden und soziale Reformen in Mittelamerika bemerkte Motley, die Aktivitäten „bestimmter Kreise des Klerus“ seien den Regierungen in dieser Region suspekt. Das gelte vor allem für Priester, die mit besonders starkem politischem Engagement aus Europa kämen.

Bedauern äußerte der Vertreter des State Department über die Kürzung der Mittel, die Amerika der International Development Association für Kredite an Ländern der Dritten Welt zur Verfügung stellt. Er begründete sie mit der Haushaltslage in Washington.

Seite 2: Weiter Weg zum Frieden

London und Buenos Aires denken laut über Falkland-Lösung nach

MANFRED NEUBER, Bonn

Wenn Frau Thatchers größter Triumph, der britische Sieg im Falkland-Krieg gegen Argentinien, ihr nicht zu teuer zu stehen kommen soll, sind baldige Gespräche zwischen London und Buenos Aires über einen Modus vivendi im Südatlantik unumgänglich. Das Festungsdenken der Premierministerin kann für die Falkland-Inseln *nicht als Dauerlösung* dienen.

Der Wechsel in Argentinien von der diskreditierten *Militärjunta zu einer* demokratisch legitimierten Regierung hat die Möglichkeit eröffnet, *neue Vorschläge* für eine tragfähige Regelung zu erörtern. „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg", antwortete Präsident Raul Alfonsin auf die guten Wünsche aus London zu seinem Amtsantritt.

In ihrer *Weihnachtsbotschaft* an die 1800 Einwohner der britischen Kronkolonie und die etwa 4000 dort stationierten Soldaten versicherte Frau Thatcher: „Ich lasse mit mir über die Souveränität der Falkland-Inseln nicht handeln. Sie sind britisch. Die Bewohner haben das Recht, über ihre Zukunft selbst zu *bestimmen." Wollen sie* länger wie im Kriegszustand leben?

„Ich wäre ganz froh, wenn ich genug *Entschädigung* bekäme, um mich mit meiner Familie in Neuseeland anzusiedeln", erklärte dieser Tage ein Farmer. Ähnliche Äußerungen werden immer häufiger in Londoner Blättern wiedergegeben. Darin klingt auch Kritik an der Falkland Island Company an, die wie ein feudaler Grundherr dort schaltet und waltet.

„Der strategische und symbolische Wert der Falkland-Inseln rechtfertigt in keiner Weise die hohen Ausgaben, die anderweitig nutzbringender sein würden", konstatierte ein konservativer Abgeordneter. In Pressekommentaren und in Meinungsumfragen der jüngsten *Zeit kommt in Großbritannien* eine ähnliche Meinung zum Ausdruck.

Für die Verteidigung der Falkland-Inseln muß London in diesem Jahr 1,85 Milliarden DM aufwenden – das *sind rund 1,4 Millionen* Mark für jeden einzelnen Einwohner! Hohe Kosten entstehen auch bei der Beseitigung der Kriegsschäden und bei der Verbesserung der Infrastruktur; außerdem hat London 125 Millionen Mark an Wirtschaftshilfe in den nächsten sechs Jahren versprochen.

Vermochte der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe in dem ersten Kabel Alfonsins an London noch „ein freundliches Signal" sehen, so reagierte das Foreign Office auf das argentinische Verlangen nach der Souveränität über den Archipel zu Anfang dieses Monats betont reserviert. Am 3. Januar war der 151. Jahrestag der Besitznahme der Inseln durch Großbritannien.

„Es ist jetzt Sache der Argentinier, auf unsere Initiative einzugehen", erklärte jetzt der britische Verteidigungsminister Michael Heseltine nach der Rückkehr von einem Truppenbesuch auf den Falkland-Inseln. *Er bekräftigte das Angebot Londons*, über die Wiederaufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen *Beziehungen zu verhandeln, sofern* Argentinien den Kriegszustand formell für beendet erklärt.

In einem Interview mit der Sonntagszeitung „The Observer" hatte Präsident Alfonsin erklärt, die Aufhebung der militärischen Schutzzone von 150 Meilen vor den Falkland-Inseln und die Einstellung der Bauarbeiten für die interkontinentale Rollbahn bei Port Stanley würden eine Annäherung erleichtern. Er deutete die Bereitschaft an, die Souveränitätsfrage in ersten Gesprächen auszuklammern.

Argentinien besteht aber grund*sätzlich auf seinem Anpruch auf* die Malvinas, wenn auch Alfonsin im Frühjahr 1982 die Falkland-Invasion seines Landes als „eine *unrechtmäßige* Handlung einer illegalen Regierung in einer gerechten Sache" verurteilte. Er lehnt auch eine formelle Erklärung über die Beendigung des Kriegszustandes mit Großbritannien ab, solange London jegliche Verhandlungen über die Zukunft verweigert.

Der Druck auf Frau Thatcher, eine flexiblere Haltung einzunehmen, wird ständig stärker. Parlamentarier und Wirtschaftskreise bangen um die britischen Exporte nach Lateinamerika. Die starre Position belastet auch das Verhältnis zu den USA, die ihr *Waffen-Embargo gegen Argentinien* aufgehoben haben. Nicht zuletzt wünscht die Europäische Gemeinschaft eine Beilegung des anachronistischen Konfliktes.

Auf der Suche nach neuen Wegen zu einer Lösung hat der peruanische Präsident Fernando Belaunde, der schon 1982 den Kriegsausbruch abzuwenden trachtete, ein Teilungskonzept entwickelt: Ostfalkland mit der Hauptstadt Port Stanley bleibt unter dem Union Jack, das nur dünn besiedelte Westfalkland kommt unter argentinische Oberhoheit, die Ausbeutung der Bodenschätze im Festlandschelf wird gemeinsam betrieben.

Daß eine Teilung der Weisheit letzter Schluß wäre, wird auch der Urheber dieses Planes nicht behaupten. Dafür sprechen im Falle Falkland jedoch zwei Vorteile: London brauchte die loyale Bevölkerung nicht im Stich zu lassen, und Buenos Aires könnte durch eine friedliche Wiedererlangung eines Teils der Malvinas eine seit Generationen gehegte nationale Sehnsucht erfüllen. Sir Philip Goodhart, ein *konservativer Unterhausabgeordneter*, befürwortet eine solche Regelung, wenn sie durch eine *Volksabstimmung in Argentinien* sanktioniert würde.

Für Großbritannien müßte sicher*gestellt sein, daß eine derartige Lösung* von einem etwaigen künftigen Militärregime in Buenos Aires nicht annulliert und der Westteil der Inselgruppe zum Sprungbrett für einen neuen Eroberungsfeldzug benutzt würde. Diese Gefahr könnte London durch eigenes Zutun begrenzen, wenn es durch Verhandlungsbereitschaft gegenüber Präsident Alfonsin die demokratische Ordnung in Argentinien stärkt.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Gedanken zum Fall Kießling

„Spielregeln": WELT vom 16. Januar

Es war überaus erfreulich, zu dem Fall Kießling einmal einen Beitrag zu lesen, der sachlich die Geschehnisse um den Vier-Sterne-General aufzurollen versuchte und dabei dem Leser am aktuellen Beispiel legale Verfahrensweisen verdeutlichte.

Es scheint mir dringendst geboten – bei der steigenden Lust vieler Medien, möglichst jedes Staubkörnchen aufzubauschen und dabei den Staat bzw. die vertretenen Persönlichkeiten anzuprangern – des öfteren auf die „Spielregeln" einer Demokratie hinzuweisen.

Mit freundlichen Grüßen
M. Köhler,
Idar-Oberstein

*

Sehr verehrte Damen und Herren,

als alter Soldat, der seit 1918 bis zum bitteren Ende 1945 als Frontoffizier wie als Generalstabsoffizier in vielen Dienststellungen auch im Ausland seine Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen getan hat, bin ich erschüttert über die Verwirrung und gleichzeitig auch Hilflosigkeit der obersten Führung im Falle des General Kießling.

Mag geschehen sein, was da will. Wenn ein Personalamt 25 Jahre braucht, um festzustellen, wes Geistes Kind ein Offizier ist, dann dürfen Zweifel wohl schon aufkommen.

Wenn, und ich muß der Zeitung glauben, ein General in so hoher Stellung an 200 Tagen nicht in seiner *Dienststelle in Belgien* war, *so gibt* es keine Zweifel bezüglich seines Pflichtbewußtseins. Das war doch schon ein Grund, den Herrn nach Hause zu schicken.

Wenn dann plötzlich zusätzliche Verdachtsmomente *hinzukommen*, dann muß eben ein hoher General bereit sein, auf die Suche nach diesem schwerwiegenden Verdacht persönlich zu gehen. Das nenne ich Dienst am Vaterlande. Wenn die Herren zu fein zu solcher Handlung sind, sollen sie den Mund halten.

Anscheinend ist eine laxe Dienstauffassung kein Entlassungsgrund mehr. Viele Vorbilder kann man im Bundestag in Bonn auch nicht erkennen. Bei den Fernsehübertragungen aus Bonn glänzen die hochbezahlten Abgeordneten auch durch Abwesenheit.

Die Lage ist so stümperhaft verfahren, daß wohl nur noch ein großes Reinemachen Abhilfe schaffen wird. Alle anständigen Menschen aller Parteien sollten sich hier ohne Rücksicht auf das Parteibuch zusammenfinden und dem Vaterlande dienen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
H. J. v. Cramon-Taubadel,
Hamburg 72

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist kein guter Stil und für mich unmöglich, daß ein Vier-Sterne-General (auch wenn dieser eine Blitzkarriere vom Oberstleutnant zum General unter der SPD-Regierung gemacht hat) nicht vom Minister persönlich die Entlassungsurkunde ausgehändigt bekommt, weil er (der Minister) sich angeblich in seinem Wahlkreis aufhält, weshalb die Entlassung dann durch irgendwelche Stellvertreter *Hiehle (Staatssekretär)* und Kubis (Drei-Sterne-General) bewerkstelligt wird. Diesen Ausdruck „bewerkstelligt" habe ich bewußt gewählt!

„Ich gebe mein Ehrenwort, daß ich niemals in meinem Leben auch nur annähernd homosexuelle Beziehungen gehabt habe", hat General Kießling vor wenigen Tagen in einem Interview mit einer Illustrierten gesagt. Es fällt mir sehr schwer zu glauben, daß Kießling die Unwahrheit gesagt hat.

Da wir aber heute in einem Rechtsstaat leben, hat der Bürger Anspruch darauf, zu erfahren, ob General Kießling uns vorsätzlich (Ehrenwort!) die Unwahrheit gesagt hat oder ob Minister *Wörners Mitstreiter falsch* beobachtet und ergo falsch gemeldet haben.

Mit freundlichen Grüßen
Friedmar Nerge,
Schongau

*

Bravo, Herr Verteidigungsminister!

Beim abendlichen Fernsehstreitgespräch Wörner–Schmückle–Jahn am Mittwoch, dem 18. 1. 1984, überzeugte Herr Dr. Wörner wieder einmal, wie seither im Falle Kießling, durch seine Sachlichkeit und prägnante Argumentation: Seine wiederholten Stellungnahmen zum Fall Kießling beschränken sich immer wieder – so auch bei diesem Streitgespräch – auf die durch Kießling geschaffene Gefährdung der militärischen Sicherheit *und damit für ihn als Verteidigungsminister* selbstverständliche Pflicht zur Versetzung des NATO-*Generals Kießling in den einstweiligen* Ruhestand.

Die Aufforderung Dr. Wörners an General Schmückle, für seinen, Schmückles, Vorwurf, im Verteidigungsministerium seien Indiskretionen festzustellen, Schmückle möge hierzu nur einen einzigen Fall nennen, ließ dieser unbeantwortet. General Schmückles wohlwollenden Rat an Wörner und Jahn, beide mögen doch um Gottes willen die Politik hier aus dem Spiel lassen, kann den Verteidigungsminister ganz und gar nicht treffen, da dieser in höchstem Maße und deshalb vortrefflich gerade dieses beachtet hat.

Dieser Vorwurf Schmückles trifft aber haargenau Herrn Jahn, dessen gesamtes Vorbringen im Streitgespräch nur von parteipolitischen Erwägungen getragen sein konnte. Anders sind nämlich seine unbegründeten Vorwürfe gegen den Verteidigungsminister nicht zu verstehen.

Dr. H. Blechner,
Bensheim/Bergstraße

*

Sehr geehrte Herren,

wenn es zutrifft, daß Herrn Kießling bereits am 15. September 1983 die gegen ihn erhobenen Vorwürfe eröffnet worden sind, und wenn es weiter zutrifft, daß Herr Kießling erst am 23. Dezember 1983 die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich selbst beantragt hat, dann hat er über drei Monate lang diese Vorwürfe „auf sich sitzen lassen" und hat sie so lange „eingesteckt", ohne dagegen dasjenige zu *unternehmen, was sich* jedem auch nicht bis zu solcher „Höhe" aufgestiegenen Staatsbediensteten *sofort aufdrängen muß, wenn* ihm so etwas eröffnet wird, nämlich sich durch ein gegen sich selbst beantragtes Disziplinarverfahren von dem als unrichtig gehaltenen Verdacht zu reinigen.

Herr Kießling hat durch seine über drei Monate hinweg andauernde Untätigkeit den gegen ihn sprechenden Verdacht selbst so sehr erhärtet, daß es nur äußerst schwer vorstellbar erscheint, wie er eine Korrektur erreichen könnte.

Mit verbindlichen Grüßen
Dr. Höcker,
Spenge

*

Gerüchte und fragwürdige Berichte haben aus dem Fall eine „Affäre" gemacht.

Der Minister hielt Wort, Stillschweigen zu bewahren – im Interesse des Betroffenen. Er blieb überwie*gend auch dabei, als er selbst in die* „Schußlinie" geriet. Tatsache bleibt, daß er aufgrund des vorgelegten Materials im Interesse der Sicherheit handeln mußte.

Wurde aber fahrlässig recherchiert und ihm falsches Material vorgelegt, sind die Verantwortlichen im Mini*sterium, im Personalamt sowie beim* MAD zur Verantwortung zu ziehen. Auch hier stellte sich der Minister *zunächst fürsorglich vor seine Mitarbeiter* – wem aber nutzt sein Rücktritt?

Wichtig *ist doch folgendes:*

- Die möglichen Falschinformationen sind durch den Vorgesetzten zu ahnden, dem sie vorgelegt wurden: den amtierenden Minister. Nur durch ihn – nicht durch einen potentiellen Nachfolger – kann der „Fall" wieder in Ordnung gebracht werden.
- Der Betroffene hätte dann Anspruch auf volle Rehabilitierung. Das schließt ein die Wiedereinstellung zum 01. 01. 84 sowie seine Verabschiedung „mit militärischen Ehren" am 31. März. Jenen „Großen Zapfen*streich" müßte* aber Minister Wörner geben und dabei neben Kießling auf dem Podium stehen!

Vor dem 01. 04. 84 darf ein solcher Rücktritt also nicht erfolgen! Ob er danach sinnvoll ist, erscheint fraglich – es sei denn, nach „Kopfjägermethode" ginge es primär um die „Trophäe".

W.G. Kloevekorn,
Weinheim

Gedicht von Storm

„Helmut Schmidt und die Amerikaner oder Der verräterische Duft des Klassenzimmers"; WELT vom 20. Januar

Herrn Kielinger wünsche ich zu seinem Artikel vielseitige positive Resonanz. Mich beeindruckte er wegen seines Kenntnisreichtums und der wegweisenden Kritik.

Apropos Kritik: Darf ich darauf hinweisen, daß nicht Fontane die im letzten Abschnitt zitierten Zeilen verfaßt hat („Blüte edelsten Gemütes ist die Rücksicht"), sondern daß sie von einem anderen Dichter mit dem gleichen Vornamen stammen, nämlich Theodor Storm. In dessen Gedicht „An meine Söhne" stehen sie als zweiter Vers.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Irma Schlueter,
Pinneberg

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

» Die schrecklichste unserer Krankheiten ist die Verachtung unseres eigenen Wesens. «

Michel de Montaigne, franz. Philosoph (1533–1592)

Kritik an Regeln der Kreditauskunft

Bundesbeauftragter für Datenschutz ermuntert Kunden der Geldinstitute zum Widerspruch

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Alle Banken- und Sparkassenkunden sollten bis zum 31. Januar Widerspruch gegen die neuen Geschäftsbedingungen der Geldinstitute einlegen, weil die hier vorgesehene Regelung der Kreditauskunft eine „unwirksame Klausel" darstelle. Ehe die Geldinstitute Auskunft über die Zahlungsfähigkeit eines Kunden erteilen, müsse dieser in jedem Einzelfall erst gefragt werden. Dies erklärte der Bundesbeauftragte für Datenschutz, Reinhold Baumann, anläßlich der Übergabe des 6. Tätigkeitsberichtes seines Amtes vor der Presse in Bonn. Beruhigend fügte er hinzu: „Wir leben 1984 zwar im Orwell-Jahr, aber nicht in einem Überwachungsstaat."

Skandale in der Informationsverarbeitung der Bundesverwaltung, so der Datenschutzbeauftragte, habe er nicht feststellen können, „wohl aber viele Fälle bedenklichen oder fehlerhaften Umgangs mit personenbezogenen Daten". Sie beruhten aber nicht auf Mißbrauchsabsicht, sondern auf Nachlässigkeiten oder falscher Rechtsauslegung. In der Kontrollpraxis werde daraufhin der Schwerpunkt von der Einzelfallüberprüfung „hin zur Untersuchung komplexer, häufig weit verzweigter Datenverarbeitungssysteme" verlagert.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Volkszählung gebe Anlaß zu einer generellen Überprüfung des Bundesdatenschutzgesetzes. Die Novelle dazu, die das Bundesministerium des Inneren im Sommer 1983 vorgelegt habe, bleibe nicht nur hinter der unzureichenden Vorlage von 1982 zurück, „sondern sogar *hinter* dem geltenden Recht in wesentlichen Punkten". Vor allem müsse geprüft werden, ob das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung mehr Transparenz der Datenverarbeitung und eine strengere Zweckbindung gebiete.

Zur Kontrolltätigkeit des Bundesbeauftragten im abgelaufenen Jahr sagte Baumann, insgesamt könne es keinen Grund zur Sorge geben, wenn die Bundesverwaltung den weiteren Ausbau der staatlichen Datenverarbeitung in Grenzen halte und die „informationelle Gewaltenteilung" nicht aus Zweckmäßigkeitsgründen durch Vernetzungen und Verknüpfungen unterlaufe. Eine Prüfung des Bundeskriminalamtes habe ergeben, daß dort Erkenntnisse unter Verstoß gegen *die eigenen Löschungsfristen* übersandt wurden. Dabei sei auch die aktuelle Relevanz der Erkenntnisse nicht näher überprüft und gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verstoßen worden.

Im Bereich der Abteilung Staatsschutz des Bundeskriminalamtes habe man aufgrund früherer Beanstandungen des Datenschutzes eine Arbeitsgruppe gebildet, die innerhalb eines Jahres 50 000 Personendatensätze gelöscht habe. Seinem Amt und sich selber wünschte Baumann „mehr Bereitschaft zur Kooperation und Verzicht auf Abwehrhaltungen (von Behörden, d. Red.), die mir die Arbeit erschweren".

Personalien

BUNDESPRÄSIDENT

Bundespräsident **Karl Carstens** hat am Dienstagabend den Vorstand des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft zum Essen in die Villa Hammerschmidt nach Bonn eingeladen. Unter den Gästen waren die Vorstände vieler großer deutscher Unternehmen, Professor Dr. **Reimar Lüst**, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Dr. **Rolf Rodenstock**, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und **Otto Wolff von Amerongen**, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages sowie Bildungsministerin **Dorothee Wilms**. Die Forschungs-Förderung, die Förderung von Hochbegabten und das private Engagement in der Forschung standen im Mittelpunkt anschließender Gespräche.

EHRUNG

100 Chefredakteure deutscher Medien haben Stuttgarts Oberbürgermeister **Manfred Rommel** die „goldene Dannemann-Zigarre 1983" verpaßt. *Mit dem symbolischen Preis ist ein* Scheck von 5000 DM verbunden, der für wohltätige Zwecke im kommunalen Bereich verwandt werden soll. **Jens Feddersen**, Chefredakteur der Neuen Rhein/Neuen Ruhr-Zeitung überreichte die „goldene Zigarre" während eines schwäbischen Abends im Stuttgarter Weinbaumuseum. Rommel, als Politiker zielstrebig, tolerant und humorvoll, habe sich erfolgreich für die Lösung von Großstadtproblemen eingesetzt, hieß es dazu. Im Amt des Oberbürgermeisters ist Rommel seit zehn Jahren. Bei der Würdigung des „blauen Dunstes" von Politikern, in Form von Zigarren verbreitet, erinnerte man sich auch des früheren Reichskanzlers **Otto von Bismarck**, der seine Zigarren als „braune Geliebte" bezeichnet haben soll.



Manfred Rommel FOTO: WEREK

ABSCHIED

Mit der Geschichte des politischen Fernsehjournalismus eng verbunden ist **Hans-Joachim Reiche**, seit 12 Jahren Chef des ZDF-Studios in Bonn, das heute 100 Mitarbeiter hat. Am 30. Juni will Reiche, kurz vor seinem 63. Geburtstag, aus seinem Amt ausscheiden, aber anschließend „nicht nur Müßiggang betreiben". Dem ZDF will er auch in Zukunft für journalistische Arbeiten zur Verfügung stehen. Der gebürtige Berliner, Jahrgang 1921, Volkswirt, war von 1949 bis 1958 Mitarbeiter von Rundfunk und Fernsehen, hauptsächlich des Nordwestdeutschen Rundfunks. Nach einem einjährigen Intermezzo als stellvertretender Chefredakteur der „Quick" leitete er von 1959 bis 1970 als Chefredakteur die ARD-Tagesschau, deren Ausgestaltung er wesentlich prägte. Anschließend ging Reiche zwei Jahre als Hörfunkkorrespondent nach London. Am 1. Februar 1972 übernahm er das Bonner ZDF-Studio. Seitdem hat Hans-Joachim Reiche am Sonntagabend in den „Bonner Perspektiven" besonders profiliert für große politische Themen aus Bonn gesorgt. Charakteristisch für diese Sendung wurden die direkten Gespräche mit Regierungsmitgliedern. Und wenn hier regelmäßig Hans-Dietrich Genscher Rede und Antwort stand, so habe er diesen Mann schließlich in drei verschiedenen Ämtern interviewen müssen, meint Reiche, in denen des Vizekanzlers, des Außenministers und des Parteivorsitzenden. Der sprichwörtlich „heiße Draht" zwischen den beiden Männern tat sicher sein übriges. Die Geschichte des Fernsehens wurde auch vor dem Bonner ZDF-Amt auf verschiedenste Weise von Reiche mitgeschrieben: Er organisierte die erste Liveschaltung des Fernsehens seinerzeit mit **Konrad Adenauer** in Paris. In den fünfziger Jahren sorgte er für die erste außereuropäische Fernseh-Berichterstattung aus Afrika. Hans-Joachim Reiche ist der zweite Leiter des Bonner ZDF-Studios, das vor ihm acht Jahre lang **Rudolf Woller** geführt hatte. Ein Nachfolger für Reiche wurde noch nicht benannt.

Bonn stellt sich auf Wachstum ein

● Fortsetzung von Seite 1

Die ruhige Preisentwicklung dürfte sich fortsetzen. Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte wie 1983 bei rund drei Prozent liegen. Die Exporttätigkeit dürfte sich weiter beleben und zu etwas höheren Überschüssen in der Handelsbilanz führen.

Bei seinen Überlegungen geht Lambsdorff davon aus, daß gravierende Arbeitskämpfe vermieden würden, daß der Protektionismus nicht ausufere und es zu keinen Wechselkursturbulenzen und einer internationalen Verschuldungskrise komme. Dann dürften die Unternehmensinvestitionen um real fünf Prozent und die Wohnungsbautätigkeit um sieben bis acht Prozent zunehmen. Der private Verbrauch dürfte leicht um ein Prozent steigen, da kein weiterer Beschäftigungsabbau erfolgt und auch weniger kurzgearbeitet wird.

Der Jahreswirtschaftsbericht, mit dem sich am Donnerstag noch der Konjunkturrat der öffentlichen Hand und am 31. Januar das Wirtschaftskabinett beschäftigen wird, soll nicht nur eine neue Aufmachung erhalten, sondern auch deutlichere ordnungspolitische Akzente, was in der früheren Koalition nicht möglich gewesen sei. Lambsdorff will deutlich machen, daß sich die Wirtschaftspolitik an längerfristigen Zielen orientiere. Zusätzliche Beschäftigungsprogramme würden von der Bundesregierung abgelehnt. Angestrebt wird eine fortlaufende Umschichtung in den Haushalten zugunsten wachstumsfördernder Ausgaben. Das DGB-Vorstandsmitglied Alois Pfeiffer, der die wirtschaftlichen Aussichten ebenso wie *die Bundesregierung einschätzt, hat* in seinem Gespräch nicht auf kurzfristig wirksame Konjunkturprogramme gedrängt, sondern zusätzliche dauerhaft wirkende Regierungsaktivitäten gefordert, um die Lage am Arbeitsmarkt zu verbessern.

Lambsdorff wünscht sich ein klares Wort zu den Gefahren der 35-Stunden-Woche. Arbeitgeberpräsident Otto Esser hat auf die Belastungen hingewiesen, die selbst eine Verkürzung um eine Stunde für das Sozialsystem bedeute. Er befürchtet einen Streik, weil die IG Metall nur so die selbst aufgeladene Last wieder loswerde.

Strauß rügt Bahnpolitik der Bundesregierung

Kabinett berät über Stillegungen im Zonenrandgebiet

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Das Bundeskabinett wird sich heute mit dem Problem der Streckenstillegungen der Bundesbahn im Zonenrandgebiet beschäftigen. Dabei dürfte die in einem Brief an Bundesfinanzminister Stoltenberg geübte Kritik des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß an den bahnpolitischen Leitlinien der Bundesregierung, die Ende November verabschiedet worden waren, noch keine Rolle spielen.

Im Bundeskabinett geht es heute um das Verfahren für die Streckenstillegung im Zonenrandgebiet. Normalerweise leitet der Bahn-Vorstand die Pläne zur Stillegung einer Strekke, bevor sie dem Verwaltungsrat zur Entscheidung vorgelegt werden, den zuständigen Behörden der Länder zu, die ein halbes Jahr Zeit zur Prüfung haben. Befürwortet der Verwaltungsrat die Streckenstillegung, dann geht die Vorlage zur Genehmigung an den Verkehrsminister. Lehnt dieser ab, so muß der Bund für die Kosten aufkommen.

Handelt es sich um eine Strecke im Zonenrandgebiet, dann wird ein *interministerieller Arbeitskreis* eingeschaltet und seine Empfehlung anschließend im Umlaufverfahren vom Kabinett genehmigt. Es wird in Bonn davon ausgegangen, daß es bei diesem Verfahren auch künftig bleiben werde.

Grundsätzliche Zweifel

In seinem Schreiben an Stoltenberg hatte Strauß den Sinn von Stillegungen grundsätzlich angezweifelt. So stehe zum Beispiel der betriebswirtschaftliche Erfolg einer umfassenden Ausdünnung des Netzes für den Schienenpersonenverkehr in keinem Verhältnis zu den dadurch ausgelösten Schäden. Schließlich räume die Bahn selbst ein, daß die Einstellung des Personenverkehrs auf rund 7000 Kilometern Nebenstrecke ihren gegenwärtigen Zuschußbedarf von rund 13 Milliarden Mark nur um drei Prozent vermindern würde.

„Eine Neukonzeption für die Deutsche Bundesbahn muß vor allem Aufschluß über das künftige Streckennetz geben, soll ein solches Papier seinem Anspruch gerecht werden", schreibt Strauß. Die Bahn bedürfe *zwar auch eines verbindlichen* finanzwirtschaftlichen Rahmens. In erster Linie seien jedoch verkehrspolitische Aussagen erforderlich. Die Aussagen in dem Brief, der nicht an den Verkehrs-, sondern an den Finanzminister gegangen ist, bezeichnet Strauß als schwammig und unzureichend. Eine unternehmensbezogene Betrachtungsweise auf der Basis der derzeitigen Situation der Bahn vermöge keinen ausreichenden Ansatz für eine verkehrspolitische Entscheidung zu liefern.

Kein tragfähiges Konzept

Die Leitlinien der Bundesregierung können nach Ansicht von Strauß „nicht als ein verkehrspolitisch tragfähiges Konzept für eine künftige Bundesbahn-Politik und als Teil eines verkehrspolitischen Gesamtkonzepts hingenommen werden". Er meint, daß lediglich die bisherige Politik einer planlosen, scheibchenweisen Reduzierung des Angebots der Bahn unter neuer Leitung weitergeführt wird.

Ein tragfähiges Bahnkonzept müsse dagegen aus finanzwirtschaftlicher Sicht mindestens gewährleisten, daß die laufenden Erträge der Bahn nicht zur Finanzierung der ihr immer noch aufgebürdeten politischen „Alt- und Fremdlasten" fehlgeleitet werden. Der *Zuschußbedarf der Bahn müsse* von den verkehrspolitischen Notwendigkeiten her bestimmt werden. Die Investitionen zur Ausschöpfung der Modernisierungs- und Rationalisierungschancen dürften nicht weiter behindert werden.

Die gemeinwirtschaftlichen, vor allem raumordnungs- und regionalpolitischen Aufgaben müßten insgesamt klar umschrieben werden. Schränke die Bahn ihr Angebot ein, dann dürfe sich die Verkehrsbedienung nicht verschlechtern und dürfe auch keine Verlagerung von Lasten auf die Länder und Kommunen eintreten. Strauß bittet darum, diese Gesichtspunkte zu berücksichtigen und den Weg dadurch freizumachen, „damit ein politisch *tragfähiges* Bundesbahn-Konzept in Abstimmung mit den Ländern erarbeitet werden kann".

Kohl: Israel bestimmende Nahost-Macht

■ Fortsetzung von Seite 1

nannte Israel „eine bestimmende Macht im Nahen Osten". Er versicherte: „Ich fühle mich dem Vermächtnis Konrad Adenauers verpflichtet und damit auch seinem Vermächtnis, die deutsch-israelischen Beziehungen mit Sorgfalt und Engagement zu pflegen."

Der Kanzler bekannte sich angesichts millionenfacher Morde an jüdischen Menschen zur „Verantwortung *Deutschlands vor der Geschichte*" und versicherte: „Vor Ihnen, Herr Ministerpräsident, verneige ich mich im Schmerz über das Leid, das von deutscher Hand über das jüdische Volk gebracht wurde." Gleichzeitig hob Kohl jedoch hervor, „daß die Mehrheit der heute lebenden Deutschen diese Verbrechen nicht erlebt hat". Er empfahl einen „ständigen und *verständnisvollen Dialog*" und eine Vertiefung der Beziehungen.

Allerdings ließ der Kanzler keinen Zweifel daran, daß Bonn zu beiden nahöstlichen Konfliktparteien, auch zu den Arabern, gute Beziehungen unterhalten wolle. Weder das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes noch das Existenzrecht Israels dürfte auf Kosten des jeweils *andern verwirklicht* werden. Kohl bekräftigte die Prinzipien der EG-Erklärung von Venedig und plädierte für den Nahost-Friedensplan Präsident Reagans, die beide von Israel abgelehnt werden.

Unmittelbar nach seiner Begrüßung auf dem Ben-Gurion-Flugplatz hatte Kohl am Nachmittag in Jerusalem Yad Vashem, die Gedenkstätte *für die sechs Millionen von den* Nationalsozialisten ermordeten Juden, aufgesucht. Dabei hielten ihm etwa 50 Demonstranten Plakate mit der Aufschrift entgegen: „Kohl – wieder SS?"

Der Vorsitzende des Direktoriums der Gedenkstätte konfrontierte den Kanzler mit der tragischen Möglichkeit, daß Israelis an einem „Verteidigungskampf gegen einen Feind teilnehmen müßten, der mit deutschen Waffen ausgerüstet" sei. Kohl *antwortete darauf nicht. Sichtlich* bewegt legte er nach einem Rundgang einen Kranz am „Ewigen Feuer" von Yad Vashem nieder. Dabei machte der Kanzler einen angedeuteten Kniefall. Später stellte er fest: „So viel Leid macht stumm."

Allianz legt auf KVAE Sechs-Punkte-Katalog vor

Vorschläge des Westens vom Kreml pauschal abgelehnt

dpa, **Stockholm**

Als erste Staatengruppe haben die 16 NATO-Mitglieder gestern auf der Stockholmer Konferenz für Vertrau*ensbildung und Abrüstung* (KVAE) ihre Vorstellungen über vertrauensbildende Maßnahmen zur Verminderung der Gefahr eines Überraschungsangriffs formell bekanntgegeben. Im Namen der westlichen Allianz legte der Leiter der türkischen Delegation, Hakuk Özgül, einen Sechs-Punkte-Katalog vor. Wie verlautet, sieht er einen Informations*austausch* über alle *militärischen* Einheiten auf dem europäischen Kontinent vom Atlantik bis zum Ural und eine Verpflichtung zur Bekanntgabe der Verlegung von Truppenteilen aus ihren bisherigen Stationierungsgebieten vor.

Auch die neutralen und blockfreien Staaten arbeiten nach Angaben des schwedischen Verhandlungsleiters Curt Lidgaard an der Ausarbeitung eines gemeinsamen Vorschlags zu vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen. Mit einer Initiative des Warschauer Paktes wird ebenfalls noch im Januar gerechnet.

*

FRIED H. NEUMANN, **Moskau**

Das sowjetische Parteiorgan „Prawda" hat gestern die von den NATO-Ländern auf der KVAE eingebrachten Vorschläge zur Vertrauensbildung im *militärischen* Bereich bereits pauschal zurückgewiesen. Das Blatt sprach von dem Versuch einer „Durchleuchtung" mit dem Ziel, die Verteidigungsstruktur aller europäischen Länder aufzudecken. Amerikanische Generale wollten dadurch hauptsächlich eine genaue Kontrolle über die Aktivitäten der Streitkräfte der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder erlangen.

Eine Legalisierung dieser „Schlüssellochguckerei" würde der NATO die Möglichkeit verschaffen, auf der Gegenseite die Schwachpunkte der Verteidigung herauszufinden, schrieb die „Prawda" weiter. Die Versuchung des Westens, einen Erstschlag zu führen, wäre dann um so größer. Die USA gewännen außerdem dadurch einseitige Vorteile.

Zuvor hatte die amtliche Nachrichtenagentur Tass den NATO-Ländern vorgeworfen, ihnen gehe es nur um *die Möglichkeit*, „*Informationen über* verschiedene Aspekte der Verteidigung sozialistischer Staaten zu sammeln", um ihr Streben nach militärischer Überlegenheit fortsetzen zu können. Die „Prawda" ging nun noch einen Schritt weiter, indem sie zwischen der Nachrüstung in Westeuropa und den westlichen Vorschlägen in Stockholm eine direkte Verbin*dung herstellte*.

Unvergessen bleibe, daß die USA auf eine Erstanwendung atomarer Waffen nicht verzichtet hätten, äußerte die Zeitung in diesem Zusammenhang. Die Pershing-Raketen und *Marschflugkörper in Westeuropa* seien gerade auf jene Zonen bis zum Ural gerichtet, die der Westen jetzt zu kontrollieren wünsche. Die Begründung der NATO-Forderungen sei nur „für Dumme" überzeugend, denn das Kontrollgebiet beschränke sich auf den europäischen Kontinent, so daß die USA als Hauptmacht des Bündnisses davon nicht betroffen wären. *Dies diene nicht der* Sicherheit, sondern nur einer weiteren Destabilisierung.

Als *zusätzlichen* Beleg *dafür*, daß Washington einen auf Europa begrenzten Atomkrieg vorbereite, führte die „Prawda" den Hinweis des US-Außenministers auf die Teilung Europas „und einer seiner größten Nationen" an. Die USA würden nicht nur Europa mit Kernwaffen spicken, sondern wollten auch die bestehenden Grenzen ändern. Das bedeute, den Krieg zu planen.

Der *verwerflichen* Politik der „gegenwärtigen" US-Regierung, die auf der Konferenz praktisch „mit leeren Händen erschienen" sei, steht nach Auffassung der „Prawda" die „Stärke und Anziehungskraft" der Ostblockpositionen gegenüber. In Stockholm habe niemand dagegen *aufzutreten gewagt, nicht einmal die* NATO-Länder. Nun hänge es auch vom „Einfluß der Öffentlichkeit" ab, ob einige davon bereit sein werden, auf die sowjetischen Vorschläge einzugehen. Wichtige Gründe sprächen immerhin dafür, daß die sozialistischen Länder „Verständnis bei einer Reihe von Neutralen und Blockfreien gefunden" hätten.

Sowjetische SS-12-Raketen für Irak

rtr. **Bagdad**

Der Irak hat nach Angaben aus diplomatischen Kreisen Raketen des sowjetischen Typs SS 12 mit einer Reichweite von bis zu 800 Kilometern erhalten. Diese Lieferungen sollen eine bedeutsame Vergrößerung des Raketenarsenals des Irak darstellen, der bereits über sowjetische landgestützte Systeme des Typs SCUD-B mit kürzerer *Reichweite* und französische Flugzeug-Raketen des Typs Exocet verfügt. Mit den SS 12 kann der Irak die Erdölanlagen auf der Insel Charg im Norden des Golfes erreichen, über die der Iran seinen gesamten Ölexport abwickelt und die nur etwa 210 Kilometer vom irakischen Territorium entfernt liegt.

Berliner Brandopfer wurden verwechselt

hrk. **Berlin**

Im Fall der mysteriösen Brandkatastrophe, bei der in der Silvesternacht sechs Asylbewerber in Berliner Abschiebehaft verbrannten, ergeben sich jetzt neue Ungereimtheiten. Zwei Leichen wurden bei der Überführung nach Syrien und Libanon vertauscht.

Nach einem Bericht der „Berliner Morgenpost" entdeckten die Eltern eines 19jährigen Libanesen nach der Ankunft in Beirut im angeblichen Sarg ihres Sohnes die sterblichen Überreste eines 29jährigen Syrers. Die Leiche ihres Sohnes war in Damaskus bestattet worden. Für eine Rücküberführung müssen die syrischen Behörden nun einer Exhumierung zustimmen.

Immunität soll aufgehoben werden

hey. **Bonn**

Der Bundestag wird morgen voraussichtlich die Immunität der Sprecher der Grünen-Fraktion, Petra Kelly und *Otto Schily, sowie des Abgeordneten* Hans Verheyen aufheben. Damit wird der Weg für Strafverfahren gegen Petra Kelly und Verheyen frei. Schily, Rechtsanwalt von Beruf, muß mit einem Ehrengerichtsverfahren der Anwaltskammer rechnen. Es geht jeweils um Aktivitäten während der Demonstrationen gegen die Nachrüstung.

Kostspielige Aktion

J. Sch. (Paris) – Die sozialistische Regierung in Frankreich glaubt einen neuen Weg zur Verminderung der Arbeitslosigkeit gefunden zu haben. Nachdem sie mit der vorzeitigen Pensionierung und Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeit an die Grenze des Möglichen gestoßen ist, will sie jetzt ein sogenanntes „Congé de Reconversion“ einführen.

Die insbesondere in der Stahlindustrie, im Steinkohlenbergbau, bei den Werften sowie der Automobilindustrie freizusetzenden über *50 000 Arbeitnehmer sollen danach* zwei Jahre lang für Umschulungszwecke „beurlaubt“ werden. Mindestens so lange gelten sie vor allem statistisch nicht als arbeitslos.

Im Unterschied zu dem letztes Jahr eingeführten sozialistischen „Sabbat“-Urlaub wären die Unternehmer aber nicht zur Wiedereinstellung verpflichtet. Andererseits haben die faktisch Entlassenen einen Anspruch auf Fortzahlung des größten Teils ihrer Bezüge. Wer dafür aufkommt, ist aber noch offen.

Viel wird davon abhängen, in welcher Weise die Regierung in den Restrukturierungsregionen für neue Arbeitsplätze für die Umgeschulten sorgt. Gedacht ist an die *Schaffung* von *„Freizonen“*, für die die sozialen Bestimmungen (Entlassungsschutz usw.) gelockert und den Unternehmen besondere Steuervorteile eingeräumt werden.

Dadurch würden natürlich die Konkurrenzverhältnisse verfälscht. Auf jeden Fall handelt es sich um eine sehr kostspielige beschäftigungspolitische Aktion, die vor allem von innenpolitischen Überlegungen *geprägt zu sein scheint.*

Sonderklage

Mk. – In diesen Tagen ist wieder einmal viel davon die Rede, die Bauern hätten ein Stabilitätsopfer gebracht, deswegen dürfe ihnen bei einer Reform der Agrarpolitik nicht auch noch ein „Sonderopfer“ abverlangt werden. Um die Behauptung zu untermauern wird von den Ararfunktionären darauf verwiesen, daß der Preisindex für Nahrungsmittel in der Bundesrepublik 1983 zum Beispiel gegenüber dem Vorjahr nur um 1,7 Prozent gestiegen sei,während sich die gesamte Lebenshaltung um drei Prozent verteuert hat. Als Opfer kann dieses wohl kaum gedeutet werden. Allein der Hinweis auf die kaum noch zu bewältigenden Überschüsse reicht als Gegenargument. Erzeugnisse, die im Überfluß vorhanden sind, müßten nach normalen Marktgesetzten billiger werden. Aber diese Gesetze gelten im Agrarbereich eben nur teilweise. So stiegen die Butterpreise noch um 3,5 Prozent, obwohl die Überschüsse anschwollen. *Dies wäre eher ein Grund zum* Klagen, zwar nicht der Bauern, aber der Verbraucher und Steuerzahler.

STAHLINDUSTRIE / Massiver Widerstand gegen Italiens Zusatzquoten-Forderung

Bonn und die deutschen Werke bilden eine geschlossene Phalanx

JOACHIM GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Eine „kaum überbrückbare Situation befürchtet der deutsche Stahlproduzentenverband von der Stahlsitzung des EG-Ministerrates am 26. Januar, wenn Italien mit dem angekündigten „massiven politischen Druck“ der Verlängerung des EG-Stahlkrisensystems bis Ende 1985 nur bei Gewährung zusätzlicher Produktionsquoten zustimmen sollte. Die deutschen Stahlwerke fühlen sich sicher, daß Bonn einem solchen Kompromiß zu Lasten ihrer eigenen Beschäftigung keinesfalls zustimmen wird.

„Wir haben den Eindruck“, so formuliert Ruprecht Vondran als Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie die seit letztem Sommer neue Lage im eigenen Land, „daß die Bundesregierung unsere Interessen gegenüber der Europäischen Kommission und den übrigen Ländern der Gemeinschaft mit Entschiedenheit vertritt.“ Dazu gehört insbesondere auch die im letzten Dezember von Bonn erfolgreich geforderte Verdichtung des Produktions- und Lieferquotensystems der EG durch Warenbegleit- und Produktionsbescheinigungen für grenzüberschreitende Stahllieferungen, um die Schwemme subventionierten Billigstahls im deutschen Markt auf die traditionellen Handelsströme zurückzuführen.

Noch hat Verbandsmann Vondran die Hoffnung, daß Italien angesichts des auch in den anderen EG-Ländern massiven Widerstands gegen seine Sonderforderung den Eklat eines Ausscherens aus dem Gemeinsamen Markt für Stahl letztlich doch vermeiden wird. Ungerechtfertigt sei die italienische Zusatzforderung für 1,2 Millionen Tonnen Flachstahlproduktion pro Jahr (Marktwert heute etwa eine Milliarde Mark) zu Lasten der anderen EG-Partner aus vielen Gründen:

Gewünscht werde das für den *schon höchsten Subventionsempfänger* in der EG der 1983 rund 3,5 Milliarden Mark Verlust machte und dafür mit 370 Mark pro Produkttonne aus der Staatskasse alimentiert wurde. Während die Zahl der Stahlbeschäftigten in der übrigen Gemeinschaft seit 1974 um 300 000 Mann oder um 43 Prozent sank, ging sie in Italien nur um 6 000 Mann oder um sechs Prozent zurück. Analog zu solchen Diskrepanzen kippte der deutsche „Stahl-Außenhandel“ mit Italien von *dem noch 1974 mit* 0,7 Millionen Tonnen erzielten Exportsaldo inzwischen in einen ebenso hohen Importsaldo um.

Jenseits der „Italien-Hürde“ sehen die deutschen Stahlunternehmen ihre Lage zu Beginn des (zehnten) Stahlkrisenjahres 1984 nicht nur wegen der nun endlich mit der Bundesregierung geschaffenen Einheitsfront in der EG-Stahlpolitik etwas positiver als bisher. Der extrem dürftige 1983er Rohstahlausstoß von 35,7 Millionen Tonnen dürfte um etwa vier Prozent steigen. Zu je einem Drittel stützt der Verband diese „vorsichtig optimistische“ Wachstumsprognose auf heimischen Verbrauchsanstieg, auf Eindämmung der subventionierten Importschwemme und auf etwas größere Exporterfolge. Immer noch aber bleibe die Lage der deutschen Produzenten, die allein im Massenstahlbereich 1983 weitere Verluste von etwa 1,5 Milliarden Mark gemacht haben dürften, „außerordentlich ernst“.

Etwas besserer Trost winkt der kri*sengeschüttelten Branche aus dem* Drei-Milliarden-Stahlhilfeprogramm der Bundesregierung (mit Länderbeteiligung) vom letzten Sommer. Nachdem die Strukturanpassungskonzepte aller Unternehmen mit Bonner Plazet an die EG-Kommission weitergeleitet wurden, erwartet der Verband nun bald die Bonner Bewilligungsbescheide. Zwar werden die für Hilfen zur Kapazitätsreduzierung (ab 1980) vorgesehenen 1,8 Milliarden Mark mit je nach Amtsermessen 30 bis 50 Prozent des Unternehmensaufwandes leicht erreicht.

Aber die 1,2 Milliarden für die 20prozentige Investitionszulage werden die Unternehmen nach Verbandseinschätzung mangels Finanzkraft für Neuinvestitionen nicht voll nutzen können. Denn bis 1983 sind die Investitionen der Branche gegenüber den 70er Jahren um die Hälfte auf noch 1,2 Milliarnden Mark auch nominal geschrumpft.

Seite 10: Neue Offensive

AUTOMOBILINDUSTRIE

PKW-Hersteller verfehlen Rekordergebnis nur knapp

Inge Adham, **Frankfurt**

Die deutsche Automobilindustrie hat im vergangenen Jahr ein ausgezeichnetes Produktionsergebnis erzielt. Dafür sorgten vor allem die wieder gestiegenen Käufe der inländischen Kunden. Auch im Dezember sind diese Bestellungen weiter gestiegen. Der Verand der Deutschen Automobilindustrie (VDA), Frankfurt, sieht darin allerdings zumindest teilweise als Ausdruck vorgezogener Käufe in der Erwartung von Preiserhöhungen. Vor diesem Hintergrund und angesichts der Sorge um einen möglicherweise bevorstehenden Arbeitskampf wegen der von den Gewerkschaften angestrebten 35-Stunden-Woche mag man sich beim VDA auf eine quantitative Prognose *für dieses Jahr noch nicht festlegen.*

Im vergangenen Jahr wurden in der Bundesrepublik insgesamt 4 167 800 Automobile hergestellt. Das sind knapp drei Prozent mehr als im Jahr zuvor. Das Plus resultiert allein aus der gestiegenen Pkw/Kombi-Produktion: mit 3 875 500 Einheiten (plus drei Prozent) wurde das „Rekordjahr“ 1979 nur knapp verfehlt. Neben der wiedererwachten einheimischen Kauflust war das vor allem ein Ergebnis des Exports, der weitaus besser lief, als zunächst erwartete. 2188 Millionen Pkw und Kombiwagen wurden im Ausland verkauft und damit kaum weniger als im vergangenen Jahr, das mit 2194 Millionen Einheiten das bisher höchste Ausfuhrergebnis überhaupt *gebracht hatte.*

Im Export stehen die Chancen nach Einschätzung der Autohersteller vorerst weiterhin gut. Der hohe Dollarkurs begünstigte die deutschen Auto-Produzenten vor allem im USA-Geschäft. Schon im vergangenen Jahr steigerten VW, Audi, Porsche, Mercedes und BMW ihren Absatz auf dem amerikanischen Markt um insgesamt acht Prozent.

Weniger erfreulich sieht es dagegen bei den Nutzkraftwagen aus, deren Produktion 1983 im dritten Jahr hintereinander gesunken ist. Die Jahresproduktion von 292 300 Stück liegt um drei Prozent unter dem Vorjahresstand und sogar um 18 Prozent unter dem bisher höchsten Ergebnis 1980. Besonders stark waren die schweren Lkw über sechs Tonnen mit einem Rückgang von 16 Prozent (1983) betroffen. Im Export macht das Minus zwölf Prozent aus.

Der „leichte Aufgalopp“ zum Jahresende (im Dezember war die Lkw-Produktion pro Arbeitstag um 22 Prozent höher als im Dezember 1982) tröstet die Hersteller nicht. Der ungewohnte Schwung in der Lkw-Produktion resultiert aus den letzten Bestellungen mit Investitionszulage. In den kommenden Monaten befürchten die Lkw- Produzenten deshalb ein Produktionsloch, obwohl, so betont der VDA in seinem jüngsten Konjunkturbericht, bei den Aufträgen für Nutzkraftwagen aus dem Ausland wie im Inland eine „zögernde *Nachfrageerholung*“ zu sehen ist.

Schmerzhafte Einschnitte

Von EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Die unvermeidlichen Einsparungen, die Israel jetzt machen muß, um sich aus seiner Finanzkrise herauszuarbeiten, bringen diesmal auch eine fühlbare Verringerung seiner Militärausgaben: Das Verteidigungsministerium muß auf umgerechnet rund 300 Millionen Mark verzichten und *damit auf rund 13 Prozent seines* Gesamtbudgets. Die Abstriche im Militärhaushalt brachten die bisher beschlossenen Kürzungen auf insgesamt vier Milliarden Mark.

Der Beschluß über die Streichung der *letzten 1,5 Milliarden Mark* war eine Zangengeburt. Die Regierung hielt Sonntag eine Marathonsitzung und jeder Minister fand sehr gute Gründe, um Kürzungen in seinem Ressort abzulehnen. Bis Premier Shamir mit Rücktritt drohte. Er sagte: „Wir sind jetzt in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit. Wir können nicht so weitermachen. Die Regierung muß regieren. Es handelt sich hier um schwierige Maßnahmen, aber wir haben keinen anderen Ausweg ... Ich habe die Sache sehr gründlich durchdacht und muß Euch sagen – ich bin nicht gewillt, an der Spitze einer Regierung zu stehen, die ihre Aufgabe nicht erfüllt. Alle Ministerien müssen ihren Beitrag leisten. Wenn sich das *als unmöglich erweist, so trete ich* lieber zurück, als daß ich mich am Untergang des Staates beteilige.“

Zu den beschlossenen Kürzungen auf der Ausgabenseite werden bis April, dem Beginn des neuen Finanzjahres, *noch einige andere Maßnahmen* kommen: Dazu zählt vor allem eine striktere Erhebung von Steuern. Auch werden Firmen und Selbständige von nun an ihre Finanzierungskosten nicht mehr von der Steuer absetzen können.

Die bisher ergriffenen Sanierungsmaßnahmen einschließlich zweier starker Schekelabwertungen haben bereits einige Ergebnisse gezeitigt. Der katastrophale Schwund der Devisenreserven – der eigentliche Grund für die Demission des früheren Finanzministers Yoram Aridor – ist zum Stillstand gekommen. Das Außenhandelsdefizit ist im Dezember merklich gesunken. Infolge der Liquiditätsverknappung ist die Nachfrage nach Verbrauchsgütern geringer geworden und damit nahmen auch die inflationären Tendenzen ab. Zwar betrug sie im Dezember noch immer mehr als zehn Prozent, doch war dies schon um über ein Drittel weniger als im Vormonat. Zum Vergleich: Im Oktober lag die Teuerungsrate noch bei 21,1 Prozent.

Unabhängige Wirtschaftsfachleute haben eine Prognose aufgestellt, aufgrund der der Warenexport im Laufe des Jahres um 11 Prozent steigen und der Import um 4 Prozent fallen wird. Das Außenhandelsdefizit wird dadurch von 3460 auf 2550 Millionen Dollar fallen. Dies gilt unter der Voraussetzung eines stabilen Dollars.

Im Zuge der Sanierungsmaßnahmen wird sich *die Anzahl der Arbeits*losen etwas erhöhen. Zwar ist für die Regierung jegliche Arbeitslosigkeit unannehmbar, aber eine gewisse Quote von Übergangsarbeitslosigkeit („fricitonal unemployment“) wird hingenommen, bis die aus den Dienstleistungsbetrieben entlassenen Arbeitskräfte bei Produktionsbetrieben Anstellung gefunden haben.

Noch ist die Gefahr für die israelische Wirtschaft keineswegs gebannt. Die Sparmaßnahmen führen zu einer realen Verringerung des Lebensstandards. Heute muß sich die Regierung im Parlament einem Mißtrauensantrag stellen. Grundlage ist ein letzte Woche vom Kabinett veröffentlichter Bericht, wonach eine halbe Million israelischer Bürger unter der Armutsgrenze eines Monatseinkommens von umgerechnet rund 224 Mark lebt.

Der Rückgang des Lebensstan*dards wird nicht widerstandslos hin*genommen. Er führt zu Arbeitsniederlegungen in ihren verschiedenen Abarten, vom Bummel- bis zum Totalstreik. Am Montag streikten zwar nur ungefähr 30 000 Arbeitnehmer, darunter waren aber die Eisenbahner. Seit zwei Wochen werden deshalb keine Chemikalien vom Toten Meer in die Seehäfen befördert – ein Ausfall von einer Million Dollar am Tag.

Handelsminister Gideon Patt hat in der Knesset erklärt, er habe verbürgte Information, daß die Führung des Gewerkschaftsverbandes „Histadrut“ eine geheime Absprache mit der oppositionellen Labour Party über die Schaffung von Arbeitsunruhen getroffen haben, um die Regierung zu Fall zu bringen. Die Labour Party hat diese Behauptung energisch dementiert, aber der Anschein besteht, daß manche Streiks auch nach gewerkschaftlichen Kriterien unberechtigt sind.

AUF EIN WORT



„Es ist wohl müßig darüber nachzudenken, ob die Grenzen für das Steuergut Zigarette nicht längst überschritten sind. Wir sehen nicht ein, daß weshalb die Steuer für jede selbstgedrehte Zigarette 3,8 Pfennig, für die Industriezigarette das Dreifache, nämlich 11,4 Pfennig ausmacht. Eine Steuererhöhung für Feinschnitt um 50 Prozent würde den Stückpreis der Selbstgedrehten erst auf 11 Pfennig bringen.“

Peter W. Fischer, Vorsitzender der Geschäftsführung der Reynolds Tobacco GmbH, Köln. FOTO: DIE WELT

Investitionen als Konjunkturmotor

Wz. Berlin

Berlin habe 1984 gute Aussichten, an dem für die Bundesrepublik vorhergesagten realen Wachstum von bis drei Prozent zu partizipieren. Vor allem die Investitionen der Industrie, die um über vier Prozent wachsen sollen, sind nach Ansicht von Günter Braun, Hauptgeschäftsführer der IHK Berlin, ein starker Konjunkturmotor. Zu dem spürbar belebten Innovationsklima gehört auch die wachsende Zahl von Existenzgründungen im Rahmen der regionalen Strukturpolitik

EG-SÜDERWEITERUNG



Überraschend plädiert Paris jetzt für schnelle Einigung

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Die Beitrittsverhandlungen der EG mit Spanien und Portugal sollen nicht länger hinausgezögert werden. Frankreich, das bisher eine eher abwartende Haltung eingenommen hatte, macht sich seit Übernahme der EG-Präsidentschaft sogar zum Wortführer einer beschleunigten Gangart.

Nach der 16. Verhandlungsrunde mit Portugal kündigte Frankreichs Außenminister Claude Cheysson in Brüssel das Ende der fünfjährigen Gespräche für September dieses Jahres an. Dies bedeutet, daß die Gemeinschaft sich intern spätestens bis zum Frühjahr auf einheitliche Positionen im Bereich der Agrar- und Fischereipolitik sowie bei den Gastarbeiterproblemen geeinigt haben muß.

Auch Bonn gerät zunehmend unter Zeitdruck. Bisher gibt es nämlich zwischen den beteiligten Ressorts noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten. So nehmen das Finanz- und das Arbeitsministerium in der *Frage der Berechnung des Kindergel*des für Gastarbeiter eine deutlich härtere Haltung ein als das Auswärtige Amt. Die für Portugal vorgesehene Finanzhilfe zur Modernisierung seiner Landwirtschaft konnte wegen des Zögerns Bonns noch nicht präzisiert werden.

Der portugiesische Planungs- und Finanzminister Ernani Lopez überreichte in der jüngsten Verhandlungsrunde ein Papier, in dem die Position seiner Regierung zur Eingliederung der portugiesischen Landwirtschaft in die EG umrissen wird. Danach ist Lissabon mit einer zehnjährigen Übergangszeit einverstanden, innerhalb derer die eigene Landwirtschaft schrittweise der europäischen Konkurrenz geöffnet werden soll. Voraussetzung sei jedoch eine wirksame finanzielle Hilfe der EG.

REGION MITTLERER NECKAR

Mehr Arbeitsplätze als am Ende der siebziger Jahre

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

In der Region Mittlerer Neckar, der wirtschaftlichen Kernregion des in seiner wirtschaftsstrukturellen Robustheit relativ gesund dastehenden Bundeslandes Baden-Württemberg, gibt es heute erheblich mehr Arbeitsplätze als in der ganzen zweiten Hälfte der siebziger Jahre. Auf diesen Tatbestand, der einigermaßen günstige Perspektiven eröffne, verwies Roland Klett, Präsident der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar in Stuttgart. Der negative Trend am Arbeitsmarkt sei eindeutig gebrochen. In der Region wurde im vergangenen Jahr ein Wirtschaftswachstum von real annähernd zwei Prozent erreicht, wobei insbesondere *das* Exportgeschäft einen hohen Anteil hatte.

Risiken für einen durchgreifenden Aufschwung sieht die IHK freilich in dem Faktum, daß es einige „Nachzügler“ gebe, aber auch in der Ungewißheit über die weitere Exportentwicklung und in der Möglichkeit eines Tarifkonflikts in der Metallindustrie. Positiv sei zu werten, daß die Zahl der Firmen, die mehr investieren wollten, deutlich zugenommen habe.

Heftige Klage führt die IHK allerdings wegen der Mängel und Versäumnisse in der verkehrstechnischen Infrastruktur der Region. Verzögerte Projekte bei den verschiedenen Verkehrsträgern summierten sich auf einem Investitionsstau von rund 1,5 Milliarden DM. Wenn man bedenke, daß diese Wirtschaftsregion zu den stärksten in Europa zähle, dann sei es höchste Zeit, daß zumindest die gravierendsten Engpässe beseitigt werden. Man begebe sich sonst in die Gefahr, die Leistungskraft einer ganzen Region zu verspielen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Kritik an Banken

Bonn (AP) – Nach den Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern hat nun auch Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) die Banken wegen der Neuerfassung ihres Auskunftsrechts in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) kritisiert. Engelhard sagte am Dienstag in Bonn, die Nummer 10 der neuen AGB, die den Banken und Sparkassen die Erlaubnis zu „bankmäßigen“ *Auskünften über die Kreditwür*digkeit ihrer Kunden an Dritte gibt, sei „rechtlich anfechtbar“, wenn nicht eindeutig geklärt sei, daß sie den Anforderungen des Datenschutzgesetzes entspricht. Die Verbraucherverbände kündigten unterdessen an, die „prüften“ eine gerichtliche Klage gegen die neuen Geschäftsbedingungen

Stromverbrauch erhöht

***Frankfurt** (dpa/VWD)* – Der Stromverbrauch aus dem Netz der öffentlichen Versorgung ist 1983 in der Bundesrepublik um 3,3 Prozent auf rund 322 Milliarden Kilowattstunden (kWh) gestiegen. Die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW), Frankfurt, sieht den Trend bestätigt, Strom verstärkt zum Ersatz und Sparen anderer Energien zu verwenden. Denn der Primärenergieverbrauch zeigte 1983 keine Veränderung.

Hypotheken wieder billiger

Frankfurt (rtr) – Die Hypothekenkredite sind im Januar wieder etwas günstiger geworden, nachdem sie Mitte Dezember bei den meisten Banken verteuert worden waren. Eine Umfrage bei in Frankfurt ansässigen Hypothekenbanken ergab, daß viele Institute bereits in der zweiten Januarwoche ihre Effektivsätze um 0,1 bis 0,25 Prozentpunkt gesenkt haben. Die Deutsche Pfandbriefanstalt (Depfa), Wiesbaden, größtes Realkreditinstitut in der Bundesrepublik, gab nach einer Vorstandsitzung ebenfalls eine Verbilligung ihrer Baugelder bekannt. Die Verbilligung spiegelt einen leichten Rückgang der Renditen am Rentenmarkt in der letzten Zeit wider. Die Durchschnittsrendite öffentlicher Anleihen ist seit 16. Dezember von 8,36 Prozent auf 8,16 Prozent zurückgegangen.



Die verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der sich abzeichnende Konjunkturaufschwung haben die Selbständigkeit offenbar wieder attraktiver gemacht. Nach einem Rückgang 1981 und 1982 stieg die Zahl der mit Bundesmitteln geförderten Existenzgründungen im vergangenen Jahr sprunghaft auf 16000. Hinzu kommen freilich noch diejenigen, die ohne staatliche Hilfe den Schritt in die Selbständigkeit gewagt haben. QUELLE: GLOBUS

Rohölimporte gesunken

Frankfurt (AP) – Die Rohölimporte der Bundesrepublik sind im vergangenen Jahr gegenüber 1982 um fast zehn Prozent auf rund 65 Millionen Tonnen zurückgegangen, wie das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, Eschborn, gestern nach vorläufigen Berechnungen mitteilte. Gleichzeitig seien jedoch die Einfuhren von Halb- und Fertigprodukten um knapp zwölf Prozent gestiegen.

Außenhandel optimistisch

Hamburg (AP) – Im norddeutschen Groß- und Außenhandel ist der „konjunkturelle Durchbruch“ nach Angaben des Arbeitgeberverbandes erreicht. Wie der Arbeitgeberverband Groß- und Außenhandel(AGA) in Hamburg mitteilte, hätten sich nach einer Umfrage bei den Mitgliedsfirmen Umsatzergebnisse und Erwartungen deutlich verbessert. Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung habe zum Jahresende spürbar an Fahrt gewonnen.

CDU-PROGRAMM

Berufsausbildung hat Priorität

HEINZ HECK, Bonn

Mit einem „Programm der vielen kleinen Schritte" will die CDU jungen Menschen mehr Arbeitsplätze verschaffen. Der Bundesvorstand hat auf seiner Sitzung am Montag ein Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit beschlossen, das als „notwendige Ergänzung" zu dem auf dem nächsten Bundesparteitag im Mai in Stuttgart zu verabschiedenden gesamtwirtschaftlichen Konzept gedacht ist.

So jedenfalls sieht es CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, der zusammen mit der CDU-Bundestagsabgeordneten Renate Hellwig die Programmkommission geleitet hat. Es sei notwendig, vor allem die gegenwärtigen Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit zu beseitigen. Da zwei Drittel aller arbeitslosen Jugendlichen ohne Berufsausbildung seien, setze das Programm hier einen „deutlichen Schwerpunkt".

Geißler plädierte zwar für die „Ausnutzung aller Möglichkeiten zur Arbeitszeitverkürzung", sprach sich aber gegen die 35-Stunden-Woche aus. Sie „ändert an der bisherigen starren und kollektiv vereinbarten Arbeitszeit nichts, sondern verschiebt sie nur um wenige Stunden". Sie schaffe damit nicht die Flexibilisierung, an der der CDU besonders gelegen sei, etwa durch freiwilligen Übergang in den vorzeitigen Ruhestand, die Ausweitung des Angebots von Teilzeitarbeit auch im öffentlichen Dienst, die verstärkte Förderung der Teilung von Arbeitsplätzen oder die gesetzliche und tarifvertragliche Erleichterung von befristeten Arbeitsverträgen in besonderen Fällen (zum Beispiel als Vertretung für wehrpflichtige Arbeitnehmer oder für Frauen im Mutterschaftsurlaub). Nebentätigkeiten und Überstunden im öffentlichen Dienst sollten soweit wie möglich abgebaut werden. Eine Änderung des Ladenschlußgesetzes hat die Kommission bisher nicht in ihren Maßnahmenkatalog einbezogen.

Nach Meinung von Frau Hellwig sind Mädchen im Berufsbildungssystem auch heute noch benachteiligt. Wenn sie sich nicht stärker den bisher für sie fremden Berufen („Männerberufen") zuwendeten, werde in den nächsten Jahren der wirtschaftlichen *Umstrukturierung in der* Bundesrepublik das Problem der Frauenarbeitslosigkeit eher noch zunehmen. Auch sei zu wenig bekannt, daß viele ausbildungshemmende Vorschriften abgeschafft worden seien.

VEREINIGTE STAATEN / Der drittgrößte US-Stahlhersteller Bethlehem Steel will Schutzklausel beantragen

Neue Offensive gegen ausländische Konkurrenz

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Stahlindustrien in den westlichen *Industriestaaten und* Schwellenländern müssen sich auf eine neue Offensive der US-Konkurrenz gefaßt machen, die auf eine noch stärkere Abschottung des amerikanischen Marktes zielt. Gestartet hat das Eisen- und Stahlinstitut in Washington als Verbandsorgan eine bisher nicht gekannte Public-Relations-Kampagne; voll ausgenutzt werden sollen die Chancen für Importrestriktionen, die das Wahljahr bietet. In Gefahr kann auch der Stahlpakt mit der EG geraten.

Aus Gesprächen, die das Institut mit ausländischen Journalisten führte, läßt sich diese Strategie entnehmen:

1. Der politische Druck auf die Senatoren und Abgeordneten wird verstärkt, um vor der Präsidentschaftswahl am 5. November den vor zwei Monaten im Kongreß eingebrachten „Fair Trade in Steel Act" durchzupauken. Durch dieses Gesetz sollen die amerikanischen Stahleinfuhren fünf Jahre lang auf 15 Prozent des Verbrauchs beschränkt werden. Als Gegenleistung verpflichtet sich die US-Stahlindustrie, ihre Werke zu modernisieren. Im Repräsentantenhaus stützen bereits 67 Abgeordnete den Entwurf, überrollt werden soll die Administration, die ausländische Gegenmaßnahmen befürchtet.

2. Unmittelbar bevor steht die Einreichung einer Beschwerde des nach U. S. Steel und Armco drittgrößten amerikanischen Stahlkonzerns Bethlehem Steel bei der International Trade Commission (ITC). Obwohl sich das Institut in Schweigen hüllte, muß damit gerechnet werden, daß das Unternehmen seine Klage auf den Artikel 201 des US-Außenhandelsgesetzes stützt, die sogenannte Schutzklausel. Danach kann Washington einseitig gegen alle ausländischen Lieferungen höhere Zölle und/oder Quoten verfügen, wie es im vergangenen Sommer bei Edelstahl geschehen ist.

Wenn Bethlehem diesen Weg beschreitet, dann wäre das, wie Fachleute in der US-Hauptstadt meinen, „eine Bombe mit riesiger Sprengkraft". Denn einmal würde in das Schutzklausel-System erstmals der breite Bereich des Kohlenstoff-, sprich *Massenstahls* einbezogen. Zum anderen schreibt Artikel 201 die automatische Anwendung weltweit vor. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die amerikanische Stahlbranche – wie im Edelstahlfall – nicht vor Kompensationszahlungen durch Washington oder ausländische Restriktionen für US-Waren zurückschrecken würde.

Bei seinem Besuch in der vergangenen Woche in Washington hat EG-Vizepräsident Davignon durchblikken lassen, daß die EG auf eine solche Klage mit einer Aufkündigung des im vorletzten Herbst ausgehandelten Export-Selbstbeschränkungsabkommens antworten würde. Der Stahlpakt wackelt ohnehin schon, da die kleine US-Stahlfirma Gilmore nicht von ihrer Beschwerde gegen die Gemeinschaft abzubringen ist. Für durchaus möglich gehalten wird jedoch am Potomac, daß Bethlehem nur aus taktischen Gründen den Artikel 201 anruft: Wegen der internationalen Implikationen sollen Legislative und Exekutive derart in die Enge getrieben werden, daß der „Fair Trade in Steel Act" den Kongreß passiert und letztlich von Präsident Reagan unterzeichnet wird.

Folgt man dem Institut, dann hat die Stahlabsprache mit der EG die US-Industrie zunächst entlastet. Die Lücke sei jedoch durch Lieferungen aus Südkorea, Taiwan, Südafrika, Brasilien, Argentinien, Venezuela, Mexiko und Rumänien rasch gefüllt worden. So haben Südkorea und Brasilien inzwischen *die* Bundesrepublik als zweitwichtigsten Exporteur nach Japan überholt. Von Januar bis September verschifften sie 1,1 (Vorjahr: 0,8) und 0,8 (0,4) Millionen Tonnen in die USA, während es Deutschland nur noch auf 0,7 (1,4) Millionen Tonnen brachte.

Es besteht kein Zweifel, *daß die* US-Stahlindustrie über die geforderten Quoten eine globale Kartellierung anstrebt. Nach Ansicht des Instituts zwingen die Importe, deren Marktanteil 22 Prozent ausmache, die amerikanischen Unternehmen „in eine unfreiwillige Liquidation". Die 1982 und 1983 erwirtschafteten Verluste werden auf insgesamt sechs Milliarden Dollar veranschlagt.

FRANKREICH / Wieder neuer Konkursrekord

Zunahme der Großinsolvenzen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche hat sich in Frankreich während der letzten Monate erheblich erhöht. Nach 1703 im Oktober schnellte sie im November auf 2017 und übertraf im Dezember mit 2031 den Vorjahresstand (1680) um 21 Prozent. Für das Gesamtjahr 1983 kommt Frankreich damit auf 22 708 Insolvenzen. Das waren 2246 mehr als 1982. Damit wurde zum dritten *Mal nacheinander* ein neuer Jahresrekord aufgestellt.

Verantwortlich gemacht wird dafür vor allem die sozialistische Wirtschaftspolitik. Zunächst waren es die stark erhöhten sozialen Belastungen, die immer mehr Unternehmen in finanzielle Schwierigkeiten brachten. Dazu kamen hohe Zinsen und die Importkostenbelastungen infolge von drei Franc-Abwertungen, die wegen der mehr oder weniger rigoros gehandhabten Preisstopps zu Ertragseinbußen führten. Und schließlich war den Unternehmen bis vor kurzem untersagt, nicht beschäftigte Arbeitskräfte zu entlassen.

Am stärksten von der Konkurswelle betroffen war die Industrie, in der sich die Unternehmenszusammenbrüche 1983 um 21,1 Prozent erhöhten. Es folgten die Dienstleistungsunternehmen mit plus 14,2 Prozent, die Bauwirtschaft mit plus neun Prozent und der Handel mit plus 8,9 Prozent.

Besonders beunruhigt, daß immer mehr größere Unternehmen in Schwierigkeiten geraten. Die am Konkursgericht von Paris – hier haben die meisten französischen Industrieunternehmen ihren Geschäftssitz – hinterlegten Bilanzen wiesen 1983 Passivsalden von durchschnittlich 3,30 Millionen Franc aus gegenüber 2,40 Millionen Franc 1982. Das entspricht einem Anstieg um immerhin 38 Prozent.

So trug die Konkurswelle vor allem in den letzten Monaten wesentlich zur *Verschlechterung des Arbeitsmarktes* bei. Im Dezember nahm die Zahl der Stellengesuche gegenüber dem Vormonat um ein Prozent und im Jahresvergleich 4,5 Prozent auf 2,12 Millionen zu, während sich das Stellenangebot um 4,8 bzw. um 42 Prozent auf 48 100 verminderte. Für dieses Jahr erwartet das Statistische Amt (Insee eine Zunahme der Arbeitslosigkeit um 210 000 Personen.

ITALIEN / Wieder ein Jurist an der Spitze der Börsenaufsichtskommission

Neue Zulassungsbedingungen aufstellen

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische Regierung hat zum Nachfolger des Ende Oktober vorigen Jahres zurückgetretenen Präsidenten der amtlichen Börsenaufsichtskommission (Consob) das Mitglied des Staatsrats, den Juristen Franco Piga, ernannt. Es handelt sich um den 4. Präsidenten der Kommission seit ihrer Gründung im April 1974. Mit dem neu ernannten Präsidenten wird zum zweiten Mal hintereinander kein Finanz-, sondern ein Rechtsexperte an die Spitze der Börsenaufsichtskommission beordert. Damit bekräftigt die Regierung die Rolle, die der Consob künftig auch als Wächterin über die verstärkte Kapitalmarktverflechtung mit den Gemeinschaftsländern zukommen wird.

Diese Rolle sieht ein von der Regierung dem Parlament zugeleiteter Gesetzentwurf vor, mit dem die drei *Richtlinien der EG-Kommission zur* Kapitalmarktharmonisierung in italienisches Recht umgewandelt werden sollen. Der Entwurf, mit dem gleichzeitig auch die Niederlassung von EG-Banken in Italien geregelt wird, erweitert die Kontrollfunktionen der Börsenaufsichtskommission um die Befugnis, die zur Börsennotiz notwendigen Zulassungsbedingungen aufzustellen. Dazu gehören unter anderem Form und Inhalt der Börsenprospekte und der Inhalt des Jahresberichts, der von den Verwaltungsräten der Börsengesellschaften der Consob vorgelegt werden müssen. Um die Transparenz des Marktes zu erhöhen, erhält die Börsenaufsichtskommission die Erlaubnis, in Zukunft jene Firmen der Öffentlichkeit preiszugeben, die ihrer Informationspflicht nicht Genüge tun.

Was die rechtliche Stellung der Börsenaufsichtskommission selbst anbelangt, so hat das Schatzministerium als oberste Kredit- und Währungsbehörde und Kapitalmarktaufsicht parallel dazu einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Weisungsbefugnis des *Ministeriums über die* Consob verstärkt: In Zukunft will sich das Schatzministerium die letzte Entscheidung vorbehalten darüber, ob börsenfähige Gesellschaften zur Börsennotiz zugelassen, vom Kurszettel gestrichen oder suspendiert werden

Die Tätigkeit der Kommission war bisher vor allem dadurch gehandikapt, daß sie noch nicht über ein internes Reglement und auch nicht über die Mittel verfügt, die ihr Funktionieren gewährleisten sollen. Bis zur Stunde fehlt beispielsweise die *Zweigstelle in Mailand*, Sitz der größten italienischen Börse mit über 90 Prozent der gesamten italienischen Börsenumsätze, die von dem Börsenvorstand in Mailand schon seit Jahren gefordert wird.

Zu den Aufgaben der amtlichen Börsenaufsichtskommission gehört auch, die Gesellschaften vom Kurszettel zu streichen, die die Zulassungsbedingungen nicht mehr erfüllen. Ein Beispiel: Es wäre unzulässig, weniger als 20 Prozent vom Kapital am Markt zu haben. Ihr obliegt ebenso die Regulierung des Marktes. Wenn beispielsweise, wie *kürzlich*, die Gefahr einer spekulativ, künstlich angeheizten Hausse besteht, sollte die Kommission die Barhinterlegungssätze für Terminkäufe einführen oder heraufsetzen.

Diamantenmarkt in Antwerpen wächst

SAD, Antwerpen

Der Umsatz auf dem Antwerpener Diamantenmarkt ist im vergangenen Jahr gegenüber 1982 um 14 Prozent auf einen Gesamtwert von 311 Milliarden Franc (15,5 Milliarden Mark) gestiegen. Das Volumen des Exports geschliffener Diamanten vergrößerte sich gegenüber dem Vorjahr gewichts*mäßig um 10,7* und wert*mäßig um 12,4* Prozent. Von der ins Ausland gelieferten Ware im Wert von 160 Milliarden Francs hatte über die Hälfte ihre Veredelung von Roh- und geschliffenen Diamanten in Antwerpener Werkstätten bekommen. Wichtigster Kunde des Antwerpener Marktes für verarbeitete Edelsteine bleiben die USA. Der Ausfuhrwert dorthin übertraf mit 33,5 Milliarden Franc das Ergebnis von 1982 um 22 Prozent. Auf der Liste der bedeutendsten Abnehmerländer steht Hongkong an zweiter und Japan an dritter Stelle.

ROLLS-ROYCE / Neue Flugzeug-Triebwerke geplant

London gewährt Starthilfe

WILHELM FURLER, London

Die Regierung in London wird sich bereit erklären, dem staatlichen Triebwerks-Hersteller Rolls-Royce Starthilfe-Kapital zu geben, damit sich das Unternehmen an der Entwicklung und am Bau eines neuen Triebwerks der neuesten Generation für Kurz- und Mittelstrecken-Flugzeuge beteiligen kann. Neben den beiden Konsortialführern Rolls-Royce und Pratt and Whitney (USA) beteiligen sich an dem Projekt mit dem Namen V-2500 Hersteller aus Japan, Italien und der Bundesrepublik. Die deutsche MTU *(Motoren- und Turbinen-Union) hat einen* Anteil von 12,1 Prozent. Das Konsortium strebt für sein neues Triebwerk die Flugzulassung im Jahre 1988 an.

Die Regierung Thatcher wird Rolls-Royce Starthilfe-Kapital in Höhe von 113 Millionen Pfund (knapp 450 Millionen Mark) zur Verfügung stellen, genau die Hälfte des Betrages, den das Unternehmen für seinen 30prozentigen Anteil an dem Triebwerks-Projekt aufzubringen hat. Die Entscheidung hierfür sei jetzt im Kabinett getroffen worden, berichten führende Londoner Tageszeitungen.

Dagegen bestünden immer noch Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung Thatcher, ob für die Beteiligung Großbritanniens am Bau des neuen Kurzstrecken-Airbusses A-320d Regierungsgelder bereitgestellt werden sollten. British Aerospace, das sich mit etwa 25 Prozent an dem Airbus-Projekt beteiligen möchte und für den Bau der Tragflächen verantwortlich wäre, erwartet von der Regierung 437 Millionen *Pfund (1,74 Milliarden Mark) für seinen* Anteil am A-320-Projekt in Höhe von 637 Millionen Pfund.

Der neue 150sitzige Kurzstrecken-Airbus wird, so vermuten Insider, einer der Hauptabnehmer des Triebwerks V-2500 sein. Dennoch scheint insbesondere Premierministerin Thatcher noch nicht von den finanziellen Zukunftschancen des A-320-Projekts überzeugt zu sein.

NAMEN

Dr. Fritz Schiettinger, bis 1976 Präsident der Landeszentralbank in Baden-Württemberg und ehemaliges Mitglied des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank, ist am 21. Januar im Alter von 75 Jahren gestorben.

Horst G. Eßlinger, Geschäftsführer der Maizena GmbH, Hamburg, vollendet am 25. Januar sein 60. Lebensjahr.

Gustav Pieper ist mit Wirkung vom 1. April 1984 in den Vorstand der Firma Carl Zeiss berufen worden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ahrensburg: Hansa Handelsges. mbH; **Darmstadt:** Nachl. d. Ludwig Paul Otto Funk; **Kehl:** Stephan GmbH, Rheinau-Memprechtshofen; Fensterwerk Stephan GmbH u. Co. KG, Rheinau-Memprechtshofen; **Leverkusen:** Nachl. d. Robert Holtey; **Recklinghausen:** Samir El-Talty, Alleininh. d. Fa. Samir El-Talty, Schweißtechnik; **Salzgitter:** Reifen-Busse Autoreifen Fritz-Peter Busse, Inh. Detlef Schaer, Salzgitter-Hohenrode; **Siegburg:** Doris Baginski, Ruppichteroth; **Siegen:** Steiner KG Apparatebau, Wilnsdorf-Rudersdorf; **Worms:** Nachl. d. Erich Tobias Schiedhelm.

Vergleich beantragt: Bonn: Berg GmbH.

SCHIFFBAU / Paris baut Import-Schranken auf

Kein Auftrag an Jugoslawien

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

In Frankreich zeigen sich neue protektionistische Tendenzen. Zum ersten Mal seit längerer Zeit hat die Regierung einer privaten Reederei die Genehmigung für die Bestellung von ausländischen Seeschiffen verweigert. Es geht dabei um vier Spezialschiffe für den Holztransport, welche Delmas-Vieljeux bei einer jugoslawischen Werft in Auftrag geben wollte. Die dafür erforderliche Importlizenz wurde jetzt von Meeresminister Guy Lengagne offiziell abgelehnt.

Die vier Schiffe sollten pro Stück *135 Millionen Franc kosten, während* das Gegenangebot der französischen Werften ursprünglich je 400 Millionen Franc lautete. Es wurde inzwischen auf Grund von staatlichen Subventionszusagen auf 240 Millionen Franc gesenkt. Aber auch zu diesem Preis wollte Delmas die Schiffe nicht in Frankreich bauen lassen.

Die Reederei stellte daraufhin die Regierung vor die Wahl, entweder durch weitere Subventionen den Preis auf das jugoslawische Niveau zu bringen oder aber auf die notwendige Erweiterung seiner rentablen und devisenbringenden Flotte zu verzichten. Dadurch wären den französischen Werften aber etwa 4 Millionen Arbeitsstunden entgangen, was angesichts ihrer schweren Beschäftigungskrise neue Entlassungen zur Folge gehabt hätte.

Um die Regierung unter Druck zu setzen, veranstalteten die Gewerkschaften gestern einen Marsch der Werftarbeiter auf Paris. Inzwischen scheint sich ein Kompromiß anzubahnen, der darin bestehen soll, daß die französische Werft Alsthom-Atlantique zwei Schiffe selbst erstellt und die beiden anderen in Südkorea fertigen läßt. Delmas-Vieljeux soll dafür ein Gesamtpreis von 600 Millionen Franc berechnet werden, was mit 150 Millionen Franc pro Stück der jugoslawischen Offerte sehr nahe käme.

GROSSBRITANNIEN / Deutsche Hersteller profitieren von anhaltender Kauflust

Farbfernseher sind besonders gefragt

WILHELM FURLER, London

Die anhaltende Kauffreudigkeit der Briten hat etlichen deutschen Produktgruppen zu einem unverhofften Siegeszug verholfen. Beachtliche Verkaufserfolge in Großbritannien verzeichnet etwa die deutsche Automobilindustrie, wobei insbesondere *die vergleichsweise teuren Marken* ihre Position deutlich verbessern konnten.

So hat etwa BMW seine Neuwagenverkäufe in Großbritannien zwischen 1980 und dem vergangenen Jahr um knapp 90 Prozent von 13 541 auf 25 178 Einheiten ausweiten können. Für dieses Jahr rechnen die Bayern mit einer Verkaufssteigerung um weitere gut zehn Prozent auf 26 500 Wagen, obwohl im britischen Neuwagengeschäft ein Einbruch nach dem Rekordjahr 1983 (1,791 Millionen Erstzulassungen) erwartet wird. Mit ähnlich guten Zuwachszahlen werden Porsche und Audi aufwarten können; ihre Statistiken für 1983 liegen bisher nicht vor. Daimler-Benz ist bei „extrem guter Nachfrage" an ein stark limitiertes Lieferkontingent aus Deutschland gebunden.

Ein weiterer Bereich, der im vergangenen Jahr am britischen Markt außerordentlich erfolgreich war, ist die deutsche Farbfernseh-Fabrikation: Die Exporte deutscher Farbfernsehgeräte nach Großbritannien sind in den ersten elf Monaten 1983 auf das Vierfache der gleichen Vorjahreszeit geklettert. Damit haben sich die Hersteller in Deutschland mit deutlichem Abstand vor den bisher führenden Japanern an die Spitze der Farbfernseh-Lieferanten nach Großbritannien gesetzt.

Bis Ende November stiegen die Importe deutscher Farbfernsehgeräte gegenüber den ersten elf Monaten 1982 von 73 000 Einheiten mit einem *Warenwert (cif) von 13,32 Millionen* Pfund auf 297 000 Geräte zum Warenwert von 51 Millionen Pfund (gut 200 Millionen Mark). Japan exportierte in der gleichen Zeit 223 000 Farbfernseher für 28,2 Millionen Pfund nach Großbritannien. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß die Gerätefertigung japanischer Hersteller in *Großbritannien* selbst ständig zunimmt, die Importe aus Japan entsprechend zurückgehen. Sony, Hitachi, Mitsubishi, Sanyo und National Panasonic haben Produktionsstätten für die Unterhaltungselektronik in Großbritannien, im Gegensatz zu deutschen Herstellern.

Dennoch ist der Erfolg der deutschen Hersteller verblüffend, zumal ihre Geräte in der deutlich höheren Preisklasse angesiedelt sind. Bei Grundig in Großbritannien selbst ist man der Ansicht, daß intensive Werbebemühungen in diesem Jahr, in dem der britische Markt außergewöhnlich stark expandierte, Marken-Namen generell und dem eigenen insbesondere gegolten hätten. Diese Auffassung teilen auch Vertreter des Verbandes der Unterhaltungselektronik, des britischen Verbraucher-Verbandes und der deutsch-britischen Handelskammer in London. Vor allem Grundig betreibe ein „ziemlich aggressives Marketing" mit seiner Werbung für hochqualitative Produkte.

Im übrigen, erklärte die deutsche Kammer in London, sei dieser Erfolg insbesondere „erarbeitet" worden. So habe Grundig große Anstrengungen unternommen, sich am britischen Markt zu etablieren. Es habe einige Zeit gedauert, bis das jetzt vorzügliche Kundendienst-Netz gestanden habe. Ein weiterer Grund für den Erfolg deutscher Farbfernsehhersteller in Großbritannien liegt im zunehmenden Leasing von Geräten mit größerem Bildschirm. Dies geht vor allem auf die wachsende Inanspruchnahme der beiden Bildschirmtext-Dienste in Großbritannien durch Unternehmen zurück. In Großbritannien werden mehr als 40 Prozent der Fernsehgeräte gemietet.

Auch der Verkaufserfolg der vergleichsweise teureren deutschen Automobilmarken geht zu einem nicht unerheblichen Teil auf das britische Leasing-Verhalten zurück. Schätzungen zufolge werden mehr als 50 Prozent der in Großbritannien neu zugelassenen Fahrzeuge der gehobenen Mittelklasse und ein noch höherer Prozentsatz in der Luxusklasse als Firmenwagen geleast.

Der Erfolg der deutschen *Automobilhersteller* in Großbritannien und das hohe Ansehen, das ihre Fahrzeuge genießen, wird auch als ein wichtiger Grund für die Erfolge anderer deutscher Produkte angeführt.

ZELTINDUSTRIE / Starke Konkurrenz aus Fernost

Mehr Neuanschaffungen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die deutsche Zeltindustrie hofft mit dem Saisonverlauf 1983 ihren Absatztiefpunkt erreicht zu haben und will ihr Geschäft 1984 zumindest halten. „Gedämpft optimistisch" äußerte sich der Sprecher der deutschen Zeltindustrie, Günter Brand, wenn auch die Erwartungen – zur Internationalen Sportartikelmesse (Spoga) vom 9. bis 11. September 1984 – nicht allzu hoch geschraubt werden. Immerhin verwendeten die Verbraucher die vorhandenen Zeltausrüstungen wesentlich länger. Dagegen lasse der allgemeine Trend zu häufigerem Campingurlaub in absehbarer Zeit *mehr Neu- und Ersatzanschaffungen* erwarten.

Im letzten Jahr wurden in der Bundesrepublik 350 000 Zelte verkauft, das entsprach einem Umsatz zu Verbraucherpreisen von rund 200 Mill. DM. Von der Menge her bestritten fast 90 Prozent davon importierte Hauszelte, die wiederum ganz überwiegend aus fernöstlichen Ländern stammen. Der von ihnen ausgehende Preisdruck führt, so Brand, zur Aufgabe der Hauszeltfertigung deutscher Unternehmen. Ähnliches bahne sich im Steilzeltsektor an, bei dem der Druck der Staatshandelsländer bis zu einer bestimmten Preisklasse (knapp 600 DM) anhält.

Sorge bereitet der Industrie, daß der Fachhandel zunehmend Zelte aus dem Sortiment herausnimmt, da die Rendite immer uninteressanter werde. Die deutsche Industrie versucht nach den Worten Brands den vorhandenen Vorsprung bei Zelten im mittleren und oberen Preisgenre zu halten. Die Durchschnittspreise für deutsche Qualitätszelte liegen zwischen 700 und 800 DM (Steilwandzelt) bzw. 60 bis 400 DM (Hauszelt).

Von der deutschen Fertigung, über die weder Zahlen noch Werte zu erfahren waren, steht nur fest, daß sie zu 80 Prozent aus Steilwand- und zu 20 Prozent aus Hauszelten besteht. Der ebenfalls nicht genannte Export geht aber zu 50 Prozent in die Niederlande. Wichtige Abnehmer sind auch Großbritannien, Belgien, Österreich und die Schweiz. Die Verschlossenheit nimmt jedoch nicht wunder. In die deutsche Fertigung teilen sich nur drei Hersteller: Brand & Co., Preußisch Oldendorf, Mehler, Fulda, und Gottschalk, Kassel.

BAYERISCHE LANDESBANK / Wachstum erfolgte vor allem im Inlandsgeschäft

Huber: Wir sind auf Kurs geblieben

HEINZ STÜWE, München

Ein verbessertes Gesamtergebnis, allerdings mit einem Gefälle zwischen dem ordentlichen und dem außerordentlichen Geschäft hat das Jahr 1983 für die Bayerische Landesbank Girozentrale, München, gebracht. „Wir sind auf Kurs geblieben", meinte Präsident Ludwig Huber. Die offenen Rücklagen sollen wie im Vorjahr um den „stattlichen" Betrag von 80 Mill. DM gestärkt werden. Die Höhe der Dividende ließ Huber offen.

Getrübt wurde das Bild eines guten Bankenjahres von drei „außerordentlichen Vorgängen": Der größte (und ärgerlichste) Brocken, den die Landesbank zu verdauen hat, war der Beinahe-Kollaps der SMH-Bank. „Wir wurden – um es vorsichtig zu formulieren – getäuscht." Schließlich hatte sich die SMH-Bank am 31. Oktober, nur einen Tag vor der ersten großen Krisensitzung mit Bundesbankpräsident Pöhl und Frau Bähre vom Aufsichtsamt in Berlin, noch 10 Mill. DM aus München besorgt. Das Engagement der Landesbank, das auf einen Erinnerungsposten abgeschrieben werden mußte, bewegt sich nach seinen Worten in der Größenordnung von 40 Mill. DM. An der SMH-Rettungsaktion habe man sich „aus Solidarität mit dem gesamten deutschen Bankgewerbe" trotz mancher Vorbehalte letztlich doch beteiligt.

Das zweite unerfreuliche Ereignis sind für die Landesbank die Probleme der Deutschen Anlagen-Leasing GmbH, Mainz, an der sie eine 16,7-Prozent-Beteiligung hält. Der Anteil an ihrer Refinanzierung liege jedoch nur bei 12 Prozent. Huber hält eine Inanspruchnahme seiner Bank in der Höhe des SMH-Falles für denkbar. Es sei zu überlegen, „ob im Leasing die Organisation nicht besser in den Händen dessen liegen sollte, der die Refinanzierung vornimmt", regte der Bankpräsident an.

Im dritten Problembereich, dem internationalen Kreditgeschäft, sieht Huber in manchen Ländern „Lichtblicke oder zumindest doch eine Atempause". Die Risikovorsorge werde in diesem Jahr mit Einzelwertberichtigungen von etwa 250 Mill. DM das Vorjahresniveau erreichen.

Daß die Landesbank im Auslandsgeschäft 1983 recht vorsichtig agierte, weisen folgende Zahlen aus: Der Zuwachs des Kreditvolumens (ohne Bausparkasse) um 2,3 Mrd. DM auf 61 Mrd. DM geht nur zu 22 Prozent auf Auslandskredite zurück. Im Vorjahr hatten sie noch mehr als die Hälfte zum Wachstum beigetragen.

Insgesamt gesehen hat sich die Expansion verlangsamt: Die Bilanzsumme übertraf nach 95,94 Mrd. DM 1982 mit einem Zuwachs von 4,4 Mrd. DM oder 4 Prozent erstmals die 100-Milliarden-Marke. Das Geschäftsvolumen lag bei rund 106 (101) Mrd. DM. Positives konnte Huber über die Ertragsentwicklung berichten: Bei einem Zinsüberschuß von 840 bis 850 (732) Mill. DM werde das Betriebsergebnis ohne Wertpapier-Eigenhandel annähernd 500 Mill. DM erreichen und damit fast 20 Prozent über dem Vorjahr liegen. Nach Dotation der Rücklagen und der zu Jahresbeginn vollzogenen Erhöhung des Grundkapitals um 50 auf 850 Mill. DM verfügt die Bank über etwa 2,4 Mrd. DM Eigenkapital.

FELDSCHLÖSSCHEN / Höhere Produktionskapazität

Bierausstoß verringert

D. SCHMIDT, Braunschweig

Geringere Lieferungen innerhalb des Konzerns haben bei der zur Hamburger Holsten Brauerei AG gehörenden Brauerei Feldschlößchen AG, Braunschweig, im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) zu einem Rückgang des Bierausstoßes um 5,1 Prozent auf gut 1 Mill. Hektoliter (hl) geführt. Im eigenen Absatzgebiet dagegen hat die Brauerei nach Angaben von Vorstandschef Erich Kaindl den Bierausstoß um 4 (i. V. 7,8) Prozent steigern können. Kaindl begründet die verringerten Innenlieferungen mit Produktionsengpässen in Braunschweig. Mit 0,86 Mill. hl sei die absolute Kapazitätsgrenze erreicht worden. Um die Produktion der Abfüllkapazität anzupassen, will Feldschlößchen mit Investitionen von rund 20 Mill. DM bis Ende 1985 die Produktionskapazität auf 1,2 Mill. hl erhöhen. Deutlich verbessert hat sich im Berichtsjahr die Ertragslage. Bei einem um 2,7 Prozent auf 142 (151) Mill. DM gesunkenen Umsatz erhöhte sich der Rohertrag auf 76,7 (73,8) Mill. DM. Der Netto-Cash-flow wird mit 13 (12,7) Mill. DM und der Gewinn pro 1000-DM-Aktie mit 457,65 (393,40) DM ausgewiesen. Aus dem Ergebnis nach Steuern – der Jahresüberschuß wird seit dem Organschaftsvertrag mit Holsten nicht mehr ausgewiesen – erhalten die Minderheitsaktionäre gut 0,51 (0,44) Mill. DM und Holsten 0,69 (0,5) Mill. DM.

Kaindl und Holsten-Vorstandschef Klaus Asche bekräftigten die Auffassung der Verwaltung, die von einigen Aktionären beantragte Sonderprüfung der geschäftlichen Beziehungen zwischen Feldschlößchen und Holsten auf der Hauptversammlung am 6. März als „völlig unbegründet" abzulehnen. Die vorgesehene Änderung des Unternehmensvertrages – die freien Feldschlößchen-Aktionäre sollen künftig elf Zehntel der Holsten-Dividende, mindestens aber 13,2 Prozent erhalten – stehe nicht im Zusammenhang mit dem Sonderprüfungsantrag und einem beim Landgericht Hannover anhängigen Beschlußverfahren.

Obwohl die Ausstoßentwicklung in den ersten Monaten des laufenden Geschäftsjahres lediglich stagniert, ist Kaindl zuversichtlich, auch für 1983/84 ein günstiges Ergebnis erzielen zu können.

BAU 84 / Grundstimmung ist zuversichtlich

Belebung bei Baustoffen

HEINZ STÜWE, München

Die 7. Internationale Fachmesse für Baustoffe, Bausysteme und Bauerneuerung Bau 84, die gestern in München zu Ende ging, hat gezeigt, daß die sich abzeichnende Belebung der Baukonjunktur, insbesondere im Wohnungsbau, auch die Baustoffindustrie erfaßt hat. Nach Angaben der Messeleitung beurteilten über 90 Prozent der 1380 Aussteller a 17 Ländern den Messerverlauf positiv. Mehr als die Hälfte der Firmen konnte auf der Messe Abschlüsse tätigen. Von den 1140 deutschen Ausstellern gaben 97 Prozent an, daß sie Exportkontakte geknüpft hätten.

Drei Viertel der in München vertretenen Unternehmen erwarten ein reges Nachmessegeschäft. Indiz für die zuversichtliche Grundstimmung der Baustoffbranche ist die Tatsache, daß weit über 80 Prozent der Aussteller ihre Auftragslage als gut bis befriedigend einstufen und rund 80 Prozent eine weiter positive Entwicklung erwarten.

Die Bau 84 wurde von rund 160 000 Interessenten besucht. Die Zahl lag damit so hoch wie auf der letzen Bau vor vier Jahren. Deutlich zugenommen hat der Anteil der Fachbesucher mit 80 gegenüber 69 Prozent.

Das Angebot umfaßte alle Sparten der Baustoffbranche: Aluminium, Stahl/Edelstahl, Haustechnik, Holz, Steine/Keramik/Beton sowie Kunststoffe und Glas. Die Produktpräsentation wurde von den Besuchern ausnahmslos positiv beurteilt. Gegenstand vieler Fachgespräche auf der Messe war die Frage, auf welche Weise die verschärften Anforderungen der neuen Wärmeschutzverordnung am sinnvollsten erfüllt werden. Nach übereinstimmender Ansicht sind dazu keine grundlegend neuen technischen Lösungen erforderlich. Sowohl die Hersteller von Dämmstoffen als auch Wand- und Dachbaustoffproduzenten und Fensterhersteller konnten auf der Messe bereits mit Produkten aufwarten, die den neuen Werten in der Wärmedämmung genügen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Wachstum bei Dräger

Hamburg (JB.) – Mit einer Umsatzsteigerung um 12 Prozent auf 520 Mill. DM hat die Drägerwerk AG, Lübeck, das Geschäftsjahr 1983 abgeschlossen. Das Wachstum ist durch die Abrechnung eines Großauftrags im Wert von 20 Mill. DM begünstigt worden. Der Jahresüberschuß wird 1983 die Größenordnung des Vorjahres erreichen, heißt es in einem ersten Überblick. Der Rückgang der Rendite müsse im Zusammenhang mit Problemen einzelner Produktbereiche und der Abrechnung einiger Großaufträge mit erheblichen Preiszugeständnissen gesehen werden. Durch die inzwischen verbesserte Auftragslage ist bei Dräger die geplante Kurzarbeit in geringerem Ausmaß in Anspruch genommen worden und wird mit dem Januar im wesentlichen beendet sein.

Opel: Investitionsrekord

Düsseldorf (J. G.) – Als „größtes Investitionsprogramm in der Firmengeschichte" präsentiert Vorstandsvorsitzender Ferdinand Beickler den Plan der Adam Opel AG, Rüsselsheim, in den nächsten fünf Jahren 7,4 Mrd. DM für Modernisierung und Erweiterung seiner deutschen Fabriken auszugeben. Davon sollen im Stammwerk Rüsselsheim 4,7 und im Werk Bochum 2,2 Mrd. DM investiert werden.

Westfleisch erhöht Export

Münster (hdt.) – Die Westfleisch Vieh- und Fleischzentrale Westfalen eG, Münster, deren Jahresumsatz 1983 die 1,5-Mrd.-DM-Marke überschritt, konnte ihren Exportanteil auf rund 10 Prozent erhöhen. Die Steigerungsrate, die 1982 bereits 34 Prozent erreichte, erhöhte sich damit um weitere 50 Prozent. Exportiert wurden Schlachtviehhälften und Teilstücke, vor allem vom Rind. Die Hauptabnehmerländer waren Italien, Griechenland und Frankreich.

Know-how für Traktorenbau

Mannheim (DW.) – Im Rahmen eines Technologieabkommens mit der Volksrepublik China werden die John Deere Werke Mannheim und Bruchsal technisches Know-how zur Produktion von Traktoren in chinesischen Werken liefern. Das Abkommen sieht nach Angaben von Deere die Vergabe von Lizenzen für fünf Traktorenmodelle vor. Noch in diesem Jahr soll mit der Ausbildung von chinesischen Ingenieuren, Technikern und Facharbeitern in den John Deere Werken begonnen werden. Das Abkommen mit der Volksrepublik China ist das zweite dieser Art, nachdem 1981 bereits ein Lizenzvertrag über den Bau von Mähdreschern abgeschlossen worden war.

Lady Cake expansiv

Duingen (dos) – Der Kuchenhersteller Lady Cake Karl Schwetje & Sohn KG, Duingen, der bereits im Herbst 1982 die Firma Marina in Mettingen übernommen hatte, hat jetzt eine „maßgebliche Beteiligung" an der Firma Walsroder Backwaren, Walsrode, erworben. Die Walsroder Backwaren gehörte bis 1982 zur Bahlsen-Gruppe. Sie beschäftigt rund 50 Mitarbeiter; der Umsatz liegt bei 10 Mill. DM. Lady Cake erzielte nach Angaben eines Sprechers 1983 einen Umsatz von 75 Mill. DM.

ELECTROTEC / Mit regem Interesse wird gerechnet

Auftragseingänge höher

PETER ZERBE, Hamburg

In einem freundlichen Konjunkturklima für die Elektrotechnik und Elektronik-Industrie steht die „Electrotec '84", die heute auf dem Hamburger Messegelände eröffnet wird. An der 2. Nordeuropäischen Fachausstellung für Elektronik, Elektrotechnik und Antriebstechnik beteiligen sich bis zum 28. Januar 178 Direktaussteller und 271 zusätzlich vertretene Firmen aus insgesamt 15 Ländern.

Vor der Eröffnung erklärten gestern Aussteller übereinstimmend, sie rechneten aufgrund der spürbar verbesserten Auftragslage mit einem regen Interesse und guter Orderbereitschaft. Besonders die Elektronik-Industrie als Wachstumsbranche ist für das laufende Jahr optimistisch.

Im dritten Quartal 1983 haben die industriellen Auftragseingänge deutlich zugenommen. Interessant ist, daß die Auslandsorder erstmals seit Frühjahr 1982 sich deutlich belebt haben, nämlich um acht Prozent. Der Zentralverband der elektronischen Industrie Deutschlands geht in seinen Quartalsberichten davon aus, daß der Rückgang in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres durch die Zuwächse in der zweiten Jahreshälfte mindestens kompensiert worden ist. So hat sich zum *Beispiel die Reichweite der durch* Auftragsbestände gesicherten Produktionsdauer von 4,7 auf 4,9 Monate erhöht.

Die Hamburger Messe hat vor allem große Bedeutung für Skandinavien, weil es eine derartige Ausstellung dort nicht gibt. Zwar beteiligen sich nur zehn Aussteller aus Schweden, Finnland, Dänemark und Norwegen an der Messe, um ihre Produkte anzubieten, aber 25 US-Firmen, 14 japanische Unternehmen und 12 Schweizer Hersteller wollen ihre Produkte an den Mann bringen. Die Bundesrepublik ist mit 359 Ausstellern vertreten.

Tauschoperationen bei den Aktien

Standardwerte wegen fehlender Auslandskäufe nur knapp behauptet

DW. – Der vorangegangene Kursrückschlag am New Yorker Aktienmarkt sowie der weiter gestiegene Dollar sorgten an der Dienstagbörse für Unsicherheit. Kaufaufträge aus dem Ausland lagen weder vor noch stellten sie sich im Verlaufe ein. Die deutschen Anleger beschäftigten sich vornehmlich mit Tauschoperationen, die allerdings keine klare Linie erkennen ließen. Einig scheint man sich lediglich darin zu sein, daß die konsumnahen Aktien zunächst einmal ausgereizt sind.

Lebhaft gesucht waren Stahlaktien, von denen Hoesch mit knapp 121 DM (plus 2 DM) zu einem neuen Spitzenkurs kamen. Auch Klöckner (plus 1 DM) setzten bei lebhaften Umsätzen den Anstieg fort. Bei den Maschinenbauaktien kam es zu Gewinnmitnahmen. Sie sorgten bei IWKA, einer Gesellschaft, deren Papiere in den letzten Tagen forciert hatten, für einen Rückschlag um 8 DM auf 189 DM. Glattstellungen auch bei Mannesmann (minus 3 DM). Am Bankenmarkt hatten besonders die Deutsche Bank (minus 2,50 DM) unter fehlender Auslandsnachfrage zu leiden.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt verloren 5 DM und Balcke Dürr 3 DM. Huta gaben um 3 DM und Mauser um 3 DM nach. Dyckerhoff erhöhten um 4 DM und Bilfinger um 5 DM. Breitenburger verbesserten sich um 10 DM und DAT um 5 DM. Kromschröder stockten um 4 DM auf. Bei den Versicherungen verloren Aachen Münchner Bet. 10 DM und Colonia 15 DM.

Frankfurt: Die Standardwerte wurden bis zu 4 DM zurückgenommen, nur einige Stahl- und Maschinenaktien waren gebessert, so Hoesch 122,20 DM plus 3,20 DM. Dagegen wurde Industrie-Karlsruhe auf 187,50 DM minus 7,50 DM ermäßigt. Cassella gingen um 17,50 DM auf 507 DM zurück und AG Bad Salzschlirf 490 DM minus 10 DM.

Hamburg: Haller Meurer fielen um 5 DM auf 210 DM, Triton um 5,90 DM auf 143 DM und Holsten Brauerei um 9 DM auf 280 DM zurück. Beiersdorf wurden mit 359 (minus 1 DM) gehandelt. HEW lagen bei 108,50 DM (minus 1,40 DM) und NWK Vorz. bei 179 (minus 2 DM). Phoenix Gummi gingen zu 155 DM (minus 1 DM) aus dem Markt.

München: Agrob St. erhöhten um 3,50 DM, Deckel AG um 1 DM und Flachglas um 2,50 DM. Großkraft Fr. stockten um 1,50 DM auf. Krauss Maffei verbesserten sich um 35 DM und Reichelbräu um 5 DM. Nachgegeben haben Augsburger Kammgarn um 7 DM und Etienne Aigner um 4 DM. Leonische Draht verloren 4 DM und Patrizier 8 DM. Süd Chemie verminderten um 5 DM.

Berlin: DUB-Schultheiss konnten sich um 3 DM und Berliner Kindl um 1,50 DM erholen. Berthold schwächten sich um 12,50 DM und Dt. Hypobank Berlin um 10 DM ab. DeTeWe, Herlitz Vorzüge und Schering lagen um je 2 DM, Orenstein um 1,50 DM und Herlitz Stämme um 1 DM leichter.

Nachbörse: knapp behauptet

WELT-Aktienindex vom 24. 1.: 155,9 (152,2); WELT-Umsatzindex vom 24. 1.: 3640 (3468)

Brüssel

	24. 1.	23. 1.
Arbed	1340	1322
Brux. Lambert	2690	2580
Cockerill Ougrée	200	192
Ebes	2480	2415
Gevaert	3140	3080
Kredietbank	7000	7000
Pétrofina	6900	6780
Soc. Gén. d. Belg.	1880	1820
Sofina	5690	5620
Solvay	3980	4060
UCB	5170	5150
Index	145,90	143,78

Singapur

	24. 1.	23. 1.
Cycle + Car.	5,50	5,55
Cold Storage	5,00	5,00
Dev. Bk. of Sing.	10,30	10,40
Fraser + Neave	4,70	4,80
Kl. Kepong	3,18	3,18
Mal. Banking	9,35	9,35
Nat. Iron	5,95	5,95
OCBC	11,40	11,60
Sime Darby	2,79	2,81
Singapur Land	5,45	5,50
Un. Overs. Bank	5,85	5,85

Sydney

CRA	5,66	5,70
CSR (Theiss)	4,20	4,25
Metals Expl.	0,63	0,65
MIM-Holdings	3,55	3,57
Myer Emporium	2,05	2,04
North Broken Hill	3,08	3,10
Oakbridge	1,05	1,02
Peko Wallsend	5,70	5,76
Poseidon	4,10	4,30
Thomas Nat. Tr.	2,40	2,46
Waltons Bond	0,65	0,65
Western Mining	4,08	4,05
Woodside Petr.	1,06	1,08
Index	772,00	772,00

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 24. 1.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9½– 9¾	5⅝–5⅞	3½–3¾
3 Monate	9¾–10	5⅞–6⅛	3½–3¾
6 Monate	9⅞–10⅛	6⅛–6⅜	3⅞–4⅛
12 Monate	10¼–10½	6⅜–6⅝	4⅛–4⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 24. Januar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1490,00	1812,60
10 US-Dollar (Indian) **)	1193,00	1404,91
5 US-Dollar (Liberty)	480,00	615,60
1 £ Sovereign alt	242,00	298,68
1 £ Sovereign Elizabeth II	234,00	289,56
20 belgische Franken	183,00	238,26
10 Rubel Tscherwonez	248,00	310,06
2 südafrikanische Rand	234,00	288,42
Krüger Rand, neu	1046,00	1232,32
Maple Leaf	1046,00	1232,34
Platin Noble Man	1069,00	1258,56
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	258,00	321,48
20 schweiz. Franken „Vreneli"	199,00	250,80
20 franz. Franken „Napoléon"	196,00	248,52
100 österr. Kronen (Neuprägung)	969,00	1168,50
20 österr. Kronen (Neuprägung)	194,00	243,96
10 österr. Kronen (Neuprägung)	102,00	133,38
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	458,00	562,02
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,00	145,92

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen

Bei weiterhin farblosem Geschäft pendelte der Dollar am 24. 1. zwischen 2,8200 und 2,8310. Die gestern zu beobachtende feste Tendenz der Tagesgeldzinsen in New York bei gleichzeitig freundlicherem Bond-Markt drückt die Unsicherheit des Marktes auch für die Entwicklung des Dollarkurses aus. Der heute veröffentlichte Index für die US-Verbraucherpreise wies mit 0,3 Prozent für Dezember die gleiche Steigerungsrate wie im November auf und verhielt sich auf den Dollarkurs neutral. Die Deutsche Bundesbank trat zum amtlichen Kurs von 2,89274 nicht in Erscheinung. Die Veränderungen der übrigen Währungen blieben in engen Grenzen und erreichten maximal 2,4 Promille Gewinn bei der Italienischen Lira und Portugiesischen Escudo. US-Dollar in: Amsterdam 3,1800; Brüssel 57,715; Paris 8,6435; Mailand 1718,75; Wien 1992,60; Zürich 2,2466; Ir. Pfund/DM 3,096; Pfund/Dollar 1,4004; Pfund/DM 3,959.

Ostmarkkurs am 24. 1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West.

Devisenterminmarkt

In einem ruhigen Markt wurde die Dollar-Deports am 24. Januar geringfügig höher bewertet.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,01/0,91	2,75/2,65	5,20/5,00
Pfund/Dollar	0,06/0,07	0,17/0,19	0,30/0,34
Pfund/DM	1,80/0,40	3,90/2,50	6,90/5,50
FF/DM	26/10	67/51	127/111

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 24. 1.: Tagesgeld 5,5–6,6 Prozent; Monatsgeld 5,95–6,05 Prozent; Dreimonatsgeld 6,05–6,2 Prozent.

Privatdiskontsätze am 24. 1.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 24. 1.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/1 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,25 (7,41) – 8,50 (7,60). Ausgabe 1984/2 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,25 (7,49) – 9,50 (7,83) – 9,50 (8,06) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,99, 2 Jahre 7,21. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.

Renten teilweise nachgebend

Am Rentenmarkt macht sich zwar auch die Enttäuschung über den weiter gestiegenen Dollar bemerkbar, aber von einem Totalausfall der Ausländer konnte keine Rede sein. In bestimmten Bundesanleihen nahmen sie wieder Material aus dem Markt. Dadurch wurde ein stärkeres Abrutschen der Notierungen als bis zu 0,30 Prozentpunkte verhindert. Die neue Hamburg-Anleihe (Rendite 8,36 Prozent) wurde nur mit gedämpfter Begeisterung aufgenommen, obwohl sie sich besser verzinst als die Silvesteranleihe des Bundes. Unter Banken wurde die Hamburg-Anleihe mit minus ¾ zu minus ½ genannt.

Bundesanleihen

		24. 1.	23. 1.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,25G	100,25G
7 Bund 77	3/84	100,05	100,05
7½ dgl. 76 II	4/84	100,15	100,25G
5 dgl. 78	5/84	99,7	99,7
6 dgl. 78 III	9/84	99,8	99,8
8¼ dgl. 76	9/84	101,1G	101,1
6 dgl. 78 IV	12/84	99,55	99,55
6¼ dgl. 79	1/85	99,65	99,65
8½ dgl. 73 I	3/85	101,75	101,75
7 dgl. 79	4/85	100,15bG	100,15bG
7¾ dgl. 79 II	6/85	100,45	100,45G
7¾ dgl. 79 I	7/85	101,1G	101,1
8 dgl. 76 IV	10/85	101,4	101,4
5½ dgl. 78 II	3/86	97	97,15
5¾ dgl. 78	5/86	96,6	96,6
7¼ dgl. 76 I	12/86	99,6	99,6
6½ dgl. 79	1/87	97,45	97,45
7¾ dgl. 78 II	1/87	99,5	99,5
6¾ dgl. 77	4/87	97,3G	97,3
6½ dgl. 77	7/87	96,4	96,4G
6 dgl. 77	10/87	94,45	94,45
6 dgl. 78 I	1/88	94,2	94,2
6½ dgl. 78 I	8/88	94,85	94,55G
6½ dgl. 78 II	12/88	94,6G	94,6G
6¾ dgl. 79	1/89	95,5G	95,65G
7¼ dgl. 79 I	4/89	96,85	96,85
10 dgl. 81	4/89	107,8	107,8
7½ dgl. 79 I	6/89	97,55	97,55
8 dgl. 79 I	7/89	99,7	99,7
8 dgl. 79 II	8/89	99,75	99,65
7½ dgl. 79 II	9/89	97,5	97,55
7¾ dgl. 79 II	11/89	98,65	98,65
7¾ dgl. 80 I	1/90	98,65G	98,75
10 dgl. 80	4/90	108,7	108,75
5¾ dgl. 78	5/90	90,85	90,85
8¼ dgl. 80 I	7/90	100,15	100,35
8¼ dgl. 80 II	11/90	100,15	100,2
7¾ dgl. 82	11/90	97,85	97,85
9 dgl. 81	2/91	103,9G	103,9
10¼ dgl. 81	7/91	109,85G	109,85
10¾ dgl. 81	9/91	112,9	112,9
10 dgl. 81 II	12/91	108,9	108,9
9¾ dgl. 82 I	1/92	107,7	107,7
9¾ dgl. 82 II	3/92	107,85	107,85G
6 dgl. 78 II	3/93	88,2	88,1
9,5 dgl. 82	4/92	106,35	106,55
9 dgl. 82	5/92	103,55	103,75G
8½ dgl. 82	6/92	101,05	101,1
9 dgl. 82	8/92	103,8G	103,8G
8¾ dgl. 82	9/92	102,2	102,25G
7¾ dgl. 82	12/92	96,7	96,7
7½ dgl. 83	1/93	95,1	95,1
7½ dgl. 83 II	3/93	95,05	95,1
7½ dgl. 83 III	5/93	96,2	96,2
8¼ dgl. 83	6/93	99,5	99,5
8 dgl. 83	7/93	98	98,05
8¼ dgl. 83 II	8/93	99,5	99,5
8¼ dgl. 83 III	10/93	99,5	99,55
8¼ dgl. 83 IV	11/93	99,45	99,5
8¼ dgl. 83 V	12/93	99,45	99,5
8¼ dgl. 84	1/94	99,6	99,6
F 7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	100,85	100,85
8 dgl. 80 S.2	2/85	101,35	101,35
8¼ dgl. 80 S.3	2/85	101,5	101,5
9¼ dgl. 80 S.4	3/85	102,3	102,3
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	101,95	101,95
8¼ dgl. 80 S.6	5/85	101,45	101,45
8 dgl. 80 S.7	6/85	101,1	101,1
7½ dgl. 80 S.8	8/85	100,45	100,45
8¼ dgl. 80 S.9	10/85	101,6	101,6
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	102,55	102,55
9 dgl. 81 S.11	1/86	102,8	102,75
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	104,25G	104,25G
10 dgl. 81 S.13	3/86	104,65	104,65
9½ dgl. 81 S.14	4/86	104,05G	104,05
10 dgl. 81 S.15	4/86	105	105
10½ dgl. 81 S.16	8/86	105,9	106,1
11 dgl. 81 S.17	8/86	107,2	107,3
10½ dgl. 81 S.18	10/86	106,45	106,45
10 dgl. 81 S.19	10/86	105,2	105,2
9½ dgl. 81 S.20	11/86	104,3G	104,3
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	106,2	106,2
10 dgl. 81 S.22	11/86	105,55	105,7G
9½ dgl. 81 S.23	12/86	104,4	104,4
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	104,5	104,5
9½ dgl. 82 S.25	3/87	104G	104
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	103,2	103,2
9 dgl. 82 S.27	4/87	102,6	102,6
8½ dgl. 82 S.28	5/87	101,3	–
9½ dgl. 82 S.29	7/87	104,15	104,15
9 dgl. 82 S.30	8/87	102,85	102,85
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	102,1	102,1
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	100,6	100,6
8 dgl. 82 S.33	11/87	99,9	99,9
7¾ dgl. 82 S.34	11/87	98,95	99,1
7½ dgl. 82 S.35	12/87	98,2	98,2
7¼ dgl. 83 S.36	1/88	97,2bG	97,35
6¾ dgl. 83 S.37	3/88	95,4	95,45
7 dgl. 83 S.38	5/88	96,1	96,1
7½ dgl. 83 S.39	6/88	97	97
7½ dgl. 83 S.40	8/88	97,9G	97,9
8 dgl. 83 S.41	8/88	99,6	99,65
8 dgl. 83 S.42	9/88	99,6	99
8 dgl. 83 S.43	12/88	99,65G	99,85
8¼ dgl. 83 S.44	12/88	100,35	100,4

Bundesbahn

		24. 1.	23. 1.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,25G	100,25G
8 Bdbahn 72	9/84	100,85	100,85
8¼ dgl. 76	9/84	100,8	100,9
6 dgl. 78 III	11/84	99,55	99,55G
F 6½ dgl. 79	2/85	99,75	99,8
8½ dgl. 73	2/85	101,7	101,7
7 dgl. 77	2/87	98,1	98,1G
6 dgl. 77	9/87	94,2	94,2
6 dgl. 78 II	7/88	92,7	92,7
6½ dgl. 77	5/89	93,15	93,2
8 dgl. 79 I	7/89	99,85G	99,7
6 dgl. 78 I	2/90	90,2	90,2
8 dgl. 80 II	7/90	98,8	99
9 dgl. 81	3/91	103,75	103,75
10½ dgl. 81	9/91	111,3G	111,3G
10¼ dgl. 81	11/1	110,15	110
8 dgl. 80 I	2/92	98,4	98,35
10 dgl. 82	2/92	109,25	109,25
9½ dgl. 82	7/92	106,55	106,55
8 dgl. 82	11/92	98,15	98,05
7¾ dgl. 83	1/93	96,85	96,85G
8¼ dgl. 83	10/93	99,35	99,45bG

Bundespost

		24. 1.	23. 1.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,25G	100,25G
6½ Bdpost 68	6/88	98,5G	98,5G
8 dgl. 72 I	9/87	100,35	100,35G
10 dgl. 81	3/89	107,5	107,35
10¼ dgl. 81	6/89	108,75	108,55
8 dgl. 80	3/90	99,5	99,5
7¾ dgl. 80	9/90	98,2G	98,2
8¾ dgl. 80	12/90	103	103
10½ dgl. 81	10/91	111,55	111,45
9¾ dgl. 82	2/92	107,9	107,9G
8¾ dgl. 82	6/92	102,35	102,35
8½ dgl. 82	10/92	101,2	101,25
7¾ dgl. 83	2/93	96,8G	96,8G
8½ dgl. 83	9/93	101,2	101,3

Länder – Städte

		24. 1.	23. 1.
S 6½ Bd.-Wttbg. 78	88	96,25	96,25
8¼ dgl. 82	92	99,5	99,5
M 7 Bayern 66	86	100G	100G
6½ dgl. 67	87	100,25G	100,25
8 dgl. 68	85	98,5G	98,5G
7 dgl. 72	84	100G	100G
7½ dgl. 76	84	100	100
6 dgl. 78	88	93,15	93,1
8¾ dgl. 80	90	101,75	101,75
8¾ dgl. 82	90	101,85G	101,9bB
7½ dgl. 83	93	94,5G	94,5G
B 8½ Berlin 70	85	101,25G	101,3G
8 dgl. 72	85	100,25G	100,4
7½ dgl. 76	84	100G	100,1G
7 dgl. 77	85	100G	100G
6½ dgl. 78	88	96,5G	96,8G
8¾ dgl. 80	88	102,7G	102,7G
Br 7¾ Bremen 71	87	100,5G	100,6G
8 dgl. 72	87	100,7G	100,7G
7½ dgl. 83	93	94,5G	94,5
H 8½ Hamburg 70	85	101,1G	101,1
6¼ dgl. 77	92	94,4G	94,75G
8 dgl. 80	92	99G	99G
9¾ dgl. 82	92	107,5G	107,6G
7¾ dgl. 83	92	94,8G	94,8
F 8 Hessen 71	86	100,1	100,1
6¼ dgl. 78	88	93,25	93,25
Hn 8½ Nieders. 70	85	101,2G	101,2G
7½ dgl. 72	87	100	99,8G
8 dgl. 72	87	100,3	100,3
7½ dgl. 79	87	98G	98,3
7¾ dgl. 82	92	95,75G	95,75G
8 dgl. 83	93	96,8	96,75
D 7½ NRW 83	93	94,5	94,25
7¾ dgl. 83	93	95,75	95,75
8½ dgl. 83	93	100,25	100,25G
8¼ dgl. 83	93	99,15	99,15
8¼ dgl. 84	92	99,5	99,5
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	99,4G	99,4G
8 dgl. 71	86	100,25	100,25
F 8½ Saar 70	85	100,5G	100,5G
7 dgl. 72	87	98,25G	98,5
6 dgl. 78	88	92,75G	93
H 6 Schl.-H. 64 II	84	99,75G	99,75G
7¼ dgl. 72	87	99G	99G
8½ dgl. 73	85	101,25	101,25G
D 7 Essen 72	85	–	–
M 6 München 64	84	99,75	99,75G
S 7½ Stuttgart 71	86	100,5G	100,5G
7¾ dgl. 72	87	100,25G	100,25G
8 dgl. 83	93	98	98bG

Bankschuldverschreib.

	24. 1.	23. 1.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
6½ dgl. Pf 5	86G	86G
7 dgl. Pf 2	98,5	98,5G
F 7½ Bakola Pf 104	99,85G	99,85G
9 dgl. Pf 106	102,3G	102,3G
10 dgl. Pf 108	107G	107G
7 dgl. KS 132	94,8G	94,8G
8 dgl. KS 155	98,25G	98,25G
9 dgl. KS 169	102G	102G
M 5¾ Bayer.Hyba Pf 14	91G	91G
5 dgl. Pf 20	82G	82G
6¾ dgl. Pf. 2	94,75G	94,75G
7 dgl. Pf 3	94,25G	94,25G
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 14	96,25G	96,25G
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,75G	123,75G
5½ dgl. Pf 11	130,5G	130,5G
6 dgl. Pf 34	77bG	77G
6 dgl. KO Pf 50	99,8G	99,75G
5½ dgl. Pf 10	82G	82G
6 dgl. KS 1	98,7G	98,7G
M 6 Lda. Anb. IS 15	96,15G	96,15G
6 dgl. IS 16	94,85G	94,85G
6 dgl. IS 17	94G	94G
8½ dgl. KO 49	101,3G	101,3G
8½ dgl. KO 48	101,5G	101,5G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	99,25G	99,25G
9½ dgl. Pf 105	101G	101G
10 dgl. KS 307	101G	101G
9¼ dgl. IS 726	102,3bG	102,5bG
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	118,5G	118,5G
5½ dgl. Pf 28	75G	75G
6 dgl. Pf 4	89,25G	89,25G
6½ dgl. Pf 3	86G	86G
6½ dgl. Pf 12	86G	86G
7 dgl. Pf 20	95G	95G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	98,5G	98,5G
6 dgl. Pf 34	94,75G	94,75G
6½ dgl. Pf 37	98,75G	98,75G
8 dgl. Pf 51	100,5G	100,5G
Hn 5 Brhann. Hypo. Pf 1	117G	117G
7 dgl. Pf 80	88,5G	88G
7½ dgl. Pf 87	90,25G	90,25G
6 dgl. KS 29	78,25G	78,25G
7 dgl. KS 30	97,55G	97,55G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	119G	119G
5 dgl. Pf 54	115,5G	115,5G
6 dgl. Pf 109	80G	80G
6½ dgl. Pf 123	86,5bG	86,5bG
6½ dgl. Pf 141	85,5G	85,6G
7 dgl. Pf 143	92G	92G
7 dgl. KO 113	100G	100G
9 dgl. KO 217	101,5G	101,5G
9 dgl. KO 215	101,5G	101,5G
9¼ dgl. KO 218	101,75G	101,75G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	115,5G	115,5G
5½ dgl. Pf 50	72G	72G
6 dgl. Pf 84	99,9G	99,9G
9 dgl. KS 139	102,5G	102,5G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	100,8G	100,8G
9 dgl. Pf 229	102,6G	102,6G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	108,25G	108,25G
7 dgl. KS 35	98,4G	98,4G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	91,2G	91,2G
6 dgl. IS 71	99,5G	99,5G
6¾ dgl. IS 73	95,85G	95,85G
6¾ dgl. IS 80	100G	100G
F 6 Dgz.Dt.Komm.KO55-4	81G	81G
6 dgl. KO 46	77G	77G
7 dgl. KO 97	100,1G	100,1G
7½ dgl. KO 185	95,1G	95,1G
9 dgl. KO 129	102G	102G
10 dgl. KO 125	100,65	100,8G
Hn 6 Dt. Hyp. Hann. Pf 91	78G	78G
7 dgl. KS 101	99,35G	99,35G
10 dgl. KS 134	102,35G	102,35G
8¾ dgl. KS 140	101,4G	101,4G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl. Pf 57	99G	99G
5 dgl. Pf 87	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	79G	79G
6¾ dgl. KS 258	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	72G	72G
5¾ dgl. Pf 59	78G	79G
8 dgl. Pf 182	79	79G
B 9 Dt.Pf.Wi. Bri. 482	103G	103G
Br 8 Dt. Schiffsbk. Pf 46	100,4G	100,4G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	98,7G	98,7G
6¼ dgl. Pf 60	95,15	95,15
6¾ dgl. Pf 74	98,4G	98,4G
6¾ dgl. Pf 76	96,7G	96,7G
Br 6½ dgl. Pf 77	93,4G	93,4G
6 dgl. Pf 42	99,85	99,85
8½ dgl. Pf 47	101,25G	101,25G
F 5 Fft. Hypobk. Pf 66	70G	70
5½ dgl. Pf 53	75G	75G
6 dgl. Pf 79	77	77
8 dgl. Pf 130	90,7	90,7G
6½ dgl. Pf 133	85	85G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
8 dgl. 14	89,25	89,25
6 dgl. 47	78bG	78
10 dgl. IS 46	102,25G	102,25G
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	93,25G	93,25G
8 dgl. Pf 73	100,6G	100,6G
4 dgl. KO 5	102,5G	102,5G
H 6 Hyp.f.Hbg. Pf 56	80,25	80bG
6½ dgl. Pf 80	88,75G	88,75G
8 dgl. Pf. 248	100,55	100,55
9 dgl. KO 125	100,35G	100,35G
8 dgl. KO 175	100,5G	100,5G
9 dgl. KO 259	102,2	102,2
8¾ dgl. KO 262	101,7G	101,7G
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	113,5G	113,5G
5 dgl. Pf 12	89G	89G
7 dgl. Pf 25	92,25G	92,75G
10 dgl. Pf 40	101,9G	102G
6 dgl. KO 30	99,8G	99,75G
9¾ dgl. K 84	102G	102G
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	100,5G	100,5G
5½ dgl. Pf 11	88,5T	86,25G
7 dgl. Pf 12	90,25G	90,25G
4½ dgl. KO 6	100,25G	100,25G
7½ dgl. KO 80	100,2G	100,2G
8½ dgl. KO 81	99G	99G
S 6½ LKbK Badw. Pf 8	101,25G	101,25G
6 dgl. Pf 28	87,5G	87,5G
6 dgl. Pf 49	85G	85G
8 dgl. KS 1	93,2G	93,2G
8¼ dgl. KS 8	100,75G	100,75G
H 6 Lbk.S-Holst. Pf 89	80,5G	80,5G
7 dgl. Pf 97	89,25G	89,25G
10 dgl. Pf 32	100,25G	100,25G
10 dgl. Pf 33	102,6G	102,6G
6½ dgl. KS 78	97,25G	97,25G
10 dgl. IS 85	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 6½ Münch.Hypo.Pf 100	82,5G	82,5G
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	102G	102G
8½ dgl. Pf 42	97,75G	97,75G
Hn 7 Nord. Lbk. Pf 1	93,2G	93,2G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
8 dgl. Pf 10	101bB	101G
9 dgl. KO 53	101,8G	101,8G
7½ dgl. IS 6	98,5G	98,5G
10 dgl. IS 37	101,7G	101,7G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	118G	118G
5 dgl. Pf 58	83G	83G
6 dgl. Pf 95	80G	80G
7 dgl. Pf 114	100,1G	100,1G
D 5 RW Bodencr. Pf C	125bG	125bG
5½ dgl. K	109G	109G
4 dgl. Pf 18	103G	103G
6 dgl. Pf 28	91,75G	91,75G
6½ dgl. Pf 67	84G	84G
5½ dgl. KO J+E	110G	110G
9¾ dgl. KO 58	101,5G	101,5G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	108G	108G
5½ dgl. Pf 109	69G	69G
7 dgl. Pf 125	98,5G	98,5G
7 dgl. Pf 128	88,5G	88,5G
8 dgl. Pf 177	103,75G	103,75G
9 dgl. Pf 187	100G	100G
6 dgl. KS 77	78G	78G
6½ dgl. KS 80/1	99,85G	99,85G
8½ dgl. KS 110	101G	101G
Br 5 St. Kr. Dl-Br Pf 17	118,5G	118,5G
5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
5 dgl. Pf 36	83,25G	83,25G
5½ dgl. Pf 43	83,1G	83,1G
6 dgl. Pf 56	79G	79G
7 dgl. Pf 61	85,5G	85,5G
8 dgl. Pf 70	100G	100G
9 dgl. Pf 68	101,85bB	101,85G
H 6 Schiffshyp. Pf 23	98,2G	98,2G
7½ dgl. Pf 45	100,5G	100,5G
M 6 Südboden Pf 41	87,5G	87,5G
5½ dgl. Pf 57	76G	76G
6¾ dgl. Pf 143	93G	93G
7 dgl. Pf 87	93G	93bG
7½ dgl. Pf 104	95G	95G
7 dgl. KS 49	91,5G	91,5G
7½ dgl. KS 81	99,5G	99,5G
8 dgl. KS 133	97TB	97TB
8½ dgl. KS 132	101G	101G
9 dgl. KS 185	101,75G	101,75G
9½ dgl. KS 171	104,5G	104,5G
M 5 Verbank Nbg. Pf 56	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	77G	77G
7 dgl. Pf 100	99,3G	99,3G
D 8 WestLB Pf 350	100,65G	100,65G
6¾ dgl. Pf 403	95,55G	98,55G
9½ dgl. Pf 1007	105,3G	105,3G
8 dgl. Pf 1015	98,45G	98,45G
7 dgl. KO 556	99,65G	99,65G
6¼ dgl. KS 420	94,95G	94,95G
9¾ dgl. KO 1301	104,3G	104,3G
8½ dgl. KS 1278	101,4G	101,4G
8 dgl. IS 1512	99,8T	99,8T
9¼ dgl. IS 1520	102,1G	102,1G
6½ dgl. IS 678	93,5bG	93,5G
7¾ dgl. IS 1503	100,35G	100,35G
D 4 Westf. Land. Pf 4	89G	89G
6 dgl. Pf 18	94G	94G
6½ dgl. Pf 19	84G	84G
7 dgl. Pf 20	68,5G	68,5G
D 8¼ Westf.Hypo. Pf 550	100,9G	100,9G
8¼ dgl. Pf 564	102,8G	102,8G
9¾ dgl. KS 294	102,7G	102,7G
9½ dgl. KS 324	106,1G	106,1G
S 6 Wür. Hypo. Pf 84	78G	78G
7 dgl. KS 58	100G	100G
S 6½ Wür. KoLa Pf 1	87,6G	87,6G
7 dgl. Pf 5	99,9G	99,9G

Sonderinstitute

	24. 1.	23. 1.
D 6 DSLB Pf 28	83G	83G
6 dgl. Pf 47	79G	79G
7 dgl. Pf 63	88G	88bG
7½ dgl. Pf 99	92G	92G
8 dgl. Pf 104	97G	97G
8 dgl. Pf 165	99G	99G
5½ dgl. RS 45	97,75G	97,75G
6 dgl. RS 73	96G	96G
8 dgl. RS 120	100,25G	100,25G
8½ dgl. RS 153	101,5G	101,5G
7 dgl. RS 162	95,25G	95,25G
9½ dgl. RS 172	103,75G	103,75G
9 dgl. RS 186	103G	103G
10 dgl. RS 193	104,5G	104,5G
11¼ dgl. RS 195	108bG	108bG
D 6½ IKB 69	100G	100G
F 7½ KfW 70	100,5G	100,5G
8 dgl. 70	101G	101G
7¼ dgl. 79	98,1	98,15
F 10 Kredit 81	108,2G	108,2
F 8½ Krd.Wied.aufb. 82	100,4	100,4
F 6 Landw.Rentbk. RS 14	99G	99G
6 dgl. RS 15	96,5G	96,5
6 dgl. RS 16	96G	96G
8 dgl. RS 19	95,25	95,25G
6 dgl. RS 20	99,4G	99,4G
6 dgl. RS 21	98,8G	98,8G
6 dgl. RS 26	99	99G
7½ dgl. RS 27	99,75G	99,75G
6½ dgl. RS 60	95,4G	95,4G
7 dgl. 94	94,75G	94,75
7 dgl. 99	99,6G	99,6
8 dgl. 101	99T	99T
7½ dgl. 102	96,5	96,5G
9½ dgl. 126	104G	104G
D 7¾ LAG TS 76	100	100G
8 dgl. TS 76	100,9G	100,9G
6½ dgl. TS 77	95,5G	95,5G
5½ dgl. 78	92,95	93,05
7 dgl. 79	97,3	97,3G

Industrieanleihen

	24. 1.	23. 1.
F 6 Badenwerk 64	99,5G	99,5G
6 dgl. 78	94G	94
5 BASF 59	98,75G	98,75G
5 Bayernw. 59	98,25T	98,25T
F 8 Chem. Hüls 71	100T	99,85T
7¾ Cont. Gum. 71	99,3G	99,3G
6 Dt. Texaco 64	99,6T	99,6G
5¾ HEW 62	96,25G	96,25G
7½ dgl. 71	99,6G	99,6G
4½ Harpen 59	182G	182G
6 Hoechst 64	99,6T	99,6G
6 Hoesch 64	99G	99G
7½ dgl. 71	98,75G	98,75G
7½ Karstadt 71	99,25	99,25G
7½ Kaufhof 71	99,25T	99,25T
7¾ dgl. 71	99,25T	99,5T
7½ dgl. 78	98,3G	98,3G
7¾ Klöckner W. 71	–Zhg	98,25T
8 dgl. 72	99	99,15
F 6 Krupp 64	99,8G	99,8bG
6 Linde 64	99,5G	99,5G
5 Mannesmann 59	98,5T	98,5G
6 MWK 61	98,5G	98,5G
6 dgl. 62	96,25G	96,25
6 DoDon. Krwk. 64	94,4T	94,4T
F 6 Rh.Braw. 63	94,65T	94,65T
6 dgl. 65	94,5G	94,5G
5½ RWE 59	–	–
6 dgl. 63	95bG	95,25T
6 dgl. 65	95bG	95,25T
7¾ dgl. 71	98,8	98,1
7 dgl. 72	98,25T	98,1
6 Rh.-M.-Don. 62	96,75G	96,75G
5½ dgl. 68	98,5G	98,5G
8 Schleswag 71	100G	100G
5 STEAG 59	98G	98G
7½ Thyssen 71	99,25T	99,25G
8 dgl. 72	99,85	99,85
7¾ dgl. 77	95,25T	95,25G
5 Veba 59	99G	99G
8 VEW 71	100G	100,1
6¾ dgl. 77	94,8G	94,8G
7 VW 72	98,15	97,9

Optionsscheine

	24. 1.	23. 1.
F 11 BASF Over Zee 82	71	73,2
7¼ Bayer Fin. 79	80	82
10½ Bayer Fin 82	90	93
7½ BHF Bk. Int. 83	112,8	115,5
6¾ Ciba-Geigy 75	1190	1240
3½ Commerzbk. 78	55,5	58
7 Combk. Int. Lux. 83	79,4	79
4½ Dt. Bk. Comp. 77	149,2	151,5
3½ Dt. Bk. Int. 83	140,1	144
8¾ Degussa 83	151	154,8
4 Dresdner Bk. Int. 83	63,8	64,5
4 dgl. 83 II	72,8	7,4
10 Hoechst 75	419	419
6¾ dgl. 79	94,5	96,6
8 Hoechst 83	113	113,5
7½ Jap.Syn.Rubber 82	1940	1910
5¾ Jusco 83	3500	3500
Mitsui 82	295	295
7¾ Siemens 83	187	191,4
6,875 Schering 83	122,6	127,6
4 Veba 83	60	61
6½ Wells F. 73	392	395
F 8½ BASF 74	79,6	81,6
Stumpf 78	90bB	90bB

Optionsanleihen

	24. 1.	23. 1.
F 7½ BHF Bk.Int.83 m0	111	111
7½ dgl. 83 o0	79	78,5G
3½ ComBk. Int. 78 m0 DM	115	116G
F 3½ dgl. 78 o0 DM	88,25	88,65
4½ C F DT. Bk. 77 m0 $	128,25G	128,25
4½ dgl. 77 o0 $	80,75	80
3¾ Dt. Bk. 83 m0	124,8	124,25
3¾ dgl. 83 o0	82,6	82,6
6¼ Dt. Bk. 83 m0	106	106,75
6¼ dgl. 83 o0	72	71,5
4 Dresd. Bk. 83 m0	110	110
4 dgl. o0	85,6	85,5
7½ Jap. Synth. 82	173,5G	173,5
7½ dgl. 82 o0	99,25G	99,25
5¾ Jusco 83 m0	151G	151
5¾ dgl. 83 o0	93,25G	93,2
F 6½ Wells F. 73 m0 DM	134G	134G
6½ dgl. 73 o0 DM	97,25G	97,25G
F 8½ BASF 74 m 0	156	159
8½ BASF 74 o0	101,05	101,05
M 3½ Stumpf 88 m0	162G	161bG
M 3½ Stumpf o0	83bB	83B

Währungsanleihen

	24. 1.	23. 1.
F 8 Brasilien 72	97,75G	97,75G
6¼ Kopenhagen 72	98,25G	98,25G
9½ Norwegen 79	99G	99G

Wandelanleihen

	24. 1.	23. 1.
F 5 Bayer 69	100,7	100,75
H 8 Beiersdorf 82	177T	–
D 9 Girmes 74	410	412
6½ KSB 83	134	134,5

Anmerkungen:
* = Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Wandelanleihen

	24. 1.	23. 1.
F 4½ AKZO 69	91G	91G
F 6 Ascs Corp 83	117,5	117,5G
F 3½ All Nippon 78	103	103
F 3½ Asahi Opt. 78	134,25G	138,5
F 4¾ Canon Inc. 77	456	483G
F 3½ Cas. Comp. 78	280G	288G
F 5¾ Daiei Inc. 80	130	129,5G
F 4¼ Fujitsu Lim. 78	668G	658G
F 5 dgl. 79	448G	440G
F 5¼ Hoogovens 68	89G	89G
F 3½ Izumiya Co 78	120,5	120,5
F 3½ Jusco Co. 78	111,75	113
F 4 Kansai El. 79	133,25	128,25
F 6 Komatsu 76	174,5	172G
F 6 Konishiroku Pho. 81	137,5	137,5
F 6¾ dgl. 82	131	131,5
F 3½ Korakuen 78	103,5G	104bB
F 7½ Kraft Inc. 70	115G	114,5G
F 3½ Marudai F 78	106,5	107G
F 6 Michelin Inc. 70	94G	94G
F 5¾ Minolta 77	230G	230G
F 4 dgl. 79	176,25	175G
F 6¼ Mitsub. Ch. 76	255T	255T
F 6,75 Mitsub. H 81	157bG	160G
F 8 dgl. 81	122	123,5
F 6 Nichii Co Ltd 80	125G	127
F 7 Nippon Sh. Gl. 82	187	190
F 3¾ Nippon Sh. 78	179G	180G
F 3½ Nissan Mot. 78	97,5T	97T
F 4 Nisshin Steel 78	200T	200T
F 6½ Océ v. d. Gr. 69	100G	100G
F 3½ Olympus 78	260	267G
F 3¾ Omron Tat 79	417	425G
F 4¾ Orient Fin 79	248G	249G
F 3½ Ricoh Comp. 78	216bG	218G
F 6¼ Rothm. Int. 72	95	95
F 3¾ SankyoElec. 78	141	142T
F 3½ Sanyo Elec. 78	214G	220G
F 3¾ Seiyu Stores 78	100,35G	100,35
F 6¼ Sekisui 76	148,5	148,5G
F 3½ Stanley 78	159G	157bG
F 6 Taiyo Yuden 82	136,5	136,5G
F 5 Texaco Int. 66	96,85	96,9
F 3½ Tok. Elec. 78	460T	460T
F 4 Tokyu Land 79	109,75	109,5G
F 3½ Trio Kenw. 78	109,5G	109,5
F 6½ Uny Ltd. 79	228	228

Ausländische Aktien

	24. 1.	23. 1.
F L'Air Liquide	182,9	183G
D Akzo	95,5	96,3
F Alcan	106	107
F Alcoa	125	129
F Alg.Bk.Nedld.	375	385
F All Nippon Air	4,5	4,4G
F Amax	65,7	66,5
F Am. Cyanamid	138T	140G
D American Expr.	89,5	91,5
D Am Motors	19,9	20
F Am. T & T	51,5	50
F Amro Bank	65,8	65,8
F Anglo Am. Corp.	44,8	45,1
M Anglo Am. Gold	285,9	288
F Arbed	70,5	70
F Asahi Chem.	5,2	5,4
M Atl. Richfield	122,3	123
H Atlas Copco	42G	42G
M Avon	71	70,2G
D Baker Int.	53,5	53
F Bell Canada	26,3bB	26,3
F Banco de Bilbao	25	24,9
F Banco Central	27,9	28
F Banco Hisp. Americ.	20,9	20,9
F Banco de Santander	20,4	20,4
F Banco de Vizcaya	31,4	31,4
F Barlow Rand	29G	29,5G
M Baxter Trav. Lab.	61,9	62,5
D Beatrice Foods	92G	92G
D Bell Canada	73T	73T
F Black & Decker	78	77,5
F Boeing	136,5	137,5
M Bougainville Copper	8,25	8,25
F Bowater	11,8	11,4
D BP	16,6	16,85
M Broken Hill	34,1	34,6
F Bull	12,45T	12,5
F Cdn. Pacific	117	119
F Canon	18	18,5
F Casio Comp.	17,1G	17,1G
F Caterpillar	139,8	139,5
D Ch. Manhattan	138,5	137
F Chrysler	86,7	86,2
M Citicorp.	102,1	104,1
F City Investing	106	107
F Coca-Cola	145	145,1
D Colgate	61	62G
M Comm. Satellite	91,4	93,5
F Cons. Gold F.	20,5	20,5
D Cont. Group	147bG	164T
F Control Data	132	133,7
H Courtaulds	5,25	5,25
M CRA	14,2	14,25
M CSR	10,55	10,9
F Daiei	7,9	7,7G
F Dart & Kraft	193	191,5
M De Beers Cons.	22,5B	23
F Deere Comp.	108,1	111,1
F Diam. Shamrock	56,8	57,2
M Digital Equipm.	245,4	240,1
M Disney Prod.	150,8	149,5
H Distillers	9,5G	9,5G
M Dome Petroleum	9,45	9,45B
D Dow Chemical	92	94,5
D Dresser	58,2	58,9
M Driefontein Cons.	85,9	87,8
D DuPont	143,5	144
H Dunlop	2,1	2
D Eastern Air Lines	21,9	22
F Eastman Kodak	206,5	208
F Elf Aquitaine	65	62
F Emkart	89	91G
D Ericsson	135G	135G
D Esmark	117bG	121T
D Exxon	107,5	107,5
D Fiat St.	6,4	6,4
D dgl. Vz.	5,35	5,3
F Fasder	–	–
D [illegible]	29T	29T
M Fluor	53,5	54,5B
D Ford	125	126
F Fujitsu	15,9	15,7
F General Electric	159	158
F General Mining	59	59,2
D General Motors	215	215
D Gen. Shopping	470T	470T
M Getty Oil	–	327,9
D Gevaert	145,5G	145,5
F Goodyear	82	83
H Grace	126,5G	128G
D GKN	7,5	7,4T
F Gulf	134,5	134,5
D Halliburton	105,5	105,5
M Hewlett Packard	123,2	123,8
D Highveld Steel	12G	12G
D dgl. o.D.	12G	12G
F Hitachi	1010	1019
M Holiday Inns	139,5	140
F Homestake	80	81,6
M Hongk. & Shanghai Bank.	3,15	3,2
D Hoogovens	49	49
D Hughes Tool	55,8	56,5
F IBM	331	332
F ICI	25,1	25,9
M Impala Plat. Hold.	34,1	35,3B
M Imperial Oil	81,9	82,3
F Inco	40,7	41
F Int. T & T	130	131
D Istituto Fin. Ind.	8,7G	8,7G
F Italcementi	71	72
F Izumiya	10,5T	10,3T
F Japan Line	2	2,05
D Jusco	12T	12T
F Kawasaki Kisen	1,8	1,8
F Kawasaki Steel	2,45	2,45
M Kloof Gold Min.	115,2	116,2
F Komatsu	6,4	6,4
D KLM	192	193,5
F Konishiroku Photo	7,6T	7,6T
F Kubota	4G	4,1G
D Lafarge	–	–
D Litton Ind.	185	190
F Lone Star	80	80
D LTV	53,9	54,9
M M.I.M. Hold	18G	18,1
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	3,5G	3,5G
F Marudai Food	8,4G	8,4G
D Matsushita El.	23,1	23
M McDonald's	191,5	194G
M Merrill Lynch	90,7	91
F McDonnell D.	171,5	170
M Minerals & Res.	28,2	28,3
D Minnesota M.	221T	221T
D Minolta Camera	8T	8T
F Mitsubishi Chem.	3,65	3,75
F Mitsubishi El	5,1	5,1
F Mitsui Bk.	7,75	7,75
F Mitsui & Co.	4,2	4,5G
F Mitsui Engin.	1,95	1,9
F Mitsui O. S. K.	2,3T	2,3T
F Mitsumi El.	12,8	13
H Mobil Corp.	83	85,5
F Monsanto	279	284
F Montedison	0,40	0,40
F Murata	37	37,3
M Nat. Semicond.	48,6	49,8
D Nat. Westminster	27G	27bB
F NEC Corp.	17,9	18
F Nestlé	6240T	6280G
F Nestlé Tz.	625bG	639
D Nikko Sec.	5,4G	5,4G
F Nippon Kokan	1,95	1,95
F Nippon Shinpan	9,5	9,4
F Nippon Yusen	3,4	3,3G
F Nissan Motor	9,15	9,4
F Nisshin Steel	2,45	2,45
F Nissho-Iwai	3,9	3,9
D NL Industries	44G	44,5
F Norsk Hydro	199,5	199
H Occ. Petroleum	75,5	75,5
F Océ v. d. Grint	235	–
F Olivetti St.	6,95	6,95
F Olivetti Vz.	6,9bB	6,95
F Olympus Optical	12,3	12,5G
H v. Ommeren	28,8	28,8bB
F Omron Tateisi	24G	24G
F Pakhoed	64,8	64
F Pakhoed Z.	58	58
M PanAm	24,6G	25,4B
D Parker Drilling	27	25,6
F Peko Wallsend	14,55	15
M Pepsi	102,3	102G
F Pernod-Ricard	285T	295
F Peugeot	83,9	82
F Philip Morris	207	206
H Philips	41,9	–
D Phoenix Ass.	18T	19G
F Pirelli	2,95	2,95
M Polaroid	85,4	86,9
M Prime Computer	54	55
F Procter & G	155,5	155
D Ramada Inns	28,5	29
M Ranger Oil	29,5	29,5
F Rank Org.	7,9	7,75
F Ricoh	13	13,2
F Rio Tinto NA-St	24,9	24,8
F Rio Tinto Komm.	25T	25,5T
H Robeco	306	310
F Rockwell	85,1	87,5
H Rolinco	294	–
F Rorento	180G	180G
F Rothmans Int	4,55T	4,55T
D Rowan Cos	32,9	33,5
H Royal Dutch	133,5	133
M Rustenburg Plat. Hold	28,1	29,3B
F Sanko Steamship	2,4G	2,4G
F Sanden Corp.	9,5G	9,6
M Santos	19,65	19,95
F Sanyo Elec.	6,8	6,9
F Sanwa Bk.	8,3	8,3
M SASOL	10,15	9,8
F Schlumberger	133,5	133
F Schw. Alum	1135	1154
F Schw. Bankverein PS	362	366,5
F Schw. Bankverein OR	8,55	8,7
M Sears, Roebuck	104,4	103
F Seiyu Stores	9T	8,2T
F Sekisui House	7	7
F Selected Risk	41,5G	41,5G
H Shell T & T	22G	22G
D Singer	73,5	77
F Snia Viscosa	2,49	2,43
D Solvay	789exD	–
D Sony Corp	42,6	43
D Sperry Corp	134	134
F Squibb	132G	132G
F Stanley Elec.	9,35T	9,35T
F Steyr-Daimler-P.	21,5T	21,2
F Sumitomo	6,3	6,3
F Sumitomo Heavy	2,7G	2,8
D Sumitomo Metal	2G	2,2
D Sun	145bB	143G
M Sunshine Mining	34,9	34,5
F Swissair	1235G	1239
F Taisei Kens.	2,7G	2,7G
M Tandy	103,2	104
F Taiyo Yuden	15G	15G
F Tenneco	116	116
D Texaco	105,5	107,3
D Thomson-CSF	97bG	90T
D Thorn Emi	25T	25T
F Tokyo El.	18,2	18,3
D Tokyo Pac	355G	355G
F Tokyo Sanyo El.	8,3	8,3
D Toray	5,2	5,2
D Toshiba	5,1	5,1
F TRIO Kenwood	8T	8T
F TRW	212	214
D UAL	110,5G	110TG
H Unilever	241,5	242,5
F Union Carbide	173	175,5
D Uniroyal	48,6	48,5G
F United Techn.	201,5	199
F US Steel	89,4	87,8
M Vaal Reefs Expl.	279	283
D VMF-Stork	–	102T
D Volvo A	160T	160T
D dgl. Nam B	160T	160T
F Warner Commun.	78,5	79bG
F Warner Lambert	88	89,9
F Wells Fargo	115	115
M Western Deep L.	129,3	133
M Western Mining	10,15	10,3G
M Westinghouse El	150,5	153
F Westl.-Utrecht H.	125,5	127,5
D Xerox Corp.	137	141

Warenpreise – Termine

Leicht befestigt schlossen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Etwas schwächer ging Kupfer aus dem Markt. Deutliche Einbußen in allen Sichten mußten Kaffee und Kakao hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

	24. 1.	23. 1.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	345,75	344,25
Mai	347,75	345,75
Juli	341,75	338,50
Weizen Winnipeg (can $/t) Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	251,25	250,10
Amber Durum	239,15	238,56
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	144,70	143,50
Mai	147,00	146,00
Juli	147,50	147,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	136,00	134,50
Mai	128,00	127,00
Juli	125,00	125,00
Hafer Chicago (c/bush)		
März	186,25	181,50
Mai	186,50	182,00
Juli	184,00	179,50
Mais Chicago (c/bush)		
März	334,50	324,25
Mai	336,25	328,00
Juli	336,50	326,75
Gerste Winnipeg (can. $/t)		
März	136,80	135,00
Mai	134,90	133,40
Juli	134,90	133,30

Genußmittel

	24. 1.	23. 1.
Kaffee New York (c/lb)		
März	143,85	145,60
Mai	137,85	139,50
Juli	134,75	136,00
Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. März	2590	2595
Mai	2580	2675
Juli	2560	2650
Umsatz	5958	8401
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	7,27	7,70
Mai	7,60	8,00
Juli	7,88	8,29
Sept.	8,18	8,53
Okt.	8,33	8,73
Umsatz	11 650	14 898
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	7,30	7,25
Kaffee London (£/t) Robusta-		
Kontrakt Jan.	2075–2080	2108–2112
März	2096–2097	2119–2120
Mai	1967-1970	1988–1990
Umsatz	6792	5059
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	1987–1989	1985–1987
Mai	1985–1986	1989–1990
Juli	1971–1973	1977–1978
Umsatz	10 370	10 700
Zucker London (£/t)		
März	141,30	147,75
Mai	146,75	154,25
Umsatz	3485	1913
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	405,00	405,00
weißer Sarawak	647,50	657,50
weißer Muntok	655,00	665,00
Orangensaft New York (c/lb)		
März	153,90	151,00
Mai	155,90	152,75
Juli	157,00	154,40
Sept.	157,50	155,30
Nov.	156,00	153,00
Umsatz	1200	1500

Öle, Fette, Tierprodukte

	24. 1.	23. 1.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	47,50	47,50
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	50,00.	27,50
Sojaöl		
Chicago (c/lb) März	28,55	27,58
Mai	29,02	28,00
Juli	29,10	28,10
Aug.	28,95	27,90
Sept.	28,35	27,52
Okt.	27,40	26,65
Dez.	27,30	26,55
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	29,00	29,25
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	27,00	27,00
Choise white hog 4% fr. F.	19,00	19,00
Talg New York (c/lb)		
top white	18,75	18,75
fancy	18,25	18,25
bleichfähig	18,00	18,00
yellow max. 10% fr. F.	16,75	16,75
Schweine Chicago (c/lb)		
Febr.	52,30	52,05
Apr.	49,10	48,42
Juni	54,50	53,55
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	67,00	66,40
März	67,80	66,90
Mai	69,25	68,60
Häute Chicago (c/lb)		
Ochsen einh. schwere River Northern	55,00	56,00
Kühe einh. schwere River Northern	58,00	58,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
März	760,75	731,50
Mai	775,50	746,00
Juli	787,50	758,00
Aug.	782,70	752,50
Sept.	754,50	727,50
Nov.	730,00	712,75
Dez.	743,00	725,50
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
März	202,50	193,50
Mai	204,70	195,50
Juli	207,00	197,70
Aug.	206,00	198,30
Sept.	200,50	195,50
Okt.	195,00	192,00
Dez.	197,00	192,50
Leinsaat Winnip. (can. $/t)		
März	386,70	377,40
Mai	390,10	381,30
Juli	391,00	382,40
Kokosöl New York (c/lb)		
Westküste fob Werk	50,00	50,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. cif	1080,00	1030,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	540,00	525,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	950,00	840,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	218,00	209,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1130,00	1120,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	321,50	314,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	24. 1.	23. 1.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
März	75,20	76,01
Mai	75,90	76,60
Juli	75,90	76,55
Okt.	72,40	72,75
Dez.	71,00	71,35
März	72,10	72,75
Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis loco RSS-1:	57,00	57,75
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:		
Jan.	415	–
März	427-429	428-429
Mai	445-450	445-447
Umsatz	189	248
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:		
März	47,80	47,80
Mai	48,20	48,10
Juli	48,60	48,50
Okt.	48,90	48,80
Umsatz	4500	0
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype		
März	578,0–578,5	576,0–578,4
Mai	596,0–597,0	596,5–597,0
Juli	607,0–608,0	608,5–609,0
Umsatz	44	49
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen		
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager		
Jan.	13 904	13 926
Febr.	13 942	13 950
Kautschuk London (p/kg)		
Nr. 1 RSS loco	88,00–90,00	87,50–90,00
Febr.	89,00–90,00	88,00–90,00
März	88,50–89,00	89,00–90,80
April/Juni	90,70–90,80	90,60–90,70
Tendenz: ruhig		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)		
Jan.	268,00–268,50	267,50–268,00
Febr.	274,00–274,50	273,50–274,00
Nr. 2 RSS Jan.	257,50–258,50	257,50–258,50
Nr. 3 RSS Jan.	254,00–255,00	254,00–255,00
Nr. 4 RSS Jan.	247,50–248,50	247,50–248,50
Tendenz: stetig		
Jute London (£/lgt)		
BWC	500,00	500,00
BWD	495,00	495,00
BTC	500,00	500,00
BTD	495,00	495,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	24. 1.	23. 1.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	108,47–108,67	109,72–109,91
drittfolg. Monat	112,04–112,24	113,19–113,39
Zink: Basis London		
laufend. Monat	272,07–272,46	276,97–277,76
drittfolg. Monat	270,28–270,48	273,79–274,59
Produz.-Preis	285,97	276,31
Reinzinn 99,9%	3848–3887	3808–3845

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	24. 1.	20. 1.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	385,50–387,48	388,66–390,65
Blei in Kabeln	116,25–117,25	117,50–118,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–452,00	430,50–452,00
Vorziehdraht	439,50–464,00	439,50–464,00

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	24. 1.	23. 1.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	371–386	372–388
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	420	420–423
MS 63	418–423	419–425

Zinn-Preis Penang

	24. 1.	23. 1.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	24. 1.	21. 1.
Leg. 225	470–473	470–473
Leg. 226	472–475	467–475
Leg. 231	502–505	497–505
Leg. 233	512–515	507–515

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	24. 1.	21. 1.
Platin (DM je g)	36,05	36,60
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	33 600	34 050
Rücknahmepr.	32 850	33 300
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	33 570	33 980
Rücknahmepr.	33 050	32 850
verarbeitet	35 230	35 670
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 310	33 750
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	737,10	759,80
Rücknahmepr.	722,30	744,60
verarbeitet	769,70	793,50

Internationale Edelmetalle

	24. 1.	23. 1.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	365,20	371,25
15.00	365,10	371,35
Zürich mittags	365,60–366,10	370,60–371,10
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	101 750	103 000
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	569,80	587,55
3 Monate	582,80	6000,85
6 Monate	597,75	615,55
12 Monate	626,50	644,45
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	264,40	266,90
Palladium (£-Feinunze) London 1. Händlerpr.	110,95	112,10

New Yorker Preise	24. 1.	23. 1.
Gold H & H Ankauf	365,10	371,35
Silber H & H Ankauf	802,50	826,00
Platin fr. Händlerpr.	370,00–371,70	370,00–371,75
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	155,50–157,50	158,00–160,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Jan.	807,50	804,00
Febr.	808,50	805,50
März	813,00	811,00
Mai	826,00	824,00
Juli	843,00	838,00
Sept.	856,70	854,00
Dez.	878,30	875,80
Umsatz	25 000	22 300

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	24. 1.	23. 1.
Jan.	61,30	61,50
Febr.	61,40	61,65
März	61,90	62,15
Mai	63,20	63,45
Juli	64,50	64,75
Sept.	65,95	66,10
Dez.	68,00	68,20
Umsatz	11 000	5 000

Londoner Metallbörse

	24. 1.	23. 1.
Aluminium (£/t) Kasse	1099,5–1100,5	1103,5–1104,5
3 Monate	1128,0–1128,5	1132,5–1133,0
Blei (£/t) Kasse	273,00–274,00	275,50–276,00
3 Monate	282,50–283,00	285,25–285,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	959,50–960,00	966,50–967,50
3 Monate	984,00–984,50	991,50–992,00
abends Kasse	963,50–964,00	967,00–968,00
3 Monate	988,00–988,50	992,50–993,00
(Kupfer-Standard) Kasse	957,00–958,00	957,00–957,50
3 Monate	975,00–976,00	978,00–979,00
Zink (£/t) Kasse	687,50–688,50	694,00–695,00
3 Monate	684,00–684,50	688,00–689,00
Zinn (£/t) Kasse	8665–8670	8600–8605
3 Monate	8810–8811	8750–8755
Quecksilber ($/Fl.)	305,00–315,00	205,00–215,00
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	72,00–76,00	72,00–76,00

Wir trauern um

Dr. Fritz Schiettinger

Präsident der Landeszentralbank in Baden-Württemberg i. R.
Mitglied des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank i. R.
Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

der am 21. Januar 1984 in seinem 75. Lebensjahr unerwartet verstorben ist.

Herr Dr. Fritz Schiettinger verfügte über eine besonders breite Erfahrung auf zahlreichen Gebieten des Wirtschaftslebens. Er war in verschiedenen industriellen Unternehmen, in mehreren Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft und im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen tätig. Seine Berufung in verantwortliche Positionen im öffentlichen Dienst führte ihn zunächst in das Bundesministerium der Finanzen und, ab 1963, als Leiter der Abteilung Geld und Kredit in das Bundesministerium für Wirtschaft. Von 1972 bis 1976 war Dr. Fritz Schiettinger unser Kollege als Präsident der Landeszentralbank in Baden-Württemberg.

Seine reichen Erfahrungen und seine menschliche Liebenswürdigkeit gewannen ihm viele Freunde. Wir werden Herrn Dr. Schiettinger in ehrender Erinnerung behalten.

DER ZENTRALBANKRAT
DER DEUTSCHEN BUNDESBANK

Karl Otto Pöhl, Präsident — Dr. Helmut Schlesinger, Vizepräsident

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 26. Januar 1984, um 11.00 Uhr auf dem Prag-Friedhof in Stuttgart statt.

Von tiefer Trauer erfüllt geben wir davon Kenntnis, daß

Dr. Fritz Schiettinger

Präsident der Landeszentralbank in Baden-Württemberg i. R.
Mitglied des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank i. R.
Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

am 21. Januar 1984 im 75. Lebensjahr verstorben ist.

Herr Dr. Schiettinger war in den Jahren 1972–1976 Präsident der Landeszentralbank in Baden-Württemberg und damit zugleich Mitglied des Zentralbankrates der Deutschen Bundesbank. Zuvor war er lange Jahre im Bundesfinanzministerium und im Bundeswirtschaftsministerium tätig. Die vielseitigen ihm übertragenen öffentlichen Aufgaben erfüllte er mit großem Können, hohem Pflichtgefühl und unter Einsatz seiner ganzen Schaffenskraft. Allseits wurden ihm Anerkennung und Wertschätzung zuteil.

Wir werden Herrn Dr. Fritz Schiettinger in dankbarer Erinnerung behalten.

LANDESZENTRALBANK IN BADEN-WÜRTTEMBERG
Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank

Der Vorstand — Der Personalrat

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 26. Januar 1984, um 11.00 Uhr auf dem Prag-Friedhof in Stuttgart statt.

Dipl.-Ing.

Horst C. A. Pegau

* 30. 4. 1912 † 19. 1. 1984

Ursula Pegau
Christian und Kathrin
Helgo Pegau
Harriet Weyrauch geb. Pegau und Familie
Michael C. Pegau und Familie

8180 Tegernsee
Schwaighofstraße 22

Die Trauerfeier hat im engsten Familien- und Freundeskreis stattgefunden.

Statt zugedachter Blumen oder Kränze erbitten wir eine Spende an den Verein der Freunde und Altbürgerinnen des Landeserziehungsheims Reichersbeuern e. V. Max-Rill-Schule. Konto-Nr. 0 531 073 (BLZ 70 169 526) Raiffeisenbank Reichersbeuern.

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 00 55, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1984

Zahnmedizin
1. Semester

von	nach
1 Aachen	Erlangen
2 Aachen	Frankfurt
3 Aachen	Hannover
4 Aachen	Heidelberg
5 Aachen	Münster
6 Aachen	Uni München
7 Aachen	Mainz
8 Aachen	Tübingen
9 Aachen	Ulm
10 Aachen	Würzburg
11 FU Berlin	Aachen
12 FU Berlin	Bonn
13 FU Berlin	Hannover
14 FU Berlin	Hamburg
15 FU Berlin	Köln
16 FU Berlin	Uni Kiel
17 FU Berlin	Uni München
18 FU Berlin	Mainz
19 FU Berlin	Tübingen
20 Düsseldorf	Erlangen
21 Frankfurt	Bonn
22 Frankfurt	Düsseldorf
23 Frankfurt	Erlangen
24 Frankfurt	Heidelberg
25 Frankfurt	Münster
26 Frankfurt	Uni München
27 Frankfurt	Tübingen
28 Frankfurt	Würzburg
29 Freiburg	Bonn
30 Freiburg	Düsseldorf
31 Freiburg	Hamburg
32 Freiburg	Münster
33 Gießen	Erlangen
34 Gießen	Hamburg
35 Gießen	Uni München
36 Gießen	Würzburg
37 Köln	Uni München
38 Köln	Tübingen
39 Köln	Ulm
40 Uni Kiel	Bonn
41 Uni Kiel	Köln
42 Uni Kiel	Saarbrücken
43 Ulm	Bonn

Zahnmedizin
2. Semester

von	nach
1 FU Berlin	Bonn
2 FU Berlin	Frankfurt
3 FU Berlin	Freiburg
4 FU Berlin	Göttingen
5 FU Berlin	Hannover
6 FU Berlin	Heidelberg
7 FU Berlin	Marburg
8 FU Berlin	Tübingen
9 FU Berlin	Ulm
10 FU Berlin	Würzburg
11 Freiburg	Bonn
12 Freiburg	Frankfurt
13 Freiburg	Heidelberg
14 Freiburg	Uni München
15 Freiburg	Mainz
16 Freiburg	Tübingen
17 Hamburg	Bonn
18 Hamburg	Düsseldorf
19 Hamburg	Freiburg
20 Hamburg	Hannover
21 Hamburg	Heidelberg
22 Hamburg	Münster
23 Hamburg	Mainz
24 Hamburg	Tübingen
25 Hamburg	Würzburg
26 Uni Kiel	Freiburg
27 Marburg	Heidelberg
28 Uni München	Bonn
29 Mainz	Bonn
30 Mainz	Göttingen
31 Tübingen	Erlangen
32 Tübingen	Uni München
33 Ulm	Frankfurt
34 Ulm	Freiburg
35 Ulm	Uni München
36 Ulm	Mainz
37 Würzburg	Uni München

Zahnmedizin
3. Semester

von	nach
1 Aachen	Göttingen
2 Aachen	Hannover
3 Aachen	Hamburg
4 Aachen	Münster
5 Düsseldorf	Bonn
6 Düsseldorf	Ulm
7 Freiburg	Frankfurt
8 Freiburg	Uni Kiel
9 Freiburg	Uni München
10 Göttingen	Bonn
11 Göttingen	Köln
12 Göttingen	Tübingen
13 Göttingen	Ulm
14 Göttingen	Würzburg
15 Hamburg	Bonn
16 Köln	Düsseldorf
17 Köln	Erlangen
18 Köln	Mainz
19 Uni Kiel	Münster
20 Münster	Hamburg
21 Münster	Uni Kiel
22 Mainz	Düsseldorf

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Wintersemester 1983/84

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Wir suchen

solvente und gut eingeführte

VERTRIEBSPARTNER

für den selbständigen Import und Verkauf folgender Produkte:

Alarmanlagen
- für Haus und Wohnung
- für alles Mobile, vom Ski bis zum Fahrrad, Surfbrett, Mofa, Gepäck etc.
- gegen Taschendiebe

Sicherheitslicht
für Fußgänger, Reiter, Kinder, Radfahrer

Werkbänke und Werkzeugschränke

Terrarien in kunstgewerblicher Handarbeit.

Wir bitten um Bewerbungen von Firmen und Personen, die bei Handel und Gewerbe bereits gut eingeführt sind und seriöse Bankreferenzen vorweisen können.

PREMISURA AG, CH-4500 SOLOTHURN/SCHWEIZ
Schöngrünstraße 27, Telefon Nr. 00 41 65 22 63 20
Telex Nr. 45 934 335 schl

U.S.A.
EINWANDERUNGSVISA
Für Investoren, Unternehmer, Freiberufler, Gesellschaften, deren Mitarbeiter, Verwandte von U.S.-Bürgern. Informationen: VIC GmbH Widenmayerstr. 18/I · 8000 München 22 Tel. (089) 22 91 31 · Telex 5 216 534 indad

---

Gut eingef. Dienstleistungsunternehmen
weg. Umzug ins Ausland kurzfristig zu verkaufen.
Zuschr. erb. u. PB 47556 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Auslieferungslager in Bielefeld
übernimmt Aufträge für Reformkost, Drogerien und Parfümerien.
Ang. u. F 3612 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

50% (!) mehr UMSATZ
erzielte der weltbeste Verkäufer mit seiner Methode, Kunden zu betreuen. Jeder Betrieb könnte das auch erzielen! Wie? Fragen Sie an bei CADICS, 4300 Essen 15, Niederweniger Str. 49, Tel. 02 01 / 48 00 24

---

baumit-Regalsystem sucht freie Mitarbeiter
SIE sind dynamisch und bereit, Kunden direkt anzusprechen!
Ihnen liegt etwas an einem guten Verdienst!
Ihnen macht die Gestaltung von Räumen Spaß!
Bei mehr als zwei Ja-Antworten sind Sie der richtige *Partner für uns. Schreiben Sie uns ganz KURZ:*
Proform GmbH, Postfach 1124, 2807 Achim 23

Die besondere Gelegenheit
Bausparleute, Versicherungsmakler, Berater f. Kapitalanleger, Immobilienverkäufer bietet Ihnen äußerst interessante u. besonders lukrative Zusammenarbeit an.
Zuschr. erb. u. PK 47544 an WELT-Verlag, 2000 Hamburg 36

Handelsvertreter für Weinkühlschränke
im norddeutschen Raum gesucht.
Kontaktaufnahme unt. F.C.I. Paris, 101, Avenue du General Leclerc, F-75014 Paris.

Singapur
Büroservice
Von deutscher Firma wird Mitbenutzung des Büros Singapur angeboten (separater Raum, Mitbenutzung von Telefon, Fernschreiber, Sekretariat).
Zuschr. u. K 3815 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Suche lukrative
freie Vertretungen
aus dem Bereich der Elektroindustrie. Wir sind bei vielen namhaften Firmen sehr gut eingeführt und unterliegen bis jetzt keinen Verpflichtungen auf Grund anderer Verträge.
Setzen Sie sich bitte unverbindlich mit uns in Verbindung.
Haufschild GmbH & Co. KG., Elektroindustrieanlagen
Schachtrup 50, Telefon Nr. 0 29 23 - 14 50, 4775 Lippetal-Herzfeld

---

StB-Praxis
Norddeutschland
zu überdurchscnittlichen Bedingungen gesucht (ab 400 TDM Umsatz).
Barzahlung gesichert.
Ang. u. E 3611 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Unsere Abteilung für
Entwicklung und Fertigung von Glasfaserprodukten
im Münsterland hat zur Zeit wieder **Kapazitäten frei.**
Bitte wenden Sie sich vertrauensvoll unter H 3614 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Metallbetrieb im Apparate- und Gerätebau
sucht zur Auslastung der Werkstattkapazität Aufträge für Metallarbeiten. Wir übernehmen auch Vertretungen, Auslieferung und Kundendienste. Bevorzugter Raum Bayern.
Fa. Meichner Anlagenbau GmbH
8594 Arzberg/Bay.
Tel.: 0 92 33 / 85 95

An alle WordStar-Anwender
Egal, ob Sie auf IBM-PC, TeleVideo, DEC arbeiten. Wir weisen Sie gründlich und individuell ein, damit Sie das Programm WordStar, MailMerge voll ausnützen können.
Nähere Info MicroPhase, Tel. 0 89 / 1 68 86 46

Exklusiv-Vertrieb für konkurrenzloses Immobilienprogramm f. d. Gebiet der BRD an überregional vertretene Vertriebsgesellschaft zu vergeben. Zuschriften unter B 3674 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Auch wir können keine Gewinne garantieren.
Mit unseren bewährten Sanierungskonzepten aber
und
unserer maßgeschneiderten Unternehmensfinanzierung ab 4,75% p. a. Zins
sowie
unserer Managementunterstützung und zweitweise sogar -übernahme (auf Wunsch) helfen wir Ihnen, eine aufbaufähige Basis zu schaffen.
D + S GmbH – Wirtschaftsberatung – 7600 Offenburg
Brucknerstraße 46 – Tel. 07 81 / 3 84 80

Zur Ergänzung unserer Angebotspalette suchen wir für unseren Vertriebsbereich weitere
erstklassige Produkte
W. Rickert, Wirtschaftsberatg. GmbH, Hedwigstr. 20, 3000 Hannover, 1, Tel. (05 11) 32 62 25

Wir sind ein Schweizer Dienstleistungsunternehmen und suchen für verschiedene Versandhäuser in der BRD zuverlässige Verpackungs- und Versandgesellschaften, die eventuell auch Fullfillmentarbeiten übernehmen können.
Zuschriften an Chiffre 44-62'368, Publicitas, Postf., CH-8021 Zürich.

Wir kaufen u. verkaufen
fast jeden Warenposten aus dem Food- und Non-Food-Bereich.
Tel. 06 81 / 5 78 11, FS 4 421 283

Übernehme Auslieferungslager
(Büro und Lagerraum vorhanden) im Raum Baden und Rheinland-Pfalz.
Zuschr. u. G 3613 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Wir errichten 6 Generalvertretungen für den Direktvertrieb französischer Qualitätsparfums.
In den PLZ-Gebieten 1–5 suchen wir für deren Besetzung Verkaufsprofis mit nachweisbaren Erfolgen.
Kurzbewerbung erbeten an:
ZIMMERMANN GMBH
Postf. 2201, 6620 Völklingen
Tel. 0 68 98 / 4 04

Patent
(Kofferraumabdeckplane f. Kombi-Pkw's) erteilt 1980, Verkauf für DM 15 000,– VB.
Zuschr. erb. u. PD 47557 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

PLAKATE?
Wir machen Plakate, DIN A 2, Stück DM 1,50, unabhängig von der Auflagenhöhe, zuz. Versandpauschale DM 5,–. Alle Papierfarben. Kleinere Vorlagen werden vergrößert (DM 20,–).
COPY-DRUCK GmbH
88 Ansbach, Kronenstr. 16 Tel. 09 81 / 1 26 61.

Wir bieten
Vertrieb von Markenartikel
mit Kundenschutz – auf Wunsch Festanstellung.
Nehmen Sie umgehend Kontakt auf.
Lohmann GmbH
2843 Dinklage
Tel. 0 44 43 / 23 80 + 25 80

Alteingesessenes Gebäudereinigungsunternehmen, das seinen Arbeitsbereich auf das gesamte Gebiet der Bundesrepublik ausdehnen möchte, sucht zur Verwirklichung seiner Deutschlandstrategie
Leute aus dem Top-Management
von Industrie, Großbetrieben, Verwaltungen, Krankenhäusern, Schulen usw. zur Vermittlung von Jahresaufträgen gegen Beteiligung bzw. Spitzenprovision über die gesamte Laufzeit. Alle Zuschriften werden ausschließlich vom Chef allein bearbeitet, so daß sich strengste Diskretion bei der Bearbeitung von Zuschriften von selbst versteht.
Ang. erb. u. L 3616 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENANGEBOTE

Wolff Walsrode sucht Mitarbeiter

Wolff Walsrode. Ein Werk der chemischen Industrie. Mit einer Reihe von Produktionszweigen der Cellulose- und Kunststoffchemie zählt es zu den modernsten seiner Art. Wolff Walsrode ist das älteste Werk der Celluloseveredelung in Deutschland und heute einer der führenden Hersteller und Verarbeiter von Verpackungsfolien.

Umfangreiche organisatorische Maßnahmen, die unser Unternehmen weiter stärken und den Informationsfluß verbessern sollen, erfordern die Erhöhung unserer Entwicklungskapazität.

Wir suchen deshalb

Organisations-Programmierer

mit mehrjähriger Berufserfahrung.

Wir erwarten fundierte Kenntnisse in Betriebsabrechnung und Kalkulationsverfahren sowie Erfahrungen in der Betriebsdatenerfassung.

Die Beherrschung von Assembler und PL/1 oder COBOL ist notwendig. Systemvoraussetzungen sind MVS und CICS.

Neben einer attraktiven Vertragsgestaltung bieten wir Ihnen die sozialen Leistungen eines Großunternehmens.

Bewerbungen richten Sie bitte an unsere Abteilung Personalwirtschaft.

Wolff Walsrode
Wolff Walsrode AG, Postfach, 3030 Walsrode 1

Suchen Sie Selbstverwirklichung?
Sind Sie es leid, von anderen Menschen abhängig zu sein? Sind Sie Ihrer subalternen Tätigkeit überdrüssig? Dann sollten Sie sich mit uns in Verbindung setzen. Wir sind eines der größten Dienstleistungsunternehmen der BRD und bieten:
selbstständiges Arbeiten,
beste Aufstiegschancen,
gründliche Ausbildung,
und beste Bezahlung.
OVB – Direktion
4300 Essen 1, Kopstadtpl. 5, Tel. 28 78 43

Beispiel
Niger: In der Provinz Dosso entstehen 200 neue Brunnen. Dorfbewohner graben sie selbst. Dazu wird einfaches Gerät und Baumaterial benötigt. Eine Schaufel kostet DM 20,–.
Brot für die Welt
Postscheck Köln 500 500-500

Junge, dynamische
Handelsvertreter
gesucht. Für Produktneuheiten im Bereich Parfümerie, Drogerie, Gebietsschutz gewährleistet. Eintritt nach Vereinbarung. Kurzbewerbung an:
Herrn Bernd Scherer
Kiesstr. 1, 6580 Idar Oberstein 2
Tel. 0 6 81 / 4 35 27

STELLENGESUCHE

Welches Handels- u./o. Industrieunternehmen sucht für ihre Niederlassung, Bau-, Handels- & Projektvorhaben im engl.-spr. Ausland einschl. in Entwicklungsländern einen versierten und marktorientierten
PROJEKT- & SALES-MANAGER
dynam. Führungskraft, 53 J., fundierte techn.-kommerz. Kenntnisse.
- anspruchsvolle Beratungs- & Verkaufstätigkeit für Agrarwirtschaft, Handel, Industrie, Finanzierungsinstitute und Regierungsstellen.
- Ausfindigmachen von wirtschaftl. geeigneten Projekten sowie deren Bearbeitung, Verhandlung und Überwachung, Joint venture-consulting, Feasibility- 2 Project-Studies, Investment- & Project Management, Financing Engineering, Personaltraining –

besondere Erfahrungen mit Länder-Know-how für Arabien und Westafrika.
- Marketing & Trading, Marktanalyse, Absatz- und Vertriebsstrategie, PR, Produkteneinführung, umsatz- und ergebnisverantwortliche Führung einer Auslandsgesellschaft, evtl. Übernahme eine Firmenvertretung, auch Übersee, Fernost – Singapore – und in Entwicklungsländern.

Zuschriften unter W 3603 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Marketing/Vertriebsleiter (Dipl.-Betriebswirt)
37 Jahre, mehrj. Verkaufs- u. Führungserf. in Industrie und Dienstleistung, flexibel, einsatzfr., belastbar, stark in Konzeption und Umsetzung, sucht verantw. Wirkungskreis im Verkauf/Vertrieb.
Zuschr. u. PM 47565 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

KFM. LEITER / CONTROLLER
43 J., betriebsw. Studium, 25 J. Berufserfahrung (Ind.), dav. 14 J. Führungspraxis. Derzeit als kaufm. Leiter/Pers.-Leiter im mittl. Untern. (40 Mio.) tätig, sucht herausfordernde Aufgabe i. Rahmen einer
KFM. GESCHÄFTSFÜHRUNG
Langj. Erfahrungen:
- Ausbau u. Führung Finanz- u. Rg.-Wesen
- praxisnahes Controlling
- Aufbau- u. Ablauforganisation
- Personalwesen, Recht, Versicherungen
- Verhandlungsführung
- Branchenkenntnisse Metall, Bau, Nahrungsmittel

Kontakte erbeten unter C 3609 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

KOLUMBIEN
Bankkaufmann, 47, 15 Jahre Landeserfahrung, als Allein-Geschäftsführer eines deutschen Unternehmens außerordentlich erfolgreich, erfahren in Marketing, Verwaltung und Produktion, sucht neue interessante Aufgabe in Kolumbien oder evtl. Deutschland.
Ang. erb. u. U 3601 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Ing. FH
44 J., *führungserfahren, sucht Position als techn. Leiter/Geschäftsführer,* Ltr. Produktentwicklung im Bereich der Metall- u. Kunststoff-Verarbeitung, die eine unternehmerisch denkende Persönlichkeit erfordert.
Erfahrungen:
- Großserienfertigung, Automobilzubehör, elektrotechn. Armaturen
- Spanlose u. spanende Fertigung, Kunststoffverarbeitung, Montage
- Kreative Produktentwicklung, div. Patente, Patentwesen
- Projektmanagement, Kostenrechnung
- Werkzeug-, Vorrichtungs- u. Formenbau
- Techn. Verkauf, Akquisition u. Kundenberatung
- Englisch konferenzsicher, Auslandserfahrung

Zuschriften erbeten unter PL 47 507 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Personalleiterin
Dr. rer. pol., 49 J., dynamisch, kompetent für zeitgemäße, leistungsorientierte Personalpolitik, mit langjähr. u. internat. Führungserfahrung, sucht neuen Wirkungskreis.
Angeb. erb. unter P 3619 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Chefsekretärin / Chefassistentin
(42) langjährige Berufserfahrung als Vorstandssekretärin, mit perfekten Französisch- und Englischkenntnissen, ausbaufähige Grundkenntnisse im Italienischen und Spanischen, mit allen üblichen Sekretariatsarbeiten bestens vertraut, flexibel, belastbar und „sturmerprobt", familiär ungebunden, deshalb auch gerne gelegentliche Reisetätigkeit, wünscht sich neue verantwortungsvolle Vertrauensstellung.
Zuschriften erbeten u. X 3604 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

PC-Chef
34 J., in ungek. Stellung, sucht im Laufe des Jahres 1984 neue, verantwortungsvolle Aufgabe im Großraum Hamburg als Innendienstleiter.
- Ausbildung zum Groß- und Außenhandels-Kfm.
- 14 J. Berufserf., vorrangig im Vertrieb (auch Außendienst)
- die letzten 3 Jahre im Personalbereich
- Erfahrung im Auswerten von EDV-Material u. aussagefähige Englischkenntn.

Angeb. erbeten unter PF 47 559 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Raum NRW, Dipl.-Ing. (TU)
Verfahrenstechnik, 34 J., ungek., sucht entwicklungsfähige Tätigkeit als Projekt- oder Verkaufsingenieur, mech. Verf.-Technik und Anlagenbau bevorzugt.
Angeb. erb. u. B 3608 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bankkaufmann
39, unternehmerisch, aktiv u. kreativ, bis 12/83 Assistent d. Geschäftsführung Vertrieb/Verwaltung, prakt. Betriebswirt, Abschl. IHK/AfW Seminar f. Unternehmensführung, Sprachen, Banker (15 J.)/Auslandserf., Schwerp. Auslandssekretariat, Vertrieb Waren/Dienstleistungen BAV, Baufinanz./LV, sucht sofort neue Aufgaben als Angestellter. Angeb. erb. u. PL 47564 an *WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36*

Bankdirektor
35 J., ungek., mit lgj. Erfahrungen in allen Sparten des Kreditwesens (unter anderem Leasing, Factoring, klass. Kreditgeschäft, Baufinanzierung), z. Z. Filialleiter mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet, gute Referenzen, sucht neuen verantwortungsvollen Aufgabenbereich in Norddeutschland.
Angebote erbeten unter C 3587 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

MAURER
27 J., gut Englischkenntn., sucht Job im Ausland.
Angeb. erb. u. L 3726 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Geschäftsführer
45 J., mit langj. Erfahrungen in bedeutenden Hotel-/Restaurantbetrieben u. guten Referenzen sucht ausbaufähige Position (auch als Oberkellner) mögl. in Hamburg.
Angebote unter D 3588 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Ing. FH
40 Jahre, ledig, nicht ortsgebunden, langj. Erf. in Projekt u. Verkauf von Industrieanl. wie Silierung, Dosierung pneum. Förderung, Entstaubung, sucht neuen Wirkungskreis.
Ang. u. T 3600 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

SUCHE Montagearbeit (Ausland)
Facharbeiter, 35 Jahre
Baumaschinist
Kfz-Mechaniker
sofort/später.
Ang. u. R 3598 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Ich
Tschechin, 30 J., unabh., z. Z. Hamburgerin, Abi, Bürokaufm., mö. nach Bayern auswandern. Suche Berufs-/Lebensaufgabe, hügeliges Umland, weniger von der nördlichen Kälte.
Angeb. erb. u. E 3435 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing (FH) Hochbau
Examen 1/84, sucht 1. Wirkungskreis.
Ang. erb. unt. PT 47 570 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Bauingenieur
30 J., Auslandserfahrung, flexibel, sucht neuen Wirkungskreis.
Ang. u. E 3589 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Organisation, Repräsentation, Beratung sind Stärken von 40jähr. unabh. zuverlässiger Dame in ungekd. Stellung. Weitgereist, fließ. Englisch, franz. Kenntnisse, kaufm. Kenntnisse. Bisherige Tätigkeiten Flugbegleiterin DLH, Fotostudioleiterin, Reiseleiterin, Referentin, Schulungsassistentin in Kosmetikbranche. Suche baldmöglichst verantwortungsvolle, denkerforderliche Tätigkeit, möglichst Hamburg.
Angeb. erb. u. H 3592 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Bau-Ing. (Dipl.-Ing.-TH)
10 J. Praxis, konstr. Ing.-Bau, speziell Grundbau/Bodenmechanik (Consulting, Grundbaubüro, wissensch. Versuchsanstalt), sucht dauerhafte Stellung.
Angeb. erb. u. Y 3605 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Pens. Kriminalbeamter
– Anfang 40 – beherrscht Analyse/Inquiring, sucht entsprechende Tätigkeit.
Ang. erb. u. M 3617 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Organisationsleiter
u. staatlich geprüfter Betriebswirt strebt langfristig die Übernahme einer Bezirksdirektion im PLZ-Gebiet 28, 29 an. Angebote unter M 3595 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Assessorin
28 Jahre, verheiratet, 2. jur. Ex (NRW) ausr. (ohne Anrechnung der Vornoten), Stationszeugnisse gut bis vollbefr., während der Referendarzeit 6monatige Tätigkeit in renommierter Anwaltskanzlei, sucht Anfangsstellung bei Rechtsanwalt oder Verband, ggf. auch Teilzeitarbeit in Großraum Köln, Düsseldorf, Aachen.
Ang. u. S 3599 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

KAUFMANN
42 Jahre, verh., ortsungebunden, 20 Jahre Mineralölerfahrung in Transport, Versorgung, Ein-/Verkauf, national – international, sucht neuen Wirkungskreis.
Ang. u. P 3597 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Franz. Sprachstudentin
sucht Stelle als „Au-Pair-Mädchen" in einer Universitätsstadt. Will gleichzeitig die Uni besuchen. Frei sofort, Dauer 6 Monate.
Anne LEROUX, 14, rue Madame de Sévigné, 41000 BLOIS, F – Tel. 00 33 54/43.49.41

Dipl.-Ing. Elektrotechnik
Studienmodell Nachrichtensysteme, Uni Karlsruhe (TH), 29 J., *ledig,* sucht per sofort Anfangsstelle in Montage, Service, Fertigung o. ä.; **interessiert an längerbefristeter Auslandstätigkeit** (Afrika, Asien bevorzugt). Ausbaufähige Englisch- u. Französischkenntnisse sowie Programmiererfahrung in FORTRAN 77 und Algol 60 vorhanden.
Angebote erb. unter L 3594 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Jurastudent, 28, gel. Sped.-Kaufmann, möchte Stud. abbrechen u. sucht Wiedereintritt ins Berufsleben. Nicht notww. Sped. Angeb. erb. u. M 3727 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Ingenieur
Anf. 40, langjährig als Prokurist für Verkauf und techn. Leitung im Fertighallenbau tätig, sucht neuen Wirkungskreis. Es wird auch an die Übernahme einer Handelsvertretung gedacht.
Angeb. erb. u. N 3728 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Suche ausbauf. Aufgabenstellung als Mittler zw. Produktion u. Vertrieb i. techn./kfm./organ. Ber. ab 1. 4. 84. Zur Person: 37 J., tätig i. Verk. (Innen- u. Außend. i. Hamburg), krempelt auch mal die Ärmel hoch, geradlinig, einsatzber., viels., verantwortungsv., Meisterbriefe Metallhandwerk, Betriebswirt VWA. Chiffre PO 47566 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Verkaufstrainer
(27 J.), Außendiensterfahrung, 4 Jahre Trainingserfahrung im Markenartikelbereich, sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe im Trainingsbereich.
Zuschriften unter G 3591 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Wirtsch.-Ing. Transportwesen
30 J., verh., mobil, gute Englisch- u. Französischkenntnisse, mehrjährige erfolgreiche Tätigkeit im logistischen Projektmanagement, sucht ergebnisverantwortliche Aufgabe.
Zuschriften erb. u. N 3596 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Baukaufmann
32 J., 7 J. Auslandserfahrung, zuletzt i. Nigeria, sucht wieder Einsatz im Ausland.
Zuschr. unt. F 3678 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Leiter Marketing/Vertrieb ppa.
40, ungekündigtes Geschäftsleitungsmitglied, positive unternehmerische Grundeinstellung, langjährige sehr erfolgreiche Marketing-, Vertriebs- und Verkaufsführungspraxis, erfolgreich kreative Trainings-, Werbe-, Verkaufsförderungs- und PR-Praxis, sucht Geschäftsführungsaufgabe in expansivem Unternehmen im In- oder Ausland.
Angeb. erb. u. A 3607 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

HAMBURG
Funktion als kaufmännischer Leiter, Controller, von Dipl.-Volkswirt, 31, zum 1. 4. oder 1. 7. gesucht.
Erfahrungen in Marketing, F + R, Controlling, Organisation, EDV-Anwendung etc.
Kontakt unter U 3623 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Naturwissenschaftlerin
29 (Dr. hort.), ledig, ortsungebunden, mit Berufserfahrung auf dem Gebiet der Mikrobiologie und Biochemie, engl. und franz. Sprachkenntnisse, sucht neue, interessante Tätigkeit, gerne auch fachfremd.
Angebote erb. u. T 3622 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Kaufm. Leiter/ Verwaltungsleiter
42 J., Abitur, Industriekfm., mit fundierten prakt. Erfahrungen in:
- Rechnungswesen/Controlling (Bilanzbuchh., EDV, Konzernerf.)
- Materialwirtschaft/Einkauf
- Personalwesen (ausbildungsber.)
- Allgemeine Verwaltung

sucht adäquaten Verantwortungsbereich *in Industrie, Handel oder Dienstleistung.*
Qualifikationsmerkmale:
führungserfahren, belastbar, flexibel und kooperativ
Kontakte erb. u. R 3620 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte sucht Stellen für:
Bundesanstalt für Arbeit

Volljurist mit Fremdsprachenkenntnissen
32, fließend: Span., Port., Engl., Franz., Ital., Türk., Arab., Pers., Auslandserfahrung; sucht Erststellung bei Unternehmen der Wirtschaft, Organisationen, Verbänden o. ä.
Auskünfte erteilt: Herr Vogel, **Fachvermittlungsdienst Kiel** Muhliusstraße 38, 2300 Kiel 1, ☎ 0431/907-342, FS 292673

Assessor Jur.
Verh., 1 Kind, 2jähr. Banklehre, Lt. d. Res., 3 Mon. Verw. Hochschule Speyer, Teilnahme an Kursorientation in The US Legal System, Washington, Dc.; sucht Tätigkeit bei Bank, Versicherung oder Verband. Möglichst nicht Rechtsabt.
Auskünfte erteilt: Herr Vogel, **Fachvermittlungsdienst Kiel** Muhliusstraße 38, 2300 Kiel 1, ☎ 0431/907-342, FS 292673

Dipl.-Ing. Bauwesen
42, Ing. Bau, Hoch- und Tiefbau sowie schlüsselfertiges Bauen, Erf. in Bauleitung, Kalkulation und Planung, kostenbewußt und führungserf. bei baubetriebl. Organisation von umfangreichen Bauausführungen in großen Bauunternehmen der Bauindustrie; sucht verantw. u. ausbaufähigen Aufgabenbereich im Großraum Hamburg.
Auskünfte erteilt: Herr Fenger, **Fachvermittlungsdienst Kiel** Muhliusstraße 38, 2300 Kiel 1, ☎ 0431/907-343, FS 292673

Verkaufsleiter
36, verh., mit Grundausbildung zum Bankkaufmann und Handelsschulabschluß (mittlere Reife), Auslandserfahrung – speziell in Großbritannien. Mit allen Büroarbeiten, Personalaufgaben, Organisation, Werbung (Texten), PR bestens vertraut. Selbständige Korrespondenz in deutsch und englisch, beste Kontakte zu Menschen durch hohe Allgemeinbildung und *Einfühlungsvermögen. Unternehmerisch denkend, selbstsicheres Auftreten,* Managementerfahrung und bereit, Pionierarbeit zu leisten. Branchenkenntnisse in der Film-, Foto- und Video-Industrie, Software wie Hardware. Suche eine langfristige Position, möglichst im leitenden Bereich – auch europäisches Ausland.
Angebote unter K 3593 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Geschäftsführer USA
Erfolgreicher deutsch-amerikanischer Geschäftsführer eines mittl. *US-Produktionsbetriebes mit internationalen Verkäufen;* Erfahrung im Geschäftsaufbau, Controlling und Planung; verkaufs-/profitorientiert, sucht verantwortungsvolle Aufgabe als Geschäftsführer/Finanzleiter Ihrer bestehenden oder noch zu erstellenden US-Niederlassung.
Breloehr, 2430 Littlecote Ln., Richmond, Va. 23236, USA, Tel. 001-804-276-0048

EXPERTE
FÜR BAUHAUPTGEWERBE GESUCHT?
Schwerpunkte: Statistik, BAB, EDV, teilw. Steuerrecht (Bilanzen). 20jähr. Berufserfahrung – derzeit ungekündigt.
Kontaktaufnahme erbeten unter V 3602 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Geschäftsführer – Handel
37 J., Abitur, langj. leitende Funktion in Warenhaus, Großhandel, Fachhandel, Baumarkt. Schwerpunkte: Sortimentsentwicklung, Einkauf, Vertrieb, EDV, Einzel-, Großhandelsmarketing und Organisation. Systemorientierte Filialensteuerung. Branche: Gebrauchsgüter. Suche Führungsposition in Handel oder Handelsbereich der Industrie oder Aufbau eines Unternehmens.
Angebote erbeten unter. V 3634 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

CHEMIKER - DV
Anwendungsentwicklung (techn.-wissenschaftl.): Analyse, Programmierung/Assembler, Cobol, Fortran, CICS. Dipl.-Chemiker, promov., 35 J., sucht entspr. Aufgabe, vorzugsweise Raum NRW. Zuschr. erb. u. P 3729 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Einkaufsleiter
42 J., 20jähr. Erfahrung im techn. u. kaufm. Beschaffungswesen, Materialwirtschaft, Lager u. allg. Verwaltung, sucht neuen Wirkungskreis.
Ang. u. PO 47547 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Auslandsprobleme
löst für Unternehmer/Unternehmerberater versierter Außenhandelskaufmann, fließend Englisch, Spanisch, Französisch, reisebereit, auch freiberuflich, bei garantiertem Fixum.
Angebote erb. u. W 3625 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Sicherheitsfachkraft
29 Jahre, Meister, gelernter Elektro-Installateur, Arbeitssicherheitslehrgang A, B u. C gem. ASiG, mit Erfahrung durch Tätigkeit auf Großbaustelle, durch Inbetriebnahme und Betrieb von Industrieanlagen u. Werkstätten, sucht Tätigkeit auf dem Gebiet der Arbeitssicherheit.
Angeb. erb. u. S 3621 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Steueroberinspektorin
30 J., StB-Prüfung 1984, sucht neuen Wirkungskreis, HH-Innenst., z. 15. 10. 84.
Ang. erb. unt. F 3590 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (Chemie)
44 J., TH u. FH, gel. Chemie-Lab., kaufm. Zusatzstudium, sucht wirtsch.-techn. Tätigkeit.
Ang. u. Z 3606 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Klage-Löbke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Herrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheke (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten, Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten, WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44
Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61
Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13
Telex 4 185 535

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.
Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt
Herstellung: Werner Kozlak
Anzeigen: Dietrich Windberg
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

MOTORSPORT / Schon drei Audi-Teams vorne

Tiefstapler Röhrl beim Monte-Carlo-Roulett um 20 Millionen Mark

sid/DW. **Grospierre**

Nach den ersten fünf von 30 Sonderprüfungen der 52. *Rallye Monte* Carlo liegen Walter Röhrl und Christian Geistdörfer, die Vorjahressieger, mit nur 13 Sekunden Rückstand auf ihre schwedischen Audi-Teamkollegen Stig Blomqvist/Björn Cederberg an zweiter Stelle. Und das, obwohl Röhrl vor seinem ersten ernsthaften Einsatz mit dem 360 PS starken, allradgetriebenen Quattro immer wieder behauptet hatte, daß er nach 18 Rallye-Jahren mit heckgetriebenen Fahrzeugen eine längere Eingewöhnungszeit für den Audi brauche.

Der Starterfolg von Röhrl und dem Ingolstädter Werk – auf dem dritten Platz liegen der finnische Weltmeister Hannu Mikkola und sein schwedischer Beifahrer Arne Hertz (ebenfalls Audi) – wurde vom tödlichen *Unfall eines Zuschauers* überschattet. Der Franzose Guy Chasseuil hatte *in der dritten* Sonderprüfung von Saint-Jean-en-Royans nach La-Chapelle-en-Vercours auf schneeglatter, abfallender Fahrbahn die Gewalt über seinen Audi 80 Quattro verloren und war in eine Zuschauergruppe gerast. Eine Person wurde getötet, zwei andere schwer verletzt.

„Ich wollte einer größeren Gruppe ausweichen, die im Notausgang der Kurve stand", sagte Chasseuil. „Dabei bin ich in die Absperrung gefahren und zum Stillstand gekommen. Ich habe erst gar nicht gemerkt, daß ich jemand verletzt habe." Der Franzose gab anschließend auf, wurde jedoch vom Veranstalter in Schutz genommen: „Die Zuschauer standen an einer völlig unmöglichen Stelle. Sie befanden sich am äußeren Straßenrand des Kurvenausgangs und standen direkt in einer unmittelbaren Gefahrenzone."

Die 39 km lange Sonderprüfung wurde anschließend annulliert. Wäre das nicht der Fall gewesen, könnte Röhrl bereits mit 26 Sekunden Vorsprung in Führung liegen, denn auf dem verhängnisvollen Teilstück hatte er Blomqvist pro Kilometer eine Sekunde abgenommen. „Der angebliche Lehrling führt den Meistern hier etwas vor", sagten Blomqvist und Mikkola. Der Finne ist bereits seit Audis WM-Debüt vor drei Jahren für das Ingolstädter Werk dabei, Blomqvist seit eineinhalb Jahren. Bei dem Schweden hatte Röhrl sich noch vor zwei Wochen abgeschaut, wie man den Quattro bei glatter Fahrbahn mit Gasgeben und gleichzeitigem Bremsen um glatte Ecken driften läßt.

„Ich habe schon immer vermutet, daß Röhrl ein Tiefstapler ist", sagte Audi-Sportchef Roland Gumpert, als die etwa 200 Starter um kurz nach 5 Uhr am Dienstagmorgen zu einer neunstündigen Pause in Grospierre im Ardeche-Gebiet eintrafen. Der Finne Markku Alen, der im letzten Jahr als Zweiter hinter Röhrl für einen Lancia-Doppelsieg gesorgt hatte, meinte: „*Mit Röhrl* muß man immer rechnen, egal, welches Auto er fährt."

Über 3000 Reifen für die Wettbewerbswagen, 15 sogenannte „Eisspione", darunter ehemalige Welt- und Deutsche Meister, fast 100 Mitarbeiter – *den Favoriten Audi* und Lancia ist für einen Sieg bei der Rallye Monte Carlo kein Aufwand zu hoch. Der Gesamtaufwand wird auf mehrere Millionen Mark geschätzt.

1570 Reifen für die drei allradgetriebenen, 360 PS starken Quattro der Teams Röhrl/Geistdörfer, Mikkola/Hertz und Blomqvist/Cederberg wurden allein für Audi bereitgestellt. Je 500 Reifen kalkulierte Lancia für die drei Werkswagen von Alen/Kivimäki (Finnland), Bettega/Perissinot (Italien) und Andruet/„Biche" (Frankreich) ein. 40 Leute, vom Mechaniker bis zum Ingenieur, begleiten für Audi den Wettbewerb in acht kleinen Lastwagen *und fünf kleineren Kombiwa*gen, die schnell dorthin dirigiert wer*den können, wo etwas passiert ist*, um mit einem fahrbaren Ersatzteillager die jeweils 300 000 Mark teuren Wagen am Laufen zu halten. Allein die Personalkosten belaufen sich auf 450 Mark pro Tag und Mann. 43 Mitarbeiter verteilen sich bei Lancia auf sechs Service-Transporter und fünf kleine Kombiwagen.

Zwanzig Millionen Mark – von de*nen die Hälfte ein Sponsor* trägt – stehen dem Audi-Team als Sportetat in diesem Jahr zur Verfügung. Und Roland Gumpert, der Audi-Sportchef, sagte dazu in einem Gespräch mit der Fachzeitschrift „rallye racing": „Wir meinen, daß durch unsere Arbeit 50 Prozent des Geldes zurückfließen in den Bereich der Serienautos, so daß dieses Geld sowieso nicht verloren ist. Zumindest nicht, wenn man es macht wie Audi, wenn man vom Prinzip der Serien-Basis nicht abrückt."

Der allradgetriebene Quattro verblüffte denn auch die Audi-Kundschaft in erster *Linie* durch seine Rallye-Erfolge. Bei der Rallye Monte Carlo *setzen die Ingolstädter die bei*den Weltmeister Walter Röhrl und *Hannu Mikkola sowie den Schweden* Stiv Blomqvist ein. Bei anderen Rallyes *wird zusätzlich noch die französische* Vize-Weltmeisterin Michèle *Mouton fahren, die als beste Frau der* Welt hinter dem Steuerrad gilt.

Damit hat Audi der Konkurrenz fast die gesamten Stars vor der Nase weggekauft, aber schließlich geht es darum, daß sportliche Image der Marke Audi noch weiter als bisher aufzuwerten. Die Sporterfolge haben immerhin schon Serienautos wie dem Audi 100 oder dem luxuriösen Audi 200 den Verkaufsstart erleichtert. Die biedere Epoche der Audi-Produzenten, als man Autos „für den klassischen Hutträger" (Audi-Konstrukteur Piech) produzierte, scheint mit Hilfe des permanenten Rallye-Einsatzes zu Ende zu sein. Selbst Käufer, die in den letzten Jahren stets auf Mercedes, BMW und Porsche gesetzt hatten, stiegen zum Teil um. 1983 verkaufte Audi zum Beispiel vom Quattro in der Bundesrepublik mehr Autos als Porsche in der vergleichbaren Preislage (rund 67 000 Mark).

Selten zuvor hat freilich eine Automarke ihren Erfolg so eng mit Erfolgen im Sport verknüpft wie Audi. 20 Millionen Mark Einsatz – sie müssen sich eben lohnen.

HANDBALL / WELT-Interview mit Bundestrainer Simon Schobel vor der angeblichen Krisensitzung in Frankfurt

„Lasse mir keinen öffentlichen Krieg mit Wunderlich aufdrängen"

BERND WEBER, **Bonn**

Die deutsche Handball-Nationalmannschaft hat beim Worldcup-Turnier in Schweden – Letzter ohne Punktgewinn – versagt. Morgen, so hieß es, fände eine „Krisensitzung" des Verbandes mit Bundestrainer Simon Schobel in Frankfurt statt. Die WELT sprach mit Schobel über die aktuelle Situation.

WELT: Die Kritik an Ihnen ist nach dem total verpatzten Worldcup-Turnier noch lauter geworden, als sie es vorher ohnehin schon war ...

Schobel: Ich muß da gleich einhaken. Natürlich war die Mannschaft, war auch ich ziemlich enttäuscht darüber, daß wir in Schweden alle Spiele verloren haben, gar keine Frage. Ich wehre mich dennoch mit aller Entschiedenheit *dagegen, die Reise* dorthin in Bausch und Bogen als total *verpatzt zu bezeichnen.*

WELT: Mit Ihrer Einschätzung stehen Sie wohl ziemlich alleine da.

Schobel: Das glaube ich nicht. Aber wie auch immer: Man sollte sich, bei aller zugestandenen Kritikfreudigkeit, dennoch bemühen, die Dinge fair zu sehen.

WELT: Wie sollte man sie sehen?

Schobel: Erstens steht fest, daß wir noch nie mit einer so jungen Mannschaft an einem Turnier teilgenommen haben, das so gut besetzt war. *Zweitens hatte ich vor der Abreise* lediglich die Möglichkeit, zwei oder drei theoretische Trainingseinheiten mit dem Team durchzuführen. Und drittens haben wir der Öffentlichkeit vorher ganz eindeutig erklärt, daß wir beim Worldcup mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eine Menge Lehrgeld zahlen müßten.

WELT: Lassen wir die Schelte der Medien mal außen vor. Ihr eigener Torwart, Andreas Thiel vom VfL Gummersbach, hat behauptet, daß er noch nie in einer so schwachen deutschen Mannschaft gestanden habe.

Schobel: Ich habe mit Andreas darüber *gesprochen. Und nach diesem* Gespräch bin ich sicher, daß er den *Vorwurf in dieser massiven Weise* nicht mehr aufrechterhalten wird. Er hat ihn direkt nach dem Schlußpfiff des verlorenen Spiels gegen Spanien erhoben. Zu diesem Zeitpunkt war er so sauer, daß er einfach überzogen hat.

WELT: Sie persönlich fühlen sich von Thiel also nicht ins Visier genommen?

Schobel: Ich glaube schon, daß er in der ersten Rage auch *wütend auf* mich war. In erster Linie aber hat er *mit seinem Ausspruch* einige Mannschaftskameraden anrempeln, das heißt wachrütteln wollen.

WELT: Dieter Ehrich vom Bundesausschuß für *Leistungssport und* in Schweden dabei, hat darüber *gemotzt, daß Sie in Situationen*, in denen Ruhe und Übersicht angebracht gewesen wären, durch hektisches Auswechseln viel zum Mißerfolg beigetragen hätten.

Schobel: Ich betone noch einmal, unsere *Mannschaft war jung* und hat in dieser Formation noch nie zusammengespielt. Für mich war es außerordentlich wichtig, die verschiedenen Variationsmöglichkeiten, die in diesem Team stecken, voll durchzuprobieren. Der Test war mir wichtiger als die Ergebnisse, und es war mir die ganze Zeit über völlig klar, daß da, wo viel experimentiert wird, auch viel danebengehen kann.

WELT: Sepp Wunderlich hat aus Barcelona gemäkelt, Sie wüßten überhaupt nicht, was Sie wollten ...

Schobel: Ich lasse mir jetzt nicht einen öffentlichen Krieg mit dem Sepp *aufdrängen.* Deswegen werde ich erst noch mal ein ausführliches Gespräch mit ihm suchen, bevor ich reagiere. Nur so viel kann ich jetzt schon rauslassen: Zwischen Weihnachten und Neujahr habe ich mich sehr lange mit Wunderlich unterhalten. Ich habe ihm erläutert, wie ich die Dinge sehe, wohin die Reise meiner Meinung nach hin gehen muß und was er dazu beitragen könnte, um das Ziel zu erreichen. Wir waren in nahezu allen Sachfragen einer Meinung. Deswegen bin ich überrascht und natürlich auch ein wenig enttäuscht über den Querschuß aus Barcelona. Mehr möchte ich dazu im Moment nicht sagen.

WELT: Glauben Sie denn, daß die *Mannschaft*, überhaupt eine Zukunft besitzt?

Schobel: Natürlich muß es da fortlaufend Ergänzungen geben. Aber grundsätzlich bin ich von den Leuten überzeugt. Erfolg basiert in erster Linie auf Harmonie. Die aber ist nur zu erreichen, wenn man viele Trainingseinheiten miteinander absolviert und wenn man viele Spiele in gleicher Besetzung bestritten hat. Dies durchzuziehen ist mein Ziel. Wenn, wovon ich außerdem fest überzeugt bin, *alle* knallhart mitarbeiten, werden wir schon bald Erfolge haben.

WELT: Besitzen Sie nach den vielen Querschüssen *noch genügend* Autorität?

Schobel: *Das steht für mich* außerhalb jeder Diskussion!

***WELT:** Morgen wird in Frankfurt* eine Krisensitzung des Deutschen *Handball*-Bundes zusammen mit dem Bundesleistungsausschuß *stattfinden.* Haben Sie nicht die Befürchtung, daß es da auch um Sie geht?

Schobel: Ich bezeichne das Wort ‚Krisensitzung' als unverschämte Erfindung. Das Ganze wird ein reines Termingespräch sein, und es wird unter anderem auch der Vorbereitung zu dem großen Bundesliga-Trainer-Forum dienen, das wir am 5. Februar in Frankfurt haben werden.

WELT: Sie wollen aber doch nicht im Ernst behaupten, daß Sie morgen über das World-Cup-Turnier in Schweden gar nicht diskutieren werden?

Schobel: Sicherlich werden wir auch darüber reden. Aber ich sage es noch einmal: Der Ausdruck Krisensitzung ist völlig aus der Luft gegriffen.

STAND PUNKT

Eine Illusion: Genormte Bobs

Bob-Szene 1984: Wenn die „DDR" daheim in Oberhof testet, marschiert das Militär mit schußbereiter Waffe auf – geheime Kommandosache. Wenn die Sowjets ihre hypermodernen Schlitten im Ausland abstellen, geht der Bob-Klau um. So geschehen am letzten Wochenende in Igls bei Innsbruck. Moderne Zeiten, hysterische Zeiten, „denn die technische Entwicklung der Schlitten überrollt alles", sagt Siegfried Radant, der Sportwart des deutschen Verbandes.

In der Szene – so scheint's – flippen sie aus: In der „DDR" haben sie in der Nähe von Dresden sogar ein eigens nur mit Schlittenbau befaßtes Forschungsinstitut eingerichtet. Mindestens eine halbe Million Mark soll schon vor vier Jahren die Entwicklung des (untauglichen) Opel-Schlittens verschlungen haben. Geld, Geheimniskrämerei und Spionage – drei Dinge braucht der Bobfahrer von heute, will er Erfolg haben.

Klaus Kotter, der deutsche Präsident des internationalen Verbandes, will „diese ungute Entwicklung" (Radant) stoppen. Künftig sollte es nur noch Einheitsschlitten geben – es lebe die olympische Chancengleichheit, oder? Mal abgesehen davon, daß die Tüftelei der Techniker Teil dieses Sports ist, kann Kotter kaum auf Gegenliebe hoffen. Warum sollte die „DDR" ihr Institut dichtmachen? Warum die Sowjets ihre Pläne vernichten? Und was ist mit den Italienern, die alle übrigen Verbände beliefern?

Aber vielleicht hilft, wie in der Formel 1, eine rigorose Regeländerung. Aber, wird dann Bobfahren nicht ebenso trist wie Rodeln?

K. Bl.

SKI ALPIN

Ein Tag der Schweden

PETER LAND, **Kirchberg**

Schwedischer Tag beim Weltcup-Riesentorlauf der Herren in Kirchberg (Tirol). Ingemar Stenmark feierte mit zwei Laufbestzeiten seinen 40. Weltcup-Erfolg in dieser alpinen Disziplin, sein 23jähriger Landsmann Joergen Sundquist belegte überraschend den dritten Platz. Der Junioren-Weltmeister im Riesentorlauf, Johan Wallner, wurde Achter.

Im ersten Durchgang deklassierte Stenmark die Konkurrenz. Der für Luxemburg startende Österreicher Marc Girardelli lag als Zweiter 1,22 Sekunden zurück – im Riesentorlauf sind das Welten.

Im zweiten Durchgang attackierte Girardelli jedoch mit vollem Einsatz *auf der sehr steilen* und überaus eisigen Piste. Im Ziel trennten ihn nur *noch drei Hundertstelsekunden von* Stenmark. Marc Girardelli, der hinter *dem Schweden Zweiter* wurde, ist damit der erfolgreichste Läufer der *vorolympischen Weltcup-Rennen.*

Doch die eigentliche Überraschung schaffte Stenmarks Landsmann Sundquist, der sich mit der hohen Startnummer 36 bis auf den dritten Platz vorkämpfte. Noch im vorigen Winter plazierte sich Sundquist meistens um den 30. Platz herum. Lediglich beim Weltcup-Riesentorlauf in Gällivare wurde er im vorigen Winter Elfter. Sundquists letzte Saison-Bilanz: Rang 59 im Weltcup und Platz 30 im Europa-Pokal ...

Egon Hirt (Titisee) belegte den 10. Platz. Eine Woche zuvor hatte er in Kirchberg noch einen FIS-Slalom vor der Weltspitze gewonnen.

SPORT-NACHRICHTEN

Pause für Schuster

Barcelona (dpa) – Der deutsche Fußball-Nationalspieler Bernd Schuster hat von den Ärzten seines Vereins FC Barcelona ein vorläufiges Trainingsverbot erhalten. Schuster leidet an einer Zerrung im rechten Oberschenkel.

Vierter Saisonsieg

Stuttgart (dpa) – Die Brüder Alexander und Manfred Donike, Söhne des weltbekannten Doping-Experten Manfred Donike, gewannen ihr viertes Amateur-Sechstagerennen dieser Saison. In Stuttgart lagen sie mit 110 Punkten vor Mathias Beger/Jürgen Schweigardt (Stuttgart/Heilbronn), die 80 Punkte sammelten.

Michael Paul operiert

Frankfurt (sid) – Michael Paul, Handball-Nationalspieler vom TV Großwallstadt, ist in Frankfurt am Meniskus operiert worden. Der 23jährige Rückraumspieler fällt mehrere Wochen aus. Michael Paul hatte sich diese Verletzung beim Aufwärmen vor dem Bundesligaspiel Gummersbach gegen Großwallstadt am 17. Dezember 1983 zugezogen.

Weller: Neuer Termin

Frankfurt (sid) – Die Leichtgewichts-Europameisterschaft der Berufsboxer zwischen dem italienischen Titelverteidiger Lucio Cusma und René Weller (Pforzheim) soll am 9. März in Frankfurt ausgetragen werden. Die Verschiebung der Titelrevanche war notwendig geworden, weil Cusma den Veranstaltern zum 3. Februar eine Absage wegen einer Handverletzung erteilt hatte.

Hockey: Gute Lose

Hamburg (dpa) – Die Auslosung für den Europacup der Hockey-Landesmeister bescherte den beiden deutschen Teilnehmern lösbare Aufgaben. Die Herren der TG Frankenthal treffen auf Neston HC (England), HC Klein Zwitzerland (Niederlande) und HC Eur Spei (Italien). Die Damen des RTHC Bayer Leverkusen gegen Slough LHC (England) Kolos Borispol (UdSSR) und Penarth LHC (Wales).

ZAHLEN

SKI ALPIN

Weltcup-Riesenslalom der Herren in Kirchberg: 1. Stenmark (Schweden) 3:13,96, 2. Girardelli (*Luxemburg*) 3:15,21, 3. Sundquist (Schweden) 3:16,36, 4. Franko (Jugoslawien) 3:16,48, 5. Hinterseer (Österreich) 3:16,68, 6. Thomas Bürgler (Schweiz) 3:16,80, 7. P. Mahre (USA) 3:16,89, 8. Wallner (Schweden) 3:16,96, 9. Giorgi (Italien) 3:17,10, 10. Hirt (Deutschland) 3:17,79.

Motorsport

52. *Rallye Monte Carlo*, erster Lauf zur Weltmeisterschaft, Zwischenstand nach fünf von 30 Sonderprüfungen: 1. Blomqvist/Cederberg (Schweden), Audi Quattro, 1:34:30 Stunden, 2. Röhrl/Geistdörfer (Deutschland), Audi Quattro, 0:13 Minuten zurück, 3. Mikkola/Hertz (Finnland/Schweden), Audi Quattro, 1:27, 4. Therier/Cresto (Frankreich/Italien), Renault 5 Turbo, 4:18, 5. Saby/Andrie (Frankreich), Renault 5 Turbo, 5:52, 6. Alen/Kivimäki (Finnland), Lancia Rally, 6:34 zurück.

Volleyball

Bundesliga (Herren), Nachholspiel vom 7. Spieltag: VC Passau-Hamburger SV 2:3 (9:15, 15:11, 15:17, 15:13, 12:15).

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 598 335,40, 2: 110 802,80, 3: 3914,10, 4: 91,70, 5: 8,10. – *Auswahlwette 6 aus 45:* Klasse 1: 523 713,60, 2: 91 780,50, 3: 1464,50, 4: 33,–, 5: 4,–. – **Toto:** Elferwette: 1. Rang: 118 666,50, 2: 1745,–, 3: 138,50. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 426,70, 2: 42,10. – Rennen B: Klasse 1: 482,40, 2: 22,10. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 43 649,60.

(Ohne Gewähr).

RADSPORT

Moser jetzt noch schneller

sid/dpa, **Mexiko-City**

Der Stundenweltrekord galt im Radsport als Nonplusultra. Nur die Besten der Besten wagten sich an das Unternehmen, ihn anzugreifen. Jetzt hat der Italiener Francesco Moser zweimal innerhalb von nur vier Tagen neue Maßstäbe gesetzt. Am Donnerstag fuhr er in 60 Minuten in der Höhenluft von Mexiko-City 50,809 Kilometer. In der Nacht zum Dienstag legte er noch einmal 343 Meter (51,151 km) zu.

Zwei Stundenweltrekorde innerhalb dieser kurzen Zeit, das gab es noch nie. Auf dem Weg dahin verbesserte Moser auch gleich noch zwei Weltrekorde, die er bei seiner ersten Fahrt aufgestellt hatte: 5 km in 5:47,16 Minuten (vorher 5:48,20), was einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 54,78 km/h entspricht, und 20 km in 23:21,59 Minuten (vorher 23:30,92) gleich 51,69 km/h. Nach fünf Kilometern kam ein lästiger Wind auf, und seine Betreuer glaubten, er müsse aufgeben. Doch der 33 Jahre alte Moser biß sich durch. Tausende von mexikanischen Zuschauern durchbrachen nach einer Stunde die Absperrungen, Polizisten mußten Moser vor der begeisterten Menge schützen. Auf einer Pressekonferenz sagte er dann: „Das Straßenrennen Paris-Roubaix erscheint mir schwieriger als diese Angriffe auf den Weltrekord.

Der Italiener, dessen Spezialrad 100 000 Mark gekostet hat, fuhr eine Übersetzung (57:15), bei der er mit jedem *Pedaltritt 8,17 Meter* zurücklegte. Die Zeitung „Gazetto dello *Sport" schrieb: „Moser fuhr ins Jahr* 2000."

FORTBILDUNG

Grundlagen als Investition für die Zukunft

Das Bildungs- und Fortbildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland steht vor einer seiner größten Herausforderungen. Das, was das unternehmernahe „Institut der deutschen Wirtschaft" den „Anpassungs-Zwang" genannt hat, ist zu bewältigen. Es geht darum, immer mehr arbeitende Bürger dieses Landes durch eine praxisgerechte Aus- und Zusatzbildung in die Lage zu versetzen, sich in die Möglichkeiten und Anforderungen der neuen Technologien schnell einzuarbeiten.

Wir haben schon den ersten Schritt dieser „dritten industriellen Revolution" weitgehend verschlafen. Die Entwicklung und Produktion von Mikroelektronik und Mikroprozessoren laufen weitgehend in den USA und Japan ab. Was bleibt, ist die Erstellung der Software, die Anwendung – im Prinzip eine traditionelle Stärke der deutschen Wirtschaft.

Aber wie soll dies geschehen, wenn in einer Umfrage des Frankfurter Batelle-Institutes nicht einmal ein Drittel der Betriebe der Überzeugung ist, daß das eigene Personal für den Einzug der Mikroelektronik in das Unternehmen ausreichend gerüstet ist.

Dabei geht es gar nicht so sehr um den „Erwerb von Spezialkenntnissen auf Vorrat". Gefragt ist eine vorausschauende Qualifizierung, auf die dann im Bereich der betrieblichen und außerbetrieblichen Fortbildung aufgebaut werden kann. Um welchen Markt es dabei geht, zeigt das Beispiel der hochmodernisierten deutschen Automobilindustrie: Zwischen 1979 und 1982 hat sich die Zahl der Teilnehmer an Fortbildungsmaßnahmen um 20 Prozent auf 274 000 erhöht.

Zu den Grundlagen, die in der beruflichen Bildung gelegt werden müssen und auf denen später die Fortbildung aufbauen kann, gehört das Training im abstrakten, theoretischen Denken. Planungsfähigkeit und Kreativität müssen ebenso vermittelt werden wie die Fähigkeit zur Teamarbeit.

Es ist zu begrüßen, daß auch das Bundesbildungsministerium sich jetzt verstärkt in diesem Bereich mit einem umfangreichen Modellversuch engagiert.

Aber fast noch wichtiger wäre ein Engagement der Ressortkollegen von Frau Wilms, der Minister Stoltenberg und Lambsdorff. Anreize für die Industrie, sich auf diesem Gebiet in allgemeinbildenden Schulen und in Berufsschulen zu engagieren, wären eine lohnende Investition für die Zukunft. Amerikaner und Japaner haben diesen Weg längst beschritten.

Nur wenn sich alle Betroffenen extrem anstrengen, hat dieses Land eine Chance, im Wettbewerb zu bestehen. Grundkenntnisse in der Datenverarbeitung müssen auch bei uns sehr schnell zu einem Teil der Allgemeinbildung werden. p. p.

„Nicht Ein-, sondern Ausbildung"

Bildungspolitiker warnen vor einem Computer-Analphabetismus in der Bundesrepublik

PETER PHILIPPS, Bonn

Für Hans-Joachim Queisser, Direktor am Max-Planck-Institut für Festkörperforschung in Stuttgart, ist das „Wettrennen" auf dem Gebiet der Mikroelektronik zwischen USA und Japan einerseits sowie dem „alten Europa" andererseits „gegen uns schon fast entschieden". Europa sei bereits heute „tatsächlich unbedeutend" auf diesem Gebiet, „wir stehen bestenfalls in der zweiten Reihe".

Während einer Tagung der Akademie Loccum über „Neue Technologien und Schule" rechnete Queisser vor: „Wenn wir die Produktion hochwertiger integrierter Schaltkreise als eine Meßzahl nehmen, dann liegen Japan und USA gleichauf bei etwa 60 Mark pro Kopf und Jahr, die Europäische Gemeinschaft aber bereits einen Faktor 10 darunter."

„Im zweiten Glied"

Dies bedeute nicht nur wirtschaftlichen Verlust, sondern auch, „daß wir nicht mehr in der Lage sind, selbst kreativ auf diesem Gebiet zu wirken". Das „großartige intellektuelle Erlebnis Mikroelektronik" als eine „kulturelle Leistung werden wir eben nur im zweiten Glied nachempfinden". Bereits heute müßten die Europäer die „technischen Normen übernehmen, die die fortgeschrittene Entwicklung in anderen Gesellschaften mitliefert".

Queisser brachte die Anforderungen an unsere Gesellschaft auf die Formel: „Wenn wir nur überhaupt ein Schlagwort haben, das Chancen verheißt, die neuen Techologien zu nützen, und Gelegenheit gibt, die Gefahren der neuen Technologien abzuwenden, dann ist das Schlagwort nicht Einbildung, sondern Ausbildung."

Spät, wenn auch hoffentlich noch nicht zu spät, zeigen sich in der Bundesrepublik Deutschland Ansätze, eine solche Forderung in die Tat umzusetzen. Die verantwortlichen Bildungspolitiker suchen nach neuen Wegen, um den Computer-Analphabetismus bei der jungen Generation zu beseitigen. Die Computer-Fabrikanten stiften Anlagen für Schulen, obwohl es in der Bundesrepublik dafür bisher noch keine steuergesetzlichen Anreize gibt, wie zum Beispiel in den USA die „Lex Apple".

Der Paderborner Fabrikant Heinz Nixdorf rief im Oktober die anderen deutschen Elektronik-Hersteller zu gemeinsamen Aktivitäten in diese Richtung auf. Allein für seine Firma kündigte er die Spende von Tischcomputern im Werte von acht Millionen Mark für 250 Berufsschulen an. Die IBM-Deutschland stiftete im Dezember für die Lehrer-Ausbildungsseminare und 30 allgemeinbildende Gymnasien in Baden-Württemberg 100 „Personal Computer", nachdem das gleiche Unternehmen im November bereits 85 dieser Maschinen an Universitäten, Technische und Fachhochschulen übergeben hatte.

Nach Schätzungen von Experten werden bis zum Ende dieses Jahrhunderts mindestens 70 Prozent aller Beschäftigten an ihren Arbeitsplätzen mit den neuen Technologien in Berührung kommen. Dies bedeutet, daß eine Wissensvermittlung über Computer nicht auf den Unterricht in gymnasialen Oberstufen beschränkt werden darf, sondern sich zu dem entscheidenden Aus- und Fortbildungs-Thema der bevorstehenden Jahre entwickeln muß. Oder, mit den Worten von Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms: „Wir *brauchen diese hochwertigen Kenntnisse* in der beruflichen Erstausbildung und in der Weiterbildung heute und in Zukunft immer mehr, damit unsere Wirtschaft international konkurrenzfähig bleibt." Sie sagte zu, daß die Bundesregierung ihren Teil „zu der nötigen Anpassung der beruflichen Bildung" beitragen werde.

Frau Wilms gab dieses Versprechen bei der Präsentation einer von ihrem Haus mitfinanzierten Modellversuchsreihe „Neue Technologien in der beruflichen Bildung". Vom Berliner Bundesinstitut für berufliche Bildung und mit Beteiligung der Betriebe sollen bis zum Jahre 1987 die „tatsächlichen Grundlagen für Anpassungsmaßnahmen *in der beruflichen* Bildung" erarbeitet werden.

Erfahrungen übertragen

Dazu gehören die Übertragung von Erfahrungen, die einzelne Betriebe bei der Einführung der neuen Technologien gesammelt haben, ebenso wie Entwicklung und Erprobung von betriebs- und berufsfeldübergreifenden Grund- und Zusatzqualifikationen. Alle Berufe, die absehbar von der „dritten industriellen Revolution" besonders betroffen sind, sollen in den Versuchsreihen erfaßt werden.

Am Ende des - nach bisherigen Schätzungen - knapp 25 Millionen Mark teuren Vorhabens sollen nach dem Willen der Initiatoren „praxisgerechte Orientierungshilfen für die berufliche Bildung" stehen, die von Lehrgängen über Ausbildungsmittel und Organisationsmuster bis zu Vorschlägen über die Neugestaltung von Aus- und Fortbildungsordnungen reichen.

Zugelassen: Informatiker der Wirtschaft

Mar. Bonn

Im Bereich der Datenverarbeitung hat das Bundesbildungsministerium zum Jahreswechsel den Wirtschaftsinformatiker als neuen Fortbildungsabschluß staatlich anerkannt. In einer entsprechenden Verordnung sind auch die Prüfungsanforderungen, die Zulassungsvoraussetzungen und der Abschluß festgeschrieben worden.

Nach der Beschreibung des Ministeriums wird das Tätigkeitsfeld dieses neuen Berufs vor allem in Großbetrieben und Unternehmen liegen. Der Wirtschaftsinformatiker soll insbesondere für Analyse und Überarbeitung von Organisationskonzepten zuständig sein sowie für die Entwicklung und Einführung von Anwender-Software in vorwiegend betriebswirtschaftlich orientierten Aufgabenbereichen sorgen.

Die Entwicklung und Pflege komplexer Anwendungsprogramme werden von ihm ebenfalls erwartet.

Für die Abschlußprüfungen der Wirtschaftsinformatiker sind die Industrie- und Handelskammern zuständig. Nach den vom Bildungsministerium veröffentlichten Bedingungen kann sich jeder zur Prüfung melden, der einen kaufmännischen Ausbildungsberuf erfolgreich abgeschlossen und eine mindestens dreijährige Berufspraxis vorzuweisen hat. Wem die einschlägige Berufsausbildung fehlt, der kann zur Abschlußprüfung zugelassen werden, wenn er mindestens sechsjährige einschlägige Berufserfahrung vorweisen und belegen kann, daß er praktische „Erfahrungen und Fertigkeiten" in ausreichendem Maße besitzt.

Chancen zur Förderung des Uni-Nachwuchses

Vorschläge zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes

Zu den Vorschlägen, die von der Experten-Kommission über eine Novellierung des Hochschul-Rahmengesetzes vorgelegt worden sind, gehört auch, die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu verbessern. Die derzeitige Personalkategorie der Hochschulassistenten mit der Besoldungsgruppe C 1 soll aufgeben werden. Sie habe sich in der Praxis nicht bewährt.

Die von Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms eingesetzte Kommission empfiehlt statt dessen, einen wissenschaftlichen Assistenten „neuer Art" im Beamtenverhältnis auf Zeit einzuführen. Gedacht wird an zwei bis drei Jahre Laufzeit und die Besoldungsgruppe A 13. Für habilitierte Assistenten soll anschließend ein Rechtsanspruch auf ein weiteres, zeitlich begrenztes Beamtenverhältnis als Oberassistent (A 14) bestehen. Nach den Vorschlägen der Kommission würde dem förderungswürdigen wissenschaftlichen Nachwuchs vom Hochschul-Examen bis zur Habilitation eine genügend lange Beschäftigungsmöglichkeit eingeräumt, um zum Abschluß zu kommen.

Es wurde höchste Zeit, in diesem Bereich Verbesserungen vorzuschlagen. Denn die Situation für den Nachwuchs ist seit einigen Jahren prekär. Neben mangelhafter Graduierten-Förderung, die durch die neuen Länder-Richtlinien noch „verschlimmbessert" wurde, war daran vor allem die durch das jetzt geltende Hochschul-Rahmengesetz eingeführte Personalstruktur schuld. Die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses wurde rechtlich in eine Grauzone abgedrängt. Und die Karriere-Perspektive war mindestens genauso grau. Hannfried Walter brachte dies küzlich im Mitteilungsblatt des Hochschulverbandes auf die prägnante Formel: „Die frühere Personalstruktur hat dem wissenschaftlichen Nachwuchs die Perspektive auf eine akademische Karriere geboten, wenn er sich durch Qualifikation bewährt hat; die neue Personalstruktur bietet die Perspektive auf ein vorzeitiges *Ende der akademischen Karriere* trotz Bewährung durch Qualifikation."

Denn, so rief Walter in Erinnerung, die Lebenszeitprofessur stand früher wie heute am Ende der akademischen Karriere. Aber was durch das Hochschul-Rahmengesetz verlorengegangen war, war die mit zunehmender Qualifikation auch zunehmende berufliche Absicherung.

Dies wieder zu ändern ist eines der *Ziele, die durch eine notwendige Novellierung* des „Bundes-Rahmens" für die Universitäten erreicht werden sollen. Die Bildungsministerin will die Experten-Vorschläge in den kommenden Wochen intensiv mit allen Beteiligten in den Ländern und an den Hochschulen diskutieren. Am Ende wird dann hoffentlich ein Kompromiß stehen, der vor allem der Verbesserung der Situation an den Universitäten und Fachhochschulen dient. Und dazu gehört ganz bestimmt der Bereich der Nachwuchsförderung. Allerdings, und hier sind in erster Linie die Länder gefragt, nachdem sie den Bund aus der Gemeinschaftsfinanzierung herausgedrängt haben: Flankierend müssen erheblich mehr Stipendien hinzukommen. JAMES ROVER

Nach dem Kurs wird mit dem Ball gekickt

p. p. Bonn

Gute Fremdsprachenkenntnisse werden für das berufliche Fortkommen immer wichtiger. Sprachreisen-Veranstalter, zusammengeschlossen in einem Fachverband, offerieren sowohl Sprachferien im Ausland für Schüler als auch Intensiv-Training für Erwachsene.

Die renommierte Firma „Dr. Steinfels Sprachreisen" hat gerade ihre neuesten Kataloge vorgelegt. Für die Oster- und Sommerferien werden Sprachreisen in die USA, nach England, Schottland, Irland, Malta und Frankreich angeboten. Die Jugendlichen leben dabei entweder in Colleges oder bei Gasteltern. Zu den ungewöhnlichen Angeboten bei Steinfels gehört auch ein Englischkurs in Abney Hall, der einem Fußballkurs mit dem legendären Bobby Charlton vorbzw. nachgeschaltet werden kann.

Für Erwachsene bietet das Unternehmen neben dem Üblichen auch Intensiv-Training in Arabisch und Japanisch.

Ziel ist die vollständige Durchlässigkeit

E. S. Tecklenburg

Fast 130 Schüler leben mit elf pädagogisch ausgebildeten Betreuern im Internat der Privaten Schulen Krüger, etwa sechs Kilometer von Osnabrück entfernt. Angeboten werden hier die Fachoberschulreife nach zweijährigem Besuch der Berufsfachschule für Wirtschaft, die Fachhochschulreife nach ebensolanger Höherer Handelsschule und die uneingeschränkte Hochschulreife nach erfolgreichem Abschluß des gymnasialen Zweigs der Höheren Handelsschule.

Auch hierfür sind zwei Jahre veranschlagt, und die Krüger-Schulen praktizieren dabei das, was Bildungsreformer an staatlichen Schulen seit langem wollen, aber noch nicht erreicht haben: die vollständige Durchlässigkeit von einer zur anderen Schulform.

Aber die Mitarbeiter des Internats in dem kleinen Ort Lotte legen nicht nur auf Leistung Wert, sondern genauso auf Dinge wie Persönlichkeitsbildung und Kameradschaft.

Methodik des Programmierens im Mittelpunkt

-ups, Hamburg

Angesichts immer stärker steigender Abiturientenzahlen werden auch für Realschüler die Chancen in manchen Berufsfeldern schlechter. Auch in der angewandten Daten-Verarbeitung wird der Wettbewerb um eine Lehrstelle immer härter.

Gute Realschulabsolventen haben bei der privaten „Physikalisch-Technischen Lehranstalt" in Wedel bei Hamburg die Möglichkeit, dennoch die gewünschte Ausbildung zu absolvieren. Gegen ein Schulgeld von monatlich 300 Mark werden sie innerhalb von zweieinhalb Jahren zu Mathematisch-Technischen Assistenten ausgebildet, die die Programmiersprachen „Pascal", „Cobol", „Fortran" und „Assembler" perfekt beherrschen.

Die Methodik des Programmierens steht neben der Computertechnologie im Mittelpunkt des Unterrichts, der durch ein obligatorisches zwanzigwöchiges Industriepraktikum während der Semesterferien ergänzt wird.

Lernpläne noch besser zuschneiden

J. Ro. Essen

Mehr als 16 500 Lernbegierige besuchen nach einer Untersuchung des Rings der Abendgymnasien zur Zeit eine dieser Einrichtungen. 53 Prozent der Abendgymnasiasten sind Frauen, wie der Vorsitzende des Rings, Horst Graebe, jetzt berich tete. Während einer Tagung in Königstein überlegten die Experten aus den Abendgymnasien kürzlich, wie man die Lehrpläne noch besser auf die spezifischen Anforderungen zuschneiden kann, die sich aus der Belastung der meist berufstätigen Erwachsenen *durch die schulische Zusatzanforderung* nach Büroschluß ergeben. Erwachsene lernen anders – dies war das Leitbild der Beratungen.

Während der Diskussionen stellte sich heraus, daß die Abendgymnasien die Zahl ihrer Teilnehmer in den vergangenen Jahren erheblich steigern konnten. An der Spitze lag dabei Nordrhein-Westfalen, wo mit 7128 auch die meisten Abendschüler sich auf die Hochschulreife vorbereiten.

Wenn beruflicher Aufstieg Weg übers Ausland nimmt

Bundesanstalt für Arbeit untersucht Möglichkeiten

-arl-, Nürnberg

Die Zentralstelle der Bundesanstalt *für Arbeit hat umfangreiche* Untersuchungen über die Arbeitsmöglichkeiten von Wissenschaftlern im Ausland vorgelegt. Dabei wurde sich konzentriert auf Wirtschaftswissenschaftler und Lehrer. Zwar müssen sich Interessenten fraglos auf besondere Anforderungen einrichten wie Flexibilität und ausgezeichnete Fremdsprachenkenntnisse, aber andererseits ist ein Auslandsaufenthalt für das spätere berufliche Fortkommen im Heimatland von nicht zu unterschätzendem Vorteil.

Für Wirtschaftswissenschaftler kommen im wesentlichen drei Arbeitgeber-Gruppen für einen solchen „Ausflug" in Frage: deutsche Unternehmen und Institutionen, ausländische und *internationale Organisationen*. Dabei sind naturgemäß die arbeitsrechtlichen Probleme mit deutschen Arbeitgebern am geringsten, wenn auch hier verstärkt versucht wird, Arbeitsverträge nach dem Recht des Einsatzlandes zu gestalten. Trotz der immer weitergehenden internationalen Verflechtungen sind allerdings die Möglichkeiten für Auslandsaufenthalte immer noch sehr begrenzt. Deshalb wird auch von Kennern davor gewarnt, daß Lehrer meinen könnten, auf diesem Weg der Anstellungsmisere in der Bundesrepublik Deutschland erfolgreich entfliehen zu können. Oder, um es in Zahlen auszudrücken: Höchstens drei- bis viertausend deutsche Pädagogen sind heute im Ausland eingesetzt. Nur ein paar Hundert sind es, die jedes *Jahr Deutschland zu einem Einsatz* draußen in der Welt verlassen.

In den Untersuchungen der Bundesanstalt für Arbeit sind für Interessenten alle wesentlichen Informationen über Auslandsaufenthalte zusammengetragen. *Dazu gehören die unterschiedlichen* Anforderungen, die in den einzelnen Ländern gestellt werden, genauso wie ein Aufzeigen der Trends, die von den Experten in diesem Markt erwartet werden.

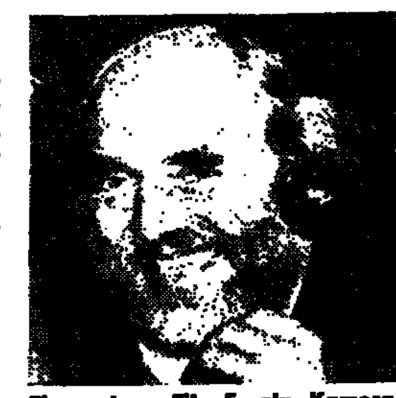
8. 3., 6. 6., 12. 9. 1984
sind die weiteren Termine für Sonderveröffentlichungen zum Thema
Fortbildung
Informationen über Anzeigen erhalten Sie bei
DIE WELT
Anzeigenabteilung,
Kaiser-Wilhelm-Str. 1
2000 Hamburg 36, Tel. 0 40 / 3 47 43 90

DIE WELT ist in der Woche bei rund 20.000 Verkaufsstellen im Angebot, am Wochenende bei 23.000.

Interview mit dem Kameramann G. Vandenberg

Am Anfang ist das Bild

Das Schöne am Film ist zugleich das Schwierige. Denn in diesem Medium muß man immer sofort entscheiden, die Lösung sofort parat haben." Aber, setzt er lächelnd hinzu, „so bleibt man kreativ". Diese Feststellung trifft einer, der längst zum „Meister der Lichtregie" gekürt wurde, dem seine Freunde und Mitarbeiter neidlos den Titel „bester Kameramann Europas" zuerkannt haben. Die Rede ist von Gerard Vandenberg (52), dem Holländer, in Amsterdam geboren und nun in München seßhaft. Heute abend im „Feuer für den großen Drachen" führt er die Kameraregie.



Ein wahrer Film-Freak: Kameramann Gerard Vandenberg (52) FOTO: ULLSTEIN

Vandenberg ist ein Vollprofi, seit über 25 Jahren in diesem Metier. Ist einer, der Jahr für Jahr Preise einheimst, die längst Vitrinen füllen: Grillparzer-Preis, Georg-Büchner-Preis, Anton-Wildgans-Preis, Silberner Bär von Berlin, und ... Zuletzt erhielt Vandenberg in Spanien den Kamerapreis für „Frühlingssymphonie" und den „Adolf-Grimme"-Preis

Feuer für den großen Drachen – ARD, 20.15 Uhr

1983 für die Feuchtwanger-Verfilmung „Exil". Verfolgt er ein bestimmtes „Rezept", gibt es Gesetze in dieser Branche, die zum Erfolg führen? Vandenberg *sinnierend*: „Der Film hat keine Gesetze, aber es gibt Gesetze innerhalb eines Films – sein Stil, der durchaus von Fall zu Fall variabel ist. So wie man chinesisch oder italienisch kocht."

Gerard Vandenberg ist ein stiller Besessener, der zahllose Filme und Fernsehspiele gedreht hat. Doch er hat immer noch etwas von der Selbstvergessenheit und Unersättlichkeit eines Kindes beim Spiel mit dem Unerprobten. All seine Werke sind zugleich Reflexionen über das eigene Handwerk, über die ästhetische Basis, nicht zuletzt aber geben sie Auskunft über einen malenden, bildhauernden Kameramann. Denn Vandenberg studierte Malerei und Bildhauerei in Amsterdam und Paris. Von seinen Werken schuf er Fotos und kam so erstmals mit der Kamera als künstlerisches Transportmittel in Berührung. Als er in den 50er Jahren eine Reise um die Welt machte, gab ihm in Australien ein Freund die Handkamera des Polarforschers Sir Parry. Mit diesem historischen Requisit schuf Vandenberg seinen ersten Film, der von Kindern auf Schatzsuche handelte, und er heimste sofort Preise dafür ein.

Von nun an war Vandenberg fasziniert vom Film, verließ die Malerei und Bildhauerei. Er ging nach Rom, lernte unter Fellini. Und hier traf er auch auf den amerikanischen Regisseur George Moorse, mit dem er eine erfolgreiche Zusammenarbeit startete. *Moorse sagte einmal über* Vandenberg: „Er dreht schon, was ich noch träume." Es entstanden in dieser sich ideal ergänzenden Zusammenarbeit „Inside out", „Zero in the Universe", „Kuckucksjahre" und der „Griller". Vandenberg „übersetzte" Moorses *Ideen in eine aufregende* Bildersprache. Hier waren zwei Besessene aufeinandergetroffen.

Vandenberg ist ein Außenseiter, ein Einzelgänger in dieser Branche. Er glaubt an die Magie der Bilder, an die Kraft der Imagination. Am Anfang *steht eben* nicht *das* Wort, sondern das Bild, die Szene. Er setzt alles in Bildern um; Texte, Figuren, Handlungen und Haltungen. „Ein Film muß vor allem visuell sein." Als seine Vorbilder nennt er Carlos Saura, John Huston und vor allem Hitchcock. Vandenberg ist ein wahrer Film-Freak. Er bewundert die Kino-Situation in Italien und Frankreich, wo „man mit jedem Kellner über Filme diskutieren kann".

Zu dem komplizierten Verhältnis zwischen Film und Fernsehen meint Vandenberg, „der Film ist frei geworden, seit das Fernsehen erfunden wurde. Denn das Fernsehen nimmt ihm die Aufgabe der Dokumentation, der Erziehung und Bildung ab". Er muß es wissen, denn alle großen Regisseure reißen sich um ihn – im Film und Fernsehen.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

KRITIK

Die Vita eines leisen „Helden"

Ich springe über die Mauer", sagt er, meint ein Graffito, das er irgendwo gesehen, meint aber auch sich selbst: Raimund Hoghe ist erfolgreich gesprungen und war Georg Stefan Troller für dessen **„Personenbeschreibung"** (ZDF) ein ungewohnter „Held", einer, der gar keiner sein will. Kein Superathlet, kein Gipfelstürmer, spektakulärer Schlagzeilenlieferant ist er (wie noch Russ Meyer im vorletzten Troller), obwohl er mit Schlagzeilen durchaus was zu tun hat. Denn das Nachkriegskind Hoghe ist Journalist, ein Reporter in Bild und Schrift, der den Blechtrommler David Bennent ebenso glänzend zu porträtieren weiß wie, sagen wir, eine x-beliebige Toilettenfrau, der damit alle X-Beliebigkeit genommen ist.

Doch wäre das allein noch kaum die Sendung wert: Hoghe, Düsseldorfer und seit einiger Zeit auch als Dramaturg am Tanz-Workshop von Pina Bausch in Wuppertal, ist ein winziger, zarter Mann mit Beobachteraugen, unerhört sensibel, mit hoher Stimme und einem Makel, den er selbst inzwischen ohne Zögern zu benennen vermag: „Buckel". Und wie aus dem „zu kleinen Rai" daheim der Rai „mit der Krümmung im Rükken" wurde, das schreibt er in einem unveröffentlichten Buch, „Preis der Liebe", einer Hommage auf die vom Vater verlassene Mutter, aufgezogen an zirka 15 Briefen des Vaters an die Mutter von 1952 bis 1968, als sie an Krebs stirbt.

Hoghe bei einer Lesung in der Vollzugsanstalt Werl, Troller sagt 40 Minuten lang vier Sätze. Hoghe liest aus seinem Buch. Dann sitzt er am Bett der kranken Lyrikerin Rose Ausländer. Ergreifende Bilder und dazwischen immer wieder Biographie: die Vita eines leisen Vorbilds.

ALEXANDER SCHMITZ

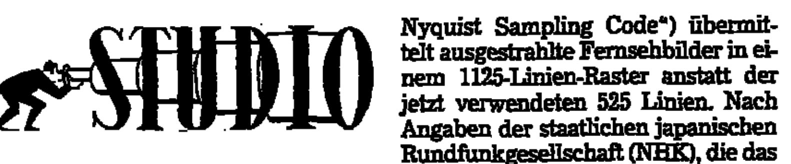
Muß es unbedingt Schwabing sein?

Der Fall Kaiserstraße 45 in München-Schwabing ist einer von vielen: Ein Wohnhaus von verblühter Schönheit und mit niedrigen Mieten wird saniert und über das steuersparende Bauherrenmodell in Eigentumswohnungen umgewandelt, wobei die bisherigen Mieter in der Regel eine neue Bleibe suchen müssen. Der Film über die Kaiserstraße 45 **„Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld?"** ist auch ein Fall von vielen: Ein Autor läuft mit der Kamera seinen Vorurteilen und ideologischen Leitlinien unbeirrt hinterher. Fakten verschmäht er, kein Wort über Wohnungsgrößen und Mietpreise, dafür der verräterische Satz: „Recht haben nur noch die, die Eigentum haben."

Gewiß, die 80jährige Mieterin, seit 40 Jahren im Haus, verdient besonderen sozialen Schutz (den viele Sanierer aus Gier nach Profit oft achtlos mit Füßen treten). Sie bekam ihn auch vor Gericht. Aber was ist mit der jungen Modeschöpferin: Ist ihr ein Umzug nicht zuzumuten? Und was ist mit der sichtlich wohlsituierten Familie, die 108 000 Mark Ablöse bekommt und nun klagt, sie müsse in einer anderen Schwabinger Wohnung höhere Miete zahlen? Darf man schüchtern gegenfragen: Muß es denn unbedingt Schwabing sein, das teure Münchner Pflaster?

Sanieren aber ist notwendig, soll der alte Wohnungsbestand nicht verrotten, gegen Willkür und Terror einiger skrupelloser Sanierer bieten Gesetz und Gericht Schutz. Wohnungseigentum verpflichtet sicher mehr als der Besitz von Gold und Schmuck zur sozialen Verantwortung, mit Mietzahlungen aber kann man sich Eigentumsrechte nicht auf billigem Wege kaufen. Darüber herrscht in manchen Köpfen fatale Verwirrung.

PETER SCHMALZ



Noch klarer wie bei Filmen auf der Kinoleinwand soll ein **neues japanisches Verfahren** Fernsehbilder auf heimische Bildschirme übertragen können. Das „Muse" genannte System (abgekürzt für „Multiple Sub-Nyquist Sampling Code") übermittelt ausgestrahlte Fernsehbilder in einem 1125-Linien-Raster anstatt der jetzt verwendeten 525 Linien. Nach Angaben der staatlichen japanischen Rundfunkgesellschaft (NHK), die das System entwickelte, wird der Fernsehempfang dadurch fünfmal klarer als bisher. Für den Empfang mit dem neuen System sind allerdings *besondere Fernsehgeräte erforderlich.*

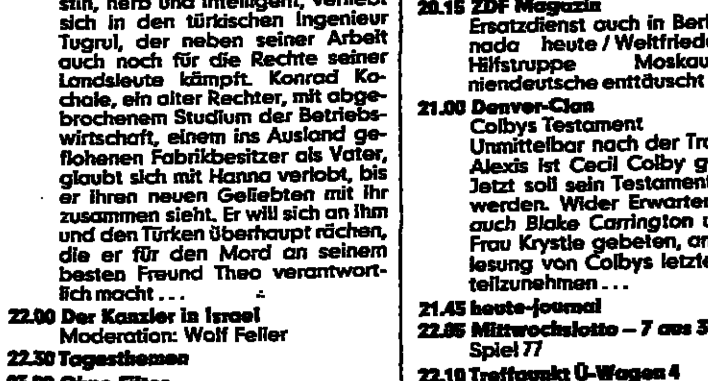
(SAD)





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Unser Mann vom Südpol
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau
13.15 Videotext



16.00 Tagesschau
16.10 Suchen, retten, bergen
Über die Arbeit der Seenot-Rettungsdienste in der Nordsee
16.55 Geheimprojekt Doombolt
Fernsehserie in 6 Teilen
(Wh. von 1979)
2. Teil: Der Spence-Code
17.20 Dahintergeschaut
17.50 Tagesschau
Dazwischen Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Feuer für den großen Drachen
Von -ky
Fernsehbearbeitung und Regie: Eberhard Itzenplitz
Hanna, eine junge deutsche Juristin, herb und intelligent, verliebt sich in den türkischen Ingenieur Tugrul, der neben seiner Arbeit auch noch für die Rechte seiner Landsleute kämpft. Konrad Kochale, ein alter Rechter, mit abgebrochenem Studium der Betriebswirtschaft, einem ins Ausland geflohenen Fabrikbesitzer als Vater, glaubt sich mit Hanna verlobt, bis er ihren neuen Geliebten mit ihr zusammen sieht. Er will sich an ihm und den Türken überhaupt rächen, die er für den Mord an seinem besten Freund Theo verantwortlich macht ...
22.00 Der Kanzler in Israel
Moderation: Wolf Feller
22.30 Tagesthemen
23.00 Ohne Filter
Neue Reihe. Musik live
In der neuen SWF-Musiksendung, die von Frank Laufenberg moderiert wird, treten auf: Angelo Branduardi und Band, Herbie Hancock und Band, Georg Danzer und Band, Jan Akkerman und Band sowie die Gruppe Carmel
00.00 Tagesschau

15.25 Enorm in Form
16.00 heute
16.04 Rappelkiste
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Bären sind los
Ein Rocker mischt mit
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Bata Illic und das Duo „Dieda"
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.00 Wildes weites Land
Letzter Teil: Befreit von den Ketten
18.57 Programm-Service
19.00 heute
19.30 Direkt
Magazin mit Beiträgen junger Zuschauer
20.15 ZDF Magazin
Ersatzdienst auch in Berlin? / Grenada heute / Weltfriedensrat – Hilfstruppe Moskaus / Rumäniendeutsche enttäuscht
21.00 Denver-Clan
Colbys Testament
Unmittelbar nach der Trauung mit Alexis ist Cecil Colby gestorben. Jetzt soll sein Testament eröffnet werden. Wider Erwarten werden auch Blake Carrington und seine Frau Krystle gebeten, an der Verlesung von Colbys letztem Willen teilzunehmen ...
21.45 heute-journal
22.05 Mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
22.10 Treffpunkt Ü-Wagen 4
22.40 Das kleine Fernsehspiel
Ein Verlangen
Eine Hommage an die Filmhochschule Lodz
23.15 Das internationale Tanztheater
Septett extra
Musik von Camille Saint-Saëns
Das Königlich-Dänische Ballett
23.40 heute



Szene mit Ulrike Luderer und Erdan Merdal aus dem Fernsehspiel „Feuer für den großen Drachen", um 20.15 Uhr in der ARD FOTO: KINDERMANN

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
21.45 eff-eff Freizeit und Fitness
22.15 Augen der Angst
Englischer Spielfilm (1959)
23.50 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Natur und Freizeit (7)
19.15 Auf den Spuren des Abraham Roentgen
19.30 Wer andern eine Grube gräbt ...
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
Anschl. Kurznachrichten
21.00 Kolonialmacht Venedig (1)
21.45 Der Film-Club
Swinging USA (5)
23.30 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Marco
18.55 Ludwig (18)
19.00 Der Sternenhimmel im Februar
19.15 Was tun mit der Zeit?
19.45 Beat, Beat, Beat (12)
20.15 Parlament, Parteien, Perspektiven
21.00 Drei aktuell und Sport
22.00 Die Wand (2)
Frz. Fernsehfilm
(Sendeschl.: 23.25)

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg 1
Englisch
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Die Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten
19.30 Zeit genug
Spielfilmserie in sechs Teilen
Von Franz X. Bogner
3. Der Kruul
20.15 Raffael
Dreiteilige Reihe von David Thompson
21.00 Das Geheimnis der fünf Gräber
(Blacklash)
Amerikanischer Spielfilm von 1956
22.20 Kolonialmacht Venedig

BAYERN
17.45 Telekolleg
18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Unterhaltung am Mittwochabend Bayern-Kini '84
19.45 Nur ein Viertelstündchen
20.00 Klimbim
20.45 Zeitspiegel
21.25 Das historische Stichwort
21.30 Rundschau
21.46 Der steinige Weg zur Downing Street 10
22.45 Z. E. N.
22.50 Zählen kann uns niemand
23.35 Rundschau
23.40 News of the Week

Heinrich, mir graut's . . .

cf – „Heinrich von Kleist Superstar": So lautet eine schöne dicke Überschrift auf den Bücherseiten des „Observer", und auch in den Überschriften *anderer* britischer Blätter ist im Augenblick viel von Kleist die Rede. Wer aber glaubt, die Briten hätten nun endlich das Werk eines europäischen Dichters entdeckt, den manch einer auf dem Kontinent gleich nach Goethe kennt – nun, der irrt sich.

Auch in Großbritannien sieht das sogenannte Kulturleben etwa so aus, wie es vor drei Jahrzehnten Wolfgang Hildesheimer in den „Lieblosen Legenden" milde bösartig und nach wie vor höchst erheiternd abgebildet hat. Kleist ist *nicht auf die britischen Buchseiten* geraten, weil etwas von ihm erschienen ist, sondern, weil Seeker + Warburg etwas über ihn vorgelegt haben: die 313 Seiten der mittlerweile betagten, doch ausgezeichneten Kleist-Biographie von Edgar Maass.

Vor *einiger Zeit ist bei Penguin* auch ein Band mit Kleist-Erzählungen erschienen, aber das hat eigentlich niemand zur Kenntnis genommen. Und Kleists dramatisches Werk, so gar nicht nach bekannten Regeln geschrieben und stets etwas unheimlich: Es findet auf dem britischen Theater nicht statt. Es sei dies als Merkwürdigkeit verbucht, ohne den Briten Kleist aufdrängen zu wollen, wir behalten ihn ganz gern für uns.

Woran liegt es, daß die Biographie weitaus mehr Aufmerksamkeit erregt als das Werk? Die Biographie spiegelt für oberflächliche Leser ein britisches Lieblingsklischee, den unberechenbaren Deutschen. Zudem, der Kleistsche Vers samt seiner verzwickten Anmut läßt sich leicht ins Französische übertragen, aber nur sehr schwer ins Englische. Auch die Inhalte schockieren, als ob sie von heute wären. Nein, da begnügt man sich besser mit der Biographie – und überläßt die Originaltexte den Germanisten.

Entdeckung für die Kunstgeschichte: „Die heimlichen Reisen des Herrn Courbet" in Baden-Baden

Doch mit dem Skizzenblock unterwegs

Zwei Welten erwarten den Besucher der Baden-Badener Kunsthalle in diesen Tagen. Zunächst empfängt ihn das Zauberkabinett des einzigartigen Zeichners Georges Seurat (s. WELT v. 15. 11. 83). Danach erlebt er eine Sensation ganz anderer Art; denn gleich nebenan lernt er den bislang so gut wie unbekannten Zeichner Gustave Courbet kennen.

Für die Einheimischen halten diese „*heimlichen Reisen des Herrn Courbet*" („Les voyages secrets de Monsieur Courbet" – so der Titel) noch eine weitere Überraschung bereit, nämlich eine Fülle von Zeichnungen, Aquarellen und Ölskizzen Courbets mit Motiven aus Baden-Baden und der näheren Umgebung. Mit Hilfe eines „Illustrierten Führers" von 1866 konnten mindestens fünfzig Blätter, soweit sie nicht beschriftet sind, topographisch zweifelsfrei lokalisiert werden. Und auch die restlichen zweihundert versprechen noch weitere Entdeckungen.

Nachforschungen der Kunsthalle in alten Hotel- und Kurlisten erbrachten die Bestätigung, daß sich Courbet, der das mondäne Badeleben liebte – in der Ausstellung finden sich auch Blätter aus Spa und Biarritz –, häufiger in Baden-Baden aufgehalten hat. Besser bekannt waren bisher seine Aufenthalte in Hamburg, München, Frankfurt oder Darmstadt, wo er sich als erfolgreicher Jäger und Maler feiern ließ.

Es wäre jetzt keine allzu große Überraschung mehr, wenn auch von den anderen Reisen des Künstlers über kurz oder lang Zeichnungen und Skizzen ans Licht kämen; denn die Ausstellung in Baden-Baden läßt kaum einen Zweifel daran, daß auch Courbet, entgegen der bisherigen allgemeinen Übereinkunft, wie die Mehrzahl seiner Malerkollegen mit Skizzenblock und Bleistift durch die *Welt gegangen und gereist ist. Nur* etwa dreißig Zeichnungen von seiner Hand und drei Skizzenbücher, die der Louvre aufbewahrt, waren bisher bekannt. Daraus zogen die Kunstwissenschaftler den typischen Kurzschluß, Courbet habe so wenig gezeichnet, weil er „der Meinung war, daß nur mit breitem Pinsel und nur mit der Farbe ein echtes Abbild der Natur zu erreichen war".

Diese kluge Erklärung wird hier nun gründlich widerlegt; wie überhaupt das überlieferte „Image" des Künstlers bemerkenswerte Korrekturen erfährt. *Nicht mit breitem Pinsel*, sondern mit spitzem Bleistift, mit Kohle und Kreide näherte sich Courbet der Natur und ihren Geheimnissen. Er tat dies offenbar mit viel Geduld, in häufig wiederholten Versuchen. Nicht weniger als 256 Zeichnungen sind in Baden-Baden auf 209 Blättern zu sehen; denn 47 davon zeigen auch auf der Rückseite eine Zeichnung oder Skizze. Sie werden ergänzt durch 33 Ölskizzen, zumeist auf Pappe oder Papier. Die Aquarelle, die wir hier den Zeichnungen subsumiert finden, sind überhaupt ohne Beispiel im Oeuvre dieses Malers.

Diese Blätter stammen aus einem Konvolut, das vor Jahren in Frankreich aufgetaucht ist und bei seiner ersten Ausstellung in Marseille merkwürdigerweise fast ohne Echo blieb. Ein Enkel von Courbets Schwester Zoe und dem verhaßten Schwager Reverdy hatte es auf den Markt gebracht. Die Zeichnungen befanden sich also seit mehr als hundert Jahren im Familienbesitz. Jener Schwager spielte bei dem Prozeß, der den Künstler schließlich ins Exil trieb, eine ziemlich intrigante Rolle. Courbet traute dem Paar alles Mögliche zu, als es sich in seinem Elternhaus einnistete, während er, schon kraftlos und krank, in der Schweiz seine hohe Geldstrafe (für den Sturz der Vendômesäule) „abarbeitete".

Vor allem der Hamburger Kunsthistoriker und Courbet-Spezialist Klaus Herding fühlte sich von der späten Entdeckung herausgefordert. Seit sie ihm vor zwei Jahren zugänglich wurden, beschäftigt er sich mit den Zeichnungen und bemüht sich, bisweilen etwas gewaltsam, sie in sein heterogenes Courbet-Bild einzupassen. Nicht zuletzt ihm ist das Zustandekommen dieser Ausstellung zu verdanken. Ihr Untertitel „Unbekannte Reiseskizzen aus Baden, Spa und Biarritz" ist keineswegs erschöpfend. Wir sehen außerdem – wiederum keine geringe Überraschung – Zeichnungen nach Werken alter Meister wie Memling, van Dyck, El Greco, Velasquez, del Sarto und anderer; auch Porträts und Karikaturen, Tierstudien, Architekturzeichnungen und Landschaften aus anderen Gegenden Frankreichs und Belgiens, aus Holland und der Schweiz finden sich neben vielfigurigen Szenen aus der Theaterwelt zum Beispiel. Sie alle erhärten die Vermutung, daß wir es hier nur mit einem Teil des zeichnerischen Oeuvres zu tun haben.

Was wir in Baden-Baden zu sehen bekommen, ist imstande, unsere bisherige Vorstellung von der Kunst Courbets bedeutend zu erweitern, sie in mancher Hinsicht zu revidieren. Die Blätter umfassen einen Zeitraum von rund dreißig Jahren, fast die ganze *Schaffenszeit; aber sie verraten* keine eigentliche Stilentwicklung. Im Gegenteil, eine Reihe von frühen Naturstudien scheint uns aus heutiger Sicht bereits „weiter" als viele späteren; sie nehmen augenscheinlich Cézanne vorweg. Oder soll man glauben, daß Cézanne sie gekannt hat? Das muß nicht sein; vielmehr lehren uns diese Zeichnungen, daß zu allen Zeiten die großen Maler – auch Leonardo, auch C. D. Friedrich – diesen ingeniösen Röntgenblick durch die Oberfläche der Dinge auf ihre geometrischen Grundmuster, ihre Formstruktur und innere Ordnung besaßen, der sie befähigte, instinktiv aufzuspüren, was von innen ihre äußere Erscheinung formt.

Der exemplarische Realist Courbet beweist hier eine stupende Kunst der Abstraktion. Denn Zeichnen, das nach einem berühmten Wort „Weglassen" bedeutet, ist eo ipso Abstraktion; und er beherrschte virtuos alle Techniken der Zeichnung, setzte sie fast immer gleichzeitig ein, ob es sich um verschiedene Härtegrade des Bleistifts handelt, um Kreide oder Kohle, um Verreibungen, Verwischungen oder Lavierungen, die nicht selten den Charakter von Aquarellen annehmen. Die fest konturierte Form korrespondiert mit souveränen Formauflösungen, Unvollendetes bleibt neben vollendeten Partien stehen, *Skizzenhaftes gewinnt durch* Farbe und Kontur unversehens endgültige Form. Parallel zur Gesetzmäßigkeit der Natur behauptet sich souverän die bildnerische Gesetzmäßigkeit der Zeichnung und suggeriert trotz aller Abstraktion Genauigkeit, Naturtreue und sinnliche Realität (bis 11. März; Katalog 45 Mark; anschließend Zürich).

EO PLUNIEN





Skizzen von den heimlichen Reisen des Monsieur Courbet: „Das Fremersberger Jagdhaus", lavierte Bleistiftzeichnung von 1855, aus der Baden-Badener Ausstellung FOTO: KATALOG

Auf Deutschlandtournee: Stockpuppen aus China

Der Weiße Kranich siegt

Erst kürzlich konnte man erleben, wie der Affenkönig das Weiße Knochengespenst besiegte. Das Pekinger Schattenspieltheater hatte diese volkstümliche Geschichte bei seiner Deutschlandtournee vorgeführt (s. WELT v. 22. 11. 1983). Nun ist sie wiederum zu sehen. Diesmal von den Stabpuppen des Shanghaier „Fenglei"-Theaters gespielt, das bis Mitte März in 40 Städten auftritt.

Beim Tourneestart in Köln stand allerdings eine andere Geschichte auf dem Programm: „Der Rubin". Es ist das Märchen vom Weißen Kranich und vom Phönix, die einen Rubin schaffen, der der Erde und den Menschen Glück bringen soll. Böse Geister versuchen das zwar zu verhindern, aber als sie sich fast am Ziel glauben, werden sie überlistet und überwunden.

Diese einfache Handlung ist Anlaß für einen bunten Puppenzauber, der sich in der Musik und der Bewegung, in den gesungenen und gesprochenen Texten an der Kanton-Oper orientiert. Wie dort singen die Männer mit tiefer Stimme und nicht – wie bei der Peking-Oper – im Falsett.

Einen Hauptreiz gewinnt das Puppentheater aus seinen magischen Effekten, die auf dem Schauspielertheater nicht möglich sind. Da verwandelt sich das hübsche Gesicht der Silber-Schlangen-Dämonin plötzlich in einen grünen Schlangenkopf, oder der Kopf des Göttergeistes spaltet sich, um (Licht-)Blitze zu entlassen. Bei einem fetten, saufenden Geist erscheint immer wieder ein zweiter Kopf aus dem Bauch, um vorwitzige Bemerkungen zu machen, und der Verformgeist kann seine Arme über die ganze Bühne und einmal auch quer durch den Zuschauerraum ausdehnen, um den Rubin zu greifen, oder seinen Körper fast fünf Meter in die Höhe wachsen lassen.

Die Puppen messen zwischen 1,20 und 1,50 Meter. Geführt werden sie mit einem Stock, der den Körper trägt, und zwei weiteren Stäben für die Hände. Diese Stäbe verfügen über eine zusätzliche Mechanik, mit der sich der Mund und die Augen bewegen lassen, oder mit denen die Finger greifen und z. B. eine Feder aus dem Kopfschmuck ziehen können. Die Kleider der edlen Puppen sind reich verziert und farbenprächtig, die der Geister mit Fratzen oder Glitzerkram geschmückt.

Das Puppenspiel ähnelt mit seinem Wechsel zwischen langsam-beschaulichen Szenen und turbulenten Zaubereien oder Kämpfen den chinesischen Opern (die wahrscheinlich aus solchen Puppenspielen erwachsen sind). Den Stockpuppen muß jedoch bei aller Kunstfertigkeit ihrer Spieler die artistische Perfektion der lebenden Opernstars versagt bleiben. Und da sie oft allzu gefällig und – besonders die kleinen Vögel aus dem Kranich-Gefolge – allzu niedlich gestaltet wurden, erreichen sie auch nicht die poetische Verzauberung, die von den Schattenspielfiguren ausgeht. Aber ein theatralisches Vergnügen sind sie allemal.

PETER DITTMAR

Aachen: Humels Ballett „Othello und Desdemona"

Tendenz zum Würgen

Am Anfang war Neumeier. Er bestellte für seine Hamburgische Compagnie bei dem in Berlin lebenden amerikanischen Komponisten Gerald Humel ein abendfüllendes „*Othello*"-*Ballett. Doch als die schroffe* Partitur vorlag, brannte gerade der Hamburgische Opernfundus nieder und mit ihm wohl auch die Lust, Humels sperriger Musik choreographisch zu Diensten zu sein.

Acht Jahre jedenfalls mußten vergehen, bis Neumeiers Ballett „Othello und Desdemona" in Aachen nun seine späte Uraufführung erlebte – aber beileibe nicht in seiner Choreographie. Die entwarf statt dessen Aachens neuer Ballett-Chef Günter Pick. Die Aufführung machte deutlich, daß nicht das Feuer in Hamburg allein Neumeiers Lust an Humels „Othello"-Musik niederbrannte.

Humel hat sich durch seine Arbeiten für Gerhard Bohner wiederholt ausgezeichnet. Mit seiner „Othello"-Partitur legte er nun sein bislang ausladendstes Stück vor, und Werner Seitzer am Pult des oft ächzenden, mitunter stöhnenden, sogar manchmal spottenden Orchesters führte es zutreffend auf. Die Aachener Musiker, Seitzer an ihrer Spitze, setzten sich mit musikalischer Loyalität für Humels herausfordernde Arbeit ein. Der aber hatte diesmal die eigenen wohl überschätzt.

Humels Musik ist vom ersten Augenblick an bereits auf dem Siedepunkt, und Humel versucht zwei Stunden lang, ihr diesen Hitzegrad zu erhalten. Das gelingt ihm auch, doch der Verschleiß an Hörinteresse ist derweil enorm. Es mangelt seinem Ballett an musikalischer Wendigkeit, an Kontrasten, gleichzeitig an sich steigernden Fortschreibungen der eingebrachten Ideen. Im immer gleichen Klangraum, so reichfarbig er ist, scheint die Handlung am Ende auf der Stelle zu treten.

Die musikalischen Zellen des Werkes schießen eher in die Breite als in die Tiefe. Humels dornenvolle Musik mit ihrem atemlosen Blechbläsergehechel, ihren enervierenden Streicherbewegungen in hohen Lagen, ihrer Tendenz zum beklemmenden Langstreckengeräusch verarbeitet allerdings auch wiederholt Tanzsätze aus alter Zeit in dramatisch attraktiver Verschränkung. Am Ende begnügt sie sich mit einer Abfolge zu vieler stimmungsgleicher musikdramatischer Felder. Sie hat am Fortgang der Tragödie nicht teil. Sie schreibt im Auftakt schon den Schlußakkord. Damit hat natürlich auch die Choreographie ihre liebe Plage.

Pick stützt sich auf eine helle, klare Ausstattung Jorge Villarreals, die den wehend-spartanischen Rahmen der Aufführung bildet. Das Auge darf sich an ihrer Kühle freuen, während das Ohr mitunter unter Humels musikalischer Weißglut ächzt. Aber leider versagt es sich Pick, die Geschichte choreographisch dingfest zu machen. Er gerät rasch ins schöne Arrangement, ins choreographisch Beliebige, aus dem sich die Handlungsstränge kaum deutlich ablesen lassen, außer daß Othello schwarz ist und wohl von Anfang zum Würgen tendierte. Dem fällt, unter viel Beifall, das Ballett am Ende zum Opfer.

KLAUS GEITEL



Das Ende: Schlußszene aus G.Humels „Othello"-Ballett FOTO: R.M.GILLESSEN

Ein Essay von Diderot in Zürich auf der Bühne

Theorien vorgespielt

Im Theater am Neumarkt, Zürichs größtem unter den kleinen Theatern, und seit Jahren unter verschiedenen künstlerisch progressiven und kaufmännisch unkompetenten Direktoren in jedem Sinne verlottert, wird nun unter der neuen Leitung von Peter Schweizer ein recht interessantes Experiment gezeigt. Grundlage diesmal ist ein Essay in Dialogform von Denis Diderot. Dieser - das wissen nur noch wenige Literaten außerhalb Frankreichs - war ein bedeu*tender, weil gescheiter Dichter und* Denker des 18. Jahrhunderts. Neben seinem Hauptwerk, einer vielbändigen französischen Enzyklopädie, verfaßte er den Dialog „Das Paradox über den Schauspieler", der mehr über Theater, seine Akteure und ihre Motivierung sagte, als es je zuvor geschehen war; nur Lessing gelang zur selben Zeit Vergleichbares.

Der Dialog wird also von zwei Schauspielern gebracht. Er wird aber auch fortgeführt, d. h. die Idee, über Theater und seinen Sinn zu diskutieren, wird bis in die heutige Zeit weitergetrieben. Es kommt fast jede Theatertheorie dran, über die von Kleist bis zu der von Meyerhold und Brecht. Kompilator und Regisseur ist der junge, 1976 in die Bundesrepublik eingewanderte Rumäne Nikolas Wolcz, der nicht nur frappierend akzentloses Deutsch spricht, sondern *auch sehr viel vom Theater weiß*, keineswegs nur vom rumänischen.

So weit, so gut oder zumindest diskutabel. Aber das wäre ja noch nicht abendfüllend. Es werden dem Monsieur Diderot gewissermaßen zur Illustration des Vorgetragenen oder Postulierten zahlreiche Szenen aus Produktionen vorgeführt, Produktionen, die zu allen Zeiten und in vielen Ländern stattgefunden haben. Diderot und weiter auch wir bekommen da ungeheuer viel zu sehen. Man erlebt Hamlet mit seinem Monolog gleich zweimal, einmal wie gewohnt, einmal auf naturalistische Manier à la Stanislawski, sodann Sakuntala aus *dem Fernen Osten, Euripides, aber* auch Jesus und Maria, dann wieder Racine, ein Stück Commedia dell'arte, Grand Guignol, Bert Brecht, Kleist mit seinen Marionetten etc.

Jenseits der Frage, ob das alles nötig sei oder auch nur sinnvoll: Man *kann so viele Stücke und Spiele über*haupt nur mit einer großen Anzahl von darauf trainierten Schauspielern vorführen, geleitet von darauf spezialisierten Regisseuren, nicht von einem, sondern von vielen. Man kann fernöstliche Tempeltänze nicht zeigen, wie man sie sich in Kötschen*broda vorstellt, Commedia dell'arte*, die hohe Kunst erfordert, nicht einfach nur Hinrotzen.

Zu viel mehr standen aber offenbar die Mittel nicht zur Verfügung. So muß leicht bedauernd versichert werden, daß fast durchweg dilettantisch agiert wurde. Kein künstlerisches Ereignis. Eher schon ein pädagogischer Versuch, als solcher vielleicht nicht mißglückt.

CURT RIESS

KULTURNOTIZEN

Die zweite Kulturwoche der Bundesrepublik Deutschland in Ungarn ist jetzt in Budapest begonnen worden. Sie dauert bis 30. Januar.

Das Frankfurter Architekturmuseum wird am 4. Mai als erstes der neuen Museen am sogenannten Museumsufer geöffnet werden.

Das Ensemble der Kölner Oper wurde vom Interessenverband der Londoner Westend-Theater mit einem Preis für die beste Operninszenierung geehrt.

Gerd Frederking, seit 1977 Leiter des Goldmann-Taschenbuch-Verlages, hat gekündigt, weil er mit der Konzeption des Bertelsmann-Verlages, dem Goldmann jetzt gehört, nicht einverstanden war

Der Schwede Göran Tunström erhielt in Helsinki den Nordischen Literaturpreis für 1984

Jean-Philippe Saint-Geours wurde vom französischen Kulturminister zum neuen Generaldirektor der Pariser Oper ernannt.

Die Schauspielerin Eva Fiebig ist in Hamburg im Alter von 83 Jahren gestorben.

Andrej Tarkowskis Film „Nostalghia" im Kino

Qualen des Heimwehs

Dieser Film des Russen Andrej Tarkowski ist von schier betäubender Schönheit und Tiefe. Er hat mystische Leidensqualitäten. Er ist eine hohe Klage. Er hängt dem, der ihn auch nur einmal gesehen hat, mit seinen quälerischen und gequälten Bildern der entsetzlichen Heimatlosigkeit fast vergiftend in Schönheit an. Es gibt für diesen Film kaum Vorbilder, wenn nicht die frühen Produkte des französischen oder spanischen Surrealismus. Aber der war ganz anders. Er ist in der Filmgeschichte ohne Vergleich.

„Nostalghia" ist so gut wie ohne Handlung. Ein russischer Mensch erscheint in Italien. Er ist einer russischen Komponistenerscheinung aus dem 19. Jahrhundert auf der Spur in der Toscana. Er sucht eine ferne, verwandte Seele. Er findet sie nicht. Er verrennt sich schmerzlich und schön in einer Fülle von schier mystischen Bildern und Vorstellungen einer optisch betäubenden Tiefe. Innenwelt wird unversehens sichtbar.

Sehnsucht zieht sich in immer neu*en Ansichten der Unvergeßlichkeit* durch den Film. Es geht um Gott und um die Hölle der russischen Heimatlosigkeit. Ferne von der Heimat ist Gott-Ferne. Sogar die steinerne Schönheit der Toscana, in immer wieder betäubende Bilder und Sequenzen gefaßt, ist da auf schmerzliche Weise ganz ohne Trost. Der Film bleibt im Grunde ohne Erklärbarkeit. Aber er macht, sieht man ihn, tatsächlich schier süchtig.

Tarkowski ist mit drei bedeutenden Filmen („Polaris", „Der Spiegel" und mit „Stalker") deutlich aus der Reihe offizieller, sowjetischer Filmkunst ausgetreten. Er wurde bitter bekämpft. Seine überragende Bildmacht war nicht zu unterdrücken.

Dies ist der erste Film, den er außerhalb seiner Heimat drehte. Er handelt von dem Schmerz der Heimatlosigkeit. Er beklagt die schönen Qualen des Heimwehs. Rußland, die heilige Erde, ist, auch wenn sie betäubenden Ansichten der mediterranen Welt geradezu süchtig aufglühen, – Rußland ist immer gegenwärtig. Die tödliche Verlassenheit treibt nach innen. Der Film hat schier religiöse Qualitäten. Er ist fromm. Er sucht ständig, ohne ihn zu finden, Gott. Er hat die stille Inbrunst der Mystiker. Wie Tarkowski das zustande bringt, ist schwer zu beschreiben.

Lange Sequenzen, bei deren Ansicht man immer nur rätselt. Aspekte der Innenwelt, die genau so betäuben, wie sie oft eine kribbelnde Gegenwehr im Beschauer auslösen. Dann wieder Bilderfindungen tiefenpsychologischer Einsicht, die ganz unvergeßbar scheinen, die eine fast mystische Bildkraft haben. Man wird sie vergessen nicht können.

Mit diesem grandiosen Außenseiter-Film hat das Kino einen Ernst, hat es eine religiöse Leidenschaft gewonnen, die man (ausgerechnet im Kino) bisher kaum erwarten konnte. Seele wird sichtbar. Frömmigkeit wird auf immer wieder tatsächlich *betäubende Art bekundet*. Eine neue Dimension des filmischen Ausdrucks ist gewonnen. Vergleichbares sah man auf der Leinwand bisher nie.

FRIEDRICH LUFT



Nur Sehnsucht: Oleg Jankowski in Tarkowskis „Nostalghia" FOTO: PANDORA FILM

JOURNAL

Haftverschärfung für Gleb Jakunin

DW. München

Gleb Jakunin, der 1980 zu fünf Jahren „strenger" Lagerhaft und fünf Jahren Verbannung verurteilte orthodoxe Priester und Gründer des „Christlichen Komitees für die Verteidigung der Rechte gläubiger Menschen in der UdSSR" soll einen Brief, den seine Familie jetzt erhielt als seinen letzten bezeichnet haben. In Moskauer Dissidentenkreisen vermutet man, daß Jakunin (und Alexander Ogorodnikow, Initiator des Moskauer christlichen Jugendseminars) in das Zuchthaus Tschistopol verlegt worden sind, wo sie ohne jeden Kontakt zur Außenwelt gehalten werden sollen.

Im Juli vorigen Jahres wurde Gleb Jakunin im Lager von einem Vertreter des Moskauer Patriarchats besucht. Es war der gleiche Archimandrit Grigorij, der früher den Priester Dimitrij Dudko zu einer politischen Reue-Erklärung hatte bewegen können. Offensichtlich schlug dieser Versuch bei Gleb Jakunin fehl. Die jetzige Verschärfung muß als Racheakt des KGB gewertet werden.

Theaterwettbewerb für die Jugend

DW. Münster

Die Städtischen Bühnen Münster laden zum 7. landesweiten Jugendtheaterwettbewerb ein. Dazu sind Kinder und Jugendliche bis zum Alter von 25 Jahren aus Nordrhein-Westfalen aufgerufen, ein eigenes, bisher nicht aufgeführtes Stück von *höchstens 15 Minuten Spieldauer* selbst zu schreiben und aufzuführen. Im Frühsommer sollen die Preise vergeben werden. Anmeldeschluß ist der 15. April. Nähere Informationen erhält man bei der Dramaturgie der Städtischen Bühnen Münster, Neubrückenstr. 63,4400 Münster/W.

Nur ein Drittel aller Kunstwerke ist zu sehen

AFP, Rom

Mehr als zwei Drittel aller Kunstschätze in Italien sind nicht fürs Publikum zugänglich, und nur ein Viertel ist katalogisiert. Das geht aus einer Studie des italienischen Amtes für Statistik hervor. Die 1404 Museen des Landes verfügten über 35,777 Millionen Werke. Doch nur knapp zwölf Millionen seien zu*gänglich, acht Millionen katalogi*siert und nur eine Million auf Fotos oder Filmen festgehalten. Rund 80 Prozent der Museen sind außerdem nicht gegen Feuer versichert, und in 700 Häusern fehlt eine Alarmanlage.

Bengalische Tänzer auf Deutschland-Tournee

DW. Heidelberg

Die deutsch-indische Gesellschaft unter Vorsitz des früheren baden-württembergischen Kultusministers Hahn veranstaltet eine Deutschland-Tournee des bengalischen Baul-Sängers und -Tänzers Purna Das und seiner Gruppe. Tourneedaten: 26. 1. Heidelberg, 18. 1. Lübeck, 3. 2. Freiburg, 9. 2. Essen, 10. 2. Kassel, 11. 2. Hannover, 14. 2. Köln, 17. 2. Berlin, 18. 2. Wuppertal, 21. 2. Stuttgart.

Simultanübersetzungen in Israels Theatern

I.Br. Tel Aviv

Die vor einem Jahr im Nationaltheater Habimah, Tel Aviv, im Kmmertheater Tel Aviv, und in den Theatern von Jerusalem und Haifa eingeführte Simultan-Übersetzung ausgewählter hebräischer Aufführungen in Englische hat sich gut bewährt. In der Regel übertragen ein Mann und eine Frau den Text parallel zum Bühnengeschehen. Bisher sind sechs Stücke mit solchen Übersetzungen gelaufen, darunter auch „Soal of a Jew" von Chanoch Levin, das bei den Festspielen in Edinburgh (mit Simultan-Übersetzung) aufgeführt und preisgekrönt wurde

Soltis Pilgerfahrt

DW. Stuttgart

Wie war das noch damals, gleich nach dem Krieg? Ach ja, Georg Solti, der junge Dirigentenstar, hatte mit Baden-Württembergs Kultusminister Theodor Heuss recht weitgehende Verhandlungen geführt, um Stuttgarts Generalmusikdirektor zu werden. Dann kam ein Angebot aus München, und Solti zeigte den Schwaben die kalte Schulter. Der Stuttgarter Groll ist längst begraben, aber das schlechte Gewis*sen des Dirigenten blieb. So erklär*te er sich kürzlich bereit, mit dem Stuttgarter Radio-Sinfonieorchester ein Wohltätigkeitskonzert für guten schwäbischen Zweck zu geben. Das findet nun, am 17. Mai, in der Liederhalle statt, mit Strawinskys „Feuervogel"-Suite und Mahlers vierter Sinfonie. Der Erlös soll der Restaurierung der alten Stuttgarter Oper zugute kommen, die derzeit wieder in ihren jugendstiligen Originalzustand des Jahres 1912 zurückversetzt wird. Man sieht, bei einem großen Dirigenten tragen auch Absagen irgendwann ihre Zinsen.

Magnete helfen im Kampf gegen den Krebs

JOCHEN AUMILLER, München

Der Kampf gegen den Krebs ist heute zu *einem Vielfrontenkrieg* geworden: Zahlreiche medizinische Fachgebiete versuchen dieser bösartigen Entgleisung des Zellwachstums beizukommen, manchmal erfolgreich, oft allerdings mit nur bescheidenen Ergebnissen. Vor allem in fortgeschrittenen Stadien sind die Ärzte bald mit ihrem Latein am Ende. Trotz aller Fortschritte auf den medikamentösen, operativen und radiologischen Gebieten kann oft nur noch eine Lebensverlängerung von wenigen Monaten erreicht werden. Jeder neue Erfolgsbericht findet deshalb großes Interesse. Was nun eine internationale Expertengruppe aus Krebsspezialisten, Ingenieuren und Geräteherstellern in der angesehenen englischen Fachzeitschrift „Lancet" vorgestellt hat (siehe WELT vom 14. 1.), wird in *der Fachwelt als kleine Sensation* angesehen.

Sie haben erreicht, mit mikroskopisch kleinen Magneten Krebszellen aus dem Knochenmark herauszufischen, *und zwar alle, so hoffen sie* jedenfalls. So simpel, wie es klingt, ist diese elegante Methode freilich nicht. Ein vierjähriges Mädchen, das im Krebslabor des Instituts für Kindergesundheit wegen einer Nervengeschwulst, *eines Neuroblastoms*, behandelt wurde, hat als erster Mensch die neue Hoffnung in der Krebstherapie miterleben dürfen.

Um das Mädchen stand es schlimm. Im Oktober 1982 wurde es den Krebsspezialisten vorgestellt. Es litt unter unerträglichen Bauchschmerzen. Bereits eine oberflächliche Untersuchung ließ einen großen Tumor im Beckenbereich vermuten. Dann kamen spastische Lähmungen hinzu, verursacht durch einen Tumorknoten im Wirbelkanal. Der Chirurg mußte eingreifen. Der Knoten erwies sich unter dem Mikroskop als Neuroblastom. Die genaue Durchuntersuchung ergab bereits eine größere Aussaat an Tochtergeschwülsten im Bauch und in den Knochen.

Der Chirurg entfernte die Tumoren aus dem Bauch, und der Strahlentherapeut versuchte die verbliebenen Metastasen zu vernichten. Schließlich mußte das Mädchen eine außerordentlich aggressive Kombination von zelltötenden Medikamenten ertragen. Alles mit dem Ziel, den rasch wachsenden Krebs unschädlich zu machen. Es half, die Kleine verspürte wesentliche Erleichterung.

Jetzt entschlossen sich die behandelnden Onkologen zu einem neuartigen Versuch. Sie „ernteten" aus dem Knochenmark Zellen, und zwar Stammzellen, die für die Blutbildung verantwortlich sind. Dann leisteten sie eine Ganzkörperbestrahlung ein, und zwar mit so hohen Strahlendosen, daß ein Überleben unwahrscheinlich wäre, wenn nicht sofort anschließend das zuvor sichergestellte Knochenmark infundiert worden wäre. Diese Knochenmarktransplantation ist heute für verschiedene Arten des Blutkrebses eine Routinesache.

Zuerst setzte man den Knochenmarkzellen monoklonale Antikörper zu, die mit winzigen magnetischen Kügelchen befrachtet waren. Gewissermaßen „Schrotkugeln", die der Antikörper zu den Krebszellen führt, und zwar nur zu ihnen. Die normalen Zellen bieten für die Antikörper keinen Landeplatz. So markiert, konnten die Krebszellen mit einem Samarium-Kobalt-Magneten herausgefischt werden. Übrig blieb gesundes Knochenmark, das voll funktionsfähig blieb und sofort nach der Rückführung in den Organismus des letal bestrahlten Mädchens mit der Blutbildung begann.

26 Tage nach der Knochenmarktransplantation konnte das Mädchen die Klinik wieder verlassen, und es geht ihr gut. Ob tatsächlich nun alle Krebszellen in ihrem Körper abgetötet wurden, wird sich erst in einigen Monaten oder vielleicht erst in Jahren herausstellen. *Dann erst zeigt sich*, wie groß der Fortschritt ist, den die Expertengruppe nun feierte.



Die Pariser Nobelschneider verkniffen sich in diesem Jahr den Luxus früherer Jahre – ihr Tribut an die Frau auf der Straße: Ob dort, am Strand oder auf dem Ball (Scherrer, Cardin, Dior, Torrente v. l. n. r.), überall bekommen die Damen im kommenden Sommer Tragbares verpaßt.

FOTOS: D. SIMON/STUDIO X (3)/AP





Der Sommer bringt neue Farben in die alten Formen

Von CONSTANCE KNITTER

Paris schien am ersten Tag des Modespektakels der Luxusschneider im Grau des Dauerregens unterzugehen. Doch die Couturiers sehen den Sommer durchaus farbig. Pastell- und Bonbonfarben, Himmelblau, Strohgelb, Aprikose, Perlgrau, Pistaziengrün sind tonangebend in den Haute-Couture-Kollektionen für den Sommer 1984.

23 Couturiers zeigen in dieser Woche rund 3000 Modelle, die in den letzten zwei Monaten in aller Heimlichkeit in den Pariser Ateliers der Nobelschneider kreiert und jetzt von den rund 30 schönsten Mannequins der Welt in einem Marathon zum Ruhme der Pariser Eleganz vor einem internationalen Publikum vorgeführt werden. Ein großer Name allerdings fehlt in dieser Saison. Wegen eines Streiks der Näherinnen mußte das Modehaus Nina Ricci die Präsentation seiner Kollektion auf ein späteres Datum verschieben.

Auffallend Neues ließen sich die Modemacher bei ihren Luxuskreationen nicht einfallen. Offensichtlich denkt man in den mit Kristalleuchtern geschmückten Salons an die Frau auf der Straße. Man will sie nicht verunsichern. So bleibt die neue Modelinie klar und klassisch mit betonten Schultern, schmaler Taille, runden Hüften. Selbst bei den Rocklängen bleibt man vorsichtig. Die Säume bewegen sich ums Knie herum oder fallen manchmal bis zur Wade hinab. Nur bei den Abendroben lassen die Modeschöpfer ihrer Phantasie freien Lauf. Immerhin die Hälfte jeder Kollektion besteht aus Abendkleidern. Sie sind gedacht für die etwa 3000 Damen dieser Welt, die sich noch jedes Jahr „auf Maß" in Paris einkleiden. Doch bei der Auswahl der Tagesgarderobe gibt man sich selbst in diesen Kreisen immer mehr mit der Boutiquemode der Lieblingsschneider zufrieden.

Jeder Modeschöpfer hat seine Muse. Für Marc Bohan vom Modehaus Christian Dior ist es Prinzessin Caroline von Monaco. Aus Freundschaft zu ihrem Favoriten, der gewöhnlich auch ihre Hochzeitskleider näht, erschien Caroline mit ihrem neuen Ehemann Stefano Casiraghi erstmals in der Pariser Öffentlichkeit zur Schau von Dior. Obwohl viele Modelle der Kollektion von Dior ganz auf den Typ von Caroline zugeschnitten waren, schien Stefano höchst gelangweilt.

Hauptthema der Dior-Kollektion sind Kostüme mit sehr langen Blazer-Jacken oder betont kurzen Spenzern. Sie werden zu wadenlangen Wickelröcken getragen, die beim Gehen viel Bein erahnen lassen. Dazu gehören Hemdblusen mit schmalen Krawatten. Über wadenlangen Hemdblusenkleidern zu weißen Strümpfen und weißen flachen Lackschuhen zeigt Dior schöne Wildlederblousons.

Kostbare Perlenstickereien sind in allen Kollektionen „in". Den „Clou" landete Karl Lagerfeld bei Chanel. Er zeigte mit winzigen Perlen übersäte Spitzenabendkleider, in denen bis zu 1500 Arbeitsstunden stecken. Den Preis dafür wagt man bei Chanel gar nicht zu nennen.

Bei Pierre Cardin hatten fünf Mini-Mannequins ihren Auftritt. Es handelt sich um Frankreichs fünf Jahre alte Fünflinge, die der Modezar seit *ihrer Geburt anzieht*. Sie *sind* mindestens so kokett wie ihre großen Kolleginnen. Jene kamen in superleichten Ledermänteln oder Blousons mit extravaganten Ärmeln, die sich wie Spiralen winden. Auf dem Kopf trugen die Mädchen kleine Kappen mit angeschnittenen Haiflossen. Cardins Badeanzüge haben ein langes und ein kurzes Bein, seine wadenlangen Poncho-Kleider flatternde Fransensäume, damit die Männer was zum Staunen haben. „Je nach ihren Bewegungen kann die Frau im nächsten Sommer Versteck mit ihren Reizen spielen oder viel Bein zeigen", kommentiert der Modezar.

Bei Jean-Louis Scherrer *liegt stets* ein Hauch der eleganten dreißiger Jahre in der Luft. Mit blaßgepuderten Porzellangesichtern und winzigen Kappen auf den Haarknoten *schreiten sie in marineblauen oder* weißen Paletots über weißen schmalen Röcken und Wickelblusen, in marineblauen Mantelkleidern mit weißen Aufschlägen oder klassischen Kostümen über *den Laufsteg*. Die Abendkleider mit bestickten Corsagen und weiten bauschigen Tüllröcken erinnern ans russische Ballett und wirbelnde Ballerinen.

Bei Lanvin bleibt Modeschöpfer François Crahay seiner wadenlangen Linie treu. Sehr sportlich-kleidsam sind seine Pullover-Tops mit verlängerter Taille im Charleston-Stil und seine Sweater-Ensembles von langen Schals begleitet. Louis Feraud sieht die Frau im Sommer unter Spitzen und in langen Tuniken über kurzen Plisseeröcken. (SAD)

Gehen Embryos nach Abtreibung an die Kosmetik-Industrie ins Ausland?

Hessische CDU verlangt Aufklärung über Verbleib sogenannter Entbindungsabfälle

H.-H. KANNENBERG, Wiesbaden

Einem makabren internationalen Handel mit „menschlichem embryonalem Gewebe", das aus Abtreibungen stammt, glaubt die hessische CDU auf die Spur gekommen zu sein. In einer kleinen Anfrage an die hessische Landesregierung verlangte der Abgeordnete Roland Rösler eine „Aufstellung der Kliniken und ambulanten Einrichtungen, in denen Abtreibungen vorgenommen werden". Rösler möchte wissen, „was mit den Kinderleichen geschieht, wer die Beseitigung kontrolliert und wer dafür die Verantwortung trägt".

Hintergrund der ungewöhnlichen parlamentarischen Aktivität sind Erkenntnisse über „abscheuliche Praktiken bei der Verwertung sogenannter Entbindungsabfälle", an die Rösler durch Zufall geriet: „Zuerst machten mich Freunde auf das Problem aufmerksam. Dann begann ich zu recherchieren. Das Ergebnis war, daß einige führende Funktionäre aus dem medizinischen Bereich den Sachverhalt bestätigten. Danach soll es in zahlreichen Praxen üblich sein, embryonales Gewebe, das bei Schwangerschaftsabbrüchen anfällt, an die kosmetische Industrie des Auslandes, vorwiegend nach Frankreich, zu verkaufen. Das Zellmaterial werde verarbeitet zu Busencremes, Cremes gegen Falten und gelegentlich auch zu Potenzmitteln."

Der Handel, der übrigens nicht gegen ein bestehendes Gesetz verstößt (Rösler: „Der Schutz der Menschenwürde setzt erst mit der Geburt ein und dauert über den Tod hinaus!"), geht unter sorgfältiger Abschottung nach außen vor sich. Der CDU-Abgeordnete: „Eine entsprechende Anfrage durch Otto von Habsburg im Straßburger Europaparlament ergab, daß die Unsitte international verbreitet ist. In ganz Europa bis hin zur ‚DDR' werden Abtreibungsabfälle eingesammelt, an französische Labors verkauft und dann als kosmetische Präparate auf den Markt gebracht."

Einbezogen in die makabre Vermarktung über die Grenzen hinweg ist nicht nur der Fötus, sondern auch die Plazenta. Rösler: „Vertrauenswürdige Informanten haben mir mitgeteilt, daß in einigen Praxen jetzt schon die Frauen dazu überredet werden, *eine Abtreibung per Kaiser*schnitt vornehmen zu lassen. Auf diese Weise erhält man lebende Föten, die zu Forschungszwecken eingesetzt werden können."

Der Umfang des Handels mit „Abtreibungsabfällen" wird getarnt. Rösler: „Zwischen den Abtreibungszahlen des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden und den Zahlen, die von Ärzten und Kliniken über die Kassenärztlichen Vereinigungen abgerechnet werden, klafft eine kaum glaubliche Lücke!" Beispiel: Für 1982 nennt das Statistische Amt der Stadt Wiesbaden 582 stationäre oder ambulante Abtreibungen. Im gleichen Jahr wurden alleine von zwei Wiesbadener Praxen 4201 Abtreibungen mit der Kassenärztlichen Vereinigung abgerechnet. Das Statistische Bundesamt verzeichnet für das 3. Quartal 1983 offiziell 21 572 Abtreibungen im gesamten Bundesgebiet. Doch den Statistikern ist klar: Das ist keine verläßliche Zahl, denn die Dunkelziffer liegt um ein Mehrfaches höher!

Rösler über die Motivation der hessischen CDU, das heiße Eisen in der Öffentlichkeit anzupacken: „Die meisten Frauen, die eine Abtreibung vornehmen lassen, fragen den Arzt zwar nicht nach dem Verbleib des Fötus. Doch sicherlich würden sich viele entsetzen, wenn sie davon wüßten, daß die kosmetischen Labors als Abnehmer bereitstehen."

Die 470 Delegierten des hessischen CDU-Parteitages am vergangenen Wochenende in Friedberg verabschiedeten einstimmig einen Antrag, durch den die CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufgefordert wird, die Würde auch des ungeborenen Kindes zu schützen. Rösler: „Jetzt werden viele sagen: Die Abtreibungsgegner haben keine Argumente mehr, jetzt versuchen sie's mit Frankenstein! Aber uns geht es nicht um eine Attacke gegen die Abtreibung, sondern um ein wenig Menschenwürde auch für ungeborenes Leben!"

*

dpa, Wiesbaden

Die hessische Landesregierung hat noch keine Erkenntnisse über angeblichen Handel mit menschlichen Föten, erklärte ein Sprecher. Das Sozialministerium ersuchte Rösler um Informationen und Unterlagen, auf die er seine Kritik stütze. Gleichzeitig wandte sich die Behörde an das Gesundheitsministerium in Bonn mit der Bitte um Überprüfung von Hinweisen auf einen derartigen internationalen Handel.

Fotos bringen einen Journalisten ins Gefängnis

Frankreich zeigt sich empört über einen Fall von Beugehaft

AUGUST GRAF KAGENECK, Paris

Der stellvertretende Chefredakteur der weltweit bekannten Pariser Zeitschrift „Paris-Match", Jean Durieux, sitzt seit Donnerstag voriger Woche im Gefängnis von Fresnes bei Paris, weil er sich unter Berufung auf sein journalistisches Zeugnisverweigerungsrecht weigert, seine Quellen anzugeben. Er ist der Beihilfe zum Diebstahl und Hehlerei verdächtig. Sein Fall hat zu einer scharfen Kontroverse über die Grenzen der journalistischen Freiheit, einer Verantwortung der Öffentlichkeit gegenüber geführt und teilt die Politiker des Landes in zwei Lager.



Soll seine Quellen preisgeben: Jean Durieux

Durieux' Fall ist besonders peinlich und bewegt sich an der Grenze der Geschmacklosigkeit. Der 39jährige Journalist hatte im Vorjahr in der Zeitschrift „Foto", die wie „Paris-Match" zum Medien-Konzern Filipacchi gehört, Fotos von den Resten der Leiche der holländischen Studentin *Renée Hartewelt* veröffentlicht, die von ihrem japanischen Kommilitonen Issei Sagawa ermordet, in Stücke geschnitten und teilweise aufgegessen worden war. Der Fall hatte Frankreich damals im Juni 1981 ungeheuer erregt. Sagawa, Sohn eines hohen japanischen Beamten, der in Paris orientalische Sprachen studierte, hatte die junge und hübsche Holländerin auf der Universitätsbank kennengelernt. Beide wurden Freunde bis zu dem Tage, an dem der Japaner das Mädchen in seine Wohnung lockte und umbrachte.

Sagawa versuchte die Reste seines Opfers im Bois de Boulogne zu vergraben. Dabei wurde er von Spaziergängern beobachtet, die ihn der Polizei meldeten. Sagawa wurde vor Gericht für geistig unzurechnungsfähig erklärt und in eine Heilanstalt bei Paris eingewiesen.

Jean Durieux hat sich die Fotos von der Leiche nur bei der polizeilichen *Dienststelle besorgen können*, die mit gerichtsmedizinischen Aufnahmen betraut ist, diese aber nach Gesetz keinesfalls herausgeben darf. Durch seine Inhaftierung versucht die Behörde *Druck auf ihn* zur Herausgabe seiner Quellen auszuüben. Gegen diesen Druck hat die gesamte Presse scharf protestiert. Simone Veil, langjährige Präsidentin des Eu*ropaparlaments, erklärte*: „Alle Zeitungen haben unterstrichen, daß die Inhaftierung von Durieux nur Druck zur Herausgabe seiner Quellen ausüben soll. Darin sehe ich einen *schweren Mißbrauch der Beugehaft*, die in einem Land wie Frankreich unzulässig ist."

Frachter kenterte im Kanal: 17 Tote

SAD, Paris

Die schweren Winterstürme über dem Atlantik und dem englisch-französischen Kanal haben in der Nacht zum Dienstag wahrscheinlich siebzehn Menschenleben gefordert. Westlich der Insel Guernsey kenterte ein liberianischer Frachter bei Windstärke zwölf. Von den 26 Besatzungsmitgliedern konnten bis gestern mittag nur neun gerettet werden. Der 2900-Tonnen-Frachter „Radiant Med" hatte kurz nach Mitternacht „SOS" gefunkt. Das einhundert Meter lange Schiff hatte schwere Schlagseite und Wassereinbruch. Zwei französische Schiffe, der Frachter „Le Chevalier-Paul" und das Marine-Begleitschiff „Casabianca", kamen dem Liberianer zu Hilfe. Als die beiden Franzosen in Sichtweite waren, warf die Mannschaft der „Radiant Med" drei Rettungsinseln in die aufgewühlte See. Die Wellen waren zu diesem Zeitpunkt mehr als zehn Meter hoch. Die drei Rettungsinseln tanzten in der aufgewühlten See, als der liberianische Frachter plötzlich kenterte. Nur das Heck blieb ein paar Augenblicke noch steil aufgerichtet, dann versank das Schiff. Zwei Rettungsinseln wurden wahrscheinlich durch den Strudel mit in die Tiefe gerissen. Ein Seerettungsboot von der Insel Guernsey nahm die neun Überlebenden aus der *dritten* Rettungsinsel auf.

Verkehrschaos blieb aus

dpa, Hamburg

Schnee und Eisglätte haben auch gestern morgen wieder in weiten Teilen der Bundesrepublik Deutschland den Berufsverkehr stark behindert – das nach den heftigen Schneefällen vom Vortage befürchtete Verkehrschaos blieb jedoch aus. Besonders die Autofahrer in Norddeutschland hatten sich inzwischen auf die winterlichen Verhältnisse auf den Straßen eingestellt. Für die kommenden Tage sagen die Meteorologen weitere Schneefälle voraus.

Drogenring zerschlagen

rtr, Washington

In den USA ist der größte Kokain-Schmugglerring in der Geschichte des Landes zerschlagen worden. Nach der in Atlanta (US-Bundesstaat Georgia) erhobenen Anklage haben die Rauschgifthändler seit Juni 1982 rund fünf Tonnen Kokain aus Kolumbien per Flugzeug in die USA geschmuggelt. 18 der 30 Angeklagten befinden sich in Haft.

Weiterhin Einfuhrstopp

AP, Bonn

Die Bundesregierung bleibt bei ihrer Einfuhrsperre für bestimmte Schalentiere aus Südostasien. Wie das Bundesgesundheitsministerium gestern erklärte, sind die Ursachen, die in den Niederlanden nach dem Verzehr von tiefgefrorenen Garnelen, Shrimps und Tiefseekrabben aus Südostasien zu 14 Todes- und mehr als 100 Erkrankungsfällen geführt haben, nicht aufgeklärt.

Hinrichtungs-Aufschub

dpa, Atlanta

Sechs Stunden vor seiner Hinrichtung erwirkte der 66jährige Polizistenmörder Anthony Antone vor dem Bezirksgericht in Atlanta einen 48stündigen Vollstreckungsaufschub. Der Delinquent darf seinen Fall noch einmal dem Obersten Gerichtshof in Washington vorlegen. Bereits am Montag hatte der Supreme Court eine weitere Entscheidung zur Vereinfachung von Hinrichtungen gefällt. Die Verfassung verlange nicht, heißt es in der Begründung, daß die Gerichte vor einem Todesurteil andere Todesurteile zum Vergleich heranzögen. Vor kurzem hatten die Richter bereits die Möglichkeiten eingeschränkt, in letzter Minute einen Aufschub zu erwirken.

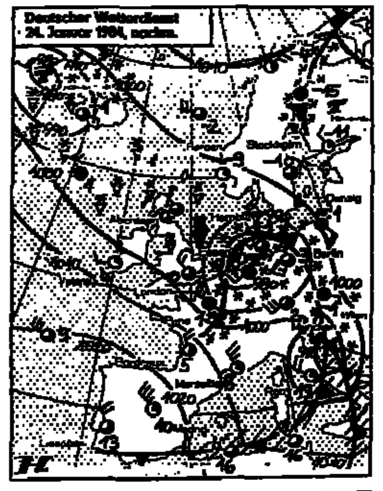
Schützt „Schimmel-Impfung"?

dpa, Den Haag

Pflanzen und Bäume kann man angeblich vor den Folgen des „sauren Regens" schützen, indem man sie mit bestimmten Schimmelarten „impft". Das wollen niederländische Wissenschaftler der Landwirtschaftlichen Hochschule in Wageningen herausgefunden haben. Wie ein Sprecher gestern erklärte, haben Untersuchungen ergeben, daß Luftverunreinigungen und Bodenübersäuerung viel weniger schädliche Wirkungen auf Bäume haben, die „mit der richtigen Schimmelsorte leben".

WETTER: Kälter und Schnee

Wetterlage: Ein Tief zieht von Holland zum nordöstlichen Deutschland. An seiner Westflanke wird Kaltluft nach Deutschland geführt, die vorübergehend unter Zwischenhocheinfluß gelangt.



Vorhersage für Mittwoch:

Bundesgebiet und Raum Berlin: Im Osten des Bundesgebietes zunächst noch zeitweise Schneefall. Im Nordstau der Alpen bedeckt und länger andauernder Schneefall. Sonst bei wechselnder Bewölkung weitgehend niederschlagsfrei. Höchsttemperaturen um null Grad. Nachts gebietsweise aufklarend und Abkühlung auf minus 2 bis minus 8 Grad. Frischer Nordwestwind. Abends abflauend.

Weitere Aussichten:

Von Westen her erneut Schneefall, der in den Niederungen teilweise in Regen übergeht.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	3°	Kairo	16°
Bonn	2°	Kopenh.	0°
Dresden	3°	Las Palmas	18°
Essen	0°	London	2°
Frankfurt	2°	Madrid	10°
Hamburg	1°	Mailand	3°
List/Sylt	–1°	Mallorca	15°
München	2°	Moskau	0°
Stuttgart	2°	Nizza	11°
Algier	16°	Oslo	–11°
Amsterdam	0°	Paris	1°
Athen	13°	Prag	2°
Barcelona	13°	Rom	13°
Brüssel	1°	Stockholm	–10°
Budapest	–2°	Tel Aviv	17°
Bukarest	3°	Tunis	16°
Helsinki	–11°	Wien	–1°
Istanbul	12°	Zürich	2°

*Sonnenaufgang am Donnerstag: 8.10 Uhr, Untergang: 17.00 Uhr. Mondaufgang: 2.15 Uhr, Untergang 11.54 Uhr.

* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Weniger Mord und Totschlag im Klassenraum

Mit drastischen Maßnahmen wurde die Gewalt an amerikanischen Schulen zurückgedrängt / Reagan kündigt neue Anstrengungen an

A. v. KRUSENSTIERN, New York

US-Präsident Ronald Reagan hat eine Offensive gegen Disziplinlosigkeit und Gewalttätigkeit in den Schulen angekündigt. Die meisten Lehrer und Eltern begrüßten diese Ankündigung. Der Präsident schloß sich damit allerdings einer Bewegung an, die schon vor geraumer Zeit einsetzte und inzwischen erste Erfolge zeigte. In Amerikas Schulen wird heute erheblich weniger gemordet und geraubt als noch vor zehn Jahren. In die Schulen ziehen wieder Ordnung und Disziplin ein.

Das heißt nun nicht, daß die amerikanischen Schüler so *diszipliniert* sind wie die preußischen Abc-Schützen, als der Alte Fritz ausgediente Unteroffiziere zu Lehrern umfunktionierte. Vor allem in den Großstadt-Slums, die überwiegend von Farbigen und bettelarmen Einwanderern aus Lateinamerika bevölkert sind, geht es in den Schulen noch turbulent, oft genug regelrecht gewalttätig zu.

Messerstechereien unter den Schülern sind an der Tagesordnung, und die Gewalttätigkeit macht gelegentlich auch vor den Lehrern nicht halt. Aber in den Schulen in „bürgerlichen" Wohngegenden greifen die zum Teil drastischen Maßnahmen allmählich. Austauschschüler aus Deutschland vermerken einhellig, *daß in solchen amerikanischen Schulen* die Disziplin meist strenger ist als zu Hause.

Lehrer bezweifeln Studie

Das Kultusministerium in Washington veröffentlichte kürzlich eine Studie, in der es heißt, daß monatlich 282 000 Schüler von anderen Schülern physisch angegriffen würden. Rund eintausend Lehrer, so wird in der Studie weiter berichtet, würden jeden Monat von Schülern so schwer verletzt, daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben müßten.

Doch der amerikanische Lehrerverband bezweifelt diese Angaben. Die Statistiken, so meint er, seien *überholt. „Das Bild, das der Präsi*dent von den Schulen zeichnet, mag vor zehn Jahren zutreffend gewesen sein", sagte die Verbandspräsidentin Mary Futrell. „Unsere Schulen sind längst nicht mehr Schlachtfelder und Rauschgift-Höhlen."

Umfragen unter den Lehrern bestätigen dies. Noch 1979 bezeichneten 74 Prozent der befragten Lehrer die Disziplinlosigkeit als eines der größten Probleme in ihrer Schule. Voriges Jahr teilten nur noch 45 Prozent diese Ansicht.

Es gibt viele Gründe für die Rückkehr zur Disziplin. Manche davon haben mit der allgemeinen Entwicklung zu tun. Die Stimmung im Lande ist konservativ geworden, und der Umschwung hat auch die Schüler und Studenten erfaßt. „Man" hat wieder kurzes Haar, „man" kleidet sich konventionell. Die Kriminalität in den Vereinigten Staaten geht nicht nur in den Schulen, sondern ganz allgemein zurück.

Das hat mit den geburtenschwachen Jahrgängen zu tun, die gegenwärtig in ihren „Teens" und Zwanzigern sind. *Gewalttätigkeit ist in den* USA überwiegend ein Phänomen der Altersgruppe zwischen 15 und 25. Je weniger junge Leute in diesem Alter es gibt, desto geringer ist natürlich auch die Kriminalität.

Aber auch Schulleiter und Lehrer bekommen heute mehr Möglichkeiten zugestanden, gegen Disziplinlosigkeit durchzugreifen. Die Sicherheitsmaßnahmen sind strenger. Viele Schulen mit Disziplinproblemen haben uniformierte Sicherheitsleute angestellt.

Nur mit Passierschein

Schüler müssen sich beim Betreten der Schule ausweisen und dürfen ihre Klassenräume nur mit einem vom Lehrer unterzeichneten Passierschein verlassen. An vielen Orten werden „Problemschüler" in besonderen Klassen zusammengefaßt, um sie von ihren Klassenkameraden zu isolieren. Die Bestimmungen, die es Schulleitern erlauben, disziplinlose Schüler zu suspendieren und gegebenenfalls vom Unterricht auszuschließen, sind gelockert worden. Aber von diesen Bestimmungen wird weniger und weniger Gebrauch gemacht. Die Zahl der Suspendierungen geht stetig zurück. (SAD)

ZU GUTER LETZT

„Was ist denn schon passiert? Es sind doch lediglich ein paar Dachziegel heruntergefallen!" Der Berliner Senatsdirektor Winfried Fest vor dem Kulturausschuß, der über das Für und Wider des Aufbaus der eingestürzten Kongreßhalle beriet.